Frankfurter Zeitung
13./VIII. 1915

Sorgt für Fettgewinnung!

Der dem Reichskanzler unterstellte Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette schreibt uns:

Mit Rücksicht auf die Bedeutung und Sicherstellung des Oel- und Fettbedarfes für das wirtschaftliche Durchhalten während des Krieges ist dem Kriegsausschuß durch Bundesratsbeschluß vom 15. Juli 1915 die Bewirtschaftung der gesamten deutschen Oelfruchternte übertragen worden. Dadurch hat der Kriegsausschuß die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß diejenigen Oele, welche aus der diesjährigen Ernte geschlagen werden, weitmöglichst im Interesse der Volksernährung verwendet werden. Da der Kriegsausschuß durch diese Sachlage gezwungen wird, bestimmten Industriezweigen Oele und Fette zu entziehen, so hält er es für seine Pflicht, den Versuch zu machen, neue Fettquellen zu erschließen.

Eine Frage von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist die Wiedergewinnung der Fette aus den fetthaltigen Abwässern in Gastwirtschaften, Schlächtereien, Wurstfabriken, Krankenhäusern und Privatküchen. Der Kriegsausschuß hat daher eingehend geprüft, ob es nicht möglich ist, die in Frage kommenden Interessenten dahin zu bringen, einen wirklich praktischen Fettabscheider aufzustellen. Die diesbezüglichen Arbeiten des Kriegsausschusses haben nunmehr das Ergebnis gezeitigt, daß ein bestimmtes Fettabscheidesystem zu einem verhältnismäßig niedrigen Anschaffungspreise empfohlen werden kann. Der Apparat ist bereits praktisch erprobt worden und darf nach der Ueberzeugung Sachverständiger als das im Augenblick für die Fettgewinnung aus den Spülwässern geeignetste Mittel angesprochen werden. Der Kriegsausschuß, welcher bekanntlich keine Erwerbsgesellschaft ist, hat die Vermittlungsarbeit lediglich im Interesse der Fettgewinnung übernommen. Er stellt seine Organisation in den Dienst der Propaganda und erhofft die Unterstützung der deutschen Interessenten. An dem Bezug der Fettabscheider durch den Kriegsausschuß ist für Gastwirte lediglich die Bedingung der Lieferung des gesamten mit diesem Apparate gewonnenen Fettes während der Kriegsdauer an seine Gesellschaft geknüpft. Der Kriegsausschuß sorgt für die Abholung des gewonnenen Fettes; er sowohl, als die ihm angegliederte Kriegsabrechnungsstelle der Seifen- und Stearinfabriken, welche die aus den Spülwässern gewonnenen Fette, nachdem solche durch Vermittlung des Kriegsausschusses ausgeschmolzen worden sind, an die Seifen- und Stearinindustrie zur Verteilung bringt, werden die Anschaffung von Fettabscheideapparaten im Interesse der Gesamtwirtschaft dadurch unterstützen, daß sie für das gewonnene Fett die ihr unter Ansehung der Marklage jeweils möglichen Preise bezahlen werden. Dadurch wird in Anbetracht der heutigen sehr hohen Fettpreise eine schnelle Abtragung der Anschaffungskosten in Aussicht gestellt werden können.

Aus allen Teilen des Reiches sind dem Kriegsausschuß Zuschriften zugegangen, die beweisen, daß der Frage der Fettgewinnung aus Spülwässern in den Kreisen der Interessenten das nötige Verständnis entgegengebracht wird. Im Interesse der Sache ist aber schnelles Handeln geboten, daher sollten Gastwirte und Schlächtermeister den Anfang machen und unverzüglich Fettabscheider aufstellen. Wir hoffen, daß in kurzer Zeit Tausende von Fettabscheidern aufgestellt und zum Nutzen unserer Volkswirtschaft wirken werden. Nähere Auskunft über den durch Vermittlung des Kriegsausschusses zu beziehenden Fettabscheider geben die Ortsvereine des deutschen Gastwirteverbandes, die Fleischer- resp. Metzgerinnungen, die Organisationen der deutschen Hotelbesitzer sowie der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, Berlin W. 8, Kanonierstraße 29/30.

12

Die Zeit
13./VIII. 1915
Abendbl.

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Heute war bei überaus reichlichen Zufuhren in allen Grünwaren und Kartoffeln ein sehr reger, lebhafter Marktverkehr, der bis in die Mittagstunden ungeschwächt anhielt. Bei Marktbeginn um 4 Uhr früh waren allein von niederösterreichischen Bauern auf dem Naschmarkt mehr als 80.000 Kilogramm schöne Frühkartoffeln zugeführt gewesen. Die Zufuhr der ungarischen Kartoffeln ist etwas zurückgeblieben, doch werden diese in drei bis vier Wochen, bis die niederösterreichischen Frühkartoffeln so ziemlich aufgebraucht sein werden, die Lücke bis zur Aushebung der heimischen Herbstkartoffeln ausfüllen. Im Großhandel sind heute die Kartoffelpreise abermals um 1 Krone pro 100 Kilogramm zurückgegangen. Es kosten demnach niederösterreichische und ungarische gelbe Frühkartoffeln beim Produzenten pro Meterzentner K. 21.—, bei den Zwischenhändlern K. 24.— bis 25.— und im Kleinhandel pro Kilogramm 27 bis 29 Heller; weiße bei den Produzenten K. 19.—, bei den Zwischenhändlern K. 22.— bis 23.—, im Kleinhandel 25 bis 26 Heller, ungarische, rote, bei den Produzenten K. 17.—, bei den Zwischenhändlern K. 20.— bis 21.—, im Kleinhandel höchstens 23 bis 24 Heller, in der Großmarkthalle bei den Ständen der österreichischen Verkaufsgesellschaft für landwirtschaftliche Produkte 20 Heller pro Kilogramm, und Kipflererdäpfel bei den Produzenten K. 26.— pro Meterzentner, K. 30.— bei den Zwischenhändlern und 32 bis 33 Heller pro Kilogramm im Detailverkehr. Mit Beginn der Herbstkartoffelernte dürfte übrigens die Regierung in die Preisbildung der Kartoffeln eingreifen und für die Sicherstellung des Kartoffelbedarfes sorgen.

Wie in Kartoffeln die Beschickung des Marktes heute eine überaus reichliche war, so kamen auch ungarische Paradeiser in großen Mengen an. Ab 7 Uhr früh gingen die Preise für ungarische Paradeisäpfel um K. 4.— bis K. 6.— pro 100 Kilogramm zurück. In der Frühe notierten die ungarischen Paradeiser bei den Zwischenhändlern noch einen Preis von K. 42.— bis K. 47.—. Im Kleinverkehr wurden die ungarischen Paradeiser mit 45 bis 56 Heller pro Kilogramm abgegeben. Um sich die Preisverbilligung zunutze zu machen, taten sich die Hausfrauen vielfach zusammen; zwei bis drei erstanden einen Korb dieser begehrten Einsiedefrucht. Gärtnerparadeiser (niederösterreichische) kosten bei den Produzenten en gros K. 40.— pro Meterzentner, im Kleinen 46 bis 52 Heller pro Kilogramm. Für ein Nagel (30 Stück) Kochsalat wurden heute je nach Beschaffenheit der Ware K. 1.20 bis K. 2.40 bezahlt, für ein Nagel Kohlrabi K. 1.— bis K. 2.60, für 30 Stück Karfiol K. 2.— bis K. 7.—. Rotkraut K. 3.— bis K. 6.—. Slowakische Karotten kosten bei den Produzenten pro 100 Kilogr. K. 18.— bis K. 20.—, im Kleinhandel 24 bis 26 Heller pro Kilo. Für Zwiebel wird im Großhandel bei den Produzenten K. 48.— pro Meterzentner bezahlt, bei den Zwischenhändlern K. 54.— bis K. 56.— und im Kleinhandel pro Kilogramm 58 bis 64 Heller. Knoblauch älterer Provenienz kostet bei den Produzenten pro 100 Kilogramm K. 96.— bis K. 106.—, im Kleinhandel K. 1.04 bis K. 1.16 pro Kilogramm, frischer Knoblauch bei den Zwischenhändlern K. 1.34 und im Kleinhandel K. 1.44 bis K. 1.48 pro Kilogramm. Häuptelsalat steht nach wie vor mit 6 bis 12 Heller pro Staude im Preise. Grüne Bohnen kosten bei den Produzenten pro Meterzentner K. 26.—, bei den Zwischenhändlern K. 29.— bis K. 31.—, im Kleinhandel K. 32.— bis K. 36.—; in der Großmarkthalle stellenweise 28 bis 32 Heller, gelbe auf dem Naschmarkt und den übrigen Märkten im Kleinhandel 36 bis 40 Heller. Bei den Produzenten wird für einen Meterzentner ein Preis von K. 30.— für gelbe Bohnen verlangt. Im Zwischenhandel werden K. 33.— bis K. 35.— pro Meterzentner begehrt. Gärtner sind bei ihren Bohnen um 2 Heller pro Kilogramm teurer. Die Bohnenzufuhr war heute ebenfalls reichlich.

Auch die Krautzufuhr ist im Steigen begriffen, doch ist der slowakische Krautsegen noch ausständig. Weißkraut kostet bei den Produzenten pro Meterzentner K. 18.—, bei den Zwischenhändlern K. 20.— bis 21.—, im Detailhandel 22 bis 24 Heller pro Kilogramm. 100 Stück Maiskolben stellen sich auf K. 5.— bis 5.60, ein Stück kostet 6, 7 und 8 Heller. Spinat, der sich immer noch in guter Qualität behauptet, kostet bei den Produzenten pro Meterzentner K. 36.— bis 42.—, bei den Zwischenhändlern K. 42.— bis 48.— und im Kleinhandel 44 bis 52 Heller. Grüner Kohl ist um 4 bis 14 Heller pro Staude erhältlich. Die Gurkenzufuhr hat ebenfalls eine steigende Tendenz. Für ungarische Gurken begehren die Produzenten K. 18.— bis 22.— pro Meterzentner, die Zwischenhändler K. 20.— bis 25.—; im Kleinhandel halten sich die Preise zwischen 22 und 28 Heller pro Kilogramm. Niederösterreichische Gurken kosten beim Produzenten K. 24.— pro Meterzentner, bei den Zwischenhändlern K. 26.— bis 27.— und im Kleinhandel 28 bis 30 Heller pro Kilogramm. Gärtnergurken sind um 2 bis 4 Heller pro Kilogramm teurer. Die Preise für Luxusgurken (Treibhausgurken) hielten sich auf der gestrigen Höhe, 20 bis 34 Heller pro Stück. Einlegegurken (Znaimer) stellen sich kleine auf 50 bis 52 Heller, große auf 40 bis 42 Heller pro Kilogramm.

Wie der übrige Markt, so war auch der Obstmarkt heute überreich beschickt, nur Weintrauben ließen etwas nach. Da in Obst von verschiedenen Geschäftsleuten in den Bezirken noch immer ganz ungerechtfertigt hohe Preise begehrt werden, wollen wir heute die Preisstaffelung bei den gegenwärtig gangbarsten niederösterreichischen Sorten zur Kenntnis der Leser bringen. Vom Marktkommissariat des Wiener Zentralobstmarktes, des Naschmarktes, wurden heute folgende Obsthöchstpreise, die auf keinen Fall überschritten werden dürfen, für die gangbarsten Obstsorten festgesetzt, und zwar für Birnen pro 100 Kilogramm Haferbirnen: Produzenten K. 22.— bis K. 24.—, Zwischenhandel K. 24.— bis K. 28.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 26 bis 32 Heller; Nagowitzbirnen: Produzenten K. 24.— bis K. 26.—, Zwischenhandel K. 26.— bis 30.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 28 bis 34 Heller; Schmalzbirnen: Produzenten K. 26.— bis 28.—, Zwischenhandel K. 28.— bis 32.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 30 bis 36 Heller; Dukatenbirnen: Produzenten K. 28.— bis K. 30.—, Zwischenhandel K. 30.— bis K. 34.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 32 bis 38 Heller; Salzburger Birnen: Produzenten K. 30.— bis K. 32.—, Zwischenhandel K. 32.— bis K. 36.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 34 bis 40 Heller; Feigenbirnen: Produzenten K. 32.—, Zwischenhandel K. 34.— bis 36.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 36 bis 40 Heller; Tafelbirnen: Produzenten K. 36.— bis K. 40.—, Zwischenhandel K. 38.— bis K. 44.—, Kleinhandel (pro Kilogramm) 40 bis 48 Heller.

Für 100 Kilogramm Aepfel dürfen die Produzenten für kleine K. 36.—, die Zwischenhändler K. 38.— bis 40.—, die Detailhändler auf dem Markt pro Kilogramm 40 bis 44 Heller verlangen und keinen Heller mehr; bei mittleren Aepfeln die Produzenten K. 40.—, die Zwischenhändler K. 44.— bis 48.—, die Kleinhändler 44 bis 48 Heller pro Kilogramm, bei großen die Produzenten K. 44.— pro 100 Kilogramm, die Zwischenhändler K. 48.— bis 48.— und die Detailhändler 48 bis 52 Heller pro Kilogramm. Pflaumen stellen sich, und zwar: gelbe kleine beim Produzenten auf K. 20.— bis 26.— pro 100 Kilogramm, beim Zwischenhändler auf K. 22.— bis 30.— und beim Detailhändler auf 24 bis 34 Heller das Kilogramm; blaue kosten pro 100 Kilogramm beim Produzenten K. 18.— bis 24.—, beim Zwischenhändler K. 20.— bis 28.— und beim Detailhändler ist für das Kilogramm höchstens ein Preis von 22 bis 32 Heller gerechtfertigt. Pelzerzwetschken dürfen vom Produzenten nicht höher als um K. 40.— bis 48.— pro 100 Kilogramm feilgehalten werden; der Zwischenhandel ist berechtigt, dafür K. 42.— bis 52.— zu begehren, der Kleinhändler pro Kilogramm auf dem Markte höchstens 44 bis 56 Heller. Kauft aber der Kleinhändler direkt beim Produzenten und nicht beim Zwischenhändler, so hat er um den für den Zwischenhandel engros festgesetzten Preis zu verkaufen. Die Detailhändler in den Bezirken dürfen die notierten Obstdetailpreise nur um die Zufuhrspesen erhöhen, die sich natürlich nicht ins Unendliche steigern dürfen.

Auf dem Fischmarkt war heute angesichts des fleischlosen Tages ein regerer Verkehr. Es notierten: Karpfen, groß, K. 4.20, klein K. 2.80 und mittlere K. 4.— pro Kilogramm; Hechte groß, K. 4.—, klein K. 3.—; Schille, groß, K. 7.—, klein K. 4.—; Scheiden K. 5.—; Weißfische K. 1.60 bis 1.80 pro Kilogramm Braxen K. 2.60 bis K. 2.80; Seefische stellten sich pro Kilogramm, und zwar: Seehecht K. 2.—, Schellfisch K. 1.80, kleine Schellfisch 80 Heller, kleiner Dorsch 90 Heller, Kabljau K. 1.60 bis K. 1.80, Seelachs K. 1.40, Angler K. 3.60, Rotzunge K. 3.20, Klippfisch K. 2.—; Geflügel, das nicht besonders reichlich am Markt ist, notiert, und zwar per Stück: Backhühner K. 2.— bis K. 3.—, Brathühner K. 3.— bis K. 3.60, für lebende Ware; tote Ware: Backhühner K. 2.60 bis K. 3.20, Brathühner K. 3.40 bis 4.20; kleine Enten kosten pro Stück K. 3.60 bis K. 4.—, normale Enten K. 6.— bis K. 7.—; 1 Kilogramm Entenfleisch K. 4.40; böhmische Gänse pro Kilogramm K. 3.60 bis 3.70, ungarische Fettgänse K. 4.30 bis 4.40; Fasane kosten pro Stück K. 3.— bis K. 4.90; junge Rebhühner per Stück K. 1.— bis K. 2.—, alte K. 1.— bis K. 1.40.

Angesichts der Marktlage in St. Marx ist im heutigen Fleischgroßhandel in der Großmarkthalle der Preis der Kälber und Schweine um 10 Heller pro Kilogramm gestiegen. Ausländisches Schöpsenfleisch notierte mit K. 3.80 bis K. 4.40. Rehfleisch kostete pro Kilogramm K. 1.60 bis K. 3.40, ein Rehrücken (per Stück K. 16.— bis K. 22.—, ein Rehschlegel K. 8.— bis K. 14.—. Wild ist aber wenig vorrätig.

Heute geht von 5 bis 7 Uhr abends der erste Gemüsemarkt auf dem Naschmarkt vor sich.

Kölnische Zeitung
13./VIII. 1915

⏚z **Berlin**, 12. Aug. (Telegr.) Wieder hielten Vertreter des Lebensmittelhandels in Berlin Versammlungen ab, um die Haltlosigkeit der gegen sie erhobenen Beschuldigung, einen unberechtigten Nutzen aus der gegenwärtigen Notlage zu ziehen, nachzuweisen. Als Ergebnis einer von dem Präsidenten der Handelskammer geleiteten Versammlung wurde festgestellt, daß beim Obst- und Gemüsehandel von Mißständen überhaupt gar nicht gesprochen werden könne. Produzenten, Groß- und Kleinhandel begnügten sich mit bescheidenen Zuschlägen. Die außergewöhnliche Höhe der Preise werde eben bedingt durch den Fortfall der Zufuhr aus dem Ausland, weiter durch die erhöhten Produktionskosten infolge der Steigerung der Löhne, Knappheit der Arbeitskräfte und der hohen Futtermittelpreise. Schließlich wirke die Schwierigkeit des Transportes ebenfalls verteuernd ein. Auch eine Versammlung der Kolonialwarenhändler verwahrte sich gegen den Vorwurf, Lebensmittelwucher zu treiben. Der Kleinhandel stehe unter dauernder Kontrolle der Kundschaft und des Wettbewerbs. Das Eingreifen der Gemeinde habe zum mindesten die Preissteigerungen nicht verhindern können. Die Beschlagnahmungen hätten den Unternehmungsgeist des Handels gelähmt.

Kölnische Zeitung 13./VIII. 1915

Stadtverordneten-Versammlung.

* Köln, 13. August.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Beigeordneten Adenauer ging, wie es jetzt in der Kriegszeit üblich geworden ist, ohne besondere Meinungsverschiedenheiten zu Ende. Einen breitern Raum nahm die nachträglich auf die Tagesordnung gekommene Anfrage des Stadtv. Mönnig über die von der Bürgerschaft beklagte Beschaffenheit des Brotes sowie über die Festsetzung von Höchstpreisen für Hülsenfrüchte, Graupen und Butter in Anspruch. Was den ersten Teil der Anfrage betrifft, so hatten die Klagen aus der Bürgerschaft in der Presse bereits Widerhall gefunden, und die städtische Verwaltung hatte Anfang dieses Monats in einer Besprechung mit Vertretern der Presse Ursachen und Abhilfemaßnahmen dargelegt. Beigeordneter Adenauer beantwortete die Anfrage und betonte, daß die Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung und die Stadtvertretung durchaus unangebracht seien. Die Mehlrationen seien im ganzen Deutschen Reiche einheitlich festgesetzt, so daß jeder Kommunalverband entsprechend seiner Einwohnerzahl Mehl bekomme, so daß in einzelnen Städten bessere Zustände als in andern unmöglich seien, zumal da alle Gemeinden alles Mehl zum Verzehr gelangen lassen. Zu dem System, ob Brotbuch oder Karte neigt die Verwaltung dazu, daß die Bücher für das Publikum mehr Vorteil haben. Die hauptsächlichste Waffe gegen diese Mißstände sieht die Verwaltung in einer strengern Handhabung der Brotbuchvorschriften. Sodann hat sie die Kontrolle verschärft und spricht die Erwartung aus, daß die in Frage kommenden Geschäfte in Würdigung der Wichtigkeit einer genauen Verbrauchsregelung den erlassenen Vorschriften gewissenhaft nachkommen und so die Anwendung strenger Strafen und eventuell den Verlust der Gewerbeberechtigung unnötig machen werden. Es war festgestellt worden, daß manche Bäcker ihren Pflichten, nur auf das Brotbuch Ware abzugeben, nicht nachgekommen sind. Bei der Kontrolle sind 15 Bäckereien vorübergehend geschlossen worden. Einen weitern Grund des zeitweiligen Brotmangels sieht die Verwaltung in dem Backen von Röggelchen, durch das täglich etwa 7000 Stück dreipfündige Brote oder 21 000 Pfund weniger zum Verkauf gelangen. Die Verwaltung hat, falls die Klagen über Brotmangel in Zukunft nicht verstummen, unter Umständen ein Verbot des Röggelchens angedroht. Zu der Brotknappheit tragen nach Ansicht der Verwaltung auch die Verstöße derjenigen Bäcker bei, die zuviel Kuchen gebacken und solche, die entgegen den Vorschriften dem Brot überhaupt kein Kartoffelmehl zugesetzt haben. Der Groll des Publikums trifft diese Bäcker; diese Sünder sind vorübergehend kaltgestellt worden. Auch in manchen Kölner Wirtschaften ist nach Ansicht der Verwaltung zum Teil ein gewisser Unfug getrieben worden, indem man Brot und Röggelchen den Gästen zum Mitnachhausenehmen überlassen hat. Man wird gegen derartige Gesetzwidrigkeiten rücksichtslos verfahren.

Einen Mangel gibt die Verwaltung zu und sagt, daß die Beschaffenheit des Brotes besser sein könnte; das liege aber nicht in ihrem Ermessen, vielmehr an dem Mehl und Schrot, das die Stadt, wie sie es von der Kriegsgetreidegesellschaft bekomme, abnehmen müsse. Zuzugeben sei wohl auch, daß in der letzten Zeit wohl manches Getreide zu Brot verarbeitet worden sei, was man in normalen Zeiten zu Viehfutter benutzt haben würde. Auch zu der Frage, weshalb das Publikum die Verhältnisse in der Brotfrage in andern Städten bedeutend besser hinstellt, hat die städtische Verwaltung Stellung genommen und den Standpunkt vertreten, daß die Kunst der Bäcker anderswo doch wohl kaum anders sei als der der Kölner Bäcker. Im großen und ganzen würden die Zustände in Köln eigentlich besser sein müssen als auswärts, da man hier doch das Kölner Brot besitze, von dem man jetzt täglich 8- bis 9000 Stück abgebe. Die Verwaltung hat überdies die Brotverhältnisse mit denen anderer Städte verglichen und ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Brotverhältnisse im großen und ganzen ziemlich gleichmäßig geordnet sind. Der einzige Unterschied von lokalen Besonderheiten bestehe wohl darin, daß Köln ziemlich die einzige Großstadt ist, in der dem Brot Milch nicht zugesetzt werde. Von diesem Standpunkt werde man aber hier nicht abgehen, um im Gegensatz zu anderwärts um 4 bis 6 ₰ billigere Milchpreise zu behalten. Über die Qualität des Brotes in Köln hätten sich überdies maßgebende Personen aus andern Städten lobend ausgesprochen.

Was die zweite, vom Stadtv. Mönnig angeregte Frage wegen Höchstpreise für Hülsenfrüchte, Graupen und Butter betrifft, so teilte die Verwaltung mit, daß sie bereits eine Aktion nach der angedeuteten Richtung eingeleitet habe, die sich in folgendem Beschlußentwurf erschöpft: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Herrn Oberbürgermeister, den Bundesrat zu bitten: 1. Produzenten-Höchstpreise für Butter festzusetzen und ein Verbot der Bereitung von Schlagsahne erlassen; 2. Großhandelspreise für Teigwaren, sowie für aus Hafer und Gerste hergestellte Nahrungsmittel festzusetzen, unter gleichzeitigem Erlaß von Höchstpreisen für die an Gerste verarbeitende Betriebe zu liefernde Gerste; 3. für Hülsenfrüchte Produzenten-Höchstpreise festzusetzen; 4. möglichst bald die in Aussicht genommenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung bekannt zu geben, sowie eine Bestimmung dahin zu erlassen, daß Kaufverträge über inländische Kartoffeln, die nach der . November 1915 zu erfüllen sind, nichtig sind, ausgenommen mit Reichs- und Staatsbehörden und Kommunalverbänden abgeschl . Verträge; 5. Bestimmungen zu erlassen, die solchen Personen, di cht schon vor dem 1. 8. 1914 in den betreffenden Handelszweige tätig waren, die gewerbsmäßige Vermittlung und den Großhandel mit Lebensmitteln durch Verbot und Nichtigkeitserklärung der betreffenden Geschäfte unmöglich machen.

Der übrige Teil der Tagesordnung wurde in kurzer Zeit erledigt. Die Versammlung nahm folgende Schenkungen zur Erinnerung an den Beginn des Krieges dankend an: Durch Herrn H. Minderop 5000 ℳ von Frau Wwe. Hugo Roeder, sowie 3000 ℳ von seiner Firma Franz Foveaux zur städtischen Kriegssammlung; von Frau Wwe. Oelbermann 10 000 ℳ für die städtische Kriegssammlung; von Stadtverordneten Justizrat Dr. Schnitzler 5000 ℳ zur Unterstützung kriegsbeschädigter Kölner Krieger und von Gebrüder Stollwerck 10 000 ℳ für die Kriegsspende. Die Verwaltung wurde ermächtigt, für die von der Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Wohnungsbau zum Weiterbau der Kleinwohnungssiedlung am Sandweg zu Köln-Bickendorf aufzunehmenden zwei weitern Darlehen, und zwar aus dem Reichsfonds für Wohnungsfürsorge über 300 000 ℳ und bei der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft über 150 000 ℳ, zusammen 450 000 ℳ, die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen.

Neue Freie Presse Abendbl.
13./VIII. 1915

Der heutige Kartoffel-, Gemüse- und Obstmarkt.

Wien, 13. August.

Auf dem heute abgehaltenen Großmarkte auf dem Naschmarkte zeigte sich steigende Tendenz der Zufuhren und Verbilligung der Waren. So sind die Preise für Kartoffeln seit dem letzten Markte am Dienstag ungefähr um 3 K. niedriger. Runde Kartoffel (niederösterreichische und ungarische), gelb, kosten jetzt im Kleinhandel 27 bis 29, weiß 25 bis 26, rot 23 bis 24, Erdäpfel, Kipfler, 32 bis 36 H.

Die Zufuhren von Fisolen sind gleich groß geblieben. Die Preise hielten sich fast in denselben Grenzen. Grüne Bohnen stellen sich auf 32 bis 36 H., gelbe Bohnen auf 36 bis 40 H. Gärtnerware war auch heute um 2 H. teuerer.

Zwiebel aller Arten kosten 58 bis 64 H.; Knoblauch slowakischer 1 K. 4 H. bis 1 K. 16 H., Makoer 1 K. 44 bis 1 K. 48 H.; Kochsalat 30 Stück 1 K. 20 H. bis 2 K. 40 H.; Kohlrabi 30 Stück 1 K. bis 2 K. 60 H.; Karfiol 30 Stück 2 K. bis 7 K.; Rotkraut 30 Stück 3 K. bis 6 K.; slowakische Karotten 24 H. bis 26 H.; Häuptelsalat per Stück klein 6 bis 8 H., mittel 9 bis 10 H., groß 11 bis 12 H.; Weißkraut per Kilogramm 22 bis 24 H.; Maiskolben per Stück 6 bis 8 H.; Spinat in schönen Qualitäten 44 bis 52 H.; grüner Kohl per Stück, klein 4 bis 7 H., mittel 8 bis 11 H., groß 12 bis 14 H.; grüne Erbsen, Schoten per Kilogramm 90 H. bis 1 K. 4 H.

Die Gurken sind gleich billig geblieben. Es waren geringe Quantitäten von Wiener-Neustädter Luxusgurken auf dem Markt, die nicht notiert wurden. Ungarische Gurken stellten sich auf 22 bis 28 H., niederösterreichische auf 28 bis 30 H., Einlegegurken aus Znaim groß 40 bis 42 H., klein 50 bis 52 H.; Paradeiser, Gärtnerware, kosteten 46 bis 52 H., ungarische 45 bis 56 H.

Ueberaus groß waren die Zufuhren in Schwämmen: Herrenpilze wurden um 2 K. 80 H. bis 3 K. 20 H. ausgeboten, Rötlinge um 56 bis 76 H.

Die Eierpreise sind unverändert geblieben. Es sind aber heute zum erstenmal nach Beendigung der Erntearbeiten auch Landwirte mit ihrer Ware auf dem Markte erschienen, ohne daß aber die Preiskonjunktur dadurch einen Abbruch erlitten hätte. Man bekam bei den Produzenten 15 bis 16 Eier um 2 K., bei den Händlern 14 bis 15 Stück. Der Einzelpreis betrug 16 bis 17 H.

Der Obstmarkt war heute sehr gut beschickt und der Marktverkehr war überaus lebhaft, die Preise waren im großen und ganzen unverändert.

Als streng einzuhaltende Bestimmung wurde auf dem Markte mitgeteilt, daß, wenn ein Kleinhändler mit Auslassung des Zwischenhandels direkt beim Produzenten einkauft, er diese Ware um den entsprechenden Teilbetrag billiger verkaufen muß. Birnen stellten sich in allen Arten und Qualitäten im Kleinhandel auf 26 bis 48 H., Aepfel auf 40 bis 52 H., Pflaumen auf 20 bis 56 H.

Fremdenblatt
13./VIII 1915.

Die Approvisionierung in der Kriegszeit.

Vorgestern fand im niederösterreichischen Landhause eine Sitzung der christlichsozialen Reichsrats- und gewesenen Landtags-Abgeordneten des Kronlandes Niederösterreich statt, bei welcher Gelegenheit die Wirkungen der neuesten Regierungsverordnungen, insbesondere auf die landwirtschaftliche, aber auch auf die städtische Bevölkerung außerhalb Wiens auf dem Gebiete des Approvisionierungswesens besprochen wurden. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in verschiedenen Teilen Niederösterreichs eine gewisse Knappheit an Mehl- und Brotfrüchten besteht, wodurch in vielen Städten, wie zum Beispiel Baden, aber auch in vielen Landgemeinden bezüglich der Ernährung der Bevölkerung lokale Schwierigkeiten entstanden. Weiters macht sich in vielen Orten der Wunsch nach besseren Mehlsorten geltend.

Diesem Bedürfnisse der Bevölkerung wäre nun, wie die Konferenz feststellte, am leichtesten dadurch abzuhelfen, daß sogenanntes „Vorschußmehl", das ist Auszug von Roggen, erzeugt wird, welche Mehlgattung in großem Umfange, namentlich bei der ländlichen Bevölkerung, als teilweiser Ersatz für die bestehenden Abgänge an Weizenmehl verwendet werden könnte. Aus diesem Grunde sprach sich die Abgeordnetenkonferenz dafür aus, daß beim Ministerpräsidenten sowie beim Ackerbauminister die Bewilligung für die Erzeugung dieser Mehlgattung nachzusuchen sei.

Die Versammlung erklärte sich zwar entschieden gegen jede Preistreiberei, erbat aber die Vermeidung von Härten, wie sie sich jetzt bei der Durchführung der diesbezüglichen Verordnungen ergeben.

Diese Forderungen wurden durch eine Abordnung, bestehend aus dem Obmann der Niederösterreichischen landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse Reichsrats-Abgeordneten Bauchinger, Minister a. D. Dr. Geßmann, Vizepräsident des Landeskulturrates Reichsrats-Abgeordneten Gruber, ehemaligen Landtags-Abgeordneten Jax, Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Jukel, Präsidenten des Landeskulturrates List und Landesausschuß Mayer, sowohl dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh als auch dem Ackerbauminister Zenker unterbreitet.

Arbeiterzeitung
13./VIII. 1915

Die Wirkung der Konsumentenschutzverordnung auf den Marktverkehr.

Am Mittwoch sollte die neue Verordnung zum Käuferschutz auf den Märkten durchgeführt sein. Auf dem Naschmarkt war gestern noch mancher Stand ohne jede Preisanschreibung. Wer sich vorgestellt hatte, daß diese neue gutgemeinte Verfügung eine durchgreifende Veränderung in den Wiener Marktverhältnissen herbeiführen werde, irrt sehr. Die Obst verkaufenden Bauern verkauften auch weiterhin recht teuer, sie kümmerten sich nicht um die Verfügung über die Ausschreibung der Preise. Nirgends, wo Bauernwagen mit Obst standen, oder wo die Verkäufer mit ihren Butten ihren heurigen reichen Obstsegen verwerteten, gab es eine Anschreibung: „Was kosten denn die Birn' oder die Aepfel?", das war auch gestern und vorgestern noch die allgemeine Einleitung des Kaufes. Auch da gab es wieder viele Enttäuschte. Sie sahen Birnen und Aepfel in Unmengen, so reichlich wie seit Jahren nicht. Und doch sind die Preise ungewöhnlich hoch. Vor zwei Jahren war bei großer Zufuhr an Birnen im Großkauf am Naschmarkt das Kilo mit 10 und 12 Heller zu kaufen. Aepfel waren nur um weniges teurer. Selbst im Winter bekam man prächtige Aepfel im Großkauf um 30 Heller das Kilo. Und jetzt? Die neue Verordnung hat wohl bezweckt, daß die wichtigsten Lebenserfordernisse am Markte nicht teurer werden, sie konnte es noch nicht verhindern, daß das für den Haushalt wichtige Obst ohne Berechtigung zu hohen Preisen abgesetzt wird. So kosteten auch jetzt noch im Großverkauf Aepfel zumeist 40 bis 60 Heller, Birnen, die in Riesenmengen auf den Markt kommen, 24 bis 60 Heller. Die ländlichen Verkäufer wollen nicht auf Preise normaler Jahre herabgehen. Da wegen der Verschiedenartigkeit der Obstsorten auf den Amtstafeln kein Höchstpreis angeschrieben ist, können die Verkäufer auch weiterhin ihre hohen Forderungen stellen. Nur die ständigen Großhändler am Naschmarkt haben sich seit einigen Tagen den neuen Verhältnissen angepaßt. Dort sieht man Tafeln: „Verkauf nur in Körben" und Tafeln mit den Preisen. Hier kosteten Birnen in Körben 32 bis 60, Aepfel 30 bis 64, Pflaumen 50, Kriecherln 32, Trauben 100 bis 120 Heller das Kilo.

Um die Bauernwagen gab es großes Gedränge. „Man möcht's net glauben, daß so viel Obst her'bracht wird und do so teuer." — „Und hochnasi san s' aa no, wenn ma denen sagt, daß sie so viel verlangen." So eine Frau zur anderen. Manche wandern von Stand zu Stand, aber die Verkäufer machen keine bemerkenswerten Preisunterschiede. Sie gehen auch nicht gern unter die üblichen Preise herab, was die neue Marktordnung ja nicht verbietet.

Bei den Marktständen gab es ja schon immer die Verfügung über das Ausschreiben der Preise. Dort ist alles so wie es war. „Vorn geben s' das schönste Obst und rückwärts den Schmarr'n her!", das war auch jetzt noch häufig der Ausruf der Frauen, wenn sie Obst kauften.

Für den Verkauf von Gemüsen und Erdäpfeln ist schon seit Monaten auf den Wiener Märkten die Verfügung getroffen, daß die Höchstpreise täglich amtlich festgesetzt und auf der Amtstafel angeschrieben sind. Doch waren Preisüberschreitungen bei den Verkäufern leicht möglich, weil auf den Waren selbst die Marktpreise zumeist nicht ersichtlich waren. Darin hat sich in den letzten Tagen manches gebessert. Die ungarischen Bauern, die aus der Marchgegend nach Wien kommen, brachten nun schon Tafeln mit, die eine ganze Liste von Gemüsen und dazu den Preis anführten. Manche Kleinverkäuferin schreibt mit Kreide oder auf Papiertäfelchen den Preis ihrer Grünwaren. Es gab da kaum Anstände, die Käufe wickelten sich glatter ab als früher. Trotzdem gab es auch in dieser Abteilung des Naschmarktes noch Verkäufer genug, die gar keine Preise angeschrieben hatten!

Bei Schnittbohnen und Gurken durften sie nicht allzu hohe Anforderungen an den Käufer stellen, denn es gibt von diesen Grünwaren jetzt solche Mengen auf dem Markt, daß sie gar nicht verkauft werden konnten. Durch die großen Zufuhren dieser Waren sanken die Preise für ein Kilogramm Schnittbohnen auf 28 bis 32 Heller, für Gurken auf 14 bis 20 Heller das Kilogramm. In den nächsten Wochen werden Gurken in noch größeren Mengen auf den Markt kommen. Ihr Preis steht noch immer weit über dem vorjährigen, denn damals kostete in diesen Tagen ein Kilogramm Gurken 8 bis 10 Heller. Erdäpfel werden jetzt reichlich zugeführt. Ihr Preis ist wucherisch hoch. Die Großspekulanten häufen schon wieder Erdäpfel in marktfernen Magazinen auf, um die Preise nicht herabzudrücken, damit der Wucher ungestört weiter wirken kann — ein Manöver, das streng verboten ist. „So viel Erdäpfel und do sündteuer!" „Vor an' Jahr hab'n m'r die Heurigen um dö Zeit mit 6 bis 9 Kreuzer zahlt, heuer kosten s' no immer 13 oder gar 15 Kreuzer!" Und es ist wirklich kein Anlaß für solche Erdäpfelpreise. In der Woche vor dem 8. August wurden heuer auf den beiden größten Wiener Märkten, am Naschmarkt und Am Hof, 25.000 Meterzentner Erdäpfel zugeführt, vor einem Jahre in der gleichen Woche nur 13.590 Meterzentner, und doch ist der Erdäpfelpreis jetzt noch doppelt so hoch als vor einem Jahre, zum Kriegsbeginn! Es wäre notwendig, daß die Marktbehörden den Wucher mit Erdäpfeln und der Aufstapelung in Magazinen einschränken und die Preise einfach niedriger ansetzen. Die neue Verordnung hat wohl zunächst erreicht, daß die amtlich festgesetzten Höchstpreise nicht überschritten werden. Sie konnte sich aber noch nicht ihrem Geiste nach durchsetzen. Der österreichische Schlendrian bewirkt, daß sich noch immer nicht wenige Markthändler über die Anschreibung der Preise hinwegsetzen. Wenn das schon in den ersten Tagen der neuen Verordnung möglich ist, wie erst nach Monaten!

Im allgemeinen wickelte sich der Marktverkehr glatt ab. Das nun zugestandene Nachwiegen kommt fast nicht vor; es ist auf dem Gemüsemarkt auch weniger wichtig, weil Grünwaren, wie Kohl, Kohlrabi, Karotten, Kraut, nach dem Stück gekauft werden. Da, wo es am nötigsten wäre, auf dem Obstmarkt, wird nur hie und da davon Gebrauch gemacht. Und darauf sollten die Käufer sehen und jeden rücksichtslos anzeigen, der die Höchstpreise überschreitet. Diese sind heuer ohnehin so hoch, daß sie weit über die Preise gehen, die bei den großen Marktzufuhren dieser Tage gerechtfertigt wären.

Die Zeit
13./VIII. 1915

Wien — München — Berlin.

Wir erhalten vom erzherzoglichen Domänendirektor Oskar v. Giesl folgende Zuschrift: „Geehrte Schriftleitung! Als ein großer Freund unserer lieben, schönen Kaiserstadt Wien hat mich Ihr Artikel über die Wiener Preise der Speisen im Vergleich mit anderen großen Städten sehr angenehm berührt. Sie haben damit einen wunden Punkt richtig bloßgelegt. Es ist gerade jetzt, in den Kriegszeiten, in Wien alles in besonders empfindlicher Weise im Preise gestiegen, und es wird sich immer mehr die Beurteilung einbürgern, ‚daß Budapest und Wien zu den teuersten europäischen Städten zählen'. Jetzt in Böhmen wohnend, verkehre ich öfter in den Städten des nahen Sachsen und kam erst gestern wieder von dort zurück. Vergleicht man die dortigen Preise der Speisen vor und nach Kriegsausbruch mit jenen in Wien, so muß man leider wahrnehmen, daß man in Dresden, Chemnitz, Leipzig usw. viel billiger speist als in Wien. Die Hauptmahlzeit von vier Gängen in den besten Restaurationen erhält man dort noch immer um M. 2.— bis 3.—, also um K. 2.70 bis 4.—, wobei die Portionen kaum merkbar kleiner wurden, was man von den Wiener Portionen durchaus nicht behaupten kann. Während man im Ausland auch für zwei oder mehr Personen eine kleine Anzahl Menüs bekommt, ist dies in Wien durchaus nicht gangbar. So habe ich neulich in Dresden in einem erstrangigen Restaurant mit meinem elfjährigen Enkel, der nach einer Elbefahrt bei recht guter Eßlust war, ein Mittagessen eingenommen, das drei Mark kostete und — mit vier Gängen — zweimal geteilt serviert wurde. Es war reichlich und vorzüglich. Selbst in einem minderen Gasthaus in Wien hätte ich das um vier Kronen nicht bekommen. Nachdem auch die Preise in den Großgasthöfen für so viele Bedarfsartikel im Deutschen Reiche billiger sind als bei uns, kann man es einem nicht verargen, wenn man sich mehr dorthin wendet und die Teuerung meidet."

Tägliche Rundschau
13. VIII. 1915

Kleinhandelspreise in Berlin.

Angesichts der Willkür, die vielfach in der Preisentwicklung wichtiger Nahrungsmittel Platz gegriffen hat, dürfen die Preiszusammenstellungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin besonderes Interesse beanspruchen. Diese erstrecken sich einerseits auf die städtischen Markthallen, anderseits auf die „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H.", welch letztere bekanntlich zahlreiche Niederlagen in allen Stadtteilen unterhält. Vergleichen wir die Preise kurz nach Beginn des Krieges mit den der Monate Juni und Juli 1915 ermittelten, so stellte sich der Preis für 1 Pfund in Pfennigen:

in den städtischen Markthallen:

	August 1914	Juni 1915
Für Rindfleisch, Keule	106	134
„ „ , Brust	86	116
„ „ , Bauchfleisch	78	110
„ Kalbfleisch, Keule, Rücken	109	138
„ „ , Brust	100	129
„ „ , Bauchfleisch	92	122
„ Hammelfleisch, Keule, Rücken	111	144
„ „ , Brust, Bauch	101	132
„ Schweinefleisch, Rücken, Rippe	104	192
„ „ , Schinken	81	165
„ „ , Schulter, Bauch	76	163
„ Speck	98	184
„ Schinken, geräuchert	145	220
„ Roggenbrot	32,95	40,74
„ Weizenbrot	59,23	63,39

Bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend waren die Preise für 1 Pfund:

	15. August 1914	15. Juni 1915	15. Juli 1915
Feine Tafelbutter	140	180	196
Bratenschmalz	72	160	190
Margarine „Sana	90	120	120
Deutsche Heringe	18	18	18
Schinken, roh u. gekocht	180	320	300
Speck	120	220	220
Korinthen	40	60	60
Pflaumen, getrocknet	52	64	64
Ringäpfel	68	90	90
Salz	11	12	12
Zwiebeln	20	60	30
Bohnen, weiße, lange	24	60	60
Bohnen, weiße, kleine	20	54	54
Erbsen, Riesen-	22	56	56
Kaffee, Qual. IV	156	164	168
Malzkaffee	25	40	40
Gebr. Gerste, Ia	20	60	60
Kakao	120	260	260
Tilsiter Käse	90	120	140
Beste Speisekartoffeln	50	55	45
Graupen	22	60	60
Haferflocken I	30	40	40
Roggenmehl 0/1	14 (00)	24	24
Weizenmehl (00)	18	26	26
Reis, Patna	26	60	60
Zucker, Melis	21	24	28
Würfelzucker	26	30	34

Wie bereits früher bemerkt, ist der genannten Konsumgenossenschaft wegen ihres großen Umsatzes ermöglicht, die Nahrungsmittel etwas billiger einzukaufen als den meisten Kleinhändlern; auch wird diese sich mit etwas geringerem Nutzen beim Verkauf begnügen können. In den letzten Wochen, die von der vorstehenden Preisstatistik noch nicht berücksichtigt werden konnten, waren überdies die Preise manchen Veränderungen unterworfen. Im allgemeinen wird man feststellen können, daß die Fleischpreise nahezu zum Stillstand gekommen sind, die Butter-, Schmalz- und Margarinepreise ihre Steigerung fortgesetzt, dagegen die Preise für Kartoffeln und Gemüse eine Ermäßigung erfahren haben. Die Preise für Brotmehl dürften im zweiten Kriegsjahre schwerlich erhöht werden, denn mehr und mehr erweist sich die Brotgetreideernte als recht befriedigend. Auch die Kartoffelernte berechtigt zu den besten Hoffnungen, so daß sich möglichenfalls die Festsetzung von Höchstpreisen erübrigt. Gelingt es baldigst, den deutschen Zuckermarkt wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen, so bietet sich die Möglichkeit, die unter dem Einfluß regnerischer Witterung neuerdings üppig gewachsenen Gartenfrüchte massenhaft zu konservieren, wodurch die Preisentwicklung im Winter heilsam beeinflußt werden kann. Für die überseeischen Erzeugnisse eröffnen sich freilich noch keine Aussichten einer normalen Preisgestaltung. Trotzdem erscheint unser Nahrungsmittelmarkt soweit gefestigt, daß zur Schwarzseherei keine Veranlassung vorliegt.

Dr. D.

Kölnische Zeitung
14./VIII. 1915

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Schärfere Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher in Hessen.

Darmstadt, 14. Aug. (Telegr.) Das hessische Ministerium des Innern hat in einem Anschreiben die Kreisämter und die Oberbürgermeister der größern Städte angewiesen, von den ihnen zur Verhütung übermäßiger Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt übertragenen Befugnissen ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Preise für zahlreiche Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs hätten in vielen Orten, heißt es in einer im Zusammenhang damit veranlaßten Veröffentlichung des Regierungsblattes der Darmstädter Zeitung, eine Höhe erreicht, die in keinem Verhältnis stehe zu den Erzeugungs- und Erwerbungskosten. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die vorhandenen Vorräte dem Verbrauch erhalten bleiben und ihm zu Preisen zugeführt werden, die nach den Umständen angemessen sind und keine unnötige Benachteiligung der Verbraucher enthalten. Durch das Reich seien in der Hauptsache die rechtlichen Grundlagen für ein Eingreifen der Verwaltungsbehörden geschaffen. Die allgemeinen Richtlinien für deren Vorgehen seien durch die zahlreichen Verordnungen des Bundsrates und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen im wesentlichen bestimmt. In ihrer Gesamtheit und in ihrem gegenseitigen Zusammenhang ermöglichten es diese Vorschriften, dafür zu sorgen, daß alle Waren, die für den täglichen Bedarf von Wichtigekit seien, rechtzeitig auf den Markt gelangen und zu angemessenen Preisen abgegeben werden. Ihre volle Wirksamkeit könnten die behördlichen Maßnahmen jedoch erst dann äußern, wenn alle Beteiligten es für ihre vaterländische Pflicht erachteten, die Durchführung der Maßnahmen nach Kräften zu fördern.

Remscheid, 13. Aug. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten war der Lebensmittelausschuß beauftragt worden, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, in der Maßregeln zur Milderung der Preissteigerung der Lebensmittel beantragt werden sollten. Diese Eingabe ist nunmehr an den Bundesrat abgegangen; darin werden folgende Vorschläge gemacht: Die Preise für Mehl gegen das Vorjahr möglichst herunterzusetzen; baldigst eine Bestandaufnahme bewirken zu lassen, um festzustellen, ob die Mehl- und Brotportionen für den kommenden Winter erhöht werden können; den Verkauf der Präparate aus Hafer und Gerste, die besonders für die Ernährung der Kinder in Frage kommen, ebenfalls einheitlich zu regeln; Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln nach einer von Monat zu Monat fallenden Skala, um zu vermeiden, daß, wie im Vorjahr, Kartoffeln zurückgehalten werden; die Feststellung des Ernteergebnisses in Kartoffeln; baldmögliche Anordnung einer Viehzählung; Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch, Milch, Butter, Zucker und, soweit dieses durchführbar ist, auch für Gemüse, besonders für Hülsenfrüchte. Schärfste Durchführung und Handhabung der Bundesratsverordnung vom 23. Juli und der inzwischen ergangenen Ausführungs-Anweisung.

Münster, 13. Aug. Der städtische Gemüseverkauf hat hier ein erhebliches Sinken der Preise bewirkt. Die Stadt hat nunmehr auch den Verkauf von Obst begonnen, um der übermäßigen Preisbildung entgegenzuwirken.

Arbeiterzeitung
14./VIII. 1975

* **Das Nachwiegen der eingekauften Waren.** Ein Leser schreibt uns: In der jüngsten Verordnung zum Lebensmittelhandel wird es jedem Verkäufer zur Pflicht gemacht, den Kunden ein Nachwiegen der Waren freizustellen. Diese gesetzliche Maßnahme entspricht einem längst gehegten Wunsche der Verbraucher, da sich in Hunderten von Geschäften die Wiegevorgänge völlig der Ueberprüfung durch den Käufer entziehen. Die Wagen sind oft hinter Bergen von Waren, Gläsern, Flaschen, Wurstzeug und anderem verborgen, wohl selten nicht ohne Absicht. Es wäre darum sehr dankenswert, wenn die Verordnung dahin ergänzt würde, daß die Wagen so auf den Verkaufspulten stehen müssen, daß zwischen die Wagen und dem Käufer nichts gelegt werden darf. Erst dann wird jeder Käufer die Möglichkeit haben, selbst zu überprüfen, ob ihm das volle und richtige Gewicht gegeben wird. Auch dann wird ja noch die Abhängigkeit vieler Käufer von den Kaufleuten nicht die volle Abstellung des Betruges beim Einkauf bewirken. — Diese Anregung ist ganz richtig und wir geben sie darum weiter. Die Marktamtsbeamten haben die Möglichkeit, schon im Rahmen der Verordnung diese Anbringung der Wagen zu fordern und durchzusetzen.

Österr. Volkszeitung
14./III. 1915

Kriegsspeisezettel für die Woche.

I. Reichere Kost.

Sonntag: Karfiolsuppe, Hammelkoteletts mit Fisolen, Marillenbuchtel; abends: Fischsalat mit Ei.

Montag: Gulyassuppe, Spinat mit Nockerl; abends: Krensleisch.

Dienstag: Gemüsesuppe, Zwetschkenknödel; abends: Eingemachtes Rindshirn mit Erdäpfel.

Mittwoch: Rindssuppe, Rindfleisch mit Kochsalat; abends: Gefüllte Paradeis.

Donnerstag: Schwammerlsuppe, gefüllte Kohlwürstchen; abends: Zimtnudeln.

Freitag: Grießsuppe, Milchrahmstrudel; abends: Reis mit grünen Erbsen und Parmesan.

Samstag: Erdäpfelsuppe, Schöpsenfleisch mit Wildtunke und Rohrnudeln; abends; Reisgrießschmarren mit Röster.

II. Einfache Kost.

Sonntag: Erbsensuppe, Hackbraten mit Gürkensalat, Spritztrauben; abends: Erdäpfel mit Butter und Topfen.

Montag: Knoblauchsuppe, Erdäpfelnudeln mit Mohn; abends: Rindernieren.

Dienstag: Kümmelsuppe, Kuttelfleck mit Erdäpfel; abends: Bauernknödel mit Paradeistunke.

Mittwoch: Kohlsuppe, Schinkenreis (Selchfleisch); abends: Eingebrannte Kohlrüben.

Donnerstag: Graupensuppe, Grießnudeln; abends: Kartoffelgulyas.

Freitag: Reissuppe, Erdäpfeltascherln mit Marillensalse; abends: Milchreis.

Samstag: Brotsuppe, Erdäpfelkrapferln mit Kraut; abends: Bayrische Kraftsuppe.

Spritztrauben. In 3 Deziliter kochendes Wasser gibt man 4 Dekagramm Butter. Sind sie zerschlichen, werden unter Rühren 3 Deziliter Gerstenmehl eingekocht. Dann läßt man sie fettlich dünsten, bis sich der Teig glatt vom Löffel löst. Dann mengt man erst eine Dotter, dann ein Ei dazu und rührt den Teig ab. Den Spritzer erst in heißes Schmalz tauchen. Die Strauben mit Zimtzucker oder Fruchtsaft auftragen.

Fischsalat. Kleine, gekochte Seefische werden entgrätet, gesalzen, zerkleinert, mit Essig und Oel, Pfeffer und Senf angemacht.

Kohlwürstchen. Schöne, abgebrühte Kohlblätter werden mit feingehacktem Schinken und Selchfleisch, mit sauerem Rahm und Pfeffer vermischt, bestrichen, eingerollt und mit Zwirn fest gebunden, dann auf Speckplatten bräunlich gedünstet. Vor dem Anrichten den Faden entfernen.

Gefüllte Paradeis. Man füllt die ausgehöhlten Paradeis mit gedünstetem Reis, streut viel Parmesankäse darüber und gießt vor dem Braten Oel (Fett) darauf.

Bayrische Kraftsuppe. Grobe Graupen werden gekocht und eine helle, dünne Butter(Fett)einbrenn damit vergossen. Nach Geschmack würzen und feingehacktes Selchfleisch in der Suppe aufkochen lassen.

Kriegsbäckerei. Es wird 1/8 Kilogramm Butter mit 4 Eiern und 1/4 Kilogramm Zucker flaumig abgetrieben; dann wird 3/4 Kilogramm Gerstenmehl und ein Backpulver beigemengt. Das Ganze dann ordentlich durchgemengt und zwei Messerrücken dick ausgewallt; ausstechen verschiedene kleine Formen und lichtgelb backen.

Erdäpfeltorte. 8 Eidotter, 1/4 Kilogramm Zucker eine halbe Stunde rühren, dann von einer Zitrone Saft dazu und von einer halben die Schalen, ferner 20 Dekagramm Erdäpfelmehl, von den 8 Eiklar Schnee langsam hineinrühren und in zwei Formen (zu gleichen Teilen) backen. Zum Beeisen nimmt man 15 Dekagramm Zucker und etwas Rum mit etwas Wasser einrühren.

Die Zeit Abendbl
14./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der Grünwarenmarkt war heute normal beschickt, doch litt der Besuch offenbar unter dem vormittägigen Regenwetter, denn der Zudrang der Hausfrauen auf die Märkte war heute kein besonderer. Der Naschmarkt erfreute sich der anhaltenden Zufuhren in Paradeisern, für die Detailpreise von 26, 28, 30 Heller keine Seltenheit waren, wenn schöne Ware auch 36, 40 Heller und darüber pro Kilogramm kostete. Die amtlichen Preisnotierungen für Paradeiser bewegten sich für ungarische von 34 bis 46, für Gärtnerparadeiser von 44 bis 52 Heller pro Kilogramm. In der nächsten Zeit ist eine weitere Steigerung der Paradeiserzufuhren zu erwarten, die, normale Marktverhältnisse vorausgesetzt, auch eine weitere Verbilligung der Preise nach sich ziehen dürfte. Auch grüne Bohnen und Spargelbohnen verbilligten sich heute abermals im Preise. Hie und da war ganz schöne Ware um 20 bis 28 Heller pro Kilogramm erhältlich. Die amtlichen Höchstpreise für diese Gemüsesorte sind für grüne Bohnen mit 32 bis 36 Heller und für gelbe mit 36 bis 40 Heller festgesetzt. Infolge der anhaltend reichlichen Zufuhren an heimischen Frühkartoffeln gingen die Preise aller Kartoffelgattungen heute abermals um 1 Krone pro 100 Kilogramm zurück. Die Kleinhandelspreise für Kartoffeln stellen sich für niederösterreichische und ungarische gelbe auf 26 bis 28, weiße 24 bis 25, rote 22 bis 23 und Kipfler 32 bis 33 Heller, doch werden Kartoffeln auch billiger abgegeben, so ungarische auch schon auf dem Naschmarkt um 20 Heller pro Kilogramm.

Heute gab es besonders schönen Kohl auf dem Markt, der 14 bis 15 Heller pro Staude kostete; mittlere und kleinere Ware ist um 4 bis 8 und 10 Heller pro Stück erhältlich. Spinat notierte mit 44 bis 52 Heller pro Kilogramm, war aber auch schon um 38 bis 40 Heller erhältlich. Grüne Erbsen in Schoten stellten sich von 90 Heller bis auf K. 1.04 pro Kilogramm. In Häuptelsalat sind die Preise mit 6 bis 12 Heller pro Stück. Zwiebel notierte mit 58 bis 64 Heller. Knoblauch, slowakischer, mit K. 1.04 bis K. 1.16 und Makoer mit K. 1.44 bis K. 1.48 pro Kilogramm. In Gurken gibt es fast einen Ueberfluß, so daß schon um 10 bis 16 Heller ein Kilogramm zu haben war. Ungarische Qualitätsware kostete 22 bis 27 Heller pro Kilogramm, niederösterreichische 26 bis 29 Heller pro Kilogramm. In Gurken dürfte eine Preisherabsetzung alsbald eintreten. Einlegegurken sind im Detailhandel noch ziemlich teuer, da für kleine 52, für große 42 Heller pro Kilogramm begehrt werden. Pilze, deren Zufuhr anwuchs, kosten pro Kilogramm K. 2.80 bis K. 3.20. Eierschwämme 56 bis 72 Heller pro Kilogramm. Rotkraut und Karfiol sind seltener. Für mittlere Karfiolrosen werden 30 bis 50 Heller begehrt. Kohlrabi wird pro Stück um 8 bis 10 Heller feilgehalten. Eierpreise weichen etwas, doch nicht viel. Ein Ei kostet auf den Märkten 16 bis 17 Heller.

Heute waren auch die Obstzufuhren in Birnen, Aepfeln und Reineklauden besonders günstig. Auch Tiroler Sorten und ungarische Tafeläpfel haben sich eingestellt. Williamsbirnen kosten im Detailhandel 80 Heller bis K. 1.12 pro Kilogramm, Herzog Reinette-Aepfel (meistens ungarischer Herkunft) im Kleinhandel 70 bis 80 Heller pro Kilogramm. Die Marktämter haben den Obstverkauf in Bütteln abgestellt und den Obstverkauf nur nach Gewicht angeordnet. Für niederösterreichische Sorten wurden heute folgende Höchstpreise festgesetzt, die auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 7. d. nicht überschritten werden dürfen, und zwar pro Kilogramm im Kleinhandel; für Birnen: Haferbirnen 26 bis 32, Nagowitzbirnen 28 bis 34, Schmalzbirnen 30 bis 36, Dukatenbirnen 32 bis 38, Salzburger 34 bis 40, Feigenbirnen 36 bis 40, Tafelbirnen 40 bis 48 Heller; für Aepfel: kleine 28 bis 40, mittlere 40 bis 44 und große 46 bis 50 Heller pro Kilogramm; für Pflaumen, gelbe kleine 24 bis 34, blaue 24 bis 32 und für Zwetschken 44 bis 56 Heller. Für ungarische Weintrauben, die heute wieder in ausgiebigeren Mengen eintrafen, wurden für mittlere Qualitäten K. 1.— bis 1.24 und für erste Qualitäten K. 1.36 bis 1.44 pro Kilogramm als Höchstpreis fixiert.

Auf dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle war heute der Verkehr, besonders der im Kleinhandel, sehr lebhaft zu nennen. Es notierten: Hiesiges Rindfleisch, und zwar vorderes mit Zuwage von K. 4.40 bis K. 5, ohne K. 4.40 bis K. 5.80, hinteres mit Zuwage K. 4.80 bis K. 6, ohne Zuwage K. 5.20 bis K. 7 (inklusive Lungenbraten und Rieden) pro Kilogramm. Jungschweinernes K. 4.20 bis K. 5.80, abgezogenes Schweinefleisch K. 4 bis K. 5.80, Kalbfleisch, vorderes K. 3.20 bis K. 4.40, hinteres K. 3.60 bis K. 5.20, Schaffleisch, vorderes K. 3.40 bis K. 4.30, hinteres K. 4.20 bis K. 4.60, Selchfleisch K. 4.60 bis K. 6 (inklusive Schinken im Ganzen). Für ausländisches Fleisch wurde bezahlt pro Kilogramm: Rindfleisch, vorderes mit Zuwage K. 3.20 bis K. 3.70, ohne K. 3.40 bis K. 3.80, hinteres mit Zuwage K. 3.80 bis K. 4.60, ohne K. 4 bis K. 5. Kalbfleisch, vorderes K. 3.20 und hinteres K. 3.60, Schaffleisch vorderes K. 3.20 bis K. 4.40, hinteres K. 3.80 bis K. 5.

Die Preise für Fettstoffe, die eine leichte Aufwärtsbewegung zu verzeichnen haben, stellen sich pro Kilogramm, und zwar: Bauchfilz von K. 4.40 bis 4.60, frischer Speck K. 4.20 bis 4.50, geräucherter Speck von K. 4.60 bis 4.80, Schweineschmalz von K. 4.20 bis 4.60, Kernfett (Rindsfett) von K. 3.— bis 3.20. An Detailwurstpreisen sind heute in der Großmarkthalle verzeichnet, und zwar pro Kilogramm: Extrawurst K. 5.20, Braunschweiger K. 5.—, Knackwurst K. 5.20, Krakauer K. 5.60, Wiener (Pariser) K. 5.20, Frankfurter K. 5.20, ungarische Salami K. 12.—, deutsche Salami K. 5.20, Preßwurst K. 2.70 bis 6.—, Tiroler K. 4.80 bis 5.60, Augsburger K. 4.—, Klobassi K. 5.— und Burenwurst K. 5.—.

Die Preise hielten sich allgemein der Marktlage des Zentralviehmarktes St. Marx angepaßt.

Fremdenblatt Abendbl.
14./VIII. 1915

* **(Lebensmittelmarkt.)** Dieses Wort allein flößt Schrecken ein — allerdings nur bei uns in Wien. In München speist man recht billig: Preise für Lebensmittel in München: Fleisch das Pfund (Durchschnitt für die Stadt): Mastochsenfleisch (allgemein) Mk. 1.27 bis 1.47; Ochsenfleisch (allgemein) Mk. 1.22 bis 1.35; Mastkuhfleisch Mk. 1.11 bis 1.32; Kuhfleisch (allgemein) Mk. 0.95 bis 1.17; Kalbfleisch Mk. 0.92 bis 1.20, Hammelfleisch (Schlegel) Mk. 1.03 bis 1.22; Schweinefleisch Mk. 1.36 bis 1.55, Schweinefett (ausgelassen) Mk. 1.85 bis 1.90, Rindsfett (ausgelassen) Mk. 135 bis 1.40; Geflügel das Stück: Gänse Mk. 6.— bis 10.— Enten Mk. 3.70 bis 5.—, alte Hennen Mk. 3.50 bis 4.30, Brathühner Mk. 2.10 bis 2.60, junge Tauben 75 bis 90 Pfennig, Butter das Pfund: Tafelbutter Mk. 1.95 bis 2.—, Landbutter Mk. 1.65 bis 1.70; Eier, frische, für 1 Mark 8 Stück; Fische das Pfund (lebend): Forellen und Saiblinge Mk. 2.50 bis 1.50, Renken Mk. 1.40 bis 1.50, Hechte Mk. 1.40 bis 1.50, Karpfen und Schleie Mk. 1.— bis 1.30, Barben und Scheide 80 bis 95 Pfennig, Aitel, Brachsen und Bürschlinge 80 bis 95 Pfennig, Fische das Pfund: (tot): Hechte Mk. 1.20 bis 1.30, Schellfische (ganz große Isländer) 42 bis 55 Pfennig, Angelschellfische 50 Pfennig, Schellfische (kleine, Bratschellfische) 30 Pfennig, Steinbutt Mk. 1.25, Wildbret das Pfund: Hirsche (Schlegel und Rücken) Mk. 1.— bis 1.50, Rehe (Schlegel und Rücken) Mk. 1.40 bis 2.20.

Die Zeit
15./VIII. 1915

Die Verpflegung der Sommerfrischler.

In den niederösterreichischen Voralpen.

Wer jetzt aus Wien eine der Sommerfrischen des niederösterreichischen Voralpengebietes besucht, um seine dort zur Erholung weilenden Freunde zu sehen, der wird natürlich zunächst befragt, ob er etwa über die Kriegsereignisse mehr zu berichten weiß, als aus den offiziellen Rapporten der Generalstäbe und aus den sonstigen Zeitungsmeldungen zu erfahren ist. Ist die feldmäßige Seite des Kriegsthemas erledigt, dann wendet sich die Debatte der wirtschaftlichen zu, in erster Linie der Versorgung mit den Lebensmitteln für den Tag. Die Auskünfte, die man erhält, lauten überall gleich, vom Ennstal bis in das Wechselgebiet. Knappheit und Teuerung herrscht allenthalben, hier in milderem, dort in höherem Grad als in Wien. Doch das sei gleich vorweg gesagt, von der Maisbrotkalamität, die den Wienern so lange zugedacht war, bekam das Land wenig zu fühlen.

Die Knappheit der Vorräte erschwert es in den meisten Sommerfrischen den Fremden, einen eigenen Haushalt zu führen; es fehlt bald an Butter, bald an Mehl, bald an Fleisch im Handel, so daß die Führung einer eigenen Küche der größten Umsicht der Hausfrau bedarf, übergroße Spesen verursacht und daß am Schlusse dennoch die erwünschten angenehmen Ergebnisse nur selten geliefert werden können. Man ist daher auf die zwar teuren, aber doch zumeist trefflich versorgten Restaurants angewiesen. Die sparsame Sommerpartei mit eigener Küche ist heuer zur Seltenheit geworden, und viele Familien mit engem Budget zogen es denn auch vor, daheim in Wien zu bleiben und auf die gewohnte Erholung auf dem Lande und im Gebirge zu verzichten. Dieser Umstand hat jedoch auf die Frequenz nirgends eine merkliche Wirkung auszuüben vermocht, denn der Entfall fand seinen Ersatz aus jenen wohlhabenderen Kreisen, die in friedlichen Zeiten die heiße Jahreszeit in Tirol, der Schweiz oder in Seebädern zu verbringen pflegten. In den bekannten hübschen Orten der Täler der Enns, der Ybbs, der Erlaf, Traisen, Piesting und Triesting weist die Zahl der Sommerfrischler eine mindestens gleiche, sogar höhere Zahl auf als in den früheren Jahren.

Die Preise der Lebensmittel in diesen Gegenden haben relativ die gleiche exorbitante Steigerung erfahren wie in Wien. Für ein Kilogramm Rindfleisch, das ehedem 2 K. 50 H. bis 2 K. 80 H. kostete, verlangt der Fleischer jetzt 5 K. Das Kilogramm Kalbfleisch, ehedem 2 bis 3 K. erhältlich, kostet nun 5 bis 6 K. Fleisch vom Schwein ist rar geworden und mußte mit 5 bis 6 K. gegen 2 K. in Friedenszeiten bezahlt werden. Die Preise für Wild, für Hasen und Reh, sind auf das Doppelte gestiegen, man kauft 1 Kilogramm Rehfleisch selbst in den Hochtälern, wo es früher um 1 bis 2 K. erhältlich war, für 3 bis 4 K. Die Milchpreise (ehedem 16 bis 20 Heller) belaufen sich für den Liter auf 26 bis 28 Heller, das Kilogramm gewöhnliche Butter (ehedem 1 K. 50 H.) kostet häufig 5 K. Vom Brot ist nur zu sagen, daß es in den meisten Orten schon seit vielen Wochen aus veredelten Mischungen hergestellt wird und an Güte das in Wien bis vor kurzem gebotene weit übertrifft. Das Obst war in diesen Gegenden immer teuer, weil es zum größten Teil aus Wien besorgt werden muß, denn der Ertrag der heimischen Gärten ist gering und — die Wachau eingeschlossen — auch nicht vollwertig. Für Aepfel von einiger Güte muß man bis zu 1 K. 50 H. pro Kilogramm bezahlen, für Pflaumen 1 K., für eine mittelgroße Ananasmelone bis 8 K. Die Preise für Zucker haben eine Erhöhung von 8 bis 12 Heller erfahren. Kaffee ist nicht verteuert worden. Auch die Preise für Gemüse sind, wenigstens jetzt im Sommer, die gleichen wie vor zwei Jahren. Das Bier ist um 6 Heller pro Liter teurer geworden. Die Weinpreise sind im allgemeinen unverändert geblieben.

Die Teuerung kommt selbstverständlich auch auf den Speisekarten der öffentlichen Lokale deutlich zum Ausdruck. Die Suppenarten werden mit der doppelten Taxe bezahlt, die Fleisch- und Bratenpreise sind um 40 Heller bis zu 1 Krone gestiegen, die Mehlspeisen um 20 bis 40 Heller. Einer Unsitte, die der Wiener, der sich ans Gasthaus halten muß, so schwer beklagt, machen sich auch die Wirte in den Sommerfrischen schuldig. Sie begnügen sich nämlich nicht mit der Verteuerung des Tarifes, sondern treffen den Gast gleichzeitig nicht minder schwer durch eine empfindliche Verkleinerung der Portion.

Neues Wiener Tagblatt
15./VII. 1915

Aktion zur Einberufung eines deutsch-österreichischen Städtetages.

Salzburg, 14. Juli. (Privattelegramm.) In der letzten Gemeinderatssitzung stellte Schulrat Dr. Krögler den Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat möge die Einberufung eines deutschösterreichischen Städtetages in die Wege leiten, welcher sich mit den ~~neuen, vom Kriege~~ gewiesenen Richtlinien für die Gemeindeverwaltung zu beschäftigen hätte. Dr. Krögler führte aus, daß die Gemeinden verpflichtet seien, die Lebensmittelversorgung auch im Frieden zu organisieren, beziehungsweise zu kommunalisieren und die Bevölkerung vor gewissen Schädigungen des Zwischenhandels zu bewahren. Der Städtetag sei berufen, hiefür eine einheitliche Norm auszuarbeiten. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen.

Die Zeit
16./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der heutige Montag entwickelte sich zu einem normalen Markttag. Beschickung und Besuch waren mittelmäßig. Nur in Paradeisern war ein Ueberfluß vorhanden. Ein Kilogramm ungarischer Paradeiser zweiter Qualität wurde schon um 20 Heller, von mancher Seite auch darunter, abgegeben. Für diese „Ausschußparadeiser", wie sie auf den marktamtlichen Tafeln angeschlagen waren, notierten Preise von 24 bis 26 Heller pro Kilogramm. Ungarische Paradeiser besserer Qualität waren mit 34 bis 42 Heller eingestellt, Gärtnerparadeiser, schöne Ware, notierten 40 bis 48 und 50 Heller pro Kilogramm. In den späteren Vormittagsstunden ließen aber auch die besseren Paradeiser im Preise nach. In grünen und gelben Bohnen (Fisolen) ist der Absatz nach wie vor ein guter, die Preise aber halten sich. Bäuerliche Produzenten gaben solche schon pro Kilogramm um 20 Heller, manchmal auch darunter, ab, Zwischenhändler und Gärtner aber selten unter 28 bis 30 bei grünen und 36 bis 42 Heller bei gelben. Zwiebel- und Knoblauchpreise sind die gleichen, ebenso die Preise für Häuptelsalat und Kohl. Karfiol ist fast gar nicht mehr auf dem Markte vorhanden. Kohlrabi kostete (30 Stück) K. 1.— bis 2.60. Kochsalat K. 1.40 bis 2.40. Für Herrenpilze verlangte man K. 2.68 bis 3.10 pro Kilogramm, für Rötlinge (Eierschwämme) 56 bis 72 Heller pro Kilogramm.

Die heutigen Kartoffelpreise stellen sich, und zwar für niederösterreichische und ungarische runde gelbe auf 26 bis 28 Heller, weiße 24 bis 25, rote 20 bis 22 und 23 Heller und für Kipfler auf 30 bis 33 Heller pro Kilogramm. Spinat kostet 40 bis 52 Heller. Weißkraut pro Kilogramm noch immer 22 bis 24 Heller. Auch mit Gurken ist der Markt reichlich versehen. Ungarische Gurken sind schon um 10 Heller pro Kilogramm erhältlich; die besseren ungarischen Gurken notieren mit 22 bis 27, die niederösterreichischen mit 26 bis 29 Heller pro Kilogramm. Auch Luxusgurken, das Stück bis 34 Heller, wurden in den letzten Tagen mehr zugeführt.

An Obst war der heutige Markt ziemlich gut dotiert. An Stelle der nun zu Ende gegangenen Haferbirnen sind jetzt die Magowitz- und Salzburger Birnen getreten; gerade letztere gibt es jetzt sehr viele. Auch Tafelbirnen beginnen sich auf dem Markt breitzumachen, wenn auch der Tiroler Obstsegen noch nicht merkbar in Erscheinung getreten ist. Während für die gewöhnlichen Birnen die Notierungen die gleichen wie die letztwöchigen geblieben sind, sind für Tafelbirnen im Kleinhandel folgende Höchstpreise festgesetzt, und zwar: für grüne Tafelbirnen 40 bis 48 Heller, rötliche 40 bis 48 und gelbe 44 bis 48 pro Kilogramm. Heute fand man auch wieder Pfirsiche vor, die mit K. 1.36 bis 1.56 zu haben waren. Die Preise für Aepfel sind ebenfalls gleichgeblieben. In der Großmarkthalle wurde eine größere Partie steirischen Tafelobstes (Aepfel und Birnen) zu billigen Preisen verkauft. Die großen steirischen Obstsendungen blieben aber noch aus. Für Pflaumen waren heute folgende Höchstpreise bestimmt: für gelbe 24 bis 34 Heller, blaue 24 bis 32 Heller und Pelzerzwetschken 44 bis 52 Heller pro Kilogramm. Die Kauflust für Obst war aber nicht gerade beträchtlich. Die Butterpreise haben bisher keine Abschwächung erfahren.

Die heutigen Fleischzufuhren in der Großmarkthalle erreichten eine Rekordziffer, wie sie bisher fast nie zu verzeichnen gewesen ist. Es kamen 18 Waggons Fleisch an, darunter 9 Waggons ausländisches. Im Großhandel erfuhren daher die Rindfleischpreise eine Abschwächung. Die Preise für Kälber und Schweine gingen um 20 Heller zurück. Im Detailhandel aber blieben sich die Preise für Rindfleisch und Feltstoffe für heute gleich; erst Mittwoch — morgen ist bekanntlich fleischloser Tag — ist eine Reduktion der Preise zu erwarten. Heute sind vielfach noch die Ueberschüsse der gestrigen Zufuhren verkauft worden.

Der heutige Schlachtviehmarkt.

Größere Preisrückgänge.

Die Ankündigung, daß im Laufe dieser Woche die Konservenschlachtung wieder aufgenommen werden soll, hat sehr günstig auf die Beschickung des Marktes eingewirkt. Der Auftrieb belief sich auf 4654 Stück Schlachtvieh, davon 3386 Mast- und 1268 Beinlvieh, also um zirka 1500 Stück mehr als in der Vorwoche. Die direkten Bezüge der Fleischhauer waren 377 Stück, also um 22 mehr als in der Vorwoche. Im Hinblick auf das reichliche Angebot war die Tendenz im allgemeinen flau. In guten Qualitäten von Mastochsen, deren Angebot nur unbedeutend größer war als in der Vorwoche, haben sich die Preise um K. 4 bis 6 pro 100 Kilogramm abgeschwächt. Leichtere Mittelochsen und mindere Ware, die in großer Anzahl vorhanden waren, haben einen Rückgang um K. 10 bis 12 erlitten. Von diesen Qualitäten wurden zirka 800 Stück zu Konservenzwecken aus dem Markt genommen. Auf dem Stiermarkt, der diese Woche weit über den Bedarf beschickt war, war die Tendenz auch sehr flau. Bei trägem Verkehr sind die Preise um K. 20 zurückgegangen. In Kühen, in denen ein sehr reichliches Angebot war, haben die guten Qualitäten, die für den Bedarf der Fleischhauer geeignet waren, und deren Angebot nicht sehr groß war, einen Rückgang von K. 6 bis 8 erlitten. In jenen Qualitäten, die für Konservenzwecke geeignet waren, sind die Preise um K. 15 bis 20 gefallen. Beinlvieh war ebenfalls um K. 20 billiger als in der Vorwoche.

Die Zeit Abendbl.
17./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der Dienstag, der eigentlich der Wiener Hauptmarkttag ist, ließ sich heute auf allen Wiener Märkten sehr gut an. Der Naschmarkt wies einen Riesenbesuch auf. Die Beschickung in Grünwaren, Kartoffeln und Obst war eine besonders reichliche. Kartoffeln sowie grüne und gelbe Fisolen kamen heute derart massenhaft auf den Markt, daß ganz erhebliche Preisrückgänge in diesen Sorten eintraten. Im Großhandel ließen alle Arten von Kartoffeln um 1 Krone pro 100 Kilogramm nach. Für den Kleinhandel wurden heute folgende Kilopreise für Kartoffeln amtlich ermittelt, und zwar niederösterreichische und ungarische runde gelbe 25 bis 26, weiße 23 bis 24, rote 22 bis 23, und Kipfler 32 bis 33 Heller. Besonders in ungarischen roten und in Kipflererdäpfeln wurden aber die amtlichen Höchstpreise vielfach unterboten. Die slowakischen Karotten sind ebenfalls reichlicher und billiger geworden und wurden heute um 20 bis 24 Heller — letzterer der amtlich ermittelte Preis — verkauft. Grüne Fisolen bekam man heute stellenweise schon um 16 Heller pro Kilogramm, häufig um 18 und 20 Heller, Primaware zu dem amtlichen Höchstpreis von 28 bis 34 Heller. Auch Spargelbohnen waren heute billig zu haben. Sie notierten mit 34 bis 38 Heller, wurden aber auch schon um 28 bis 32 Heller abgegeben. Spinat gab es heute ebenfalls genügend auf dem Markt (40 bis 52 Heller pro Kilogramm), dafür ist Karfiol ein seltener und daher teuerer Marktgast geworden. Die Herrenpilze wollen auch nicht mehr recht zum Vorschein kommen, dafür aber gibt's Eierschwämme (Röthlinge) in Hülle und Fülle. Schöne Ware behauptet den amtlichen Höchstpreis von 56 bis 68 Heller pro Kilogramm, doch werden sie auch billiger verkauft. In Paradeisern haben die Marktvorräte und Zufuhren ebenfalls verbilligend gewirkt. Sie notieren für Primaware, und zwar ungarische mit 34 bis 42, heimische mit 40 bis 48 Heller pro Kilogramm. Mittlere und minderschöne Paradeiser sind aber auch schon mit 18 bis 20 Heller pro Kilogramm zu kaufen. In normalen Jahren kosteten Paradeiser um diese Zeit 14 bis 20 Heller pro Kilogramm. Gurken wurden mit 10 Heller pro Kilogramm verkauft. Bessere Sorten notierten, und zwar ungarische mit 20 bis 27, niederösterreichische mit 26 bis 28 Heller pro Kilogramm. Vom letzten Samstag waren heute noch Gurken vorrätig. In Kraut ist schöne Ware auf dem Markt. Ein Kilogramm ist für 20 bis 22 und 24 Heller erhältlich. Grüne Erbsen in Schoten kosten 90 Heller bis K. 1.04 pro Kilogramm. Zwiebel- und Knoblauchpreise sind schon seit zwei Wochen stationär.

Auch die heutigen Obstzufuhren waren gute. Tiroler Aepfel und Birnen sind schon in ziemlich beträchtlichen Mengen hier. Steirisches Tafelobst wird noch erwartet. Die Preise für niederösterreichisches Obst, die wir bereits mitteilten, sind gleich geblieben. Für schöne Tiroler (Williams-) Butterbirnen wurde ein Höchstpreis von K. —.80 bis 1.12 für den Detailverkauf festgesetzt, Kaiserbirnen kosten 72 bis 80 Heller. Auch Pfirsiche kamen zum Vorschein, doch sind sie nichts weniger als schön. Die Preise stellen sich von K. —.60 bis 2.— pro Kilogramm. Den ungarischen Weintrauben haben sich nun auch niederösterreichische zugesellt. Für mittlere Ware ist der Höchstpreis von K. 1.12 bis 1.20, für schöne Trauben von K. 1.24 bis 1.44 bestimmt. Den Obsthändlern wurde der Verkauf nach Gewicht neuestens zur Pflicht gemacht. In Zitronen ist ein Preissturz eingetreten. Heute wurden auf dem Naschmarkt Zitronen um 10 Heller verkauft; der bisherige Preis stellte sich auf 20 bis 24 Heller. Nach dem Kriegsausbruch mit Italien ging der Zitronenpreis von 6 bis 8 Heller auf 24 Heller pro Stück hinauf.

Der Marktverkehr in der Fleischabteilung der Großmarkthalle konzentrierte sich an dem heutigen fleischlosen Tage mehr auf Seefische, doch ist der Bedarf an solchen noch immer reichlich gedeckt, weil die Nachfrage eben keine allzu große ist. Die Fischpreise blieben heute ebenso unverändert wie die Geflügelpreise. In Geflügel ist der Marktverkehr ein äußerst schwacher, weil die Beschickung bisher immer sehr minimal war. Für Rindsinnereien wurden heute von der Marktamtsvorstehung des Zentralviehmarktes folgende Preise festgesetzt pro Kilogramm: Beuschel K. 1.60, Leberzeug K. 2.60, Hirn K. 3.—, Nieren K. 2.60, Kuheuter, frisch K. 1.10, gekocht K. 1.80, Fleckzeug, geputzt 90 Heller, Kalbsgekröse, gekocht K. 1.20, geputzt K. 1.60.

Der in Aussicht gestellte Verkauf der von der Gemeinde erworbenen norwegischen Salzfische hat immer noch nicht begonnen. Die Butterpreise im Kleinhandel haben trotz der für den Großhandel gemeldeten Preisherabsetzung für dänische Butter noch nicht nachgelassen, im Gegenteil sogar angezogen. Ein Kilogramm dänische Butter ist unter K. 6.— fast nicht mehr erhältlich; vielfach wird ein Preis von K. 6.20 dafür begehrt. Bezüglich der Eier ist die Situation unverändert.

Vossische Zeitung
17./VIII. 1915

Verbraucherwünsche.

Der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen" hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der Wünsche in bezug auf die Lebens- und Bedarfsmittelversorgung des Volks im neuen Wirtschaftsjahr enthalten sind. Aehnliche Eingaben sind von den in allen Teilen des Reichs bestehenden Bezirks- und Ortsausschüssen sowie von den etwa 70 Zentralorganisationen der Beamten, Arbeiter, Angestellten und Frauen, die dem Kriegsausschuß angeschlossen sind, eingereicht worden. In den Eingaben wird etwa folgendes als erforderlich bezeichnet:

Rechtzeitige Veranstaltung von Bestandsaufnahmen. Festsetzung von Höchstpreisen nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre zuzüglich eines Kriegszuschlages von 25 v. H. für die Erzeuger, soweit nicht die jetzige Marktlage eine niedrigere Notierung nötig macht. Keine Erhöhung der Höchstpreise während des Wirtschaftsjahres. Ergänzung der Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher durch Einrichtung obligatorischer städtischer Kommissionen, aus Vertretern der Produzenten, des Handels, der Stadtverwaltungen und der Verbraucher, zur Feststellung der Grenzen, bei denen der Wucher beginnt. Verhängung von entehrenden Strafen für Wucherer. Gewährung von Einfuhrprämien aus Reichsmitteln.

Kartoffeln: Bei ungünstigem Ausfall der Ernte: Sicherung von rund 15 Millionen To. für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen durch Zwangsverkauf an die vom Reich bestimmten öffentlich-rechtlichen Stellen und ihre Enteignungsbefugnis. Verbleiben der Kartoffeln in den Mieten bis zum Abruf. Beibehaltung einer Verteilungsstelle für das Reich. Bei uter Kartoffelernte: Festsetzung von Richtpreisen für große Bezirke mit Spielraum für die zwangsweise von den Städten vorzuschreibenden örtlichen Höchstpreise. — Vieh und Fleisch: Im Verhältnis zur Höhe der Futtermittelpreise: Stallpreise und Fleischhöchstpreise. Sofortige Viehzählung für Schweine, Milchkühe, Ochsen, Kälber und Hammel nach Alter und Gewicht. — Milch und Milcherzeugnisse: Generalanweisung des Reichs an die Städte zur Einführung von Milchhöchstpreisen und im Notfalle von Verboten der Milchausfuhr. Reichshöchstpreise für die Börsenartikel Butter und Käse. Verbot der Bereitung und des Verkaufs von Schlagsahne. Anordnung des städtischen Milchvertriebs. Gemüse: Einwirkung auf die Städte zur Einrichtung von Gemüseverkäufen und Herstellung von Dörrgemüsen für ihre Bürger. Höchstpreise für Hülsenfrüchte. — Zucker: Festsetzung von Höchstpreisen für Rohprodukte sowie für Verbrauchszucker im Groß- und Kleinhandel. — Leucht- und Heizmittel: Sicherung der Petroleumvorräte für die auf Petroleum unbedingt angewiesenen Bevölkerungsschichten durch Ausgabe von Petroleumkarten. Anregung der Städte zur Ausdehnung ihrer Gas- und Elektrizitäts-Leitungsnetze unter Gewährung von Beihilfen und Erleichterungen an Hauswirte und Mieter.

*

Lebensmittelangelegenheiten in der Obmännerkonferenz.

Die gestrige Obmännerkonferenz beschäftigte sich sehr eingehend mit der Preistreiberei für Wildbret. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte das Ergebnis einer Beratung mit, die vor kurzer Zeit im Ackerbauministerium über die Versorgung Wiens mit Wildbret stattgefunden hat. Die Forderung der Gemeindevertretung nach Festsetzung von Höchstpreisen für Hasen, Hirsche, Rehe vom Schußplatz ab wurde von dem Ackerbauminister als undurchführbar bezeichnet, weil die Kosten des Wildstandes verschiedene seien. Diese hätten sich schon dadurch wesentlich erhöht, daß die Bauern die Wildschäden nach den Getreidehöchstpreisen und nach der Steigerung der Bodenfrüchte überhaupt berechnen. Die Regierung werde den „patriotischen Sinn" der Besitzer von Jagden anrufen, damit sie bei der Preisbildung auf den Bedarf und die Kaufkraft der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Der Gemeinde Wien werde ein Anforderungsrecht auf erlegtes Wildbret eingeräumt werden. Wie die Gemeinde in die Lage gebracht wird, dieses Anforderungsrecht rechtzeitig geltend zu machen, darüber äußerte sich der Ackerbauminister nicht. Der Bürgermeister teilte mit, daß ihm die Nachricht zugekommen sei, daß gegenwärtig schon den Jagdbesitzern fabelhafte Preise angeboten werden, so daß es keine Seltenheit sei, daß für Hasen fünf, sechs und acht Kronen für ein Stück am Schußplatz bezahlt werden. Bedauerlich sei es, daß sich die Händler mit Wildbret gegenseitig in dem Angebot hoher Preise überbieten.

Bei einer solchen Preistreiberei die Verzehrungssteuer nachzulassen sei ganz zwecklos. Wir stehen vor der traurigen Tatsache, daß die Bevölkerung maßlos hohe Preise für Wildbret wird bezahlen müssen.

Vizebürgermeister Hierhammer führte aus, daß für die Verteuerung von Wildbret kein stichhaltiger Grund vorliege. Der Abschuß koste die Jagdbesitzer gar nichts, und für Wildschaden werden die Kosten keine Steigerung erfahren. Es scheine vielmehr, daß auch die Besitzer von Jagden die Gelegenheit der teuren Fleischpreise benützen, um die Preise für Wildbret maßlos in die Höhe schnellen zu lassen.

Gemeinderat Dr. Hein sprach sich dafür aus, daß die Haltung des Ackerbauministeriums in der Sache der Versorgung der Bevölkerung mit Wildbret mit Bedauern zur Kenntnis genommen und dieser Beschluß der Oeffentlichkeit mitgeteilt werde.

Gemeinderat Neumann erinnerte daran, daß schon im vorigen Jahre, als sich herausstellte, wie verfehlt es war, ausschließlich für Wien Höchstpreise für den Hasenhandel festzusetzen, von den Obmännern des Gemeinderates gemeinsam mit dem Bürgermeister beim Ackerbauminister die Forderung erhoben wurde, Höchstpreise vom Schußplatz ab festzustellen. Der Ackerbauminister habe diese Forderung wärmstens begrüßt, habe ihre Durchführbarkeit nicht in Zweifel gezogen und versprochen, ihr Folge zu geben. Rechtzeitig sei auch heuer diese Forderung neuerlich erhoben worden. Die Höchstpreise für Hasen, die in Wien verkauft werden, seien aufgehoben worden, ebenso der Nachlaß der Verzehrungssteuer, aber die Höchstpreise vom Schußplatz weg seien nicht eingeführt worden. Die Bevölkerung sei dem schrankenlosen Wucher mit Lebensmitteln ausgesetzt und die Gemeinde finde in ihren Versuchen, billigere Lebensmittel zu beschaffen, keine Stütze. Das Bedauern auszusprechen im stillen Kämmerlein der Obmännerkonferenz nütze nichts. Eine Veröffentlichung des Beschlusses werde durch die Zensur gefährdet, Versammlungen, in denen all der Approvisionierungsjammer und seine Ursachen geschildert werden sollen, werden verboten der geschlossen. Es räche sich jetzt, daß man freiwillig die Plattform des Gemeinderates aufgegeben habe. Auf die Gefahr hin, daß die Maßregelung dieser Körperschaft stattfinde, müßte dieser einzige Ort der Oeffentlichkeit benützt werden, um zu zeigen, welche Versäumnisse als Teuerungsumstände mitgewirkt haben.

Nach längerer Wechselrede wurde beschlossen, daß die Obmänner der gemeinderätlichen Klubs neuerlich bei der Regierung wegen der Höchstpreise für Wild vorstellig werden.

Hierauf berichtete der Marktdirektor über die Wirkung des Erlasses vom 7. August. Die darin enthaltenen Anordnungen bezüglich der Preisbildung seien schon vor diesem Erlaß üblich gewesen. Man habe schon seit langer Zeit unter Heranziehung der Interessenten auf den Märkten gültige Preise zu bestimmen versucht. Dabei ergeben sich noch immer mancherlei Schwierigkeiten. So können zum Beispiel trotz vielen Bemühungen die Produzenten, die den Markt besuchen, nicht bewogen werden, die Preise anzuschreiben. Um 2 Uhr nachts beginne der Handel am Hof, um 4 Uhr früh auf dem Naschmarkt. In der kurzen Spanne Zeit, von der Einfahrt zum Markt bis zum Verkaufsbeginn, den Preis für die mannigfaltigsten Waren festzustellen sei oft ein Ding der Unmöglichkeit. Dazu kommen noch die großen Verschiedenheiten in der Beschaffenheit der Waren, die eine Festsetzung von Preisen außerordentlich erschweren. Trotz diesen Schwierigkeiten sei die Ausschreibung der Preise in großem Umfang durchgeführt worden. Das Ergebnis des ersten Abendmarktes sei kein befriedigendes, doch wäre gegenwärtig ein Endurteil verfrüht.

Großes Interesse erregte der neue Plan auf Errichtung einstweiliger Speicheranlagen im Freudenauer Winterhafen, der der Obmännerkonferenz vorgelegt wurde. In diesen Speichern, die in sechs bis sieben Wochen fertiggestellt sein sollen und die tausend Waggon Getreide aufnehmen könnten, würden Getreidevorräte, die aus Ungarn einlangen und erwartet werden, aufbewahrt. Der Stadtbaudirektor Goldemund erörterte eingehend den ganzen Plan, die Geleiseanlagen, Bauten und alles andere. Der Abtransport eingelagerter Vorräte zu den Mühlen würde durch die Straßenbahnen geschehen und es müßten auch dementsprechend zu den Mühlen Stockgeleise gelegt werden. Die Frage, wer die Kosten bestreiten soll, wird in einer Beratung der Vertreter des Eisenbahnministeriums, der Donauregulierungskommission und der Gemeinde Wien, die im Laufe des heutigen Tages stattfindet, beantwortet werden. Hoffen wir, daß die unter den gegenwärtigen Verhältnissen dringend notwendigen Anlagen wirklich hergestellt werden. Sie würden nicht wenig zur Belebung des Winterhafens beitragen und wären für die Lebensmittelversorgung Wiens von der größten Bedeutung.

Der Bau des Kühlhauses der Stadt Wien schreitet weiter und er dürfte mit Ende Dezember zuversichtlich vollendet sein. Auch dieser Bau dient den Zwecken der Lebensmittelversorgung. Wir können nur wünschen, daß die Stadtvertretung auch in die Lage kommt, Vorräte anzusammeln, um auch dadurch wucherischen Preisbildungen entgegentreten zu können.

*

Die Ochsen billiger! Fleisch und Wurst nicht?

Bei reichlichem Angebot und Flauheit in der Nachfrage wurde der Viehmarkt gestern eröffnet. Zu Markt gestellt wurden 4654 Stück Vieh, und zwar: 1369 Ochsen 998 Stiere, 2271 Kühe und 16 Büffel. Die Preise sanken um 4 bis 6 Kronen bei Mastochsen guter Beschaffenheit, um zehn bis zwölf Kronen bei Konservenochsen, bei Konservenkühen um 15 bis 20 Kronen bei guter Beschaffenheit, bei Kühen um 6 bis 9 Kronen, bei Beinlvieh, das reichlich vorhanden war (1268 Stück), um 20 Kronen für 100 Kilogramm Lebendgewicht. Es scheint, daß der hohe Auftrieb auf die Erwartung umfangreicher Käufe für Konservenzwecke zurückzuführen war, doch wurden statt der erwarteten Zahl weniger, und zwar nur 800 Stück, angekauft. Immerhin ist auch diese Zahl groß genug, um ein Herabsinken auf eine normale Preislage zu verhindern. Der gestrige Markttag bewies, wie notwendig ungehinderte Zufuhren von auswärts sind und welchen Einfluß sie auf die Preisbildung haben. Wir hoffen, daß darüber dem Ackerbauminister Bericht erstattet wurde, nachdem wir uns darüber nicht näher auslassen können. Zur Prüfung der Verhältnisse waren auf dem Markt die Vizebürgermeister Hoß und Rain sowie Gemeinderat Neumann erschienen. Die Preisrückgänge werden, wie gewöhnlich, für die Verbraucher von Fleisch von keiner Bedeutung sein. Noch immer fordern die Einsender Preise, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Preise von 308 bis 324 Kronen für Primaochsen, von 230 bis 260 Kronen für Mittelware sind haarsträubend hoch und sie müssen zu einem Unterverbrauch von Fleisch führen. Muß der Wucher in Viehpreisen ruhig geduldet werden? Beinlvieh, also Wurstvieh, stellte sich um 20 Kronen für den Meterzentner Lebendgewicht billiger. Unsere Wurstpreise sind so ungeheuer gestiegen, daß uns oft Zweifel aufstiegen, ob die hohen Preise wirklich in Beziehung zu den hohen Wurstviehpreisen, die wir nicht ableugnen wollen, stehen. Bei den Wurstpreisen muß ein Unterschied von 20 Kronen sichtbar werden und wir müssen darauf dringen, daß die Selchermeister, die sich über die Viehpreise entrüsteten und mit Recht über Wucher klagten, eine eintretende Verbilligung der Preise auch den Verbrauchern zugute kommen lassen.

Neues Wiener Tagblatt
17./VIII. 1915

* (Und Mehlspeise – wie gewöhnlich.) Als Illustrationsfaktum, wie gut es den Wienern trotz allen feindlichen Ausstreuungen über die hier herrschende Hungersnot geht, führt die „Kölnische Zeitung" in einem launig geschriebenen Wiener Brief an, daß die Schleckermäuler der Donaustadt noch immer auf ihre Rechnung kämen. Selbst die gewohnte Mehlspeise ist ihnen erhalten geblieben. Der Reisende, der heute nach Wien kommt — so heißt es in dem Bericht —, findet auf jeder Speisekarte eines Restaurants mindestens acht bis zehn Speisen, die als „Mehlspeisen" bezeichnet werden, und die schmackhaft lecker und nahrhaft sind. Zwar nicht alle Norddeutschen, die nach der Donau reisen, geben dies zu. Sie erklären die österreichischen Mehlspeisen als schwer im Magen liegend und betrachten sie im ganzen als ein unnützes Anhängsel der Mahlzeit. Diese Bewertung kommt daher, weil eben der Norddeutsche als Esser sich hauptsächlich auf die Fleischnahrung eingestellt hat. Der Oesterreicher behandelt die Mehlspeisen mit der ihnen gebührenden Wichtigkeit, was man schon daraus sieht, daß in so vielen Restaurants eine eigene Mehlspeisköchin tätig ist. Wie heißen nun diese köstlichen Gebilde aus feinem Mehl, Zucker, Eier, Früchten, Makronenteig, die man insgesamt „Mehlspeisen" benennt, im einzelnen? Ihre Namen sind zwar nicht aufzuzählen, so viele gibt es deren innerhalb der schwarzgelben Grenzen; dagegen erfreuen sie sich in Reichsdeutschland, im Norden wenigstens, bei den Hausfrauen einer fast völligen Unbekanntschaft. Da gibt es: Böhmische Dalken, Dampfnudeln, Eiernockerln, Wiener Tascherln, Riftbist, Ananas- und Apfelfridatten, Bayerische Kücherln, Salzburger Nockerln, Grießschmarren, Pflaumenknödeln, dazu die Torten: Pischingertorte, Sachertorte, Linzertorte. Das ist nur eine kleine Auswahl; die Liste könnte leicht verdrei- oder vervierfacht werden. In den letzten Jahren, wo die Berliner Kultur so viel Wienerisches aufgenommen hat, hat man versucht, diese Mehlspeisen unter ihrem eigenen Namen in die Wirtshäuser des Berliner Westens einzuführen. Allein diese Nachahmungen haben nie an die Höhe der Originale herangereicht; nach der üblichen norddeutschen Art werden sie stets zu schwer und mit zuviel Fett angerichtet. Der Oesterreicher schätzt sie als gewohnten Bestandteil der Mahlzeit, den er ebensowenig entbehren mag wie den G'spritzten in der heißen Jahreszeit oder das Glas Wasser zum „Schwarzen". Aber daß es infolge der Mehlknappheit in diesem Sommer keine Mehlspeisen in Wien gäbe, ist eine Legende, die man vielleicht gut tut, im Interesse epikuräischer Reisender auszurotten. Es ist ebenso wie mit den Fleischenthaltungstagen in den Wiener Restaurants. Dienstag und Freitag, so hieß es, solle im Interesse der Volksernährung kein Fleisch an Gäste verabreicht werden. Es ist richtig, Rindfleisch und Roastbeef bekommt man an diesen Tagen nicht, soviel wir bemerkt haben. Aber wenn der um seine Nahrung besorgte Gast sich ängstlich nach einem Fisch- oder Eigericht umsieht, weist einem der Oberkellner auf der langen Speisekarte soviel Kalbfleisch- und Schöpsenfleischgerichte nach, daß selbst der hartgesottenste Antivegetarianer sich zufrieden erklären kann. Der Tag, an dem man in Wien verhungern könnte, soll erst noch am Horizont heraufdämmern! Freilich, teurer ist alles geworden, das empfinden die Hausfrauen ebenso wie in Norddeutschland. Und die

Trinkgelder in den Wirtschaften. die zahlreichen gut österreichischen Trinkgelder abzuschaffen, das hat kein militärisches Oberkommando gewagt und wird es auch nie wagen. Das gäbe eine innere Revolution, die den Staat in seinen Grundfesten erschüttern würde. Der Gast hat ja auch davon seine Vorteile. Besonders in unsrer Zeit der ewig vergessenen Brotkarte, die in Wien gerade so ihre Rolle spielt wie in der Hauptstadt an der Spree. „Ich geb' Ihna von der meinigen", flüstert der Kellner dem brot- und ratlosen Besucher zu, bringt die längst bereitgehaltene Schnitte Brot und heimst dafür schließlich einen Betrag ein, der dem dreifachen Wert des Brotes entspricht.

Tägliche Rundschau 17/VIII. 1915

Der Haushaltsausschuß über die Kriegsernährung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm Dienstag vormittag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht der von der Reichsregierung vorgelegte fünfte Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, ein Band von 77 Seiten Umfang, dem eine Uebersicht und ein zusammenfassendes alphabetisches Inhaltsverzeichnis über die bisher erschienenen Denkschriften angefügt ist.

Die Beratung begann mit einer längeren Darstellung der seit der Frühjahrstagung des Reichstages verfügten Maßnahmen durch den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Delbrück. Er begründete den Entschluß, unter Beseitigung gewisser Mängel die

Organisation der Brotversorgung

auf das neue Erntejahr zu übertragen. Der Staatssekretär hob hervor, daß im künftigen Wirtschaftsjahre das ganze im Reiche angebaute Brotgetreide für denjenigen Kommunalverband beschlagnahmt werden soll, in dessen Bezirk es gewachsen ist; es soll aber nicht die Beschlagnahme zugunsten der Kriegsgetreidegesellschaft (Reichsgetreidestelle) erfolgen, da sonst die Geschäfte dieser einen Hauptstelle außerordentlich vermehrt und erschwert würden. In seinen weiteren Ausführungen erläuterte Dr. Delbrück die Maßnahmen über die Aenderung des Verhältnisses, in dem das Getreide zu Mehl ausgemahlen werden soll, über die Erhöhung der Brotrationen, über den Vorrat an Futtermitteln; er sprach eingehend darüber, daß Höchstpreise für Mehl vom Bundesrat nicht festgesetzt wurden, da die Gemeinden verpflichtet seien, das Mehl zum Selbstkostenpreis abzugeben. Bei der Beschlagnahme der Gerste und des Hafers muß zunächst der Bedarf des Heeres sichergestellt werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers besprach hierauf die bekannten Vorgänge auf dem Gebiete der

Kartoffelversorgung.

Man habe die wirklich vorhandenen Vorräte an Kartoffeln erheblich unterschätzt, in den Mieten hätten sich die Kartoffeln vorzüglich gehalten und der Vorrat wurde noch dadurch erheblich vermehrt, daß nicht ganze, sondern zerschnittene Kartoffeln zur Aussaat verwendet wurden. Durch alle diese Ursachen erkläre sich der unerwartete Ausgang der seinerzeit vom Bundesrat eingeleiteten Organisation. Der Ueberfluß an Kartoffeln, der sich im Mai herausstellte, führte dazu, daß die Bedarfskreise vom freien Handel mit billigen Kartoffelangeboten überschwemmt wurden, was die Zurückziehung ihrer Fehlbedarfsanzeigen nach sich zog. Immerhin wäre die Lage weit ungünstiger gewesen, wenn die Märzstatistik richtig gewesen wäre; dann würde die Reichskartoffelstelle Mühe gehabt haben, den unerläßlichen Bedarf an diesem unentbehrlichen Nahrungsmittel zusammenzubringen. In Zukunft werde man darauf bedacht sein, die beobachteten Mängel zu verhüten. Vielleicht würde der Handel so organisiert werden können, daß die Beschlagnahme auch weiter überflüssig bleibe. — Eine

Erleichterung der Marktlage für Fleisch

wird vielleicht dadurch herbeigeführt werden können, daß die minder wertvollen Fleischarten an bestimmten Tagesstunden der minderbemittelten Bevölkerung verkauft werden. Der Staatssekretär schloß mit dem Ersuchen, der Nahrungsmittelfrage gegenüber in der Presse etwas mehr Vorsicht und Freundlichkeit zu beweisen, das Publikum möge so einwandfreie Einrichtungen wie den Verkauf von Dauerwaren besser würdigen als es geschehen sei.

Der Ausschuß einigte sich dahin, zunächst die Lebensmittelfragen zu beraten, dagegen die Angelegenheit der Erneuerung des Kohlensyndikats erst am Schluß in Verhandlung zu ziehen.

Ein konservativer Abgeordneter beklagte die Teuerung, erklärte die Vorwürfe gegen die Landwirte für ungerechtfertigt und führte aus, daß die Zwangseinrichtungen nicht ganz zum Ziel führten. Die Reichsregierung habe die Verpflichtung, die Oeffentlichkeit völlig über die Ursachen der Teuerung aufzuklären. Der Redner erklärte sich mit der

öffentlichen Kennzeichnung des Lebensmittelwuchers

einverstanden. Er begrüßte es, daß die Gemeindeverbände eine größere Selbständigkeit erlangen sollen, hält auch die Teilung der Reichsgetreidestelle in eine Verwaltungs- und Geschäftsstelle für richtig. Die Heraufsetzung der Brotrationen sei noch nicht spruchreif, die Herabsetzung der Ausmahlverhältnisse dagegen begrüßenswert. Die Landwirte fänden sich mit den Getreidehöchstpreisen ab, obwohl sie ein Opfer für sie bedeuten, aber eine

weitere Herabsetzung der Mehlpreise

sei sehr wohl möglich. Bei 80 v. H. Ausmahlung betrage die Spannung zwischen dem Getreide- und Mehlpreis 55 M., während ein Mahllohn von 25 M. als ausreichend erklärt werden müsse. — Die Fleischfrage stelle sich als eine Futterfrage dar.

Der Berichterstatter Graf v. Westarp bat ebenfalls die Presse, sich vor einseitigen Anklagen gegen einen ganzen Stand zu hüten, vielmehr die wirklichen Ursachen der Teuerung dem Publikum darzulegen. Aber auch die Regierung sei dazu verpflichtet. Dann würden die Beschuldigungen gegen einzelne Stände auf das gerechte Maß zurückgeführt und Auswüchse mehr dem einzelnen als dem ganzen Stande zur Last gelegt werden. Er begrüßte die Beschlagnahme des Getreides zugunsten der Gemeindeverbände, billigte die Erwägungen über die Herabsetzung des Ausmahlungsverhältnisses und hoffte, daß die Heraufsetzung der Brotrationen unter dieser Maßnahme nicht leiden werde. Redner beklagte bitter, daß die Spannung zwischen Mehlpreisen und Getreidepreisen so groß sei. Die Opfer, welche die Landwirtschaft gerne trage im Interesse der Verbraucher, würden hinfällig gemacht durch

die hohen Mehlpreise.

Da müsse die Regierung nach dem Rechten sehen. Durch allgemeine Festsetzungen müsse das Spannungsverhältnis auf das gerechte Maß zurückgeführt werden. Bezüglich der Fleischfrage sei Aufklärung des Volkes durch Presse und Regierung dringend geboten. Die Fleischfrage sei eine Futterfrage, und diese hänge mit der Kartoffelfrage zusammen. Dieser schwierige Zusammenhang müsse dem Volke klargemacht werden.

Der Schwerpunkt der befriedigenden Lösung liege in der Organisation.

Der Staatssekretär erklärte,

der Aushang der Preise

habe keine besonderen Erfolge gezeitigt; vielleicht sei zu erwägen, ob den Gemeinden nicht das Recht zu geben sei, den Verkauf zu übermäßig hohen Preisen zu untersagen.

Maßnahmen gegen Kriegswucher

seien getroffen, um dem Rechtsgefühl des Volkes genugzutun und um das Schimpfliche zu bekunden, das in den Wucherpreisen liege. Vielleicht könne man dazu übergehen, solche Gewerbetreibende für die Dauer des Krieges als unfähig zur Weiterführung ihres Gewerbes zu erklären. Vielleicht sei auch in besonders schweren Fällen der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in Erwägung zu ziehen.

Ein Regierungsvertreter gab ein Bild von der

voraussichtlichen Ernte.

Der Roggen bringe eine schwache Mittelernte, der Weizen eine gute Mittelernte, die Aussichten der Kartoffelernte seien erfreulich. An Getreide nähmen wir 7 Millionen Doppelzentner mit ins neue Wirtschaftsjahr. Bezüglich des Hafers sei auf eine Erhöhung der Tagesration von 3 Pfund nicht zu rechnen.

Weiter verbreitete sich der Regierungsvertreter über die

Frage der Futtermittel, „den dunkelsten Punkt"

in der Nahrungsfrage, mit der die Milch- und Fleischfrage unmittelbar zusammenhingen. Eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es sein und sei es, der Futtermittelnot zu steuern. Er verbreitete sich über die getroffenen Maßnahmen, um den Landwirten zuhilfe zu kommen, besonders über die Gewinnung von Trockenhefe. Der Verbrauch an Speisezucker habe sich im letzten Jahre von 27 bis 28 Mill. Doppelzentner normalen Verbrauchs auf rund 36 Mill. Doppelzentner erhöht. Der normale Verbrauch an Zucker sei für das neue Jahr gesichert, das erhöhte Quantum zu beschaffen, mache Schwierigkeiten. Ueber die Kartoffelfrage sprach sich der Redner zuversichtlich aus. Bei einer einigermaßen günstigen Witterung sei mit einer Ernte von etwa 50 Mill. Tonnen zu rechnen, die menschliche Ernährung erfordere im Höchstmaße 15 Mill. To., die gewerbliche Verwertung 5 Mill. To., die Saat 7 Mill. To. 23 Mill. To. seien für Futterzwecke verfügbar. Die Reichsstelle für Kartoffelversorgung habe 13 Mill. Ztr. beschafft, über 10 Mill. hatte sie wirklich zur Verfügung, und sie habe diese Mengen teils an Bedarfsverbände, teils an Stärkefabriken, Trocknereien und Brennereien abgesetzt. An Reibungen und Differenzen habe es bei der Abwicklung nicht gefehlt, aber im großen ganzen habe die Abwicklung sich befriedigend gestaltet. Die Fleischfrage biete für die Zukunft ein befriedigendes Bild. Fleischnot werde es im allgemeinen nicht geben; bezüglich der Preisgestaltung würden Maßnahmen erwogen, um die Höhe der Preise einzuschränken.

Ein anderer Regierungsvertreter verbreitete sich über die Mehlfrage, über die Vorräte, den Bedarf, den Mahllohn samt den Nebenkosten. Die höhere Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen erkläre sich teilweise durch die Kriegsverhältnisse mit ihrem verteuerten Wirtschaftsbetrieb.

Tägliche Rundschau
18/VIII.1915

Der Haushaltsausschuß und die Kriegsernährung.

In der Nachmittagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde die Erörterung über die Maßnahmen betreffend die Ernährung fortgesetzt. Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß Futtermittelhändler Entschädigung für entgangenen Gewinn verlangen, wobei sie sich auf die Kriegsgewinne anderer Berufe stützen. Der Meinung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Arbeiterfrauen es nicht verstanden hätten, sich den notwendigen Ernährungsformen anzupassen, schließt sich dieser Redner nicht an; er führt vielmehr die geringe Aufnahme der zum Verkauf gestellten Dauerware auf die mangelhafte Beschaffenheit zurück. Mit den hohen Butterpreisen begründet man jetzt schon hohe Honigpreise; so treibe ein Preis den anderen. Die Reichsregierung möge doch den Städten in größerem Umfang ermöglichen, helfend und bessernd einzugreifen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers führte dazu aus: Die Reichsregierung ist sich bewußt, ihr möglichstes getan zu haben, um die Lebensmittelversorgung gleichmäßig und zu erträglichen Preisen zu sichern. Die Festsetzung von niedrigen Höchstpreisen verbürgt an sich noch nicht die ausreichende und gleichmäßige Versorgung. Das Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Regierung vom allgemeinen Vertrauen getragen wird. Es ist daher erwünscht, daß die Presse, von dem Gedanken geleitet, daß die Regierung die Interessen aller Berufsklassen gerecht gegeneinander abwägt, eine Kritik übt, die nicht lediglich von dem einseitigen Interesse der Erzeuger oder Verbraucher eingegeben ist. Mit den Zielen, die Kommunen mit den notwendigen Rechten zur Regelung der Preise und der Versorgung auszustatten, sei die Regierung einverstanden.

Der Dezernent für Ernährungsfragen im Reichsamt des Innern ergänzt diese Ausführungen: die Preise für Kartoffelmehl und Flocken seien hoch, sie könnten aber erst ermäßigt werden, wenn die Fabrikate aus billigerem Material hergestellt würden. Von einer Zuckerknappheit könne nicht die Rede sein. Vielleicht hätten aber Maßnahmen der Regierung über die Staffelung für die einzelnen Monate zur Zurückhaltung der Ware beigetragen. Die Regierung habe jedoch sofort Maßnahmen getroffen, um Preistreibereien zu verhindern, und die Preise seien schon zurückgegangen und würden noch weiter zurückgehen. Die vorhandenen Vorräte dürften nicht zu den etwa höher angesetzten Preisen der neuen Ernte verkauft werden. Gegen die hohen Honigpreise werde eingeschritten werden, sobald sich herausstelle, daß sie über das richtige Maß hinausgingen.

Ein Sozialdemokrat erkennt an, daß die Maßnahmen der Regierung günstig gewirkt hätten, wünscht aber noch weitere Berücksichtigung der Familien mit kleinem Einkommen. So hätte die Kriegsgetreidestelle gegen die hohen Mehlpreise preismildernd eingreifen können. Tatsächlich aber habe die neue Organisation zu einer Begünstigung agrarischer Interessen geführt. Redner sieht die Gefahr vorliegen, daß die Bevölkerung in den nicht selbst wirtschaftenden Bezirken minderwertige Ware erhält. Eine Begünstigung agrarischer Interessen liege auch in der Gewährung einer Vermittlungsgebühr von 6 M. bei der Versorgung anderer Verbände. In wessen Händen bleibe diese Gebühr? Die sozialdemokratische Presse lege sich bei der Kritik dieser Mißstände die Zurückhaltung auf, die die allgemeine Lage erfordere. Entgleisungen kämen hie und da vor, aber auch bei der Presse der anderen Parteien. Die Festsetzung von Höchstpreisen hat nur Wert, wenn gleichzeitig die Beschlagnahme erfolgt. Die Reichsregierung müsse die Kommunalverwaltungen dazu beeinflussen, ja, sie geradezu zwingen, mehr wie bisher den Kreis der Waren mit Höchstpreisen auszudehnen. Die beschlagnahmten Vorräte müßten rechtzeitig verteilt werden, namentlich sollten die Kartoffeln sofort nach der Beschlagnahme den Verbrauchern zugeführt werden. Redner wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Milchwucher. So seien in Stuttgart die Milchpreise schon im März um 3 Pf. erhöht worden und später noch um weitere 2 Pf. Dann griff das Ministerium ein und setzte den Preis für die Milch für das Liter auf 19 Pf. statt 22 Pf. fest. Der Bund der Landwirte aber vermochte durch seinen Einfluß durchzusetzen, daß das Generalkommando den Preis auf 20 Pf. erhöhte. Redner gibt zur Erwägung, ob man den Besitzern von Milchvieh nicht Vorzugsfutterrationen bewilligen solle, und begrüßt das Vorgehen der Regierung gegen wucherische Preistreibereien; leider aber versage die Justiz. Durch diese Kritik sollten die Reichsbehörden gestärkt und geschützt werden gegen diejenigen Stellen, die ihre Maßnahmen durchkreuzen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers hält die besondere Zumessung von Futterrationen durch die Zentralstelle für nicht durchführbar, das müßte den Kommunalverbänden überlassen bleiben.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle erklärt die Besorgnisse wegen der Versorgung der Städte mit minderwertiger Ware für unbegründet. Die Kommissionsgebühr von 6 M. sei berechtigt als Entschädigung für Arbeitsaufwand und Risiko. Die Gebührenüberschüsse sollten wieder zur Volksernährung verwandt werden.

Damit schließt die heutige Besprechung. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag.

Frankfurter Zeitung

18./VIII. 1915.

Groß-Berliner Preis-Kontroll-Kommissionen.

N Berlin, 17. Aug. (Priv.-Tel.) Der Berliner Magistrat ist, wie wir gemeldet haben, in Erwägungen darüber eingetreten, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um preisregulierend auf den Berliner Lebensmittelmarkt zu wirken. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dafür fünf Preis-Kontroll-Kommissionen für die verschiedenen Lebens- und Gebrauchsmittel zu bilden. Morgen wird nun eine neue Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth stattfinden, der auch Vertreter der fünf Berliner Nachbargemeinden beiwohnen werden, damit für das ganze Groß-Berliner Gebiet eine einheitliche Regelung erreicht wird. Es besteht die Hoffnung, daß es ebenso wie bei der Brotversorgung gelingen wird, auf die gesamten Groß-Berliner Gemeinden das System der Preis-Kontroll-Kommissionen auszudehnen.

Vossische Zeitung
18./VIII. 1915.

Ueberwachung der Lebensmittelpreise.

Heute vormittag erschienen — wie angekündigt — auf Einladung des Magistrats Berlin Vertreter der Stadtgemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf und Lichtenberg im Berliner Rathaus, um unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth mit den Vertretern Berlins über die Frage der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkte zu beraten. Eine Verbindung der Groß-Berliner Städte zu gemeinschaftlichem Vorgehen wurde als zweckmäßig angesehen.

Die Stadt Berlin legte einen Plan vor, nach dem einstweilen eine scharfe Ueberwachung der Lebensmittelpreise eingerichtet werden soll. Zu diesem Zwecke sollen für die verschiedenen Hauptnahrungsmittel vier Kommissionen gebildet werden, deren Mitglieder aus Sachverständigen des Produzententums, des Groß- und des Kleinhandels, ferner aus Vertretern von Konsumentenvereinigungen bestehen sollen. Diesen Kommissionen wird es obliegen, die Waren von der Produktion bis zum Verbrauch zu verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stationen zu beobachten und dabei zu prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese wirksam verhütet werden können, sowie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wucherische Ausbeutungen zu unterdrücken oder zur Bestrafung zu bringen. Eine weitere Kommission soll als Zentralstelle die Gesamtheit aller Bestrebungen in sich aufnehmen und die erforderlichen Weisungen geben.

Es wurde von den Nachbarstädten in Aussicht genommen, in diese für die grundsätzliche Behandlung der gesamten Einrichtung entscheidende Kommission Vertreter zu entsenden. Ob die einzelnen Nachbarstädte noch eine besondere Sachverständigen-Prüfungsstelle für sich einrichten, wird ihnen überlassen bleiben. Während die erwähnten Kommissionen sich vorzugsweise der Ueberwachung der Produzenten- und Kleinhandelspreise zu widmen haben sowie lokalen Organen Anleitung zu erteilen haben werden, werden durch eine örtliche Gliederung solche lokalen Organe zu schaffen sein, denen die Ueberwachung der Kleinhandelspreise zur Aufgabe gestellt werden wird. Die Einrichtung dieser den Kleinhandelsverkehr beobachtenden und kontrollierenden lokalen Stellen wird selbstverständlich in der Hand der einzelnen Städte liegen. In Berlin beabsichtigt man, die bewährten Brotkommissionen auch mit dieser Aufgabe zu betrauen.

*

Wie notwendig eine solche Ueberwachung und vor allem ein gemeinsames Vorgehen der Groß-Berliner Gemeinden ist, beweisen die Preistreibereien, die in der Mark nicht nur Händler, sondern auch Produzenten belieben. So hat in Guben der Magistrat auf Betreiben des landwirtschaftlichen Vereins den Höchstpreis der Milch von 20 Pfennig vorläufig wieder aufheben müssen. Man kündigt dort bereits einen neuen Höchstpreis von 22 Pfennigen an. Ob es dabei bleiben wird? Hier in Berlin hat ja auch der Verein märkischer Milchproduzenten — wie gestern mitgeteilt — ein weiteres Steigen der Milchpreise angekündigt. Und das nach den Verhandlungen in der Budgetkommission! Wird der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück weiter ohne Einschränkung behaupten: „Die Erbitterung der Bevölkerung beruht zum Teil auf falschen Voraussetzungen?“

Aber sein Rat, rücksichtslos die Lebensmittelwucherer anzuzeigen, anstatt die hohen Preise zu zahlen, werden die Verbraucher hoffentlich nachdrücklich befolgen, denn solch Vorgehen ist keine niedrige Denunziation, ist einfach ein Gebot der Selbsterhaltung, ja geradezu eine vaterländische Pflicht. Rücksichtslos soll man auch danach forschen, wer die Preistreibereien verschuldet. Aus Lübbenau wird z. B. gemeldet, daß die Bohnen noch nie so gut geraten sind, wie in diesem Jahr. Sie hängen lang und dicht wie gereiht an den Stengeln. Manche Landleute bringen sie zentnerweise auf den hiesigen Markt. Der Preis ist deshalb gesunken. Das Pfund wird mit 10 Pf. bezahlt. Und in Berlin kosteten sie gestern noch 30 und 40 Pfennig.

Tägliche Rundschau
18./VIII. 1915.

Gegen die Lebensmittelverteuerung.

Heute vormittag erschienen auf Einladung des Magistrats Berlin Vertreter der Stadtgemeinden Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln, Berlin-Wilmersdorf und Berlin-Lichtenberg im Berliner Rathaus, um unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth mit den Vertretern Berlins über die Frage der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkte zu beraten. Eine Verbindung der Groß-Berliner Städte zu gemeinschaftlichem Vorgehen wurde als zweckmäßig angesehen. Die Stadt Berlin legte einen Plan vor, nach dem einstweilen eine scharfe Ueberwachung der Lebensmittelpreise eingerichtet werden soll. Zu diesem Zwecke sollen für die verschiedenen Hauptnahrungsmittel vier Kommissionen gebildet werden, deren Mitglieder aus Sachverständigen des Produzententums, des Groß- und des Kleinhandels, ferner aus Vertretern von Konsumentenvereinigungen bestehen sollen. Diesen Kommissionen wird es obliegen, die Waren von der Produktion bis zum Verbrauch zu verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stationen zu beobachten und dabei zu prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese wirksam verhütet werden können, sowie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wucherische Ausbeutungen zu unterdrücken oder zur Bestrafung zu bringen.

Eine weitere Kommission soll als Zentralstelle die Gesamtheit aller Bestrebungen in sich aufnehmen und die erforderlichen Anweisungen geben. Es wurde von den Nachbarstädten in Aussicht genommen, in diese für die grundsätzliche Behandlung der gesamten Einrichtung entscheidende Kommission Vertreter zu entsenden. Ob die einzelnen Nachbarstädte noch eine besondere Sachverständigen-Prüfungsstelle für sich einrichten, wird ihnen überlassen bleiben. Während die erwähnten Kommissionen sich vorzugsweise der Ueberwachung der Produzenten- und Kleinhandelspreise zu widmen haben, sowie im eigenen Ort Anleitung zu erteilen haben werden, werden durch eine weitere Gliederung solche örtliche Stellen zu schaffen sein, deren Aufgabe die Ueberwachung der Kleinhandelspreise sein wird. Die Einrichtung dieser den Kleinhandelsverkehr beobachtenden und kontrollierenden Stellen wird selbstverständlich in der Hand der einzelnen Städte liegen. In Berlin beabsichtigt man, die bewährten Brotkommissionen auch mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Dieser erste kraftvolle Schritt der wichtigsten Glieder Groß-Berlins gegen den Lebensmittelwucher ist mit Freude zu begrüßen. Hoffentlich tritt die Organisation bald in Wirksamkeit zum Segen der durch „Kriegsaufschläge" jeder Art so empfindlich beanspruchten Haushaltungen.

Die Zeit
18/IX. 1915

* **[Bekanntmachung der niedrigsten Lebensmittelpreise.]** Aus Leipzig wird berichtet: Um einer Verteuerung der Lebensmittel nach Möglichkeit vorzubeugen, hatte der Stadtgemeinderat von Brand-Erbisdorf in Sachsen vor kurzem den praktischen Weg eingeschlagen, allwöchentlich durch Anschlag am Rathaus die niedrigsten ihm bekannt gewordenen Preise der wichtigsten Nahrungsmittel und gleichzeitig die Namen der Verkäufer bekanntzugeben. Da dieses Verfahren eine durchaus sinngemäße Erweiterung der Bundesratsverordnung, durch die das Aushängen der Preise verfügt wurde, darstellt, ist es nach einer Mitteilung der Leipziger Allgemeinen Zeitung auf verschiedenen Seiten als zweckmäßig und nachahmenswert anerkannt worden, und man hat in diesem Sinne an die leitenden Stellen Gesuche gerichtet, die eine Verallgemeinerung des Verfahrens, die billigsten Preise bekanntzumachen, bezwecken. Die Beratungen über Mittel und Wege, die herrschende Teuerung zu mildern, dauern fort, und es ist anzunehmen, daß, wenn neue Maßregeln erfolgen, auch das Verfahren in jener sächsischen Gemeinde weitere Anwendung finden wird.

Neue Freie Presse
18/VIII. 1915

Maßnahmen gegen Preistreibereien.

Der Magistratserlaß an die Genossenschaften der Lebensmittelbranche.

Der Magistrat hat an die Genossenschaften der Lebensmittelkategorien eine Zuschrift gerichtet, in der unter Berufung auf die bezughabenden Erlässe des Ministers des Innern und der Statthalterei auf die verfügten Maßnahmen gegen Preistreibereien aufmerksam gemacht wird und die schleunige und genaue Danachachtung in Erinnerung zu bringen ist. Demnach sei der Preistarif für Gegenstände, welche zur Befriedigung des täglichen Lebens dienen, in einer für jedermann leicht sichtbaren Weise, wo immer möglich, an den Außenwänden, Türen oder Fenstern der Geschäftsräumlichkeiten bei sonstiger Bestrafung nach § 131 der Gewerbeordnung anzubringen. Der Preistarif muß die Bezeichnung der Ware, die Gewichtseinheit und den für dieselbe geforderten Preis enthalten. Hiezu wird bemerkt, daß das Marktamt angewiesen wurde, die Durchführung zu überwachen. Es wird schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß die Gewerbetreibenden dieser Anordnung nachkommen und so die Anwendung der bestehenden Strafbestimmungen unnötig machen werden.

Die Zeit
18 Juni 1915

Die Preistafeln.

Seit 13. d., haben die Lebensmittelgeschäfte auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 7. d., die notwendig war, um die Profitwut einzelner Händler- und Produzentenkreise einzudämmen, die Verpflichtung, die Preise für jede einzelne Warengattung in ihren Lokalen oder an ihren Verkaufsständen in allgemein sichtbarer Weise anzubringen. Auf den Märkten, die unter ständiger Aufsicht der Marktorgane stehen, kam diese gesetzliche Anordnung sogleich zu ihrem Recht, in den Lebensmittelgeschäften aber erst nach und nach. In vielen Fällen mußte erst das Publikum oder die Polizei hierbei nachhelfen. Aber es ging doch langsam, und heute wird man in Wien kaum ein Geschäft finden, in dem nicht die Preise angeschlagen sind. Aber man darf nicht fragen, wie die Preise angeschlagen sind. Forscht man genau nach, so wird man beispielsweise finden, daß manche Greisler nur an den auf der Straße vor ihren Geschäften aufgestellten Obst- und Gemüsekörben Preistafeln stehen haben, während für die im Laden zum Verkauf bereit gehaltenen Waren die Notierungen fehlen. Delikatessenhändler und Selcher haben wieder an irgendeiner schwer ersichtlichen Stelle in ihrem Geschäftslokal einen schwer lesbaren allgemeinen Preistarif, oft nur auf einer Kanzleipapierseite mit Bleistift oder Tinte geschrieben, angeschlagen, den man erst nach langem Suchen findet. Derartiges kann wohl die kaiserliche Verordnung nicht gemeint haben, wenn sie von einer allgemeinen Ersichtlichmachung der Lebensmittelpreise in Geschäftslokalen oder bei Verkaufsständen sprach. Hoffentlich werden die maßgebenden Behörden die Geschäftswelt zur vernunftgemäßen Beachtung dieser Bestimmung zwingen. Von dem Recht des selbständigen Nachwiegens gekaufter Waren machen die Parteien auch nicht zu häufig Gebrauch, wie sie auch die auf den Märkten zur unentgeltlichen Nachwiegung seit langem bereitstehenden Amtswagen eigentlich fast gar nicht benützen. Die ständige Preiskontrolle des Publikums ist aber zur Bekämpfung der Preistreiberei notwendig, daher möge jeder darauf sehen, daß überall in den Lebensmittegeschäften für alle Warengattungen die Preise durch Anschlag ersichtlich gemacht sind. Billigere Preise wären freilich noch besser, aber die auf dem Umweg über die Preistafeln in Szene gesetzte Preiskontrolle wird sicherlich dazu beitragen, daß ungerechtfertigte Preisforderungen in dem Maße verschwinden werden, als sich die Preistafeln mehren.

Die Zeit Abendbl.
18/VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der heutige Markttag entwickelte sich normal. Die Beschickung des Naschmarktes war eine ausreichende. An grünen und gelben Bohnen fiel sie so gut aus, daß die Preise für dieses beliebte Gemüse abermals um 2 Heller pro Kilogramm zurückgingen. Die amtlich ermittelten Höchstpreise betrugen heute für grüne Fisolen 28 bis 34 Heller, für Spargelbohnen 32 bis 36 Heller; manche Produzenten gingen aber wesentlich darunter. In Knoblauch ist eine förmliche Hausse eingetreten. Die ungarischen Produzenten und Händler scheinen mit dem Sitz in Mako einen „Ring" gebildet zu haben, der die Knoblauchpreise hinauftreibt. Heute wurde Knoblauch, der sich vor dem Kriege auf K. 30.— bis 32.— pro 100 Kilogramm stellte, nicht unter 150 Kronen pro Meterzentner abgegeben. Infolge dieser Preistreiberei ungarischer Händler, denen auf Grund der kaiserlichen Verordnung gegen die Preistreiberei nicht beizukommen ist, weil sie ihre preistreiberische Tätigkeit auf ungarischem Territorium entfalten, versuchen auch die heimischen Produzentenkreise, für Knoblauch, die sich aus dem Gebiete von Laa a. d. Thaya rekrutieren, mit ihren Preisen ungebührlich in die Höhe zu gehen. Im Detailverkehr hat der heimische Knoblauch bereits einen Preis von K. 1.04 bis 1.16 erreicht; ungarischer Knoblauch kann mit Rücksicht auf die in diesem Artikel vorliegende Preistreiberei nicht unter K. 1.44 bis 1.56 im Kleinverkehr verkauft werden. Die Zwiebelpreise haben sich vorläufig etwas abgeschwächt und notieren für Makoer und heimischen Zwiebel mit 58 bis 64 Heller pro Kilogramm. Die Kartoffelpreise sind heute gleich geblieben, und zwar 25 bis 26 Heller für niederösterreichische und ungarische gelbe, 23 bis 24 Heller für weiße, 32 bis 33 Heller für Kipfler und 20 bis 23 Heller für ungarische rote Frühkartoffeln. Kohl, Salat und Kraut sowie grüne Erbsen in Schoten notieren unverändert. Das gleiche gilt von den Karotten. Die Gurkenpreise lassen zusehends nach, doch ist schöne Ware selten auf dem Markt zu finden. Ungarische Gurken, die stellenweise auch schon für 10 Heller pro Kilogramm gekauft werden konnten, sind mit 14 bis 26 Heller notiert, niederösterreichische mit 26 bis 28 Heller pro Kilogramm. Auch Znaimer Einlegegurken sind billiger geworden, große kosten pro Kilogramm 48, kleine 38 Heller. In Paradeisern ist durchweg schöne Ware auf den Markt gekommen, so daß heute die Preise für diese beliebte Einsiedefrucht von den Händlern nicht oft unterboten wurden. Ungarische Paradeiser notierten mit 34 bis 42, heimische mit 40, 48 und stellenweise auch, allerdings für Primaware, mit 50 Heller pro Kilogramm. Maiskolben kosteten 6, 7 und 8 Heller pro Stück. Eier bekam man 14 bis 15 Stück für 2 Kronen. Für ein Ei wurden 16 Heller begehrt. Rötlinge (Eierschwämme) waren zu 56 bis 68 Heller pro Kilogramm sehr zahlreich zu haben.

Der heutige Obstmarkt ging bei ziemlicher Nachfrage sehr lebhaft vor sich. Heute notierten für niederösterreichische Birnen folgende Kilogramm- und Einviertelkilogrammpreise, und zwar: Nagowitz 28 bis 36 Heller, ¼ 10 Heller, Schmalz 30 bis 36 Heller (10 Heller), Dukaten 32 bis 40 Heller (11 Heller), Salzburger 34 bis 40 Heller (12 bis 13 Heller) und Tafelbirnen 40 bis 48 Heller (12 Heller). Für niederösterreichische Aepfel, kleine 28 bis 40 Heller (11 Heller), mittlere 36 bis 44 Heller (12 Heller), große 40 bis 50 Heller (13 Heller); niederösterreichische Pflaumen, gelbe kleine 24 bis 34 Heller (9 bis 10 Heller), blaue 34 bis 42 Heller (9 Heller), Zwetschken 32 bis 46 Heller (12 Heller), große Pelzerzwetschken 40 bis 50 Heller (13 Heller); für ungarische Zwetschken 56 bis 60 Heller (16 Heller); ungarische Weintrauben kosten mittlere Ware pro Kilogramm K. 1.14 bis 1.52 (40 Heller), Primaware K. 1.48 bis 1.92, ¼ Kilogramm 49 Heller.

Die heutigen Zufuhren nach dem Fleischmarkt in die Großmarkthalle waren mittelmäßig. Bis gegen Mittag waren 22·7 Tonnen, darunter 18·6 Tonnen ausländisches Fleisch, zugeführt. Im Engroshandel war Rindfleisch heimischer Provenienz bis 20 Heller billiger; Schweinefleisch ließ nur um 10 Heller nach. Im Detailhandel trat eine Preisreduktion bei inländischem Rindfleisch bis zu 20 Heller pro Kilogramm ein, beim Schweinefleisch trat ein Aufschlag von 20 Heller ein; die Preise für Fettstoffe blieben unverändert; Schweineschmalz hat dagegen eine Preiserhöhung von 20 Heller pro Kilogramm erfahren. Ausländisches Kalbfleisch ist im Preise bis zu 40 Heller pro Kilogramm gestiegen, dagegen ist ausländisches Schaffleisch bis zu 40 Heller pro Kilogramm zurückgegangen.

Es notierte heute Inlandsfleisch, und zwar pro Kilogramm: Rindfleisch, vorderes mit Zuwage K. 4. bis 4.80, ohne Zuwage K. 4.40 bis 6.—, hinteres mit K. 4.80 bis 5.80, ohne K. 5.20 bis 7.— (inklusive Lungenbraten). Jungschweinernes K. 4.40 bis 6.20, abgezogenes Schweinefleisch K. 4.20 bis 5.80, Selchfleisch (inklusive Prager Schinken im ganzen) K. 4.60 bis 6.—, Bauchfilz K. 4.40 bis 4.60, frischer Speck K. 4.20 bis 4.60, geräucherter K. 4.60 bis 4.80, Schmalz K. 4.40 bis 4.60, Rindsfett K. 3.— bis 3.20. Kalbfleisch, vorderes K. 3.60 bis 4.40, hinteres K. 3.80 bis 5.20 und inklusive Schnitzel K. 6.70. Schaffleisch, vorderes K. 3.— bis 4.20 und hinteres K. 4.30 bis 4.50. Die Auslandsprovenienzen stellten sich, und zwar pro Kilogramm Rindfleisch, vorderes mit Zuwage auf K. 3.20 bis 3.80, ohne Zuwage auf K. 3.40 bis 4.—, hinteres mit K. 4.— bis 4.60, ohne K. 4.20 bis 5.—. Kalbfleisch vorderes K. 3.20 bis 3.60, hinteres K. 3.60 bis 4.40 (exklusive Schnitzel). Schaffleisch, vorderes K. 3.20 bis 3.80, hinteres K. 4.— bis 4.40. Fleisch war heute sehr lebhaft gefragt. Fische, Geflügel fanden nicht besonderen Absatz, an Wildbret ist fast gar nichts auf dem Markt vorhanden.

Tägliche Rundschau

18./VIII. 1915

Der deutsche Städtetag über unsere Ernährungspolitik.

Berlin, 17. August. Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

Der von amtlichen und nichtamtlichen Stellen jetzt vielfach unternommene Versuch, die Städte für die hohen Preise und sonstige Schwierigkeiten des Nahrungsmittelmarktes verantwortlich zu machen, schiebt die Verantwortung einer falschen Stelle zu und ist geeignet, die Entschlußkraft der wirklich verantwortlichen Stellen zu lähmen. Da das Deutsche Reich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, so können nur einheitliche Maßregeln des Reichs helfen, die jeder Ware besonders angepaßt sind, zugleich aber die Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse ermöglichen. Die Brotfrage ist einwandfrei gelöst worden, weil die Getreidebeschaffung einheitlich geregelt und nur die örtliche Mehl- und Brotverteilung nach örtlichen Gesichtspunkten erfolgt ist. **Ohne eine einheitliche Ordnung für das ganze Reich irren die Städte planlos auf dem Markte umher und erhöhen durch ihre Einkäufe nur die Preise. Auch Höchstpreise für den Kleinhandel können nicht örtlich festgesetzt werden,** da ihre Festsetzung die Gefahr der Vertreibung der Ware aus dem Gemeindebezirk mit sich bringt. Ueberdies wird ein entschlossenes Handeln in den örtlichen Instanzen durch gleichzeitiges Eingreifen der verschiedensten militärischen und bürgerlichen Behörden oft unmöglich gemacht. Sind geeignete Grundlagen geschaffen, so werden die Gemeinden sich gern mit aller Hingabe an der Ausführung beteiligen. Dagegen müssen die Gemeinden entschieden die Vertretung für den Mißerfolg solcher Maßnahmen ablehnen, die den Kern der Sache nicht erfassen, den Gemeinden lediglich formelle Rechte übertragen und ihnen dann eine Verantwortung auferlegen, die nur die mit erschöpfenden Machtmitteln ausgestattete Reichsgewalt trifft.

Wir sind der Meinung, daß dieser Beschluß des Städtetages im wesentlichen den Nagel auf den Kopf trifft. Seit einem Jahr haben wir wieder und wieder die Auffassung vertreten, daß in all den hier in Betracht kommenden Dingen uns ein entschlossenes Zugreifen und gleichmäßiges zwangsmäßiges Durchgreifen der Stellen not tut, die allein dazu in der Lage sind. Wieder und wieder haben wir den großen, vielfach gar nicht wieder gut zu machenden Schaden beklagt, der durch unbegreifliche Unterlassungen in dieser Hinsicht angerichtet worden ist. Hoffentlich wird wenigstens noch nachträglich gebessert, was zu bessern ist. Hier liegen Aufgaben, des Schweißes aller Ministerien wert.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen in der Budgetkommission.

In den weiteren Verhandlungen der Budgetkommission sprach gestern der Präsident der Reichsfuttermittelstelle über die Regelung der Statistik. Die Anbauflächen haben im Jahre 1915 gegen 1914 eine wesentliche Zunahme erfahren, sowohl bei den Getreidearten, als auch bei den Kartoffeln, besonders aber beim Hopfen und bei den Oelfrüchten. Die Ertragsschätzung, die ja immer lückenhaft und nie ganz zuverlässig sei, zeige bei sorgfältiger Prüfung ein nicht ungünstiges Bild. Wir haben bei Roggen eine knappe Mittelernte, bei Weizen eine gute, bei Hafer eine etwas weniger gute und bei Kartoffeln, mit Ausnahme der Frühkartoffeln,

eine sehr gute Ernte

zu erwarten. Die Bestände an Brotgetreide, mit denen wir in das neue Erntejahr hineingehen, betrugen über 70 000 Tonnen. Die Hafervorräte waren annähernd erschöpft, was natürlich unangenehme Rückwirkungen für die Pferdebesitzer in den Städten hatte. Vom 1. September an aber wird auch hier Wandel geschaffen werden können, wenn auch auf eine Erhöhung der bisherigen Haferration von 3 Pfund täglich pro Pferd vorerst nicht zu rechnen sein dürfte. Die Gerstenbestände waren zwar auch nicht sehr bedeutend, immerhin konnten aber den Brauereien noch zur Aufrechterhaltung der Betriebe genügende Mengen überwiesen werden. Aenderungen in der Verordnung über die Gerstenverarbeitung erscheinen einstweilen nicht notwendig. Es sei auch einstweilen nicht beabsichtigt, Höchstpreise für Gerste festzusetzen, weil man hoffen darf, daß diese sich in mäßigen Grenzen bewegen werden. Sollten Phantasiepreise gefordert werden, so werde man eingreifen. Auch die Bestände an Futtermitteln seien bei Ende des Wirtschaftsjahres nicht bedeutend gewesen. Durch die Gewinnung von Trockenhefe, Strohmehl, Futterzucker usw. hoffe man, Futtermittel in nächster Zeit genügend haben zu können. Die Aussichten seien nicht ungünstig, insofern ein wesentlicher Teil der zu erwartenden Ernte zu Futterzwecken zur Verfügung stehen werde. Ein abschließendes Urteil sei freilich noch nicht möglich, da der wirkliche Ausfall der Ernte abgewartet werden müsse. Die Kartoffeln würden eine sehr reichliche Ernte ergeben, so daß für Futterzwecke 23 Millionen Tonnen vorhanden sein würden. Man werde möglichst viele Kartoffeln zu konservieren suchen durch Trocknung, Verarbeitung zu Flocken usw. Auch

die Fleischversorgung sei gesichert;

die Viehbestände seien genügend. Die Schweinebestände seien zwar zurückgegangen, aber in letzter Zeit wieder gestiegen, so daß auch die Schlachtpreise sich in letzter Zeit etwas vermindert hätten. Eine Fleischnot sei nicht zu erwarten, wenn auch freilich die Fleischpreise hoch bleiben werden. Zusammenfassend könne man sagen, die Lage der deutschen Volkswirtschaft sei in bezug auf die Lebensmittelversorgung durchaus günstig.

Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Reichsgetreidestelle, führt aus: Die Schätzung der Ernteerträge werde wahrscheinlich hinter den tatsächlichen Erträgen zurückbleiben da die Schätzung außerordentlich vorsichtig vorgenommen worden ist. Die Einwendung des konservativen Redners über die zu hohe Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen sei nicht gerechtfertigt. Redner gibt eine detaillierte Darstellung der Nebenkosten, die zu dem reinen Mahllohn hinzuzuschlagen seien, und wodurch die bestehende Spannung sofort erklärlich sei. Er wolle aber die Rechnungen des konservativen Redners durch eine Subkommission nachprüfen lassen, und, wenn es möglich sei, eine Verringerung der Spannung herbeiführen. Es sei nicht möglich, sämtliche Mühlen von der Reichsgetreidestelle zu beschäftigen; das sei aber auch nicht notwendig, weil die kleineren Mühlen zur Verfügung der Kreiskommunalverbände bleiben müssen. Je größer die Zahl der von der Reichsgetreidestelle beschäftigten Mühlen werde, desto größer werde auch die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis werden. Wenn nur die allergrößten Mühlen beschäftigt würden, würde sich der reine Mahllohn auf nur 10 M. stellen, während, wenn nur 15 v. H. aller Mühlen beschäftigt würden, der Mahllohn schon auf 34 M. pro Tonne steigen würde. Es sei beabsichtigt, etwa 400 Mühlen für die Reichsgetreidestelle arbeiten zu lassen.

Nach einer Mittagspause wurde in der Nachmittagssitzung die Debatte über die Maßnahmen betreffend die Ernährung forgesetzt.

Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß Futtermittelhändler Entschädigung für entgangenen Gewinn verlangen, wobei sie sich auf die Kriegsgewinne anderer Berufe stützen. Der Meinung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Arbeiterfrauen es nicht verstanden hätten, sich den notwendigen Ernährungsformen anzupassen, schließt sich dieser Redner nicht an; er führt vielmehr die geringe Aufnahme der zum Verkauf gestellten Dauerware auf die mangelhafte Beschaffenheit zurück. Mit den hohen Butterpreisen begründet man jetzt schon hohe Honigpreise;

so treibe ein Preis den andern.

Die Reichsregierung möge doch den Städten in größerem Umfang ermöglichen, helfend und regulierend einzugreifen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers führte dazu aus: die Reichsregierung ist sich bewußt, ihr Möglichstes getan zu haben, um die Lebensmittelversorgung gleichmäßig und zu erträglichen Preisen zu sichern. Die Festsetzung von niedrigen Höchstpreisen verbürgt an sich noch nicht die ausreichende und gleichmäßige Versorgung. Das Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Regierung vom allgemeinen Vertrauen getragen wird. Es ist daher erwünscht, daß die Presse von dem Gedanken geleitet, daß die Regierung die Interessen aller Berufsklassen gerecht gegeneinander abwägt, eine Kritik übt, die nicht lediglich von dem einseitigen Interesse des Produzenten oder Konsumenten eingegeben ist. Mit der Tendenz, die Kommunen mit den notwendigen Rechten zur Regelung der Preise und der Versorgung auszustatten, sei die Regierung einverstanden.

Der Dezernent für Ernährungsfragen im Reichsamt des Innern ergänzt diese Ausführungen: Die Preise für Kartoffelmehl und Flocken seien hoch, sie könnten aber erst ermäßigt werden, wenn die Fabrikate aus billigerem Material hergestellt würden. Von einer Zuckerknappheit könne nicht die Rede sein. Vielleicht hätten aber Maßnahmen der Regierung über die Staffelung für die einzelnen Monate zur Zurückhaltung der Ware beigetragen. Die Regierung habe jedoch sofort Maßnahmen getroffen, um Preistreibereien zu verhindern, und die Preise seien schon zurückgegangen und würden noch weiter zurückgehen. Die vorhandenen Vorräte dürften nicht zu den etwa höher angesetzten Preisen der neuen Ernte verkauft werden. Gegen die hohen Honigpreise werde eingeschritten werden, sobald sich herausstelle, daß sie über das richtige Maß hinausgingen.

Ein Sozialdemokrat erkennt an, daß die Maßnahmen der Regierung günstig gewirkt hätten, wünscht aber noch weitere Berücksichtigung der Familien mit kleinem Einkommen. So hätte die Kriegsgetreidestelle gegen die hohen Mehlpreise preismildernd eingreifen können. Tatsächlich aber habe die neue Organisation zu einer Begünstigung agrarischer Interessen geführt. Redner sieht die Gefahr vorliegen, daß die Bevölkerung in den nicht selbst wirtschaftenden Bezirken minderwertige Ware erhält. Eine Begünstigung agrarischer Interessen liege auch in der Gewährung einer Vermittlungsgebühr von 6 M. bei der Versorgung anderer Verbände. In wessen Händen bleibe diese Gebühr? Die sozialdemokratische Presse lege sich bei der Kritik dieser Mißstände die Zurückhaltung auf, die die allgemeine Lage erfordere. Entgleisungen kämen hie und da vor, aber auch bei der Presse der anderen Parteien. Die Festsetzung von Höchstpreisen hat nur Wert, wenn gleichzeitig die Beschlagnahme erfolgt. Die Reichsregierung müsse die Kommunalverwaltungen dazu beeinflussen, ja sie geradezu zwingen, mehr wie bisher den Kreis der Waren mit Höchstpreisen auszudehnen. Die beschlagnahmten Vorräte müßten rechtzeitig verteilt werden, namentlich sollten die Kartoffeln sofort nach der Beschlagnahme den Verbrauchern zugeführt werden. Redner wendet sich mit Entschiedenheit

gegen den Milchwucher.

So seien in Stuttgart die Milchpreise schon im März um 3 Pf. erhöht worden, und später noch um weitere 2 Pf. Dann griff das Ministerium ein und setzte den Preis für die Milch für das Liter auf 19 Pf. statt 22 Pf. fest. Der Bund der Landwirte aber vermochte durch seinen Einfluß durchzusetzen, daß das Generalkommando den Preis auf 20 Pf. erhöhte. Redner gibt zur Erwägung, ob man den Besitzern von Milchvieh nicht Vorzugsfutterrationen bewilligen solle und begrüßt das Vorgehen in der Regierung gegen wucherische Preistreibereien; leider aber versage die Justiz. Durch diese Kritik sollten die Reichsbehörden gestärkt und geschützt werden gegen diejenigen Stellen, die ihre Maßnahmen durchkreuzen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers hält die besondere Zumessung von Futterrationen durch die Zentralstelle für nicht durchführbar, das müßte den Kommunalverbänden überlassen bleiben.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle erklärt die Besorgnisse wegen der Versorgung der Städte mit minderwertiger Ware für unbegründet. Die Kommissionsgebühr von 6 M. sei berechtigt als Entschädigung für Arbeitsaufwand und Risiko. Die Gebühren-Ueberschüsse sollten wieder zur Volksernährung verwandt werden.

Damit schloß die gestrige Besprechung. Nächste Sitzung heute Vormittag.

Fremdenblatt
18./VIII. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Beschlüsse der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz.

Nachträglich wird aus der letzten Obmännerkonferenz gemeldet: Der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete über die Schritte der Gemeindeverwaltung wegen Versorgung der Stadt Wien mit Wildpret. In erster Linie handelte es sich darum, die Aufhebung der im Vorjahre von der Regierung für Hasen und Hirschfleisch festgesetzten Höchstpreise zu erreichen, da bei dem Bestande dieser nur für Wien geltenden Maximalpreise keine Schlüsse von den hiesigen Wildprethändlern erzielt werden konnten, weil die Provinz, nicht gebunden an Höchstpreise, stets teurer offerierte und daher den Abschuß zugeschlagen bekam. Diesen rechtzeitig erhobenen Forderungen der Gemeinde und der Genossenschaft der Wildprethändler entsprach das Ackerbauministerium mit der Verordnung vom 31. Juli 1915; am Tage darauf begann bereits die Schußzeit für Hasen. Eine weitere Bitte ging dahin, die Regierung wolle Höchstpreise für Hasen und Hirsche ab Schußplatz festsetzen und auf diese Weise regulierend in die Preisbewegung für Wildpret eingreifen. Gelegentlich einer beim Ackerbauminister über diese Bitte unter Zuziehung der Gemeinde Wien, der Jagdinteressenten und der Genossenschaft der Wildprethändler stattgehabten Konferenz erklärte nun der Ackerbauminister die Festsetzung von Höchstpreisen ab Schußplatz für undurchführbar mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der lokalen Verhältnisse auf den einzelnen Schußplätzen.

Die Obmännerkonferenz bedauert die Haltung der Jagdbesitzer und des Ackerbauministeriums und beschloß einstimmig, mit aller Entschiedenheit neuerlich die Forderung nach Erlassung von Höchstpreisen für Wild ab Schußplatz zu erheben, da es nach ihrer Ueberzeugung kein anderes Mittel gebe, um die Wildpretpreise vor einer Steigerung ins Ungemessene zu bewahren, obwohl die Zeit schon so weit vorgeschritten ist, daß auch diese Maßregel nicht mehr jenen Erfolg zeitigen könne, als wenn sie rechtzeitig ergriffen worden wäre. Der Bürgermeister wurde weiters ermächtigt, der Regierung diese Forderung in entsprechender Weise zur Kenntnis zu bringen.

Marktdirektor Bauer berichtete über den Verlauf des ersten Nachmittag-Gemüsemarktes am Naschmarkte am letzten Freitag und teilte mit, daß von den zirka 1000 Standinhabern nur etwa 40 ihre Stände eröffnet hatten. Auch von Seite des Publikums war ein geringer Zuspruch zu konstatieren. Der größere Teil des Publikums erschien überhaupt nicht als Käufer, sondern bloß aus Neugier für die neue Einrichtung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wies ferner darauf hin, daß die Gemeinde Wien bezüglich der Vermehrung von Getreide- und Mehl-Lagerungsstätten in Wien eine weitere Vorsorge treffen müsse, um für alle Eventualitäten, die im Verkehr eintreten könnten, gesichert zu sein. Es müsse getrachtet werden, die vorhandenen Lagerstätten soweit auszugestalten, bezw. neue Deponien zu schaffen, um für wenigstens 6000 Waggons Getreide und Mehl, die für eine etwa viermonatliche Bevorratung Wiens ausreichen, Raum zu schaffen. Nach der Erörterung eines Vorprojekts über die Errichtung eines solchen Getreidespeichers im Freudenauer Winterhafen gemeinsam mit der Donauregulierungskommission durch Stadtbaudirektor Goldemund wurde auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschlossen, das Ergebnis der Vorverhandlung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Kölnische Zeitung
18. VIII. 1915

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Konsumentenwünsche zum Reichstagsbeginn.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat an die Fraktionen und die einzelnen Mitglieder des Reichstags eine Eingabe gerichtet, in der Wünsche in bezug auf die Lebens- und Bedarfsmittelversorgung des Volkes im neuen Wirtschaftsjahr enthalten sind. Ähnliche Eingaben sind von den in allen Teilen des Reichs bestehenden Bezirks- und Ortsausschüssen sowie von den etwa 70 Zentralorganisationen der Beamten, Arbeiter, Angestellten und Frauen, die dem Kriegsausschuß angeschlossen sind, eingereicht worden. Die Konsumentenwünsche haben folgenden Inhalt:

Allgemeines: Rechtzeitige Veranstaltung von Bestandsaufnahmen unter Berücksichtigung der durch Stichproben(Sack-, Fuhren-, Garben-, Körner- usw.-Zählung) ermittelten wirklichen Ergebnisse. Festsetzung von Höchstpreisen nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre zuzüglich eines Kriegszuschlages von 25 v. H. für die unten einzeln genannten notwendigen Lebens- und Bedarfsmittel (ausgenommen für das durch Bundesratsverordnung bereits im Preise begrenzte Brot- und Futtergetreide) für die Erzeuger, soweit nicht die jetzige Marktlage eine niedrigere Normierung nötig macht. Feste Spesen-, Fracht- und Gewinnzuschläge für den Groß- und Kleinhandel. Keine Erhöhung der Höchstpreise während des Wirtschaftsjahres. Ergänzung der Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher durch Einrichtung obligatorischer städtischer Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Produzenten, des Handels, der Stadtverwaltungen und der Verbraucher, zur Feststellung angemessener Preishöhe und der Grenzen, bei denen der Wucher beginnt. Verhängung von entehrenden Strafen für Wucherer. Gewährung von Einfuhrprämien aus Reichsmitteln zur Anregung der Einfuhr aus dem Auslande, statt Erhöhung der Inlandspreise. Beibehaltung der Reichsausfuhrverbote, strengste Überwachung ihrer Durchführung. Kontrolle über alle Nahrungsmittel durch die Gesundheitsämter und sonstigen sachverständigen Stellen in Reich, Staat und Gemeinde.

Getreide: Sofortige Bestandsaufnahme mit Erdruschproben. Bei günstigem Ernteergebnis: Nachprüfung, ob ein Fortfall der vom 1. Jan. 1916 ab geltenden Höchstpreiszuschläge möglich ist, auf alle Fälle ihre Ermäßigung auf die Hälfte. Bei geringem Ernteausfall: einheitliche Streckungsmaßnahmen, besonders auch in den Selbstversorgungsbezirken. Durchschnittliche Erhöhung der Kopfmengen, Zuschläge für Schwerarbeiter und wirklich in der Landwirtschaft tätige Personen. Festsetzung der Mehlpreise nach Maßgabe der Selbstbeschaffungskosten. Festsetzung von Höchstmahllöhnen. Kontrollrecht der Reichsgetreidestelle über Güte und Menge von Getreide und Mehl. Höchstpreise für Mehlprodukte und Teigwaren für den Groß- und Kleinhandel.

Kartoffeln: Bei ungünstigem Ausfall der Ernte: Sicherung von rund 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen durch Zwangsverkauf an die vom Reich bestimmten öffentlichrechtlichen Stellen und ihre Enteignungsbefugnis. Verbleiben der Kartoffeln in den Mieten bis zum Abruf. Beibehaltung einer Verteilungsstelle für das Reich. Bei guter Kartoffelernte: Festsetzung von Richtpreisen für große Bezirke mit Spielraum für die zwangsweise von den Städten vorzuschreibenden örtlichen Höchstpreise. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung. Förderung der Kartoffeltrocknung. Aufspeicherung von Trockenkartoffeln für den äußersten Notfall.

Futter- und Düngemittel: Festsetzung von Höchstpreisen. Auch für Gerste, die zur Weiterverarbeitung für Lebens- und Genußmittel bestimmt ist, sowie für Gersten- und Haferprodukte, wie Grieß, Graupen, Hafermehl, Haferflocken, Malzkaffee usw.

Vieh und Fleisch: Im Verhältnis zur Höhe der Futtermittelpreise: Stallpreise und Fleischhöchstpreise. Sofortige Viehzählung für Schweine, Milchkühe, Ochsen, Kälber und Hammel nach Alter und Gewicht.

Milch und Milchprodukte: Generalanweisung des Reichs an die Städte zur Einführung von Milchhöchstpreisen und im Notfalle von Verboten der Milchausfuhr aus den Versorgungsbezirken. Reichshöchstpreise für die Börsenartikel Butter und Käse. Verbot der Bereitung und des Verkaufs von Schlagsahne. Anordnung des städtischen Milchvertriebs. Sicherstellung von mindestens 50 v. H. der Magermilch- oder Quarkproduktion für die städtischen Verbraucher durch Verfütterungsverbote.

Gemüse: Einwirkung auf die Städte zur Einrichtung von Gemüseverkäufen und Herstellung von Dörrgemüsen für ihre Bürger. Höchstpreise für Hülsenfrüchte.

Zucker: Festsetzung von Höchstpreisen für Rohprodukte sowie für Verbrauchszucker im Groß- und Kleinhandel.

Leucht- und Heizmittel: Sicherung der Petroleumvorräte für die auf Petroleum unbedingt angewiesenen Bevölkerungsschichten durch Ausgabe von Petroleumkarten. Anregung der Städte zur Ausdehnung ihrer Gas- und Elektrizitäts-Leitungsnetze unter Gewährung von Beihilfen und Erleichterungen an Hauswirte und Mieter. Höchstpreise für Spiritus, Karbid, Kohlen, Koks und Briketts im Groß- und Kleinhandel.

A Neviges, 16. Aug. Um der ungerechtfertigten Preissteigerung der Kartoffeln entgegenzutreten, hat der Bürgermeister folgende Bekanntmachung erlassen: „Dem Vernehmen nach haben auswärtige Händler versucht, von hiesigen Landwirten die noch im Felde stehenden Kartoffeln zu übertrieben hohen Preisen aufzukaufen. Ich warne die Landwirte, auf derartige Angebote, die nur übermäßige Preissteigerung bezwecken und dem Lebensmittelwucher dienen, einzugehen. Gleichzeitig werden die Landwirte dringend gebeten, von derartigen Angeboten mir sofort Nachricht zukommen zu lassen, damit gegen solche Machenschaften eingeschritten werden kann."

Die Zeit Abendbl.
19./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der heutige Markttag ließ sich gut an, doch war er weder übermäßig beschickt noch besucht. Die Zufuhren in Grünwaren, Kartoffeln und Obst waren aber zureichend. Die Knoblauchhausse setzte fort. Für Makoer Knoblauch haben die Detailpreise heute K. 1.44 bis 1.62 erreicht. Heimischer Knoblauch steht im Detail auf K. 1.04 bis 1.16. Zwiebel ist im Preise gleich geblieben. Häuptelsalat ist eher ziemlich ausgewachsen. Er notiert mit 6 bis 12 Heller pro Häuptel. Die Kartoffelpreise sind gegen gestern unverändert geblieben, neigen aber im Kleinverkauf zu einer weiteren Verbilligung. Ungarische rote Frühkartoffeln, deren amtlich ermittelter Höchstpreis 22 und 23 Heller beträgt, werden durchschnittlich um 20 Heller, in der Großmarkthalle von der Oesterreichischen Verkaufsgesellschaft für landwirtschaftliche Produkte um 18 Heller pro Kilogramm abgegeben. Grüne und gelbe Fisolen halten den Preis von 28 bis 34 Heller, respektive 32 bis 36 Heller pro Kilogramm. Neben dem heimischen Kraut ist nun auch slowakisches angelangt, doch noch nicht in so reichlichen Mengen, daß sich heute schon eine Einwirkung auf die Preise ergeben hätte. Hiesiges und slowakisches Weißkraut kostet pro Kilogramm 22 bis 24 Heller. Rotkraut kostet zu 30 Stück, je nach Qualität, K. 2.— bis 6.—. Auch die slowakischen Karotten wollen sich noch nicht von dem Kilogrammpreis von 24 Heller abwenden. Karfiol ist immer seltener; für 30 Stück sind amtliche Preise von K. 2.— bis 8.— ermittelt. Mit Spinat und grünem Kohl ist der Markt immer noch dotiert. Gurken werden jeden Tag mehr. Die Preise gehen auch sichtlich zurück. 10 bis 14 Heller pro Kilogramm für ungarische Gurken ist gar kein seltener Preis mehr. Heute gab es wieder genügend Znaimer Einlegegurken sowie Luxusgurken (Treibhausware) aus Wiener-Neustadt. Bezüglich der Paradeiser haben sich die Preise etwas gehoben. Es ist auch fast nur schöne Ware auf dem Markte. Ungarische Paradeiser notierten mit 34 bis 42 Heller, Gärtnerparadeiser mit 40, 48 und 50 Heller pro Kilogramm. Heute waren auf dem Naschmarkt schöne Herrenpilze vorrätig. Ausgesuchte Ware kostete pro Kilogramm K. 3.36, unsortierte von K. 2.68 bis 3.10. Rötlinge waren heute wieder etwas teurer. Sie notierten mit 60 bis 72 Heller. Kochsalat, Kohlrabi, Maiskolben, Rettiche wurden zu durchgehends alten Preisen feilgeboten.

An Obst sind heute die gewöhnlichen Zufuhren von Birnen und Aepfeln seitens der niederösterreichischen Landwirte zu verzeichnen gewesen. Heute trat das erstemal nach mehreren Wochen eine reichliche Zufuhr von ungarischen Aepfeln in Erscheinung. Für ungarische Merkantilware bestimmte das Marktamt einen Detailpreis von 60 Heller, für Strudler einen solchen von 72 Heller pro Kilogramm. Ungarische Weintrauben haben sich vermehrt. Der Preis für schöne Ware beträgt K. 1.92, für Ware zweiter Qualität K. 1.52. Von den Waldbeeren, die so ziemlich ihre Hauptsaison überstanden haben, tauchten heute Himbeeren auf, aber nur Preßware, die 80 bis 90 Heller im großen kostete. In Preiselbeeren haben sich gestern abends und heute die Zufuhren reichlicher gestaltet. Sie wurden um 50 bis 60 Heller pro Liter abgegeben.

Auf dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle gab es heute ebenfalls keinen besonderen Verkehr. Die Engros- und Detailpreise für alle Provenienzen sind gleich geblieben. Für den morgigen fleischlosen Tag gelten folgende Innereipreise, und zwar Rindsinnereien pro Kilogramm: Lunge K. 1.60, Leberzeug (Leber, Herz, Milz) K. 2.60, Hirn K. 3.—, Nieren K. 2.60, Kuheuter, frisch K. 1.10, gekocht K. 1.80, Fleckzeug, geputzt 90 Heller, gekocht K. 1.20. Kalbsinnereien: Beuschel K. 4.—, Leber K. 4.80, Hirn pro Stück K. 2.—, Kalbsgekröse pro Kilogramm K. 1.60. Schweinsinnereien: Beuschel pro Kilogramm K. 3.80, Leber K. 4.—, Nieren K. 4.— bis 4.40 und Hirn pro Stück 60 Heller.

Rehfleisch notierte heute mit K. 1.60 bis 3.80 pro Kilogramm, Rehschlögel (ganzes Stück) K. 8.— bis 16.—, Rehrücken K. 10.— bis 22.—. Hasen, kleine pro Stück mit K. 2.80 bis 3.—, große K. 4.— bis 6.—. Die Fischpreise sind ebenso unverändert geblieben wie die Geflügelpreise.

Die heutigen Viehmärkte.

Auf dem heutigen Kälbermarkt beliefen sich die Zufuhren auf 3567 Stück, also um 150 weniger als in der Vorwoche. Das Angebot war auf die Entwicklung des Geschäftes ohne wesentlichen Eindruck. Im allgemeinen konnten sich bei leichtem Absatz die vorwöchigen Preise fest behaupten.

An geschlachteten Schweinen belief sich die Zufuhr auf 1004 Stück, war also schwächer als in der Vorwoche. Auch haben auf diesem Gebiete die Preise keine Veränderung erfahren. Ein wenig schwächer war die Tendenz in geschlachteten Schafen, so daß sich hier der Preis ein wenig abgeschwächt hat.

In Lämmern war das Geschäft wegen geringer Zufuhr belanglos. Auf dem Schweinenachmarkt belief sich der Auftrieb im ganzen auf 57 Stück, infolgedessen der Verkehr keine Bedeutung hatte.

Auf dem Rindermarkt war der Auftrieb 2322 Stück, davon 1837 Mast- und 485 Beinlvieh, insgesamt also um 1200 Stück größer als in der Vorwoche. Für die Konservenfabriken wurden 800 Stück angekauft, es konnten sich die Montagpreise behaupten. Von den Konserveneinkäufen abgesehen war die Nachfrage seitens der Fleischhauer unbedeutend, doch ist im allgemeinen im Vergleich zu Montag keine Preisverschiebung zu konstatieren.

Tägliche Rundschau

19/VIII. 1915

Der Haushaltsausschuß über die Kriegsernährung.

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Erörterung der aus Anlaß des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen fort.

Ein fortschrittlicher Redner anerkannte den guten Willen und großen Eifer der Regierung und des Staatssekretärs, nach Möglichkeit den ganz außerordentlichen Schwierigkeiten entgegenzutreten, die der Volkswirtschaft durch den Krieg entstanden seien. Im Volke draußen werde aber die Befriedigung über die getroffenen Maßnahmen nicht immer geteilt. Besonders werde die Ausschaltung des Handels bitter beklagt. Er wies auf die schlimme Lage der mittleren Mühlen hin. Auf die große Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen wolle er nicht eingehen mit Rücksicht auf den zur Prüfung dieser Frage eingesetzten Unterausschuß. Die Höchstpreise für Getreide seien viel zu spät angesetzt worden. Die Ernte 1914 sei zu denselben Herstellungskosten eingebracht worden wie zu Friedenszeiten; deshalb seien die Preise viel zu hoch gewesen. Den Nutzen davon hätten die Landwirte gehabt, oder, falls diese schon früh verkauft hätten, der Zwischenhandel. Die Frage der genügenden Versorgung mit Getreide sei eine strategische Frage, die eine vorsichtige Kritik erfordere. Redner wünschte zu wissen, wieviel Vorräte in den Städten, besonders in den Festungsstädten, noch vorhanden seien, und ob diese Mengen in den sieben Millionen Doppelzentnern Getreide enthalten seien, mit denen wir in das neue Erntejahr hineingehen. Weiter ging Redner auf die Futtermittelfrage ein. Höchstpreise für Kartoffeln müßten möglichst bald festgesetzt werden, und von vornherein müsse die Regierung keinen Zweifel lassen, daß die jetzigen Preise zu hoch seien. Die hohe Ausmahlung des Getreides gehe zu weit, und sie müsse herabgemindert werden. In den Wintermonaten müsse mehr Kleie zur Verfügung gestellt werden. Redner beklagte die unterschiedliche Behandlung bei der Verteilung der Futtermittel. Es sei an manchen Orten ein eiserner Besen erforderlich, um die Mißstände zu beseitigen. Für Kartoffeln verlangte er neben den Höchstpreisen das Recht der Beschlagnahme. Weiter beleuchtete Redner den Wucher mit Kartoffelerzeugnissen. Die Regierung solle den Verbraucherstandpunkt schärfer vertreten und die Preise für Kartoffelfabrikate niedriger ansetzen. Eines der betrübendsten Kapitel sei die Zuckerfrage. Die Freigabe der Ausfuhr und die Mahnung, den Zuckerrübenbau einzuschränken, sei ein Fehler gewesen. Ebenso habe die amtliche Preiserhöhung von Monat zu Monat um 40 Pf. für den Doppelzentner ein Vierteljahr lang die übelsten Folgen gehabt; nicht nur die Preissteigerung, sondern auch eine Knappheit sei eingetreten, da Handel und Raffinerien ihre Vorräte solange zurückhielten, bis der höchstzulässige Preisstand erreicht sei. Man möge an eine Herabsetzung des Zuckerzolles denken. Redner befürwortete des weiteren die Beschleunigung der Entschädigung der von der Beschlagnahme von Reis Betroffenen. Bittere Klage führte Redner über die Untätigkeit gegenüber den Wildschäden, es sei das eine Frage, die vor aller Oeffentlichkeit behandelt werden müsse, zumal bei dem Fleischmangel Wildfleisch sehr erwünscht sei.

Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, es genüge nicht, die Mißstände zu beleuchten, es müsse gehandelt werden. An manchen Orten, wo die Gemeinden keinen Zuschuß zu der Reichsunterstützung gäben, herrsche Not. Da müsse geholfen werden. Genaue Nachforschungen seien geboten an solchen Stellen, wo Wucher stattfände. Da bisher vielfach nur halbe Maßnahmen getroffen worden seien, müsse zunächst eine Hauptstelle für Lebensmittelversorgung geschaffen werden, die unter der Kontrolle des Reichstags stehe. Redner sprach dann über die Zusatzbrotkarten für schwer arbeitende Leute. Letzteres sei ein unklarer Begriff. Auch Jugendliche und Schwangere usw. müßten Zusatzkarten erhalten.

Ein nationalliberaler Abgeordneter erörterte die Frage der Höchstpreise, die Schwierigkeit der Viehhaltung, die ungeheure Arbeitsleistung, welche auf den Schultern der Frauen der kleinen ländlichen Besitzer ruhe. Die Schuld an diesen Schwierigkeiten sei zurückzuführen auf die Maßnahmen des preußischen Landwirtschaftsministers. Bezüglich der Kartoffeln verlangte Redner Enteignung zugunsten der unbemittelten Kreise.

Ein Mitglied der Reichspartei bestritt dem fortschrittlichen Redner gegenüber, daß die Getreidehöchstpreise angesichts der ganzen Zeitumstände das zulässige Maß überschritten hätten. Man solle doch die Schwierigkeit der Feldbestellung infolge des Pferdemangels, die Vorgänge in Ostpreußen, die Beschlagnahme des Salpeters, den Mangel an Düngemittel usw. berücksichtigen. Das seien Schwierigkeiten, die nur der Landwirt ermesse. Die Preise seien nur ein schwacher Ausgleich für die Verluste, welche aus den notwendigen Eingriffen in den Betrieb der Landwirtschaft sich ergeben. Das müsse auch den Klagen aus den Verbraucherkreisen gegenüber festgehalten werden. Diese Klagen seien übrigens in ihrem Ton wie in den Zielen durchaus maßvoll, sie gingen aber zum Teil von irrigen Voraussetzungen aus.

Hierauf folgte die Frühstückspause.

*

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Reichstags brach mit Beginn der Nachmittagssitzung die Erörterung der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen ab, um den Nachtragsetat zu beraten, in dem der Reichskanzler ermächtigt wird, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von

10 Milliarden Mark im Wege des Kredits

flüssig zu machen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts äußerte sich über die finanzielle Lage des Reiches in durchaus günstigem Sinne. Im Anschluß an seine Ausführungen, deren Vertraulichkeit beschlossen wurde, folgten Anfragen betreffend die neue Anleihe u. a., die gleichfalls als vertraulich galten.

Auf eine Anfrage eines Abgeordneten, ob für den kommenden Winter, wie im Vorjahre, besondere Zuschüsse zu den Unterstützungen der Familien der im Felde Stehenden erwartet werden dürften, antwortete der Schatzsekretär entgegenkommend. — Ein Regierungsvertreter gab ein zahlenmäßiges Bild dieser Unterstützungen. In den zwölf ersten Monaten seien rund 796 Millionen gezahlt worden, auf die folgenden Monate würden rund je 100 Millionen entfallen. — Erfreulich war die Mitteilung des Schatzsekretärs, daß die Regierung mit Aufmerksamkeit die schwierige Lage in der Textilindustrie und auf dem Arbeitsmarkt verfolgt und mit der Hilfe des Reiches nicht zurückhalten werde, um der Arbeitslosigkeit zu steuern bzw. zum Zwecke der Unterstützung der Arbeitslosen.

Darauf wurde vertraulich die Behandlung unserer Zivil- und Militärgefangenen, namentlich in Rußland, erörtert.

Weiterberatung morgen, Donnerstag, den 19. August vormittags. W. T. B.

Frankfurter Zeitung 19./VIII. 1915.

Die wirtschaftliche Rüstung Deutschlands.

N Berlin, 18. Aug. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute Vormittag die Beratung der

Maßnahmen betreffend die Lebensmittelversorgung

fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter, der davon ausging, daß Kriegszeiten nun einmal teure Zeiten seien, erklärte, daß die ganze Kommission von dem guten Willen des Staatssekretärs und der Regierung überzeugt sei. Fehlschläge sind um so eher erklärlich, als es an vorhergegangenen Beispielen für die Durchführung der jetzt gestellten Aufgaben fehlte. Immerhin aber wurde durch das Eingreifen der Reichsleitung eine noch weitergehende Teuerung verhindert. Zu bedauern sei indessen, daß der Handel von Anfang an in so weitgehendem Maße ausgeschaltet wurde. Nach dem Muster von Posen müßte eine Organisation des Handels mehr als bisher in den Dienst der Lebensmittelversorgung gestellt werden. Einverstanden erklärt sich der Redner damit, daß nicht allein die Riesenmühlen für die Reichsgetreidestelle beschäftigt werden sollen. Ueber die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen werde zu reden sein, wenn die vom Unterstaatssekretär Michaelis in Aussicht gestellte Unterkommission ihre Arbeit beendigt haben werde. Die Höchstpreise wurden leider erst spät eingeführt, was zur Folge hatte, daß sie hoch ausfallen mußten nach der inzwischen betriebenen spekulativen Preistreiberei. Die Höchstpreise bedeuten aber, wie im Gegensatz zu einer gestern ausgesprochenen Behauptung festgestellt werden müsse, keine Opfer für die Landwirtschaft, sondern bringen ihr, besonders dem Großgrundbesitz ganz erhebliche Gewinne. Die Opfer der Landwirtschaft sollen gar nicht bestritten werden, sie liegen ganz besonders auf dem Gebiete der hohen Futterpreise, die vor allem den Klein- und Mittelbesitz am härtesten treffen. Zur Verhütung einer Unterernährung müssen die Brotrationen sobald wie möglich erhöht werden, zumal Fleisch und Fett so überaus verteuert sind. Rumänien müsse seine Ausfuhrzölle beseitigen, wenn eine Einfuhr von dort zu angemessenen Preisen für uns in Betracht kommen soll. Höchstpreise für die Einfuhr haben zwar manches für sich, aber auch große Bedenken gegen sich. Der Handel hat es allerdings unter großen Risiken ermöglicht, noch mancherlei einzuführen; dieses Risiko wird natürlich nur übernommen, wenn dem ein entsprechender Gewinn gegenübersteht. Es gibt immer noch Stadtgemeinden, die sich an die Brotkarte nicht kehren. Es muß dafür gesorgt werden, daß im ganzen Reich einheitlich vorgegangen wird. Daher wäre eine erschöpfende Statistik über die Vorräte und die Einfuhr erwünscht. Die wichtigste Frage ist die der Futtermittel. In Württemberg sind die Preise für Milch und Milchprodukte besonders hoch, obwohl dort die Futtermittelversorgung verhältnismäßig günstig ist. Die Aussichten auf eine reiche Kartoffelernte lassen eine Erleichterung auf dem Futtermarkt erhoffen. Es müssen Höchstpreise für Kartoffeln eingeführt werden, allerdings nicht übermäßig hohe, aber auch nicht wieder so niedrige wie im vergangenen Winter. Diese Höchstpreise dürfen nicht für die ganze Ernte gelten, weil man nicht beurteilen kann, wie sich der Futtermittelmarkt gestalten wird, wenn eine Einfuhr vom Balkan möglich wird. Die Ausmahlungsprozente müssen etwas herabgesetzt werden, um mehr Futter zu gewinnen, zumal allzuviel Kleie im Mehl vom menschlichen Organismus nicht verdaut wird. Die Verteilung der Vermahlung auf die einzelnen Monate muß unter Berücksichtigung des Kleiebedarfs geschehen. Nach der Zahl des vorhandenen Viehes muß eine gleichmäßige Verteilung der Futtermittel erfolgen. Der Redner weist auf einen fortschrittlichen Antrag hin, wonach die Landwirte für das enteignete Getreide Futtermittel erhalten sollen. Der Redner spricht sich dann weiter für eine Beschlagnahme der Kartoffeln in dem Maße aus, wie es zur Versorgung der Städte nötig ist. Die beschlagnahmten Kartoffeln müßten gleich den Verbrauchern zugeführt werden. Die Gemeinden könnten den Bedarf angeben. Die Preise der Kartoffelfabrikate entsprächen nicht den seinerzeitigen billigen Kartoffelpreisen, unter denen die Fabriken gekauft haben. An den Verlusten der Gemeinden müßten sich die Einzelstaaten beteiligen. Die Anregung zur Einschränkung des Zuckerrübenbaues war verfehlt, ebenso die Erlaubnis zur Ausfuhr und der Report für Verbrauchszucker, der zur zeitweisen Knappheit geführt hat. Freigabe des Saccharins würde preisregulierend wirken. Es müssen schon für die Zeit der Bestellungsarbeiten zuckerhaltige Futtermittel zur Verfügung gestellt werden. Die Zuckersteuer ist wenigens vorübergehend aufzuheben. Die Zuckerpreise können erheblich herabgesetzt werden, ohne daß die Fabriken Not leiden. Gegen den Wildschaden ist nichts geschehen. Die Behörden haben hier völlig versagt. Da die Anregungen in der Kommission nichts genützt haben, werden diese Dinge im Plenum erörtert werden müssen. Wenn es an Jägern fehle, solle man sonstige schießkundige Leute auch ohne Jagdschein mit zur Jagd nehmen. Zum Schluß forderte der Redner, daß die preisregulierende Tätigkeit der Gemeinden auch weiter vom Reich behufs Festsetzung von Großhandels-Kriegspreisen und durch Zuerkennung des Beschlagnahmerechts an die Städte unterstützt werde. Je teurer die Lebenshaltung wird, desto unerläßlicher die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer, der kleinen Beamten usw.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, daß die stellenweise große Not in der Bevölkerung, insbesondere der Angehörigen der Kriegsteilnehmer auch von manchen Generalkommandos anerkannt werde. Um festzustellen, wo der Wucher getrieben wird, muß einmal eine Kontrolle des ganzen Laufes der Lebensmittel vom Produzenten bis zum Konsumenten durchgeführt werden und dazu eine Zentralstelle für die Lebensmittelversorgung geschaffen werden. Beschlagnahme ist nötig als Voraussetzung einer richtigen Verteilung. Eine solche Zentralstelle darf nicht allein dem Bundesrat überlassen werden, der Reichstag muß an ihr auch beteiligt sein.

Neue Freie Presse
19./VIII. 1915

Spezialkommissionen zur Verhütung der Preistreiberei in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 18. August.

Die Vertreter der Gemeinden Groß-Berlins beschlossen, Spezialkommissionen zu bilden, welche die Lebensmittelpreise für den Groß- und Kleinhandel überwachen sollen, und eine Zentralkommission, von der aus Richtlinien für diese Ueberwachung gegeben werden sollen. Dadurch hofft man, auf die Preisbildung zugunsten der Verbraucher einwirken zu können. Es sollen für die verschiedenen Hauptnahrungsmittel vier Kommissionen gebildet werden, deren Mitglieder aus Sachverständigen des Produzententums, des Groß- und Kleinhandels, ferner aus Vertretern von Konsumentenvereinigungen bestehen sollen. Diesen Kommissionen wird es obliegen, die Waren von der Produktion bis zum Verbrauch zu verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stationen zu beobachten und dabei zu prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese wirksam verhütet werden können, sowie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wucherische Ausbeutungen zu unterdrücken oder zur Bestrafung zu bringen.

Eine weitere Kommission soll als Zentralstelle die Gesamtheit aller Bestrebungen in sich aufnehmen und die erforderlichen Direktiven geben, während die erwähnten Kommissionen sich vorzugsweise der Ueberwachung der Produzenten- und Kleinhandelspreise zu widmen sowie lokalen Organen Anleitung zu erteilen haben werden. Durch eine örtliche Gliederung werden solche lokale Organe zu schaffen sein, denen die Ueberwachung der Kleinhandelspreise zur Aufgabe gestellt werden wird.

In Berlin beabsichtigt man auch, die bewährten Brotkommissionen mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Arbeiterzeitung
19./VIII. 1915
42

Die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung in Hamburg.

Von Emil Krause, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Gemeinderat).

Als in den Tagen der Mobilmachung im August vorigen Jahres die kleinen und großen Spekulanten die Lebensmittelpreise rapid in die Höhe trieben, suchte man wie anderwärts auch im Hamburger Staats- und Gemeinwesen diesem verbrecherischen Treiben durch schleunige Festsetzung von Höchstpreisen zu begegnen. Ein wenig half es, und es mochte solange gehen, als genügend Vorräte von den verschiedenen Waren vorhanden waren. Aber England begann seinen Hungerkrieg gegen das Deutsche Reich. Es blockierte die Nordsee und brutalisierte den neutralen Handel, so daß nichts oder bitterwenig noch nach Deutschland hereingeholt werden konnte. Schon nach den ersten Wochen des Krieges fühlte man, daß bei Englands Absichten und Deutschlands militärischer Stärke mit einer längeren Kriegsdauer gerechnet werden mußte. Die Lebensmittel konnten also nicht nur teuer, sondern vielleicht auch knapp werden. Dagegen halfen aber keine Höchstpreise, sondern es mußte hausgehalten, es mußte die Lebensmittelverteilung organisiert werden.

Reichstag und Bundesrat schufen dafür die nötigen rechtlichen Grundlagen, und neben der Schaffung von Reichseinkaufs- und Reichsverteilungsstellen wurde den Gemeindeverbänden die Hauptaufgabe dieser Organisationsarbeit zugewiesen. So sollten die Gemeinden die Brot- und Mehlversorgung regeln und für Kartoffel- und Fleischvorräte nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer sorgen. Das hatte auch Hamburg zu tun, daneben hat es aber noch verschiedenes andere getan, um die mancherlei Nöte seiner Bevölkerung zu lindern.

Vor allem darf gesagt werden, daß der Hamburger Staat, der von Anfang an in allen Behörden, Ausschüssen und sonstigen Organen, die sich mit wirtschaftlichen Maßnahmen für die Kriegszeit zu befassen hatten, Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter gleichberechtigt mitarbeiten ließ, die höchsten Unterstützungssätze zahlte, die auf Grund des betreffenden Reichsgesetzes an die Angehörigen von Kriegsteilnehmern irgendwo in Deutschland gezahlt werden. So werden monatliche Unterstützungen von 40 Mark für alleinstehende Männer (Väter), 35 Mark für alleinstehende Frauen, 55 Mark für ein kinderloses Ehepaar, 50 Mark für eine Frau mit einem Kind, bis 93 Mark für Frauen mit sechs Kindern, für jedes weitere Kind 6 Mark gezahlt. Dazu kam während der Wintermonate ein Zuschlag für Heizung von 6 Mark monatlich. Für Arbeitslose und andere Bedürftige sorgte die Kriegshilfe, eine sofort nach Kriegsausbruch geschaffene private Organisation, die mehrere Millionen gesammelt hat, in die auch die Angestellten der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften $7\frac{1}{2}$ bis $33\frac{1}{3}$ Prozent ihres Gehalts zahlten und die schließlich auch regelmäßige Zuwendungen aus der Staatskasse erhielt.

Für die Regelung der Brot- und Mehlversorgung wurde ein Unterausschuß der Finanzbehörde eingesetzt, der durch die Lehrer und Lehrerinnen in den Schulen die Brotkarten ausgeben ließ und auf Betreiben der sozialdemokratischen Bürgerschaftsvertreter auch Höchstpreise für Brot festsetzte. Er steht jetzt auf fünfzig Pfennig für ein Kilo Feinbrot und 40 Pfennig für ein Kilo Schwarzbrot, wobei bemerkt werden mag, daß unter Führung des großen Arbeiterkonsumvereines „Produktion“ sieben Brotgroßfabrikanten diese Preise aus freien Stücken auf 46 und 34 Pfennig herabgesetzt haben. Das Mehl erhalten die Bäcker lediglich vom Staate. Um die Bevölkerung ausreichend mit Kartoffeln versorgen zu können, wurden von der staatlichen Kommission für Kriegsversorgung, die sich mit allen anderen Lebensmittelfragen zu befassen hat, große Mengen Kartoffeln aufgekauft und im Mai und Juni zu verhältnismäßig sehr geringen Preisen in staatlich eingerichteten Verkaufsständen, für welche die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften ehrenamtlich tätige Hilfskräfte stellten, verkauft. Kartoffeln sind ein schwer zu betreuendes Produkt und die Staatskasse hat deshalb bei dem Kartoffelgeschäft sehr beträchtliche Ausfälle gehabt. Aber die minderbemittelte Bevölkerung hatte dafür doch mehrere Wochen recht billige Kartoffeln.

In großem Umfang wurde die Eindeckung in Fleisch vorgenommen. Die kleinen Hamburger Stadtgemeinden Cuxhaven und Bergedorf sorgten zum Teil dadurch für Fleischvorrat, daß sie mit Züchtern der ländlichen Umgegend Verträge abschlossen, nach denen sie für bestimmte Zeit gemästete Schweine und Rindvieh zu festgesetzten Preisen zu liefern hatten. Für die Millioneneinwohnerschaft der Stadt Hamburg war das nicht möglich. Aber unter Ausnützung der ausgedehnten und musterhaft eingerichteten Schlacht- und Viehhofanlagen wurden für je mehrere hunderttausend Mark Dauerwaren an geräuchertem Fleisch, Schinken und Speck und an Dosenkraftfleisch hergestellt und für mehrere Millionen Mark Schweine eingefroren. Mit dem Verkauf dieser Dauerware wird jetzt begonnen. Leider halten sich die Preise besonders für die ersten beiden Arten Konserven-

Arbeiterzeitung
19./VIII. 1915

II
43

Die Sicherung der Lebensmittelversorgung in Hamburg.

fleisch recht hoch, für das sehr vorsichtig behandelt Gefrierfleisch, das namentlich in den zahlreichen Schlächterladen des Konsumvereines „Produktion" verkauft wird, wird ein Preis genommen, der sich etwa 20 Pfennig für das Pfund unter dem freiem Marktpreis hält. Es ist zu hoffen, daß der Preis noch herabgesetzt werden wird.

Weiter hat die Kommission für Kriegsversorgung eine Reihe anderer Waren, wie Reis, Kaffee, Graupen, Grieß, Petroleum u. s. w., eingekauft und gibt sie unter Festsetzung von Höchstpreisen an die Krämer und Konsumvereine weiter. Dadurch ist nicht nur der fortlaufende Bezug dieser Waren — wenn auch je nur in geringen Mengen — gesichert, sondern die durch die Spekulation hochgetriebenen Preise sind auch sehr gedrückt. So war im April Reis nicht mehr unter 70 bis 80 Pfennig das Pfund zu bekommen. Jetzt kostet der staatlich vermittelte Reis 48 Pfennig das Pfund. Die Einhaltung der Höchstpreise ist durch verschiedene Schutzmaßregeln gesichert. So müssen die Verkaufspreise von der Straße aus sichtbar an jeder Verkaufsstelle angeschlagen sein, und fortan sollen unter Ausdehnung der staatlichen Versorgung der Händler und Konsumvereine mit gewissen Waren auch von den Arbeiterorganisationen gestellte ehrenamtlich tätige Personen die Führung der Ware, die bestimmungsgemäße Verwendung und den Verkauf zum festgesetzten Preise kontrollieren.

Ein besonders wirkungsvolles Unternehmen sind die seit einigen Monaten eingerichteten Kriegsküchen. Während der sogenannte wohltätige Schulverein seit langen Jahren bedürftige Schulkinder durch seine Haushaltungsschulküchen speist, verabreichen die von der „Kriegshilfe" geschaffenen Kriegsküchen auch bedürftigen Erwachsenen und ganzen Familien Mittag- und Abendessen. Es sind im Hamburger Stadtgebiet dreiundsiebzig solcher Küchen eingerichtet, in denen zurzeit wöchentlich 300.000 Portionen Essen verabreicht werden. Es ist zusammengekochtes Essen, bei dem auf die Portion 100 Gramm Fleisch gerechnet werden und dessen Zusammensetzung unter Kontrolle des staatlichen Medizinalamtes steht. Die Portion zu einem Liter kostet 20 Pfennig, zu einem halben Liter 10 Pfennig, die Herstellung kostet jedoch so viel, daß der Staat (Hamburg) für jede Portion den gleichen Betrag zuschießen muß. Das Essen, das allgemein sehr gelobt wird, kann in den Nebenräumen der Küchen eingenommen oder in mitgebrachten Gefäßen nach Hause mitgenommen werden. Bei der Verabreichung sind wieder Genossinnen der Partei und der Gewerkschaften ehrenamtlich tätig. Die Einrichtung wird nach Bedarf fortlaufend erweitert. Im Juni — für Juli liegt der Abschluß noch nicht vor — zahlte der Staat eine Zubuße von 200.000 Mark.

Das sind so im hauptsächlichen die wirtschaftlichen Maßnahmen Hamburgs, das vornehmlich durch die hohen Unterstützungssätze an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer finanziell sehr schwer durch den Krieg belastet wird. Sind diese Maßnahmen auch nicht ganz und nicht in allem so, wie die Sozialdemokratie es wünscht, so gehen sie doch in vielem derart über das anderwärts Gebotene hinaus, daß die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft meinte, dafür unter keinen Umständen die Mittel verweigern zu dürfen. Sie stimmte deshalb in diesem Jahre zum erstenmal dem Staatsbudget zu und die Hamburger Parteigenossen haben diese Maßnahme unter Widerspruch einer verschwindenden Minderheit mit großer Mehrheit in der dazu berufenen Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs gebilligt.

Die Zeit
20/VIII. 1915

Lebensmittelpreise in der Provinz.

Ein Leser schreibt uns: Im obersteirischen Ennstal, dessen Sommerfrischen heuer zumeist spärlich besucht sind, macht sich die Teuerung trotzdem gehörig fühlbar. Ein Beweis dafür, daß es — wenigstens zur Kriegszeit — keiner Hebung des Fremdenverkehrs bedarf, um die Preise in die Höhe zu treiben. Wer die sonstigen Preisverhältnisse dieser Gegend kennt, wird die nachfolgende Speisekarte eines Gasthofes in einer obersteirischen Kleinstadt mit Verwunderung lesen: Leber, Hirn, Nierndl, Beuschel 70 Heller, mit Kartoffeln 80 Heller, Gulasch 80 Heller, mit Kartoffeln 90 Heller, Rindfleisch 1 Krone 30 Heller, Kalbsbrust 1 Krone 40 Heller, Kalbsbraten 1 Krone 50 Heller, Schnitzel 1 Krone 60 Heller, Reis, Gemüse, Kartoffeln oder Salat 30, Kompott 60 Heller, Torte oder Mehlspeise 60 Heller. Das sind Gasthauspreise, die um 30 bis 50 Prozent über die sonst üblichen hinausgehen — während die verabreichten Portionen ungefähr in dem nämlichen Verhältnis kleiner geworden sind. Eier kosten hier 14 bis 16 Heller das Stück, Milch 28 Heller der Liter, Butter 4 Kronen 80 Heller bis 5 Kronen 20 Heller, Extrawurst 6 Kronen das Kilogramm. Obst, das in dieser Gegend von auswärts zugeführt wird, weil das einheimische erst spät reift, war hier immer teuer und ist heuer völlig unerschwinglich. Man sieht also, daß man auch in der stillen Provinz die Kriegsteuerung gründlich zu fühlen bekommt.

Arbeiterzeitung
20./VIII. 1915

Vor dem Kriege und jetzt.

Eine Zusammenstellung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel.

Das Wiener Marktamt hat eben der Oeffentlichkeit eine sehr dankenswerte Arbeit übergeben: eine Zusammenstellung der Kleinhandelspreise knapp vor dem Kriege und in der zweiten Augustwoche 1914 und 1915. Aus dieser Tabelle kann man erkennen, wie ungeheuer die Einkaufkrone in den dreizehn Kriegsmonaten entwertet wurde. Hier die Zusammenstellung, die für Wien gilt:

Artikel	Menge	Woche vom 9. August bis 14. August 1914		25. Juli 1914		Woche vom 8. August bis 14. August 1915	
		Preise in Hellern					
		von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage, inländ., vorderes	1 kg	160	200	220	260	380	560
Rindfleisch mit Zuwage, ausländ., vorderes	1 kg	—	—			320	440
Rindfleisch mit Zuwage, inländ., hinteres	1 kg	180	260	160	180	480	650
Rindfleisch mit Zuwage, ausländ., hinteres	1 kg	—	—			370	520
Schweinefleisch, abgezogenes	1 kg	180	300	160	280	400	630
Schweinefleisch, junges	1 kg	180	280	160	280	420	600
Pferdefleisch, vorderes	1 kg	88	116	88	112	240	320
Pferdefleisch, hinteres	1 kg	96	152	96	120	260	340
Kartoffeln, runde	1 kg	14	20	20	26	20	32
Zwiebel	1 kg	22	46	32	40	48	64
Zucker	1 kg	84	96	80	92	92	104
Weizenmehl, Auszugmehl	1 kg	56	60	42	48	70	80*)
Weizenmehl, Mundmehl	1 kg	52	54	40	44		
Brot, weißgemischt	1 kg	30	43·8	27·8	42·7	57	64**)
Brot, schwarzgem.	1 kg	26	41·1	25·5	39·7		
Sauerkraut	1 kg	24	28	—	—	40	42
Fisolen	1 kg	36	64	36	40	76	140
Erbsen, ganz	1 kg	40	64	32	48	104	160
Erbsen, gespalten	1 kg	48	72	48	64	132	200
Reis	1 kg	48	88	42	82	180	260
Schweineschmalz	1 kg	180	200	176	200	420	500
Speck, geräuchert, ohne Paprika	1 kg	160	200	154	200	460	520
Butter, Thee-	1 kg	320	400	320	400	520	620
Butter, Koch-	1 kg	240	320	220	300	460	512
Margarine	1 kg	160	208	160	200	380	440
Eier, frische	1 St.	6	10	7	10	14	20
Eier, konservierte	1 St.	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschank, Voll-	1 l	26	32	26	32	36	42
Milch im Ausschank, Mager-	1 l	20	26	20	26	—	—
Petroleum	1 kg	24	36	26	36	52	64
Kohle, Stein-	50 kg	186	210	186	204	248	270
Kohle, Braun-	50 kg	112	128	107	119	160	210

*) Weizenmehl.
**) Brot aus der vorgeschriebenen Mehlmischung.

Man muß diese Preisansätze genau vergleichen, um zu wissen, wie wir daran sind. Beim Rindfleisch bedeutet 1 Krone vor dem Kriege nun $2^1/_2$ Kronen, ebenso beim Schweinefleisch. Pferdefleisch gibt es heute um 3 Kronen so viel als vor dem Kriege um eine; Zwiebel um $1^1/_2$ Kronen die Menge, die vor dem Kriege 1 Krone kostete. Von Weizenmehl kostet 1·80 Kronen bis 1·90 Kronen, was früher 1 Krone gekostet hat. Brot in den niedrigsten Ansätzen 2 Kronen zu einer; Bohnen 2:1 bis 3·5:1; Erbsen 3·3:1; Reis in den schlechtesten Sorten 4·3:1, in den besten 3·1; Schweineschmalz 2·5:1; Speck 2·6:1 in den besten Sorten und 3·1 in der mindesten Beschaffenheit; Theebutter, feinste Sorten 1·5:1, weniger gute 1·7:1; Kochbutter, beste 1·7:1, schlechtere 2·2:1; Margarine, bessere 2·2:1, schlechtere 2·4:1; Eier 2:1; Milch 1·3:1; Petroleum 2:1 und 1·5:1; Steinkohle 1·3:1; Braunkohle, mindere 1·5:1, bessere 1·7:1. An dieser Betrachtung der Preisansätze ist mancherlei zu lernen. Vor allem, daß alle wichtigen Lebensmittel im Preise gestiegen sind, manche heute sogar mehr als das Vierfache kosten. Als Gesetz aber läßt sich ableiten, daß die Lebensmittel um so teurer geworden sind, je schlechter ihre Beschaffenheit war oder ihre allgemeine Geltung ist. Pferdefleisch stieg um das Dreifache, Rind- und Schweinefleisch nur um das Zweieinhalbfache, Steinkohle im Verhältnis 1·3:1, Braunkohle 1·5 und 1·7 zu 1. Das Gesetz: Je schlechter, um so höher die Kriegsteuerung, wird aber besonders sichtbar, wenn man die Beschaffenheiten untereinander vergleicht. Speck kostet in den besten Sorten 2·6mal so viel und die schlechtesten 3mal so viel; bei Butter ist dieses Verhältnis 1·5:1·7, bei Kochbutter 1·7:2·2; bei Margarine 2·2:2·4. Das Verhältnis von Thee-, Koch- und Margarinebutter untereinander aber in den besten Beschaffenheiten 1·5:1·7:2·2, in den schlechteren 1·7:2·2:2·4. Sogar beim Petroleum ist das zu sehen; das stinkende für die Näherin steigt im Verhältnis 2·1, das beste 1·5:1. So erzählt uns diese Zusammenstellung geradezu schlagend, wer die höchsten Kriegskosten auch in seiner Ernährungsweise zu zahlen hat: der, der am wenigsten kaufkräftig ist, der das Schlechteste kaufen muß. Das Schlechteste wird aber am meisten verteuert.

Fremdenblatt
20./VIII. 1915

Staatssekretär Dr. Delbrück über die Frage der Preisbildung.

Berlin, 19. August. In der verstärkten Budgetkommission des Reichstages erklärte bei Besprechung der wirtschaftlichen Maßnahmen Staatssekretär Dr. Delbrück, es sei ihm unmöglich, zu etwa 30 Anträgen in bindender Weise Stellung zu nehmen. Die Preise könnten nicht lediglich nach den Wünschen der Konsumenten festgesetzt, sondern die Produktionsverhältnisse müßten berücksichtigt werden. Der Beschlagnahme stellen manche Artikel durch ihre Art und ihre Produktion große Schwierigkeiten entgegen. Da müsse in der Form einer besonderen Organisation ein Hilfsmittel gewählt werden. Konservative und sozialdemokratische Redner verlangten, daß man den Gründen der Preisbildung nachgehe. Die Erfahrungen in der Fleischenquetekommission hätten die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe deutlich gezeigt. Auf dem Wege einer Zentralorganisation würde man wohl nicht zum Ziele kommen. Zweckmäßig erscheine die Prüfung durch die Kommunen; man müsse diesen besondere Befugnisse geben. Vielleicht empfehle sich die Einführung von Richtpreisen in einzelnen Landesteilen, von denen unter Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörden die festgesetzten Höchstpreise sowohl nach oben wie nach unten abweichen könnten. Der Staatssekretär legte im einzelnen die Schwierigkeiten dar, welche sich der Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln entgegenstellen. Er werde nur im äußersten Falle zur Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln schreiten. Die Beschlagnahme von Kartoffeln verwarf der Staatssekretär.

Vossische Zeitung
20./VIII. 1915

Ueberwachung der Lebensmittelpreise. In der letzten Sitzung des Nahrungsmittel-Ausschusses des deutschen Städtetages ist verabredet worden, daß die von Berlin und einer Reihe anderer Städte geplante Kontrolle über die Lebensmittelpreise ergänzt und gefordert werden sollte, durch einen Nachrichtenaustausch zwischen den deutschen Städten, deren Einrichtungen sie zur Beurteilung der Preisbildung in besonderem Maße befähigen, namentlich solche Städte, die eigene Markthallen besitzen. Es kommen hauptsächlich außer Berlin in Betracht die Städte München, Leipzig, Köln, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Stuttgart, Hannover und Mannheim. Daneben auch die freie Hansestadt Hamburg. Die Mitglieder haben einmütig erklärt, an dem Nahrungsmittel-Nachrichtenaustausch teilzunehmen. Er wird sich zunächst dadurch vollziehen, daß mehrmals in der Woche die beteiligten Städte sich gegenseitig über die Preisschwankungen und insbesondere auffällige Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkte untereinander berichten. Es darf erhofft werden, daß diese Neueinrichtung recht bald in Kraft tritt.

Arbeiterzeitung
21./VIII. 1915

Unsere Chemiker und die Nahrungsvorsorge.

Die Arbeiter-Zeitung hat einen Vergleich der wissenschaftlichen Mitarbeit an den volkswirtschaftlichen Problemen in Deutschland und Oesterreich angestellt, der nicht zum Vorteil der österreichischen Fachwelt ausfiel. Begreiflicherweise hat dieses Urteil in den Kreisen unserer Wissenschaft und Technik einige Erregung ausgelöst und ruft jene auf den Plan, die vermeinen, es an Eifer und werktätiger Bereitschaft nicht haben fehlen zu lassen. Wir geben ihrer Verteidigung gern Raum, indem wir die nachstehende Zuschrift eines in hervorragender Stellung tätigen praktischen Chemikers veröffentlichen, zumal da sie wertvolle Anregungen für die Zukunft enthält. Unserer Beurteilung entzieht sich naturgemäß, ob die vom Einsender erhobenen Beschwerden in den Tatsachen begründet sind, wir haben jedoch keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Die Zuschrift lautet:

Verehrliche Redaktion der Arbeiter-Zeitung!

Sie haben in einigen Artikeln über das Versagen einzelner Zweige der Wissenschaft während dieses großen Krieges manche treffende Bemängelungen angeführt.

So richtig Ihre diesbezüglichen Ausführungen vom Standpunkt der Allgemeinheit sind und so sehr ich Ihnen darin beipflichte, daß es Pflicht einzelner Berufsschichten gewesen wäre, in dieser harten Zeit der Allgemeinheit ihr Können zur Verfügung zu stellen, namentlich auf dem Gebiet der Ernährungsfrage, so muß ich doch darauf hinweisen — wie dies bereits Herr Dozent Dr. L. Hartmann tat —, daß nicht die Wissenschaft als solche und nicht unser Können versagt haben. Versagt hat lediglich die Wirksamkeit „maßgebender Kreise", welche es entweder nicht verstanden haben oder sich absichtlich dazu nicht verstehen wollten, jene Berufsschichten zur Tätigkeit heranzuziehen, welche gewiß in der Lage gewesen wären, auf dem Gebiet der Ernährungsfrage Ersprießliches zu leisten.

Aus der Fülle jener Beispiele, wo lediglich durch vollständige Ignorierung ganzer Wissenszweige vieles versäumt wurde, gestatte ich mir, die Chemie der Nahrungs- und Genußmittel herauszugreifen und von dieser Disziplin wieder die Brotfrage und die Surrogierung des Brotes zu erwähnen. Bekanntlich war es eine der größten Sorgen unserer Behörden während der letzten Kriegsmonate, wie man an Stelle von sogenannten Edelmehlen anderen Mehlersatz schaffen könnte, der sowohl hinsichtlich des Nährwertes als auch in geschmacklicher Richtung halbwegs den Anforderungen der hiesigen Bevölkerung entsprechen würde. Es wurden Enqueten abgehalten, in jeder sogenannten Zentralstelle wurde gesondert beraten, aber wer hat beraten und wer wurde gefragt? Gewiß alle möglichen Faktoren, nur nicht die Nahrungsmittelchemiker. Ich muß hier aber gleich bemerken, daß ich unter Nahrungsmittelchemiker nicht allein jene Kollegen meine, die sich mit der Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln befassen, sondern in erster Linie die Nahrungsmitteltechnologen. Diese Chemiker-Technologen befassen sich auch in Friedenszeiten mit derlei Problemen, wissen es am allerbesten, welchen Rohmaterialien man Stärkemehl oder andere Kohlenhydrate abgewinnen kann, und kennen vor allem den Weg und das Verfahren, die auch praktisch zum Ziele führen. Es ist mir wohl bekannt, daß einzelne Behörden in dieser Ernährungsfrage geschulte Fachmänner konsultiert haben. Diese Fachmänner waren aber in erster Linie Hygieniker und keine spezialisierten Chemiker, am allerwenigsten jedoch Nahrungsmitteltechnologen. Gewiß haben die betreffenden Fachleute auf ihrem engeren Gebiet der Hygiene anerkannt Ersprießliches geleistet, aber auf dem Gebiet der Nahrungsmitteltechnologie mußten sie versagen. — Es würde gewiß den Rahmen dieses Schreibens überschreiten, wollte ich alle jene Probleme der Nahrungsmittelchemie besprechen, welche, von Fachmännern beraten und diskutiert, zum Segen für die Allgemeinheit gediehen wären. Sie fragen in Ihren letzten Ausführungen, warum sich denn die einzelnen „Kreise" — und Sie meinen in erster Linie wohl die Chemiker — nicht gemeldet hätten oder warum sie sich — mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl — beiseite schieben ließen. Nun, das richtig zu beantworten ist beinahe unmöglich, ich will es jedoch versuchen. Es liegt im Wesen aller Fachleute — die wirklich was wissen —, sich mit diesem ihren Wissen nicht vorzudrängen, namentlich dann nicht, wenn sie sehen, daß man ihre Mithilfe nicht sucht und daß sie als „Vordringlinge" oder „Wichtigtuer" in irgend einem amtlichen Vorzimmer ziemlich lange warten müssen, bis man ihre Vorschläge in gewohnter Weise zur Kenntnis nimmt. Ferner hätte es auch keinen Sinn, wenn ein einzelner — und sei es der hervorragendste Fachmann — irgend einer Kommission zugezogen wird, denn dort soll er vor lauter Nichtfachmännern sein Wissen zum besten geben. Hier würde ja unmöglich was herauskommen, denn ein einzelner vermag diese schwierigen und vitalen Probleme nicht nach jeder Richtung hin zu lösen. Es müßte vielmehr ein ganzes Kollegium — also eine „Kommission" — aus lauter erstklassigen Fachleuten, bestehend aus amtlichen Chemikern und aus Chemiker-Technologen der Nahrungsmittelchemie, eingesetzt werden, und diese würde die verschiedenen Nahrungsmittelprobleme gewiß mit großem Erfolg für die Allgemeinheit ihrer Lösung zuführen. . . . .

In der von Dr. W. Exner jüngst in Vorschlag gebrachten Versuchsanstalt für Bäckerei und Müllerei wohnte ich jüngst einer Beratung des Arbeitsausschusses bei, welcher unter dem Vorsitz des Hofrates Dr. Dafert tagte. Hiebei wurde über die Brotfrage eine zwanglose Debatte abgeführt, die auf einer Höhe stand, welche verriet, wieviel Nützliches und Gedeihliches diese Fachmänner der Allgemeinheit und dem Staate bieten könnten. Dort wurden von den ersten Fachmännern die brennendsten Fragen der Brotbereitung in einer Art diskutiert und Anregungen erörtert, welche für alle maßgebenden Kreise, denen die Obsorge für die Approvisionierung der Bevölkerung obliegt, von großem Nutzen wären.

Das Kriegsministerium hat zum Beispiel für einzelne Abteilungen hervorragende Chemiker aus der Praxis, also Chemiker-Technologen, einberufen, welche auf ihrem Posten gewiß Ersprießliches leisten. Es ist mir aber nicht bekannt, daß von dieser Behörde auch ein Nahrungsmittelchemiker herangezogen worden wäre.

Ich möchte schließlich folgende Anregung geben: Die Regierung möge eine Kommission, bestehend aus mehreren Fachmännern der Nahrungsmittelchemie und Vertretern der einzelnen Zentralbehörden, einsetzen, welcher die Beratung und Erstattung von Vorschlägen bezüglich der gesamten Nahrungsfragen obliegen würde. Zu diesem Zwecke wäre es wohl am besten, sich mit dem Arbeitsausschuß der Versuchsstation für Bäckerei und Müllerei in Verbindung zu setzen. Dieser Arbeitsausschuß würde dann weitere Spezialchemiker und Technologen sowie Gelehrte aus den einzelnen Disziplinen kooptieren können.

Für die Veröffentlichung obiger Zeilen bestens dankend, benütze ich gern diese Gelegenheit, einer verehrlichen Redaktion meine vorzügliche Hochachtung zu bekunden. J. P.

Fremdenblatt
21./VIII. 1915

* **(Die Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise in Berlin.)** Aus Berlin, 20. d., wird telegraphiert: Der Magistrat von Berlin erteilte dem Programm über die Einrichtungen zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise seine Zustimmung. Darnach sollen zentrale und lokale Organe gebildet werden. Die zentralen Organe haben die Produktions- und Großhandelspreise zu beobachten, die lokalen Organe haben den Kleinhandel zu überwachen. Sie sollen Informationen von der Zentrale erhalten, den Kleinverkauf kontrollieren und das Revisionsergebnis der Zentrale mitteilen. So sollen die Produzenten, die Groß- und Kleinhändler sich unter ständiger Aufsicht fühlen. Für die Tätigkeit der Zentrale sind die in Betracht kommenden Nahrungsmittel in vier Gruppen eingeteilt, nämlich erstens Gemüse, Kartoffeln und Obst, zweitens Fleisch, Fleischwaren, Fette und Fische (frisch, gesalzen und geräuchert), drittens Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Oele und viertens Hülsenfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren und Konserven. Die geplante Kontrolle über die Lebensmittelpreise soll ergänzt und gefördert werden durch Nachrichtenaustausch zwischen den deutschen Städten, deren Einrichtungen sie zur Beurteilung der Preisbildung in besonderem Maße befähigen. In Betracht kommen hauptsächlich außer Berlin: München, Leipzig, Köln, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Stuttgart, Hannover, Mannheim und Hamburg.

Neue Freie Presse Abendbl. 21./VIII. 1915

Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers über die Ernährungsfrage.

Wien, 21. August.

Der als Spezialkorrespondent nach Europa entsendete Vertreter der amerikanischen Zeitungen von William Randolph Hearst, Mr. Geo Schweppendick, ist gestern hier eingetroffen, um durch Unterredungen mit leitenden Persönlichkeiten seine eigene Anschauung über die österreichischen Verhältnisse im Weltkriege zu gewinnen. Herr Schweppendick kommt aus Berlin, und er ist jener Journalist, dessen interessantes Interview mit dem deutschen Staatssekretär Dr. Helfferich, das er nach Newyork gekabelt hatte, von der englischen Zensur unterschlagen worden ist. Herr Schweppendick hatte vorgestern noch eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Der Kanzler äußerte sich über die Ernährungsfrage in folgender Weise:

„Die deutsche Lebensmittelwirtschaft weist einen so günstigen Stand auf, daß die Ernährung des deutschen Volkes und des deutschen Viehbestandes gewährleistet ist, auch wenn die Dauer des Krieges noch eine lange ist. Die Ernte von Brotgetreide kann im Durchschnitt als eine gute Mittelernte angesprochen werden. Zieht man außerdem in Betracht, daß es möglich gewesen ist, eine erhebliche Reserve aus dem vergangenen Wirtschaftsjahre in das Neue zu übernehmen, so steht außer Zweifel, daß nicht nur eine Verbesserung des Mehles durch Herabsetzung der Ausmahlung, sondern auch eine Erhöhung der Brot- und Mehlrationen erfolgen kann. Die Ernte an Sommergetreide verspricht ebenfalls gut zu werden. Bei Beibehaltung der bisherigen Bier- und Branntweinerzeugung und bei Heranziehung von Ersatzfuttermitteln wird es trotz des sehr großen Bedarfes für das stehende Herr gelingen, den deutschen Viehbestand auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten. Recht gut verspricht die Kartoffelernte zu werden. Bei sehr reichlichen Abzügen für menschliche Ernährung, für die gewerbliche Verwertung und für die Aussaat bleiben recht erhebliche Mengen übrig, die Ausfälle an Futtermitteln auf anderen Gebieten decken werden. Demselben Zwecke wird ein Teil der Zuckerproduktion dienstbar gemacht werden können. Für die menschliche Ernährung ist Zucker reichlich vorhanden. Eine Reihe von neuen Erfindungen behufs Verstärkung der Bestände an Futtermitteln ist in der Ausführung begriffen und verspricht guten Erfolg."

Herr Schweppendick konnte dem „Newyork American", dem weitverbreitetsten Blatte der Vereinigten Staaten, auch kabeln, daß der beispiellose Heldenmut unserer Truppen gegen Italien die größte Bewunderung im deutschen Volke und bei den deutschen Generalen auslöse.

Kölnische Zeitung
21./VIII. 1915
21.
52

Die Sicherung der Volksernährung.

♆ **Berlin,** 20. Aug. **(Telegr.)** Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute vormittag zunächst die Beratung der Bundesratsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung fort.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wies an Einzelfällen nach, daß die Zuschläge zu den Mahllöhnen sehr wohl etwas mäßiger gestaltet werden können. Infolge unsachgemäßer Behandlung seien nicht unbeträchtliche Mengen verdorben und das Brot verschlechtert worden. In der Obstverwertung bestehen Mißstände, gegen die ein Eingreifen der Regierung wünschenswert wäre. Die Lederpreise könnten niedriger sein, wenn das Reich auf jeden Vorteil verzichtete. Die Preise der Häute dürfen nicht erhöht werden. Gegenüber dem gestrigen konservativen Redner betont der sozialdemokratische Abgeordnete, daß weite Kreise der Arbeiterschaft Not leiden. Die Kartoffelpreise werden in die Höhe getrieben, auch das Gemüse steigt immer noch im Preise. Man spricht von der Einführung zweier fleischloser Tage. Die Arbeiterbevölkerung habe bereits deren sieben. Der Redner wendet sich dann dem Nachweis zu, daß die Einnahmen der lediglich auf die Reichsunterstützung angewiesenen Familien unzureichend seien. In Belgien seien die Lebensmittel billiger als hier. Die Festsetzung von Höchstpreisen müsse vom Reich ausgehen, denn wenn einzelne Städte Höchstpreise festsetzten, so kämen einfach keine Waren hin.

Ein Zentrumsabgeordneter tritt für einen Antrag seiner Partei ein, der ständige Mitarbeit des Reichstags bei den Bundesratsmaßnahmen verlangt, wovon viel Gutes zu erhoffen sei. Mit den festgesetzten Kontingenten verschiedener Waren werde ein preistreibender Handel getrieben; so werden für das Recht, zu brauen, 28 bis 50 ℳ pro Zentner bezahlt. Auch beim Hopfenhandel verdienen die Spekulanten Millionen. Es wäre zu wünschen, daß der Brauerbund direkt bei den Hopfenbauern einkaufte.

Der Ernährungsdezernent des Reichsamts des Innern weist darauf hin, daß der deutsche Hopfenbau die österreichische Konkurrenz auszuhalten habe. In diesem Jahr ist die Nachfrage durch die Kontingentierung der Bierbrauerei auf 60 Prozent beschränkt, die Ernte übrigens besonders gut. Die Regierung hat bereits Verhandlungen zwischen dem Hopfenbauverein und dem Brauerbund eingeleitet.

Ein anderer Sozialdemokrat wünscht, daß das Material der Zentraleinkaufs-Gesellschaft nach dem Friedensschluß ergänzt und veröffentlicht werde. Er hat gehofft, daß für die neue Ernte eine Herabsetzung der Höchstpreise eintreten werde. Wenn auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten zweifellos erhöht sind, so rechtfertigen sie doch nicht die jetzigen Höchstpreise. Der Bund der Landwirte möge doch nachweisen, um wieviel die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft gestiegen seien. Der Redner ist damit einverstanden, daß in der Landwirtschaft Kriegsgefangene für einen Tagelohn von 30 ₰ und Verpflegung beschäftigt werden, aber dann dürfen die Landwirte nicht über das Steigen der Löhne klagen. Wenn aber Frauen in der Landwirtschaft nur 30 ₰ pro Tag bezahlt werden, so ist das ein Hungerlohn. Auch die Höchstpreise für Gerste und Hafer sind ungerechtfertigt hoch, sie ergeben für manche Großgrundbesitzer unglaubliche Gewinne, für die kleinen Landwirte aber eine ebensolche Belastung, die Erbitterung hervorrufe. Im vorigen Jahr habe der Bund der Landwirte noch für niedrige Futtermittelpreise agitiert. Die sächsische Regierung hat bereits die Notwendigkeit von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch anerkannt. Wann kommen die Höchstpreise für Hülsenfrüchte? Der Preistreiberei in Reis, Zucker, Milch, Butter und Gemüse muß entgegengetreten werden. Die Landwirte sagen, sie trieben die Preise nicht, der Großhandel ebenso, und die Kleinhändler verweisen wieder auf die Großhändler, wie z. B. bei der Vernehmung durch die Berliner Handelskammer. Es müßte eine Untersuchungskommission eingesetzt werden. Der Redner schließt mit einem Appell an den Bund der Landwirte, sich mit mäßigen Preisen zu begnügen.

Ein weiterer Zentrumsabgeordneter fordert, daß das Eingreifen in der Hopfenfrage nicht zu spät erfolge. Auch für Malz und Braugerste seien Höchstpreise notwendig. Futtergerste würde es ohne Höchstpreise überhaupt nicht geben.

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung wünscht mehr Schutz der Landwirtschaft gegen Wildschäden. Die von den Landarbeitern etwa für sich selbst geerntete Gerste solle nicht beschlagnahmt werden.

Auch ein Zentrumsabgeordneter schließt sich diesem Verlangen an.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes erklärt den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf Freigabe des Sacharins, wodurch auf die Zuckerpreise gedrückt werden soll, in der vorliegenden Form für unannehmbar. Die Regierung sei aber bereit, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob es möglich sei, Erleichterungen im Rahmen des bestehenden Gesetzes zu schaffen.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern verbreitet sich über die Einführung von Höchstpreisen für Milch, Butter und Käse. Der allgemeinen Regelung dieser Sache stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Man werde diese Preise wohl nur örtlich festsetzen können. Die Höchstpreise für Hülsenfrüchte werden wahrscheinlich in den allernächsten Tagen veröffentlicht. Der Einführung von Höchstpreisen für Braugerste kann die Regierung nicht ohne weiteres zustimmen. Sollte aber eine unerträgliche Preissteigerung sich herausstellen, dann wird man auch da eingreifen müssen. Allgemeine Höchstpreise für Eier, Fleisch usw. seien auch nicht durchführbar. Auch hier werden lokale, kommunale Verordnungen am Platz sein.

Ein Nationalliberaler tritt dafür ein, daß die Bestimmungen gegen den Lebensmittelwucher nun auch so durchgeführt werden, daß man nicht nur die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, sondern gerade im Gegenteil diejenigen verantwortlich zu machen sucht, die übermäßig große Gewinne einheimsen.

Ein Vertreter der Reichspartei empfiehlt die Einführung von Petroleumkarten.

Ein Regierungsvertreter weist darauf hin, daß man eine Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Petroleum herbeizuführen sucht durch Vereinbarungen, die bereits mit den Petroleumgesellschaften getroffen sind. Es ist vereinbart, das Petroleum vom 1. September in den Verkehr zu bringen und so zu verteilen, daß solche Ortschaften, die andere Beleuchtungsmittel noch nicht eingeführt haben, in erster Linie versorgt werden. Dabei soll auch gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse der Heimarbeiter genommen werden.

Ein Konservativer kommt auf die gestrige Debatte zurück und führt aus, es sei eine Täuschung, anzunehmen, daß die Sparguthaben schon eine Bereicherung der Landwirte bedeuteten. Im Gegenteil, durch den Mangel an künstlichen Düngemitteln usw. würde der Boden an Wert vermindert. Die Kleinmühlen arbeiteten billiger als die großen. Die Arbeit der Kriegsgefangenen komme nicht billiger als die freier Arbeiter. Auch die Arbeitslöhne für Frauen seien gestiegen, so daß ihm doch scheine, daß die Höchstpreise eigentlich nicht ausreichen und höher hätten ausfallen müssen, wenn die Landwirtschaft hätte schadlos gehalten werden können.

Ein Sozialdemokrat spricht über die Beleuchtung mit Azetylen und weist darauf hin, daß Lampenkonstruktionen im Verkehr sind, die nicht alle Feuersgefahr ausschließen. Dies bestätigt ein Fortschrittler, der aber auch feststellt, daß Lampen im Verkehr sind, die durchaus allen Anforderungen genügen.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß Sorge getragen sei, die Spiritusbeleuchtung mehr zu fördern. Die Bevölkerung würde kaum in die Lage kommen, auf Hausbeleuchtung mit Azetylen im weitern Umfang zurückkommen zu müssen.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter regt an, die Petroleumbeleuchtung derjenigen Kasernen, denen auch andere Beleuchtung zur Verfügung steht, auszuschalten.

Ein nationalliberaler Antrag, der sich gegen übermäßig harte Bestrafung leichterer Vergehen gegen Verordnungen wendet, die auf Grund des Belagerungszustandgesetzes erlassen sind, wird nach zustimmenden Worten des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes angenommen.

Die Kommission vertagt sich auf morgen, Samstagvormittag 10 Uhr: Militärsachen, Nachtragsetat.

WTB **Berlin,** 20. Aug. **(Telegr.)** Die Budgetkommission des Reichtags hat einen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt auf Schaffung einer Zentralstelle für die Lebensmittelversorgung mit dem Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, und hat dagegen eine Entschließung des Zentrums angenommen, zur Schaffung einer Zentralstelle für die Lebensmittelversorgung zwecks Vorbereitung und Ausführung der vom Bundesrat zu beschließenden Maßnahmen für eine ausreichende billige Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln.

WTB **Berlin,** 20. Aug. **(Telegr.)** Der Magistrat von Berlin hat dem Programm über Einrichtungen zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise seine Zustimmung erteilt. Danach sollen zentrale und lokale Organe gebildet werden. Die zentralen Organe haben die Produktions- und Großhandelspreise zu beobachten, die lokalen Organe haben den Kleinhandel zu überwachen, sie sollen Informationen von der Zentrale erhalten, den Kleinverkauf beaufsichtigen und das Ergebnis der Zentrale mitteilen. So sollen Produzenten, Groß- und Kleinhändler sich unter ständiger Aufsicht fühlen. Die für die Tätigkeit der Zentrale in Betracht kommenden Nahrungsmittel sind in vier Gruppen eingeteilt, nämlich: 1. Gemüse, Kartoffeln, Obst; 2. Fleisch, Fleischwaren, Fette, Fische (frischgesalzen und geräuchert); 3. Milch- und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette, Öle; 4. Hülsenfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren und Konserven. — Die geplante Aufsicht über die Lebensmittelpreise soll ergänzt und gefördert werden durch einen Nachrichtenaustausch zwischen den deutschen Städten, deren Einrichtungen sie zur Beurteilung der Preisbildung in besonderm Maße befähigen. In Betracht kommen hauptsächlich außer Berlin München, Leipzig, Köln, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Stuttgart, Hannover, Mannheim und Hamburg.

Frankfurter Zeitung
21./VIII. 1915

Die Sicherung der Volksernährung.

Berlin, 20. Aug. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die Budgetkommission des Reichstages lehnte den sozialdemokratischen Antrag betreffend Schaffung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung mit dem Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen ab, sie nahm dagegen eine Resolution des Zentrums an betreffend Schaffung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zwecks Vorbereitung der Ausführung der vom Bundesrate zu beschließenden Maßnahmen für eine ausreichende und billige Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln.

N Berlin, 20. Aug. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute Vormittag zunächst die Beratung der Bundesratsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung fort. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wies an Spezialfällen nach, daß die Zuschläge zu den Mahllöhnen sehr wohl etwas mäßiger gestaltet werden können. Infolge unsachgemäßer Behandlung seien nicht unbeträchtliche Mengen verdorben und das Brot verschlechtert worden. In der Obstverwertung bestehen Mißstände, gegen die ein Eingreifen der Regierung wünschenswert wäre. Die Lederpreise könnten niedriger sein, wenn das Reich auf jeden Vorteil verzichtete. Die Preise der Häute dürften nicht erhöht werden. Gegenüber dem gestrigen konservativen Redner betonte der sozialdemokratische Abgeordnete, daß weite Kreise der Arbeiterschaft Not litten. Die Kartoffelpreise werden in die Höhe getrieben; auch das Gemüse steigt noch immer im Preise. Man spricht von der Einführung zweier fleischloser Tage. Die Arbeiterbevölkerung hat bereits deren sieben. — Der Redner wendet sich dann dem Nachweis zu, daß die Einnahmen der lediglich auf Reichsunterstützung angewiesenen Familien unzureichend seien. Die Zensur, gegen die der Redner verschiedene Beschwerden vorbringt, könne allerdings verhindern, daß solche Beschwerden in die Oeffentlichkeit kommen. In Belgien seien die Lebensmittel billiger als hier. Die Festsetzung von Höchstpreisen muß vom Reiche ausgehen, denn wenn einzelne Städte Höchstpreise festsetzen, dann kommen einfach keine Waren hin.

Ein Zentrumsabgeordneter tritt für einen Antrag seiner Partei ein, der ständige Mitarbeit des Reichstages bei den Bundesratsmaßnahmen verlangt, wovon viel Gutes zu erhoffen sei. Mit den festgesetzten Kontingenten verschiedener Waren werde ein preistreibender Handel getrieben. So werden für das Recht, zu brauen, 28 bis 50 Mark pro Zentner gezahlt. Auch beim Hopfenhandel verdienen die Spekulanten Millionen. Es wäre zu wünschen, daß der Brauerbund direkt bei den Hopfenbauern einkaufte.

Der Ernährungsdezernent des Reichsamts des Innern weist darauf hin, daß der deutsche Hopfenbau die österreichische Konkurrenz auszuhalten habe. In diesem Jahre ist die Nachfrage durch die Kontingentierung der Bierbrauereien auf 60 Prozent beschränkt. Die Ernte ist übrigens besonders gut. Die Regierung hat bereits Verhandlungen zwischen dem Hopfenbauverein und dem Brauerbund eingeleitet.

Ein anderer Sozialdemokrat wünscht, daß das Material der Zentraleinkaufsgesellschaft nach dem Friedensschluß ergänzt und veröffentlicht werde. Er hat gehofft, daß für das neue Erntejahr eine Herabsetzung der Höchstpreise eintreten werde. Wenn auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten zweifellos erhöht sind, so rechtfertigen sie doch nicht die jetzigen Höchstpreise. Der Bund der Landwirte möge doch nachweisen, um wieviel die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft gestiegen seien. Der Redner ist damit einverstanden, daß in der Landwirtschaft Kriegsgefangene für einen Tagelohn von 30 Pfg. und Verpflegung beschäftigt werden, aber dann dürfen die Landwirte nicht über das Steigen der Löhne klagen. Wenn aber den Frauen in der Landwirtschaft nur 30 Pfennig pro Tag bezahlt werden, so ist das ein Hungerlohn. Auch die Höchstpreise für Gerste und Hafer sind ungerechtfertigt hoch, sie ergeben für manche Großgrundbesitzer unglaubliche Gewinne, für die kleinen Landwirte aber eine ebensolche Belastung, die Erbitterung hervorrufe. Im vorigen Jahre habe der Bund der Landwirte noch für niedrige Futterpreise agitiert. Die sächsische Regierung hat bereits die Notwendigkeit von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch anerkannt. Wann kommen die

Höchstpreise für Hülsenfrüchte?

Der Preistreiberei in Reis, Zucker, Milch, Butter und Gemüse muß entgegengetreten werden. Die Landwirte sagen, sie treiben die Preise nicht, der Großhandel ebenso, und die Kleinhändler verweisen wieder auf die Großhändler, wie zum Beispiel bei der Vernehmung durch die Berliner Handelskammer. Es müßte eine Enquête eingesetzt werden. Der Redner schließt mit einem Appell an den Bund der Landwirte, sich mit mäßigen Preisen zu begnügen.

(Schluß folgt.)

Reichspost Abendbl.
21./VIII. 1915

* **Eine bedeutsame Erfindung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelchemie.** Der Leiter der Warenprüfungsanstalt des Triester Handelsmuseums Professor Dr. Morpurgo veröffentlicht in der „Oesterr. Chem. Ztg." eine bedeutsame Entdeckung. Professor Dr. Morpurgo, welcher nachstehende Versuche im Auftrage der Approvisionierungskommission der Statthalterei in Triest ausgeführt hat, macht hierüber folgende Mitteilung: Wie bekannt, werden die Knochen in der Leimindustrie durch entsprechende chemische Mittel behufs Entfernung der Mineralstoffe behandelt und schließlich zu Leim gekocht. Durch ein ähnliches Verfahren wie bei der Leimfabrikation kann man aus den Knochen ein fetthältiges und an Eiweißstoffen reiches Material gewinnen, welches als Nahrungsmittel verwertet werden kann. Das Verfahren ist folgendes: Die entsprechend geschroteten Knochen werden mit einer bestimmten Menge verdünnter Salzsäure behufs Auflösung der Mineralstoffe behandelt und die entstandene Lösung entfernt. Die ungelösten Substanzen, welche den eigentlichen Nährstoff enthalten, müssen mit verdünnter Natrium-bicarbonatlösung behandelt werden, um die noch verbliebenen Kalksalze als Karbonate in unlösliche Form zu bringen, unter gleichzeitiger Bildung von Kochsalz. Das auf diese Art entstandene Produkt kann sofort gekocht und als Zusatz zur Suppe verwendet werden. Zur Erzielung eines günstigen Ergebnisses eignen sich bereits gekochte Knochen besser als rohe. Um das Produkt auf praktische Art gewinnen zu können, empfiehlt sich folgender Vorgang: Rohe Knochen, an welchen noch etwas Fleisch anhaftet, werden, wie gewöhnlich, in der Suppe gekocht. Nachher werden die Knochen von den Fleischresten vollständig befreit und geschrotet. Die geschroteten Knochen kommen dann in ein entsprechendes Gefäß, wo sie mit verdünnter Salzsäure übergossen werden, und bleiben über Nacht stehen. Am nächsten Tage wird die entstandene Lösung entfernt und der Rest mit verdünnter Natriumbicarbonatlösung behandelt und gekocht. Beim Kochen bildet sich eine Leimlösung, welche noch bedeutende Fettmengen enthält, die als direkter Zusatz zur Suppe verwendet werden kann. Die an dem einen Tage in der Suppe gekochten Knochen können schon den Zusatz für die Suppe des nächsten Tages liefern. Um ein günstiges Resultat zu erzielen, ist es geboten, den Zusatz an Salzsäure derart zu regulieren, daß noch immer ein Teil der Kalksalze unaufgeschlossen verbleibt. Ferner ist es geboten, die durch Salzsäure entstandene Lösung möglichst zu entfernen, damit möglichst wenig gelöste Kalksalze im Leime verbleiben. Der Zusatz von Natriumbicarbonatlösung zum Leime hat den Zweck, die geringen Mengen von Erdalkalisalzen als Karbonate oder als basische Phosphate zu fällen, um eine möglichst kalkfreie Leimlösung zu erhalten. Die Verwendung des Bicarbonates statt Natriumcarbonates hat den Vorteil, daß die Fettstoffe nicht so leicht verseifen.

Neues Wiener Tagblatt
21./VIII. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Der gestrige Abendgemüsemarkt.

Der Abendgemüsemarkt, der gestern zum drittenmal zwischen 5 und 7 Uhr auf dem Naschmarkte abgehalten wurde, wies trotz des regnerischen Wetters einen Massenbesuch auf. Noch vor Beginn hatten sich auf dem Markte hunderte Käufer und Käuferinnen eingefunden. Der ziemlich bedeutende Verdienst, den die Händler am zweiten Abendmarkte eingeheimst hatten, munterten auch die andern, die an den beiden ersten Märkten zu Hause geblieben waren, auf, ihre Waren auszuräumen, so daß gestern der ganze Naschmarkt in Betrieb war, sowohl auf der „Insel" wie auch auf dem weiter seitwärts gelegenen Obst- und Detailmarkt. Die Preise waren teilweise gleich, teilweise auch niedriger als am Morgen. Der Clou des gestrigen Marktes war ein Bauer, der schöne, gelbe Erdäpfel kiloweise zum Hundertkilopreis, nämlich das Kilogramm zu 18 Heller, verkaufte. Selbstverständlich entstand auch um den Mann ein großes Gedränge. Im Chor riefen ihm die Frauen zu: „Ich bitte auch um ein paar Kilo!" „Gnä' Frau! Ich hab' nur zwei Händ'," beteuerte der Vielumworbene, dem von lauter Wiegen und Geldeinnehmen der Schweiß von der Stirn rann. Die Lorbeeren des Erdäpfelverkäufers ließen einen andern Händler nicht ruhen, der wieder einen Billigkeitsrekord in Paprikaschoten aufstellte, nämlich hundert Stück zum Preise von 1 Krone 90 Heller. Abgelegene oder beschädigte Ware wurde in ziemlich bedeutenden Quantitäten zu sehr billigen Preisen verkauft und fand reißenden Absatz. Zitronen, die seit dem Preissturz massenhaft Absatz fanden, stiegen infolgedessen im Preise und wurden das Stück zu 12 bis 16 Heller verkauft.

* * *

Im Gegensatze zur Vorwoche wickelt sich der Verkehr auf den gestrigen Detailmärkten in der Großmarkthalle, ungeachtet relativ schwacher Zufuhren, in wenig animierter Stimmung ab. Die Beteiligung seitens der Käufer war merklich geringer wie bisher. In den Preisen sämtlicher Approvisionierungartikel sind Veränderungen von Belang nicht zu konstatieren.

Fische.

Süßwasserfische: Brachsen K. 2.40, Forellen K. 6.—, Hechte, lebend, K. 5.—, tote, K. 2.80 bis K. 3.20, Karpfen, lebend, K. 4.20, tote 4.— Schille K. 4.— bis K. 7.—, Weißfische K. 1.60 bis K. 1.80. — Seefische: Angler K. 3.60, Austernfisch K. 2.40, Dorsch K. —.90 bis K. 1.80, Kabeljau K. 1.60, Rotzunge K. 2.40, Schellfisch K. 1.80, kleine K. —.80, Schille K. 2.40, Seehecht K. 2.—, Seelachs K. 1.40 bis K. 1.60 pro Kilogramm.

Wildbret.

Duckenten K. —.60 bis K. 1.50, Fasane je nach Qualität und Größe K. 2.40 bis K. 4.—, Rebhühner, junge, K. 1.— bis K. 2.—, alte K. —.80 bis K. 1.40, Rohrhühner K. —.80 bis K. 1.—, Wachtel K. —.50 bis K. —.60, Wildenten K. 2.— bis K. 2.40, Hasen, groß, K. 4.— bis K. 6.—, kleine K. 2.80 bis K. 3.— per Stück, Rehfleisch K. 1.60 bis K. 3.80 pro Kilogramm.

Würste.

Braunschweiger K. 4.80, Extrawurst K. 5.—, Knackwürste K. 5.20 bis K. 5.40, Krakauer K. 5.40, Pariser K. 5.40, Frankfurter K. 5.20 bis K. 5.50, Ungarische Salami K. 12.—, Preßwurst je nach Qualität K. 2.80 bis K. 6.—, dürre Wurst K. 4.40 bis K. 4.60, Tiroler Bauernwurst K. 4.50 bis K. 4.80, Augsburger K. 3.80 bis K. 4.— pro Kilogramm.

* * *

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Wiener Organisation zur Frage der Lebensmittelversorgung.

Freitag abend fand im Saale des Verbandsheims eine vertrauliche Sitzung der politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner Wiens statt, welche in der Frage der Brotversorgung und der Lebensmittelteuerung beriet und Beschluß faßte. Ueber die Mehl- und Brotfrage berichtete Genosse Eldersch, der als Vertreter der Wiener Konsumvereine seit Monaten für sie den Kampf ums tägliche Mehl zu führen hat, über seine Erfahrungen mit der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt und dem Mehlabgabeamt der Gemeinde Wien sowie über die zahlreichen Schritte, die der Parteivorstand und die Konsumentenorganisation zum Schutze der Wiener Konsumenten unternommen haben. Er begründete ausführlich die von der Arbeiterschaft zu stellenden Forderungen in der Brotfrage, die er in dem folgenden Beschlußantrag zusammenfaßte:

Die am 20. August im Saale des Verbandsheims tagende Versammlung der politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner Wiens hat nach eingehender Erörterung der durchaus unzulänglichen Ernährungsverhältnisse der Arbeiterschaft nachstehenden Beschluß gefaßt:

Die Versammlung stellt fest, daß alle bestehenden Vorschriften über die Rationierung von Brot und Mehl nur für die städtische Bevölkerung Geltung haben. Die der Landwirtschaft zugehörigen Bevölkerungsschichten versorgen sich mit Getreide aus der eigenen Produktion, für sie hat die Rationsvorschrift lediglich den Charakter einer moralischen Bindung.

Zudem ist der Landwirtschaft eine reichlichere Mehlration zugewiesen als anderen Bevölkerungsgruppen. Von der Stadt- und Industriebevölkerung haben lediglich die sogenannten Schwerarbeiter die Möglichkeit, auf eine um die Hälfte erhöhte Mehlration Anspruch zu erheben. Die Zuwendung von unbenützten Brotkartenabschnitten der Vorwoche an Minderbemittelte versetzt die Arbeiter in die Rolle von Almosenempfängern.

Die Zuerkennung einer erhöhten Brotration an die Angehörigen der landwirtschaftlichen Berufe wurde einerseits mit der von ihnen zu leistenden schweren körperlichen Arbeit, andererseits mit der in diesen Bevölkerungskreisen üblichen vegetabilischen Ernährungsweise gerechtfertigt.

Die Versammlung ist der Meinung, daß für die Zuerkennung einer höheren Mehlration nicht allein der Beruf, sondern auch die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung maßgebend sein müssen. Es benötigen daher nicht nur Schwerarbeiter eine reichlichere Mehlration, sondern auch alle jene Berufsgruppen, deren bescheidenes Einkommen ihnen nicht ermöglicht, sich die zur Erhaltung des Lebens nötige Eiweißnahrung durch Konsum von Fleisch, Eiern, Hülsenfrüchten und anderen eiweißhaltigen Nahrungsmitteln zu beschaffen. Berücksichtigung verdient auch das Ernährungselend der Berufs- und Arbeitslosen. Dagegen sind bemittelte Bevölkerungsschichten leicht in der Lage, mit einer geringeren Mehlration auszukommen, weil sie sich durch Genuß kostspieligerer eiweißhaltiger Nahrungsmittel Ersatz schaffen können.

Angesichts der vollkommen unhaltbaren Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung beschließt die Versammlung:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine Konferenz der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Vertrauensmänner Oesterreichs einzuberufen und auf der Tagesordnung dieser Konferenz die Ernährungsprobleme der arbeitenden Bevölkerung zur Diskussion zu stellen.

Die Regierung ist aufzufordern, unverzüglich für alle Arbeiter und für alle Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 3000 Kronen die Erhöhung der Mehlration auf 300 Gramm für den Kopf und Tag zu verfügen.

Sollten die aus der österreichischen Ernte zu erwartenden Getreidemengen einschließlich der von Ungarn bereits zugesagten Getreide- und Mehllieferungen nicht ausreichen, diese Kopfration zu decken, dann ist die Ration der bemittelten Bevölkerungsschichten angemessen zu kürzen.

Die Versammlung ist jedoch der Meinung, daß es bei einer entschiedeneren Haltung der österreichischen Regierung möglich werden muß, in Ungarn eine reichlichere Zuweisung aus den ungarischen Getreideüberschüssen durchzusetzen. Ebenso müßte die Getreidezufuhr aus neutralen Staaten mit allen Mitteln gefördert werden.

Hierauf erläuterte Dr. Renner die Bestimmungen der Verordnung zum Schutze der Konsumenten vom 1. August. Ihr Hauptfehler sei, daß sie erst genau ein Jahr nach Kriegsausbruch erschienen sei und daß die unerläßlich gewordene strafrechtliche Behandlung der Preismanöver viel zu wenig wirksam werde. Die Staats- wie die autonome Verwaltung habe im einzelnen zu oft versagt, die Kriegserfahrungen zwingen die Arbeiterschaft, die Frage der Verwaltungsreform aufzugreifen, sobald einmal die dringendsten Brotsorgen erledigt sein werden. Ebenso ernste, wenn nicht ernstere Erfahrungen habe Oesterreichs Arbeiterklasse mit ihren privaten Herren, mit Bourgeoisie und Agrariertum gemacht, deren weiteste Schichten den Krieg als Geschäftskonjunktur betrachtet und den Steuersäckel bei Militärlieferungen, die Taschen der Staatsbürger aber durch bedenkenlose Preistreiberei rücksichtslos in Anspruch genommen haben. Eine allseitige, durchgreifende Kritik unserer öffentlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Verhältnisse sei zur ersten Aufgabe der Partei nach dem Kriege geworden, wenn Land und Volk die alten Erbübel abstreifen sollen. Daran werde es die Sozialdemokratie nicht fehlen lassen. Dr. Renner stellt einen darauf bezüglichen Antrag zur Erörterung.

An der Besprechung beteiligten sich (unter Vorsitz des Abgeordneten Polke) die Genossen Max Winter, Ludwig Bretschneider, Eldersch und Renner, worauf die Versammlung einstimmig mit großem Beifall beide Beschlußanträge annahm.

Neues Wiener Tagblatt
22/VIII. 1915

Etwas für die Hausfrau.

Marmelade ohne Glas und ein wenig Zucker. — Das Einlegen von Kürbissen und Melonen. — Rezepte für fleischlose Tage. — Heidelbeerlikör.

Die Einführung des Abendmarktes hatte großen Erfolg und viele Frauen, die vormittags nicht einkaufen gehen können, sind dadurch in die Lage versetzt, speziell die Einkäufe für die Konservierung selbst zu besorgen.

Ein gutes Rezept, das Glas und Zucker spart, ist die Marmelade, auf folgende Art zubereitet, das wir Frau Fanny Freund-Markus, der Präsidentin der „Rohö", danken, ein von Frau Melanie Zack erfundenes Rezept.

Marmelade ohne Glas und Zucker.

3 Kg. Frucht mit 1/2 Kg. Zucker sehr dick kochen — wie Powidl — die Masse wird auf gefettetes Pergamentpapier gestrichen, mit Vanillezucker bestreut und glatt gerollt. Im übertrockneten Zustand wird das Pergament eingerollt, an beiden Ecken zugebunden und in der Speise aufgehängt.

Kürbis einlegen.

Die gelben, nicht zu reifen Melonen-Kürbisse eignen sich am besten dazu. Man schneidet den Kürbis durch, entfernt das Kernhaus und sticht mit einem Kartoffelausstecher kleine Kugeln aus oder schält ihn sehr sauber und schneidet länglich-viereckige Stücke. Den so verarbeiteten Kürbis legt man acht Stunden in sehr guten Weinessig, nimmt ihn heraus und läßt ihn abtropfen. Nun wird auf 2 Kilogramm Kürbis 1 1/2 Kilogramm Zucker gekocht, der Kürbis hineingegeben und die durchsichtigen Stückchen dann herausgenommen. Dem Saft fügt man noch etwas Essig oder Wein, eine Zitronenschale und den Saft einer Zitrone hinzu und läßt ihn einkochen, ehe man ihn auf den Kürbis gießt. Nach einigen Tagen kocht man den Saft noch einmal auf. Besser schmeckt der Kürbis noch, wenn man statt der Zitronenschale kleine Stückchen Ingwer als Schutz auf den eingemachten Kürbis legt, ihn damit bedeckt. Der Saft muß über der Frucht stehen.

Melonen in Zucker eingemacht.

Ein Kilogramm Melone, ein Kilogramm Zucker, Zitronenschale, Zimmt und einige Stücke Ingwer, nach Geschmack auch einige ganze Nelken. Am besten zum Einmachen eignet sich die Netzmelone. Die völlig reife Frucht wird geschält, das Kernhaus mit einem silbernen Löffel herausgenommen, das Fleisch in fingerlange, ebenso breite Stücke geschnitten und diese zwölf Stunden in guten Essig gelegt. Dann nimmt man sie heraus und legt sie ebenso lange in geriebenen Zucker, setzt den entstandenen Zuckersaft aufs Feuer, schäumt ihn, gibt Zitronenschale, Ingwer und die Melonenstücke hinein und kocht letztere darin kaum zur Hälfte weich; dann nimmt man die Stücke wieder heraus, legt sie auf eine flache Schüssel und kocht den Saft recht stark ein. Zuletzt gibt man die Scheiben wieder hinein und stellt den Topf bis zum nächsten Tage hin. Erkaltet, füllt man alles in saubere, trockene Einmachgläser, legt ein Rumpapier darüber und bindet sie mit doppeltem, starken Papier zu. Nach acht bis vierzehn Tagen wird der Saft nochmals ein wenig eingekocht.

Für fleischlose Tage.

Gemüsegarnitur.

Verschiedene junge Gemüsearten werden, jede separat, in Butter gedünstet und, nach Farben geordnet, reihenweise auf die Schüssel gelegt und, mit zerlassener Butter begossen, angerichtet. Der Rand der Schüssel wird mit ausgeschnittenen und ausgestochenen, geschälten, schwarzen Rettichplatten belegt.

Gemüse in Teigschüsseln.

Man macht einen Pastetenteig, bäckt Pasteten in einer großen Form und vielen kleinen Formen. Die Schüsseln werden mit verschiedenen gedünsteten Gemüsen gefüllt, die man geschmackvoll in der Farbenstellung anrichtet. Mit Parmesan bestreut, wird die Schüssel warm serviert.

Heidelbeeren können nun eingemacht werden!

Einmachen der Heidelbeeren.

Man nimmt die ganz trockenen, guten Heidelbeeren, setzt dieselben (ohne Wasser) in einem glasierten Topf auf den Ofen, schwenkt dieselben in dem Gefäß öfters um und bringt sie, nachdem sie durch die Wärme saftig geworden sind, auf schwaches Feuer, läßt sie weich werden und einmal aufkochen. Dann füllt man sie in Krüge oder erwärmte Flaschen, die man sofort verschließt und versiegelt und dann in einen kühlen Keller stellt. Die so eingemachten Heidelbeeren schmecken wie frische und können auch wie solche nach Jahren noch gebraucht werden. Zucker beim Einmachen zu verwenden, ist nicht ratsam, da man denselben beim Gebrauch nach Belieben zusetzen kann. Will man Gelee von Heidelbeeren kochen, so erhitzt man diese nach und nach bis zum Aufkochen, läßt den Saft durch ein Sieb laufen und kocht diesen mit dreiviertel Kilogramm Zucker per halben Kilogramm rasch ein.

Vossische Zeitung
22./VIII. 1915.

Volksernährungsfragen im Reichstag.

Der Reichstag zeigte gestern wieder ein alltägliches Gesicht, und seine Verhandlungen, so wichtig sie an sich sind, liefen auch in den Bahnen der Alltäglichkeit. Die Alltäglichkeit wurde ja auch dadurch nicht gestört, daß Abg. Dr. Liebknecht gleich zu Beginn der Sitzung wieder einmal Wert darauf legte, sich einen schallenden Lacherfolg zu holen. Das Thema der gestrigen Erörterungen bildeten die großen Fragen der Volksernährung, die in diesen Kriegszeitläuften natürlich dauernd auf der Tagesordnung bleiben. Den Bericht über die Beratungen der Budgetkommission erstattete Abg. Graf Westarp. Eine Reihe von Wünschen und Anträgen ist dazu eingegangen, von denen ein guter Teil nach dem Vorschlage der Kommission den verbündeten Regierungen als Material überwiesen werden soll. Die Kommission selbst will eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung geschaffen wissen, in die Mitglieder des Reichstags nach dem Verhältnis der Fraktionen berufen werden. Abg. Graf Westarp sprach sein Bedauern über die Steigerung der Preise aus und forderte, daß Aufklärung darüber geschaffen werde, wen die Schuld dafür treffe, woran gerade die vielfach angegriffene Landwirtschaft ein Interesse habe.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Quarck ging sehr scharf mit den Preistreibereien ins Gericht; mit einem Vorstoß gegen die Landwirte weckte er heftigen Widerspruch auf der Rechten. Abg. Giesberts vom Zentrum nahm die Landwirtschaft in Schutz, deren Leistungen er höchste Anerkennung spendete. Er betonte weiterhin mit besonderem Nachdruck die volkswirtschaftliche Bedeutung billiger Kartoffelpreise.

Dann nahm Staatssekretär Dr. Delbrück das Wort. Er warf nochmals einen Blick auf die Aufgaben, die der Sorge der Regierung für die Volksernährung durch den Krieg gestellt wurden und die zu einander in einem gewissen, nach billigem Ausgleich verlangenden Gegensatze der Interessen standen: auf der einen Seite galt es, die Produktion zu beleben — auf der anderen Seite galt es, auf mäßige Preise hinzuwirken. Der Staatssekretär verbreitete sich hierbei eingehend über die Frage, wie weit man hier durch Festsetzung von Höchstpreisen zum Ziele kommen kann und erörterte die Schwierigkeit, den Tatbestand für strafrechtliche Verfolgung des Lebensmittelwuchers festzustellen. Die Schuldigen verdienen es, vor aller Welt gebrandmarkt zu werden. Dr. Delbrück streift dann die Frage nach den Ursachen der Lebensmittelteuerung, erwägt verschiedene Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, erklärt sich aber gegen die Errichtung der von der Bugetkommission gewünschten Zentralstelle für Lebensmittelversorgung. Der Schluß der Ausführungen des Staatssekretärs betraf Einzelfragen, namentlich bezüglich der Höchstpreise, und warnte davor, den gemeinsamen wirtschaftlichen Kampf des deutschen Volkes im Krieg durch Zuspitzung von Interessengegensätzen zu erschweren.

Als letzter Redner sprach der Abg. Gothein, der eine eingehende, sachliche Kritik an den verschiedensten öffentlichen Maßnahmen zur Regelung des Wirtschaftslebens mit einer gründlichen Erörterung der hier in Betracht kommenden wirtschaftlichen Probleme verband.

Die Verhandlungen, die um ¼8 Uhr abgebrochen wurden, sollen am Montag nachmittag fortgesetzt werden.

* * *

Die Zeit
22./VIII. 1915

Wiener und Budapester Gasthauspreise.

In den zwei Skizzen der „Zeit", die die Münchener und Berliner Gasthauspreise den Speisekartenansätzen in Wien gegenüberstellten, war die Behauptung aufgestellt, daß Wien und Budapest die teuersten Städte des Kontinents seien. Was Wien betrifft, so hat der Vergleich mit den Preisen in München und Berlin dies genugsam erwiesen. Heute soll der Beweis für Budapest erbracht werden, die Hauptstadt des Landes, von dem früher gesagt wurde, daß die Menschen dort an Uebererнährung sterben. Vor uns liegt die Speisekarte eines erstklassigen Budapester Hotels. Wenn heute ein Fremder in die ungarische Hauptstadt kommt und sich bei Freunden erkundigt, wo es was Gutes zum Essen gebe, so schickt man ihn in dieses Hotel, mit dem Beifügen, daß es dort auch billig sei. Besonders wird auf das Menü des Hotels zum Preis von 5 Kronen aufmerksam gemacht. Dieses Menü besteht nach der uns vorliegenden Speisekarte vom 12. d. zum „Gabelfrühstück" aus Seekrebsenreis nach Kardinalart, gedünstetem Rindsbraten mit Schweizer Erdäpfeln, Apfelstrudel, Käse und Obst, zum „Abendessen" aus gefüllten Tomaten mit Reis, Backhuhn mit Salat, Melonenbecher, Käse und Obst. Diese vier Gänge kosten, wie bemerkt, 5 Kronen. Dieser Preis entspricht den Wiener Taxen. Im Münchener Preysing-Palais erhält man dagegen für 3 Kronen ein Menü, bestehend aus Kraftbrühe mit Einlage, Schell, gebacken, mit Kräutersauce, Roastbeef mit Pfefferlingen, Topfenstrudel oder Käse. Es entspricht also an Qualität und Ausgiebigkeit durchaus dem Budapester Menü, ist aber um 2 Kronen billiger. Auch die anderen Preise des Budapester Hotels stehen auf der Höhe Wiens. So im Schöpsenrücken am Rost 4 Kronen, Mastochsrostbraten mit Zwiebel 4 Kronen, ein Rebhuhn mit Rotkraut 5 Kronen, Prager Selchkarree mit Sauerkraut 3 Kronen usw. Es sind dies ungefähr die Preise, die denen des von uns in den Artikeln „Berlin—Wien" und „München—Wien" wiederholt angeführten Wiener Restaurants in der Opernnähe entsprechen. Suchen wir uns dagegen ein sogenanntes gut bürgerliches Budapester Gasthaus in der Andrassystraße aus, so finden wir, daß dort die Preise teilweise noch etwas höher sind als in dem von uns in den beiden Artikeln wiederholt zitierten Wiener Gasthaus im 9. Bezirk, Stadtnähe. So kostet im Restaurant in der Andrassystraße in Budapest ein halbes Brathuhn 3 Kronen, ein Nierenbraten 2 Kronen 40 Heller, ein Schweinskarree 2 Kronen 40 Heller, ein Saftbraten mit Erdäpfeln 2 Kronen 20 Heller, ein Lungenbraten 2 Kronen 80 Heller (etwas billiger als in Wien). Man kommt zu dem Schluß, daß Budapest noch um eine Nuance teurer ist als Wien. Unter den kontinentalen Großstädten hält es aber mit Wien den Teuerungsrekord.

Die Zeit
22./VIII. 1915

Die Konsumenten-Beratungsstelle.

Die Konsumenten-Beratungsstelle für Preistreiberei hatte schon über viele Anzeigen aus dem Publikum zu verhandeln. Unklare oder nicht unterschriebene Anzeigen können von vornherein nicht berücksichtigt werden; unterschriebene und begründete Anzeigen liefen leider in großer Zahl ein und bezogen sich hauptsächlich auf: ungerechtfertigt hohe Preise von Fleisch und Eßwaren, Wässerung von Milch und Verkauf von Trockenmilch an Stelle von Vollmilch, Nichtersichtlichmachung der Preise, Verkauf des ausländischen Fleisches gleicher Qualität zu verschiedenen Preisen an verschiedenen Ständen. In letzterer Hinsicht liefen auch Klagen über die Stände der Großschlächterei ein. Ferner wurden Fälle bekannt, daß statt eines 1/8 Kilogramms nur 120 Gramm verkauft wurden. Die begründeten Anzeigen werden namens der anzeigenden Partei der Marktbehörde zur Kenntnis gebracht werden. Die Hausfrauenorganisationen werden ihre Bezirksstellen in Wien gleichfalls als Konsumenten-Beratungsstellen einrichten.

Vossische Zeitung
24./VIII.1915.

I
62

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung, Montag, den 23. August, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnet die Sitzung.

Eingegangen ist der Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November.

Das Gesetz für den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege wird in dritter Lesung angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung das Gesetz auf Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und Aenderung der Wehrpflicht.

Die Debatte über die Resolutionen und Anträge zu den

Fragen der Volksernährung

wird fortgesetzt.

Abg. **Dr. Böhme** (ntlb.): Der Aushungerungsplan unserer Feinde ist kläglich gescheitert. Die Gegner Deutschlands selbst glauben nicht mehr an seine Ausführung. Der Staatssekretär hat sich gegen die Forderungen von landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gewandt, die Getreidehöchstpreise zu erhöhen. Mir ist keine landwirtschaftliche Organisation bekannt, die diese Forderung erhoben hätte. Graf Westarp hat in der Kommission dieselbe Erklärung abgegeben. Vielleicht meint aber der Staatssekretär die amtliche Vertretung der Landwirtschaft in Preußen, von der ja bekannt ist, daß sie eine solche Forderung erhoben hat. (Hört! hört!) Wir sprechen unsere Genugtuung darüber aus, daß es den sozial gerichteten Elementen des Bundesrats gelungen ist, die Erfüllung der Wünsche des preußischen Landwirtschaftsministers zu vereiteln. Die jetzigen Preise sind aber anderseits bei den gestiegenen Produktionskosten als nicht übermäßig zu bezeichnen. — Der Redner wünscht dann eine Aenderung in der Verteilung der kriegsunbrauchbar gewordenen und Beute-Pferde, an die Landwirte; es dürfte doch nicht vorkommen, daß ein Landwirt, dem man die Pferde weggenommen hat, auf ein Gesuch um kriegsunbrauchbar gewordene Pferde, zehn Wochen lang ohne Antwort bleibt. (Hört! hört!) bei den Nationalliberalen.) — Die Futtermittelpreise sind außerordentlich hoch; selbst das ganz gut aussehende Vieh hat geringeres Gewicht als in Friedenszeiten. Die ohnehin

prekäre Lage des kleinen Landwirtes

wird noch erschwert durch die vom Bundesrat festgesetzte Art der Kleieverteilung. Die Beschlagnahme der Futtergerste auch bei Kleinbetrieben ist eine Ungerechtigkeit und schädigt die Viehhaltung in bedauerlicher Weise. Eine nicht mehr zu übersehende Erbitterung ist die Folge. Es ist unbegreiflich, daß eine solche Bestimmung getroffen werden konnte, zumal der Reichstag in seiner vorigen Tagung für den Fall einer Kartoffelbeschlagnahme ausdrücklich die Freilassung der Kleinbetriebe gefordert hat. Wenn schon das erst im Kriege mit solchen Dingen befaßte Reichsamt des Innern das nicht begriff, so durfte doch der preußische Landwirtschaftsminister im Bundesrat einer solch widersinnigen Anordnung nie zustimmen. Wie soll es denn mit der Fleischversorgung erst werden, wenn dem kleinen Viehhalter das Futter weggenommen wird. Gegen den Saatgutwucher muß mit Höchstpreisen, eventuell Beschlagnahme vorgegangen werden. Für die Tonne Saat-Hafer fordert man ja schon bis zu 600 M.! — Der Redner bespricht ausführlich die bekannten Vorgänge auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung und die Kartoffelteuerung und kommt dann auf die Wildschäden und ihre so mangelhafte Bekämpfung zurück. Fehlt es an Jägern, so muß ihre Zahl eben vermehrt werden. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn hier „nichts geschehen könnte". Die Lage des Hopfenbaus bedarf einer Hilfe, vielleicht durch Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, denn unsere Ausfuhr hat aufgehört, die österreichische Einfuhr aber geht weiter. Der Redner schließt mit der Forderung strengsten Vorgehens gegen die Wucherer und mit der Mahnung an diese Leute, doch zu bedenken, mit welchen Gefühlen ihre Kinder einst die aus der Not der Volksgenossen gewonnenen Güter beurteilen werden. (Beifall.)

Abg. **Arnstadt** (k.) spricht gegen die Wünsche nach Herabsetzung der Höchstpreise für Getreide, was für die Landwirte eine schlimme Beeinträchtigung bedeuten würde, zumal ihre Produktionskosten verteuert sind, die Produktion erschwert wird und für Saatgut und Futtermittel geradezu Phantasiepreise verlangt werden. Auch wir wünschen, daß bei der Beschlagnahme der Gerste den kleinen Besitzern etwa 20 v. H. ihres Bestandes gelassen wird. Unbestreitbar bringt die Landwirtschaft große Opfer. Dann kann sie aber auch billiges Brot verlangen. Früher bekam man für einen Zentner Korn einen Zentner Brot. Nun mögen ja auch hier die Unkosten gestiegen sein. Aber für die heute bestehende Spannung liegt kein Grund vor. Immerhin sind

die Brotpreise in England noch höher

als bei uns. Ueber hohe Kartoffelpreise kann man gegenwärtig nicht mehr klagen. Es geht der Landwirtschaft wirklich nicht so rosig, wie die Redner der Linken es immer darstellen. Gewiß, auch die Einlagen in den ländlichen Sparkassen sind gestiegen, und auch Landwirte haben Kriegsanleihe gezeichnet. Aber das sind Wechsel auf die Zukunft. Bis dahin wollen wir durchhalten.

Abg. **Frhr. v. Gamp** (Rpt.) polemisiert gegen den Abg. Gothein, der den kleinen Landwirten große Schmeicheleien gesagt habe auf Kosten der — Großgrundbesitzer. Der Großgrundbesitzer bringt auch Opfer. Mir sind 70 Pferde weggenommen worden. Rechnen Sie sich doch meinen Verlust aus, der für jedes Pferd etwa 1500 M. beträgt. (Rufe links: Na, na!) Die Beschuldigungen des Abg. Quarck gegen den sächsischen Landeskulturrat waren unqualifizierbar. (Unruhe b. d. Soz.) Wenn Ihnen das nicht gefällt, müßte ich sagen, der gegen dieses Kollegium gerichtete Vorwurf sei wider besseres Wissen erhoben. (Erneute Unruhe b. d. Soz.) Herr Quarck versteht das wohl nicht besser. Aber wenn Herr Gothein, der doch ein feinerer Mann sein will (Heiterkeit), ähnliche Ausführungen macht, dann ist das doch sehr verwunderlich. Wenn Herr Gothein den schwerwiegenden Vorwurf der Preistreiberei und der Umgehung von Gesetzen gegen Landwirte erhebt, dann muß er Namen nennen und Beweise antreten. Daß die Mehlpreise nicht herabgesetzt werden sollen, bedeutet für uns eine schwere Enttäuschung. Die Reichsgetreidestelle, die doch aus den besten Kaufleuten und Landwirten besteht, scheint also doch nicht so billig zu arbeiten, wie man erwartet hatte.

An der Fleischteuerung

hat gerade die Linke ihr gut Teil schuld. (Unruhe b. d. Soz.) Hätten Sie (zur Linken) nicht so gedrängt, es möchten möglichst viel Schweine geschlachtet werden, dann wäre das heutige Manko in unserem Schweinebestand nicht vorhanden. (Zurufe links.) Gewiß, auch einige Professoren haben Ihnen dabei geholfen. Von irgendeiner größeren Schweineabschlachtung darf jetzt nicht mehr gesprochen werden. Herr Quarck hat gesagt, es müßte ein Mittel gegen die Teuerung gefunden werden. Das ist eben die Schwierigkeit. Und wenn Herr Quarck sich auf den Kopf stellt (Heiterkeit), so wird er uns das Mittel nicht angeben können. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Fleischkonsum durch Einführung eines Fasttages in jeder Woche allgemein einzuschränken. In der katholischen Kirche besteht diese Einrichtung ja heute schon. Gewiß müssen die Familien der Einberufenen vor Not geschützt werden. Aber sie leiden ja gar nicht alle Not. Die Arbeiterfamilien auf dem Lande leiden keine Not. Der Großgrundbesitz sorgt für sie. Auch die Familien der industriellen Arbeiter leiden nicht sämtlich Not. Die Großindustriellen von ganz Hessen z. B. gewähren den Familien nicht unerhebliche Zuschüsse, und anderswo geschieht es auch. Viel mehr leiden die Familien der Kleingewerbetreibenden und kleinen Kaufleute.

Unterstaatssekretär **Michaelis** bespricht die Gründe, aus denen heraus eine Herabsetzung der Mehlpreise nicht möglich ist. Im Frieden wird Mehl gekauft, wenn es gebraucht wird. Die Reichsgetreidestelle muß fortgesetzt, und zwar auf Lagerung, kaufen. Die Reichsgetreidestelle hat die Aufgabe, einen großen Reservefonds aufzustapeln, damit wir nicht in Verlegenheit kommen. Das braucht der Handel im Frieden nicht. Die Stelle muß den Mehlpreis auch so bemessen, daß er bis zum August nächsten Jahres gelten kann. Das muß alles in den Preis miteinkalkuliert werden. Stellt sich heraus, daß wir den Mehlpreis zu vorsichtig kalkuliert haben, dann werden wir ihn selbstverständlich herabsetzen, denn wir wollen nichts verdienen. Den Vorwurf einer unbegründeten Hochhaltung des Mehlpreises muß die Reichsgetreidestelle zurückweisen.

Abg. **Segitz** (Soz.): Die beweglichen Schilderungen der Lage der Landwirtschaft durch den Abg. v. Gamp werden im Lande nicht allzuviel Glauben finden. Die von ihm erwähnten

fleischlosen Tage in Oesterreich

gelten nur für die Armen, die anderen können sie umgehen, indem sie an den anderen Tagen genug einkaufen. Die notwendigsten Nahrungsmittel haben in Deutschland Preise erreicht, die es den weitesten Volksschichten unmöglich machen, sich ausreichend zu ernähren. Soeben sind in Nordbayern wieder die Mehlpreise um 2 Pfennig erhöht worden und weitere Verteuerungen sind angekündigt und bei den Fleisch- und Wurstpreisen auch schon wieder durchgeführt, was die Ernährungsverhältnisse weiter bedenklich verschlechtert. An diesen Erscheinungen dürfen wir nicht vorübergehen. Das Stiefelbesohlen kostet schon 5,50 M. bis 6,50 M. (Hört! hört!) Würden nicht die Konsumentenorganisationen preisregulierend wirken, so hätten wir für viele Dinge noch höhere Preise; diese Organisationen müßten daher um so mehr gefördert werden. Es ist erwiesen, daß, je kleiner das Einkommen ist, ein um so größerer Teil davon für die Ernährung ausgegeben wird. Eine Erhöhung des Arbeitsverdienstes ist jetzt fast ausgeschlossen, die bayerischen Staatsarbeiter erhalten zu einem großen Teil eine „Teuerungszulage" von 10 Pfennig! Die Privatbeamten, die Invalidenrenner u. a. m. müßten eine der Teuerung entsprechende Erhöhung ihres Einkommens erhalten. In merkwürdigem Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. v. Gamp über die schwierige Lage der Landwirtschaft steht ein Bescheid des Stettiner stellvertretenden kommandierenden Generals Frhrn. v. Bietinghoff, wonach — trotz der Bundesratsverordnungen — in Pommern nicht weniger Mehl verbraucht werde als im Frieden. Zum Schluß bespricht der Redner die bayerische Lebensmittelversorgung; dort seien die Mahllöhne höher, das Mehl infolge der Vermahlung in vielen

kleinen Mühlen recht verschiedenartig, die Mehlversorgung mitunter lückenhaft und — unter den Höchstpreisen zu verkaufen gestattet die Regierung nicht, so daß sie zu Mindestpreisen werden, wozu noch die Zuschläge kommen. Der Magistrat Nürnberg hat sich weiter darüber beschwert, daß sich ländliche Kommunalverbände vom Sack Getreide eine Abgabe von 1 bis 2 M. zahlen lassen. Tiefe Erregung herrscht in allen Kreisen des bayerischen Volkes ohne Unterschied der Partei. Die Ernte würde schon jetzt eine Erhöhung der Brotration auf 300 Gramm gestatten. Gegen die Halunken, die das Volk auswuchern, muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden, auch mit der Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte; aber wirkliche Besserung kann nur durch energische wirtschaftliche Maßnahmen geschaffen werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Pfleger** (Ztr.) mahnt zum Abwarten mit den Kartoffelmaßnahmen, bis die Ernte zu übersehen ist. Er widerspricht auch der vom Abg. Giesberts ausgesprochenen Kennzeichnung eines Kartoffelpreises von 5 M. als zu hoch. Zu warnen ist vor einer Wiederholung des preistreibenden

ungeregelten Eingreifens und Aufkaufens der Kommunen.

Die Aufkäufer haben sich gegenseitig überboten. Für das ganze Königreich Bayern sind die Getreidehöchstpreise um 7 M. pro Tonne herabgesetzt worden (Hört! Hört! rechts und im Zentrum), und zwar schon zu einer Zeit, wo man noch gar nicht wissen konnte, ob die Ernte im Süden besser sein werde als im Osten. Diese Herabsetzung trifft die vom Krieg so schwer betroffenen mittleren und kleinen Landwirte, die ja in Süddeutschland vorherrschen. Dann wendet sich der Redner der Notlage der Hopfenbauern zu, denen rasch geholfen werden müsse, und zwar durch organisierten Aufkauf. Werden nicht bald

Höchstpreise für Malz

eingeführt, so wird der Wucher auch hier noch schlimmer um sich greifen. Es ist schon wahrlich schlimm genug auf diesem Gebiete! (Dafür gibt der Redner zahlenmäßige Beweise.) Die Regierung tut aber gar nichts gegen den ungeheuren Malzwucher. Das Reichsamt des Innern läßt sich eben nicht von bayerischen und süddeutschen Interessenten über die dortigen Verhältnisse informieren. Für den bayerischen Arbeiter, ob Industrie- oder Landarbeiter, ist eben nun einmal das Bier ein unentbehrliches Nahrungsmittel. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) Warum sitzen denn die Reichsgesellschaften für die Versorgung mit den einzelnen Stoffen in Berlin, könnten sie nicht da und dort ihren Amtssitz haben, und hat man gerade hier in Berlin so besonders gute Erfahrungen mit ihnen gemacht, daß es dazu reizt, immer wieder Berlin als Sitz zu wählen? Von den als unabkömmlich reklamierten Beamten der Kriegsgetreidegesellschaft — die vielfach viel weniger Gehalt bezogen als in ihrer früheren Stellung oder Einkommen in ihrem Geschäft — erwiesen sich 80 v. H. als felddienstauglich; sie hatten diese Stellungen benutzt, um sich dem Heeresdienste zu entziehen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Ueber die Konfession dieser Leute will ich im Interesse des Burgfriedens nicht sprechen.

Dann polemisiert der Redner gegen den Abg. Segitz: Die Nichtzugehörigkeit zur Reichsgetreidestelle ist keineswegs zum Nachteil der bayerischen Produzenten, noch weniger der Konsumenten. Für die Höchstpreise ist nicht die bayerische Regierung verantwortlich zu machen. Der Produzentenhöchstpreis für Eier ist in weiten Gebieten Bayerns 8 Pf. (Hört! Hört!); davon, was sie in den Städten mehr kosten, hat der Produzent nichts. Aber bei aller Kritik: wir halten durch bis zu einem glücklichen Ende, das uns bald beschieden sein möge. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Heute, Dienstag, 24. August, nachmittags 3 Uhr: 1. Vertagungsantrag des Bundesrats, 2. Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

Neues Wiener Tagblatt
24./VIII. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Marktzufuhren.

In der abgelaufenen Woche war die Beschickung der Viktualienmärkte besonders mit Grünwaren und Obst ziemlich bedeutend, wie nachfolgender Vergleich zeigt:

	Berichtswoche	Vorwoche	Vorjahrswoche
		Meterzentner	
Gemüse . . .	45,488	39,007	32,465
Kartoffeln . .	27,800	30,768	11,666
Obst	34,644	29,176	13,121
zusammen . .	107,932	98,951	57,252
		Stücke	
Eier	1.459,175	1,407,670	1,469,368

Der Geschäftsverkehr in der Vorwoche war ein sehr lebhafter; die fast durchweg günstige Beschickung der Märkte bewirkte in der Preislage, besonders bei Kartoffeln, Rückgänge. Auch Grünwaren wurden billiger gehandelt. Die auf dem Obstmarkte vom Marktamte festgesetzten Preise wurden von den Produzenten größtenteils unterboten. Die Preislage für Birnen und Aepfel mittlerer Sorten war so günstig wie in Friedenszeiten.

Die Situation auf dem Rindermarkte.

Im Vergleiche mit den Schlachtviehmärkten in der abgelaufenen Woche war der Gesamtauftrieb einschließlich des Auftriebes auf den beiden Vormärkten um 847 Stück Schlachtrinder schwächer. Der am Donnerstag abgehaltene Rindermarkt war um zirka 1200 Stück stärker beschickt als der entsprechende Markt in der Vorwoche. Im Hinblick auf das große Angebot verkehrte der Markt in flauer Stimmung und im allgemeinen erfuhr die Preislage im Vergleich zu dem vorangegangenen Hauptmarkt keine Veränderung. Der am Samstag abgehaltene Markt war gleich stark beschickt wie der korrespondierende Markt in der Vorwoche. Die Umsätze waren nicht groß und in der Preislage ergab sich keine nennenswerte Verschiebung.

Der gestrige Hauptmarkt war um zirka 900 Stück regulärer Ware und um zirka 600 Stück Beinlvieh schwächer als der vorwöchige Hauptmarkt beschickt. Das stark verminderte Angebot hatte zur Folge, daß namhafte Preissteigerungen erzielt wurden. In Hochprima farbigen Fabriksochsen sind die Preise infolge des knappen Angebotes um 6 K. pro 100 Kilogramm gestiegen. In Primaochsen sind die Preise gleichfalls um 6 K. in die Höhe gegangen. In den besten Qualitäten von Mittelochsen, deren Angebot schwach war, sind die Preise um 10 bis 12 K. in die Höhe gegangen. Die übrigen Qualitäten von Mittelochsen sowie mindere Ware notierten um 10 bis 15 K. pro 100 Kilogramm höher als vorigen Montag. Nicht weniger fest war die Tendenz in Kühen guter Qualität, deren Preise um 10 bis 15 K. pro 100 Kilogramm gestiegen sind. In Kühen minderer Qualität waren die Preissteigerungen nicht so groß wie bei guten Kühen. Auf dem Stiermarkt war das Angebot kleiner als in der Vorwoche, es entsprach aber vollkommen dem Bedarf. Daher sind die letzten Preise unverändert geblieben. In Beinlvieh, dessen Angebot bedeutend reduziert war, sind die Preise um 6 bis 8 K. pro 100 Kilogramm gestiegen. Büffel waren, da keine angelangt sind, geschäftslos.

Neuerliche Eierzufuhr.

Auf dem Geflügelmarkte im 12. Bezirke, Breitenfurterstraße Nr. 103, ist neuerlich eine große Sendung frischer Eier eingelangt, welche im Laufe der ganzen Woche zum Preise von 2 K. für 15 Stück im großen und im kleinen zum Verkaufe gelangen.

Reichspost
24./VIII. 1915

Aus der Kriegskommission für Konsumenteninteressen. Diese Kommisson befaßte sich in der letzten Wochensitzung mit der Frage der Petroleum-Versorgung, zu welchem Behufe mehrere Vertreter der Petroleumraffinerien und des Petroleumhandels als Experten eingeladen waren. Es wurde festgestellt, daß von einer Petroleumnot nichtgesprochen werden könne, sondern derzeit nur eine vorübergehende Petroleumknappheit herrsche.

[illegible] Die Preise selbst, welche an sich [illegible] zu nennen sind, würden in Zukunft keine weitere Erhöhung erfahren. Zur Frage der Zuckerversorgung wurde berichtet, daß die neugeschaffene Zuckerzentrale nicht sehr erfolgreich amtiere. Man wisse nicht, wieviel Vorräte in den einzelnen Fabriken zur Verfügung stehen. Es werde neuerdings über Waggonmangel geklagt, so daß auch die einem Teil der Konsumentenvereinigungen auf Intervention der Regierung zur Verfügung gestellten Waggons nicht zugeschoben werden könnten.

Reichspost 24./VIII. 1915

Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich.

Wien, IV. Mayerhofgasse Nr. 5, Telephon 55.806.

Durch das Entgegenkommen der „Reichspost" ist es nunmehr der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich möglich, ihren Mitgliedern allwöchentlich über die wichtigsten laufenden Angelegenheiten Mitteilung zu geben. Die Nachrichten werden an dieser Stelle in jeder Dienstag-Morgennummer erscheinen. Wir richten aber nun auch an alle unsere Mitglieder die herzliche Bitte, diese Nummer bestimmt zu kaufen und für deren Benützung auch in den weitesten Kreisen der katholischen Frauenwelt zu arbeiten, damit der Kontakt der katholischen Frauen Wiens und Niederösterreichs mit ihrer Organisation fest und fortlaufend gegeben ist. Keine christliche Hausfrau, die nicht jeden Dienstag Morgen wenigstens die „Reichspost" ersteht und die Rubrik der katholischen Frauenorganisation liest.

Frauenarbeit im Krieg. Unsere nunmehr seit einem Jahr in der Frauenhilfsaktion der Gemeinde Wien — welche über Initiative der Frauenorganisationen ins Leben getreten ist — stehenden Mitglieder erhielten von seiner Exzellenz, dem Herrn Bürgermeister folgendes, eigenhändig unterzeichnetes Schreiben:

„Ein Kriegsjahr liegt hinter uns und gestern hat sich der Tag gejährt, seitdem die Frauenhilfsaktion werktätig miteingegriffen hat, um allen denen, die durch den Krieg in Not gerieten, ratend und helfend beizustehen.

Auf welchem Gebiete der Fürsorge immer ich die Frauen zur Mitarbeit berief: in unserer Zentrale, als Kriegsarmenrätinnen, in den Frauenarbeitkomitees, in den Näh- und Arbeitsstuben, in den Speisestellen, überall haben sie sich unermüdlich, opferwillig und selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und mitgeholfen, Not und Elend zu mildern und Tränen zu trocknen.

Der Ablauf des ersten Kriegsjahres gibt mir den Anlaß, allen den vielen Mitarbeiterinnen der Frauenhilfsaktion für ihre treue Mitarbeit und ihre hervorragenden Leistungen den wärmsten und herzlichsten Dank im eigenen sowohl als auch im Namen der Zentralstelle zu sagen und sie alle, alle zu bitten, sie mögen, getragen von Liebe zu unserer Stadt, erfüllt vom Geiste wahrer Nächstenliebe und treu ihrem mir abgelegten Gelöbnis auf ihren Posten ausharren, so lang die Kriegsnöten und ihre Begleiterscheinungen andauern."

Kurse: Anleitung zum Dörren von Gemüse. Die Gruppe Hetzendorf veranstaltet Mittwoch, den 25. August 1915 im Lokal des städtischen Kindergartens, XII., Hetzendorferstraße 57 einen Vortrag mit Demonstrationen über das Dörren von Gemüse im Einzelhaushalt. Referenten: Fräulein Johanna Weiß, Vorsteherin des christlichen Verbandes der weiblichen Hausbediensteten. Beginn 4 Uhr nachmittags.

Praktische Winke für Küche und Haus. Die Ortsgruppe Neu-Rudolfsheim wird die nächsten Wochen hindurch einen fortlaufenden Kurs von sechs Vorträgen halten, welche folgende Themen behandeln werden:

1. Dörren von Gemüse im Einzelhaushalt (gelbe Rüben, Kohl, grüne Fisolen). 2. Welche Vorteile soll die Hausfrau beim Einsieden beobachten? (Demonstrationen an Birnen, Preiselbeeren, Essigzwetschken). 3. Billigste und beste Zubereitung von Zwetschkenrester, Marmelade, geschälten Zwetschken. 4. Wie sollen wir einlegen? (Demonstrationen an Essiggurken, Gurkensalat, Senfgurken). 5. Verwendung von Paradeisäpfeln (Einsieden und Einlegen) und Schwämme für den Winterhaushalt. 6. Praktische Winke für das Haus. Kursleiterin: Fräulein Pepi Kosik. Ort, Tag und Stunde werden an dieser Stelle noch bekanntgegeben. Regiebeitrag 10 Heller pro Vortrag. Ein ähnlicher Kurs wird von der Bezirksgruppe Währing veranstaltet werden. Anmeldungen im Sekretariat der Katholischen Frauenorganisation, IV. Mayerhofgasse 5.

Seefische statt Fleisch! Keine Hausfrau sollte versäumen, dieses billige, nahrhafte und wohlschmeckende Nahrungsmittel wiederholt auf den Tisch zu bringen. Bei richtiger Zubereitung kein Geruch! Preise: Kabljau: Kronen 1·40 bis 1·60, Seelachs: Kronen 1·20 bis 1·40, Isländischer Schellfisch: Kronen 1·20, Klippfische (Salzfische): Kronen 1·20. Mitglieder der katholischen Frauenorganisation haben in den Filialen der österreichischen Fischhandelsgesellschaft 2% Rabatt. Im Sekretariate der Katholischen Frauenorganisation sind Anleitungen und Rezepte zur Zubereitung von Seefischen gratis zu erhalten.

Zucker: Im Lokal der Katholischen Fräuenorganisation 4. Bezirk. Mayerhofgasse 5, ist noch Einsiedezucker (Kristallzucker zu verkaufen. (89 Heller pro Kilogramm). (Dieser Zucker, der sehr stark süßt, kann auch in vielen anderen Belangen Würfel- oder Staubzucker ersetzen). Zuckerverkauf nur von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr nachmittags und nur gegen Vorweis der hauswirtschaftlichen Legitimationskarte der Katholischen Frauenorganisation. Bestellungen auf Würfelzucker (92 Heller per Kilogramm) können nur in sehr beschränktem Maße noch entgegengenommen werden.

Das Kuratorium zur Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegerwitwen erteilt unentgeltliche Auskunft in allen Fragen und Angelegenheiten, vor welche sich die Witwe eines auf dem Schlachtfelde Gefallenen in bezug auf die nunmehrige Regelung ihrer Verhältnisse, ihrer und ihrer Familienlebenshaltung, ihres Erwerbes und dergleichen gestellt sieht und in welchem sie des Rates und der Hilfe bedarf. Kanzleistunden jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 4 bis 6 im Lokal der Geschäftsstelle, IV. Große Neugasse 8.

Wiener Hausfrauen! Deckt euren Gemüsebedarf am Abend. (Naschmarkt: Jeden Dienstag und Freitag bis 7 Uhr abends!)

Tägliche Rundschau

24./VIII. 1915.

Preußische Minister gegen den Lebensmittelwucher.

Für eine rücksichtslose Anwendung des Enteignungsverfahrens treten preußische Minister ein. Es ist bereits kurz gemeldet worden, daß die zuständigen preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern auf Grund der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerungen vom 23. Juli d. J. das Recht der Enteignung und Uebertragung des Eigentums auf eine andere Person nicht den Gemeinden, sondern den Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin dem Polizeipräsidenten, übertragen haben. Die Ausführungsanweisung der preußischen Minister liegt jetzt im Wortlaut vor. Es heißt darin:

Für das im § 1 der Bundesratsverordnung vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums an Gegenständen des täglichen Bedarfs ist neben der Landeszentralbehörde der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident zuständig. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 2 und 3 der Verordnung (für die Festsetzung von Preisen und die Schlichtung von Streitigkeiten aus der Enteignung) ist der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident. Die Möglichkeit der Uebertragung des Eigentums soll übermäßigen Preissteigerungen bei Gegenständen des täglichen Bedarfs und der Neigung entgegenwirken, solche Gegenstände in der Erwartung ungewöhnlicher Preissteigerung einstweilen dem Verkehr vorzuenthalten. Es liegt im allgemeinen Interesse, wenn das Enteignungsverfahren gegebenenfalls rücksichtslos angewendet wird. Die Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 bietet die Möglichkeit, Aufschluß darüber zu gewinnen, ob ein im Verkehr auftretender Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs durch eine spekulative Zurückhaltung verursacht ist.

Bei der Beurteilung der Frage, ob Gegenstände des täglichen Bedarfs über Gebühr zurückgehalten worden sind, wird häufig die Person des Eigentümers von Bedeutung sein. Sind die Gegenstände von dem Eigentümer in Ausübung seines Berufs zur Veräußerung erzeugt oder erworben, so werden die Voraussetzungen für die Enteignung insoweit nicht gegeben sein, als die Vorräte die Mengen nicht übersteigen, die im regelmäßigen Wirtschafts- und Geschäftsbetriebe zur allmählichen Versorgung des Marktes erforderlich sind und erst nach und nach abgegeben zu werden pflegen. Diese Gesichtspunkte kommen im allgemeinen nicht in Betracht, wenn sich die Gegenstände, namentlich in größeren Mengen, in der Hand von Personen befinden, die sich vor Ausbruch des Krieges nicht mit ihrem Vertriebe befaßt haben. Der Zurückhaltung der Gegenstände ist es gleich zu achten, wenn sie den Verbrauchern und dem Handel nur zum Scheine oder zu übermäßigen, die Möglichkeit von Ankäufen beeinträchtigenden Preisen oder unter Bedingungen angeboten werden, die das Angebot als nicht ernst gemeint erkennen lassen.

Der mit der Verordnung verfolgte Zweck verlangt, daß die zu enteignenden Gegenstände sobald wie möglich dem Verbrauch zugeführt werden. In der Regel werden daher die Gemeinden, ortsansässige Händler oder Konsumvereine, die bereit sind, den Absatz der Gegenstände zu bewirken, als Erwerber in Frage kommen. Ihnen ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die Gegenstände unverzüglich zu einem von der enteignenden Behörde zu bestimmenden oder zu genehmigenden Preise an das Publikum abzugeben. Zur Einleitung des Verfahrens der Uebertragung des Eigentums ist ein Antrag nicht erforderlich. Die örtlichen Verwaltungsbehörden haben, sobald ihnen ein Fall bekannt wird, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen für die Enteignung gegeben sind, unverzüglich, nötigenfalls telegraphisch, die höhere Verwaltungsbehörde zu benachrichtigen und dabei möglichst eine Person zu bezeichnen, die bereit ist, die zu enteignenden Gegenstände zum Verkauf zu übernehmen. Vor dem Erlaß der Anordnung, durch die das Eigentum übertragen wird, ist der Besitzer der Gegenstände zu hören, falls ihm nicht bereits bei den Erhebungen über die Zulässigkeit der Enteignung Gelegenheit zur Aeußerung gegeben ist.

Der Uebernahmepreis ist, falls nicht etwa ein niedrigerer Höchstpreis besteht, in der Regel in Höhe des Einkaufspreises, bei selbsterzeugten Gegenständen in Höhe der Herstellungskosten festzusetzen. Sind die Gegenstände zu diesem Preise nicht verwendbar, so ist der Uebernahmepreis entsprechend niedriger festzusetzen. Dies gilt nicht für die nach dem 23. Juli 1915 aus dem Ausland eingeführten Gegenstände. Auf die Anhörung von Sachverständigen kann im Einverständnis mit dem bisherigen Besitzer der Gegenstände verzichtet werden. Die Fälligkeit des Uebernahmepreises ist bei der Festsetzung zu bestimmen. Kann der Uebernahmepreis nach Lage der Verhältnisse nicht sofort ermittelt werden, so ist eine angemessene, sofort fällige Abschlagzahlung festzusetzen. Die Uebertragung des Eigentums und die Zuführung der enteigneten Gegenstände an den Verbrauch dürfen dadurch nicht aufgehalten werden, daß die Festsetzung des Uebernahmepreises nicht sofort erfolgen kann. Die baren Auslagen des Verfahrens, insbesondere die den Sachverständigen zu gewährende Vergütung, sind in der Regel dem bisherigen Eigentümer der Gegenstände aufzuerlegen; sie können bei der Festsetzung des Uebernahmepreises berücksichtigt werden. Gebühren werden nicht erhoben.

In der Tagespresse erscheinen zahlreiche Anzeigen, in den unter die Verordnung fallende Gegenstände in größeren Mengen zum Verkauf angeboten werden. Insoweit solche Anzeigen unter Chiffre erfolgen oder ersichtlich von Personen ausgehen, die weder Erzeuger sind, noch in den angekündigten Waren berufsmäßig Handel treiben, liegt der Verdacht nahe, daß mit ihnen reine Spekulationszwecke verfolgt werden. Derartigen Fällen ist deshalb nachzugehen und zu prüfen, ob ihnen nicht ein unter die Vorschriften der Verordnung fallender Tatbestand zugrunde liegt.

Frankfurter Zeitung
24./VIII. 1915

Die Lebensmittelfrage.

Zustimmung im Großen, Kritik im Einzelnen. — Das preußische Landwirtschaftsministerium als Vertretung großagrarischer Interessen. — Höchstpreise für Gerste und Malz. — Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen.

E **Berlin**, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Mit großer Gründlichkeit hat heute der Reichstag die Besprechung der Lebensmittelversorgung fortgesetzt. Es wurden noch mancherlei Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Warme Anerkennung für das Geleistete wechselte ab mit mehr oder minder scharfem Tadel wegen unterlassener oder falscher Maßnahmen. Aber trotz dieser Kritik im Einzelnen erklärten sich auch die heutigen Redner, die aus den Reihen der Nationalliberalen, Konservativen, der Reichspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten kamen, mit dem im vorigen Jahre geschaffenen großen Organisationswerk einverstanden. Immer und immer wieder klang auch die Ueberzeugung durch, daß wir jetzt im neuen Erntejahre nicht bloß mehr die Hoffnung haben können, mit unsern selbst erzeugten Vorräten auszukommen, sondern daß wir das nach den Erfahrungen des abgelaufenen Erntejahres mit Bestimmtheit wissen. Insofern hat die Besprechung, die trotz aller Ausführlichkeit an neuen Gedanken nicht viel brachte, doch ihr Gutes gehabt. Ebenso war auch wertvoll, daß die Debatte einem Vertreter landwirtschaftlicher Interessen, dem Führer des liberalen Bauernbundes Abg. Böhme, Gelegenheit gab, von dem eigenen Lande festzustellen, daß die landwirtschaftlichen Organisationen den Wunsch nach Erhöhung der Brotgetreidepreise nicht geäußert hätten, denn die Höchstpreise seien völlig ausreichend. Mit Bedauern konstatierte er dabei, daß allerdings das preußische Landwirtschaftsministerium unter Verkennung aller sozialen Rücksichten auf eine Erhöhung dieser Sätze hingearbeitet habe. Zum Glück seien diese Bestrebungen an der sozialen Einsicht der Mehrheit des Bundesrats gescheitert. Dieser nationalliberale Redner führte auch noch eine Reihe anderer Beispiele an, die erkennen ließen, daß das preußische Landwirtschaftsministerium seine Wirtschaftspolitik unter den Gesichtswinkel der großagrarischen Interessen eingestellt hat, und daß darunter die Landwirte sehr zu leiden hätten. Für durchaus berechtigt halten wir sein Verlangen, daß bei der Kleieverteilung auf die viehzüchtenden kleinen Landwirte mehr Rücksicht genommen wird als bisher. Den entgegengesetzten Standpunkt wie der Vertreter des Bauernbundes nahm der Reichsparteiler Frhr. v. Gamp ein, dessen Ausführungen auch erkennen ließen, wie schwer es manchem eingeschworenen Parteipolitiker wird, sich den Lehren des Krieges zu beugen.

Ein starker Interessengegensatz klafft zwischen den norddeutschen und süddeutschen Anschauungen über die Gerstehöchstpreise. Die süddeutschen Stimmen, denen der Zentrumsabg. Pfleger Ausdruck verlieh, wünschen für Braugerste und Malz die Festsetzung der Höchstpreise, während die Norddeutschen, für die der Konservative Arnstadt sprach, die Maßnahme der Regierung billigen, wonach für Braugerste und Malz Höchstpreise nicht zur Anwendung kommen sollen. Von seinem bayerischen Standpunkt aus brachte der Zentrumsredner manche beachtenswerte Gründe für eine Preisbegrenzung von Gerste und Malz vor. Zu der gegründeten Gerstenverwertungsgesellschaft hat er wenig Zutrauen, und er fürchtet, daß sie ebenso wie die Kriegsgetreidegesellschaft für einen großen Teil ihres Personals eine Versicherungsgesellschaft gegen Schützengrabengefahr werden könnte. Als er auf diese erfreulicherweise im Deutschen Reich eine seltene Ausnahme bildende Nebenerscheinung der Kriegsgetreidegesellschaft hinwies, hatte er den lebhaften Beifall auf allen Bänken des Hauses, zumal er hinzufügen konnte, daß inzwischen durch eine Nachmusterung Abhilfe geschaffen worden ist. Herr Pfleger nahm sich auch der unter der Einschränkung des Exports und der Bierbrauerei schwer leidenden Hopfenbauern mit Nachdruck an. Der Unterstaatssekretär Michaelis, der Vorsitzende der Kriegsgetreidegesellschaft, gab auf mancherlei Anfragen, die in der Kommission und im Plenum an ihn gerichtet worden waren, Auskunft über die Spannung, die zwischen dem Getreide- und dem Mehlpreise bestände. Gewiß sei diese Spannung höher als in Friedenszeiten. Aber das erkläre sich aus mancherlei technischen Dingen, vor allem daraus, daß für das ganze Jahr ein einheitlicher Preis beibehalten werden müsse; außerdem verursachen die Lagerung und die Konservierung höhere Kosten, die dann in dem Mehlpreis ihren Ausdruck fänden. Selbstverständlich werde alles geschehen, um den Mehlpreis so niedrig wie möglich zu halten. Einmütigkeit herrschte auch heute wieder darüber, daß gegen die preistreibende Spekulation mit den entschiedensten Mitteln eingeschritten werden müßte.

Die von dem Staatssekretär Dr. Delbrück am Samstag angekündigten scharfen Strafmaßnahmen fanden bei allen Redner Billigung. Am Dienstag wird die Aussprache ihren Fortgang nehmen.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde übrigens noch das Gesetz zum Schutze der Schwesterntrachten einstimmig und endgültig angenommen.

(Ausführlicher Bericht.)

N Berlin, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Nach den Ausführungen des Abg. Arnstadt (kons.) ergreift das Wort

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.): Er betont, daß bei uns die Teuerungsverhältnisse nicht so schlimm liegen wie in England. Die Angriffe des Abgeordneten Quarck gegen die Landwirte waren durchaus unberechtigt, aber ich will mich damit nicht weiter beschäftigen. Anders liegt es bei Herrn Gothein, der doch ein feiner Mann ist. (Große Heiterkeit.) Er hat hier einen größeren Landwirt angegriffen, er hat ihm Umgehung des Gesetzes vorgeworfen. Das muß er näher belegen. So allgemein kann der Vorwurf nicht erhoben werden. (Abg. Gothein ruft: Der Mann hat sich für sein eigenes Getreide 2 Mark bezahlen lassen.) Das kann er doch wohl. Warum soll ein Großgrundbesitzer nicht sein eigener Kommissionär sein? Die Brotversorgungsregulierung hat sich im allgemeinen bewährt, und die Aenderungen, die notwendig waren, haben wir jetzt getroffen. Daß der Höchstpreis für Gerste und Hafer so hoch genommen worden ist, ist durchaus berechtigt bei den teuren Futtermitteln. Die Kartoffelversorgung hat im vorigen Jahre deshalb zu so viel Enttäuschungen geführt, weil man die privaten Eindeckungen nicht in Betracht zog. Die Behauptung, daß Arbeiterfrauen auf dem Lande Not litten, ist unrichtig. Der Großgrundbesitzer sorgt für sie in ausreichendem Maße. Auch die Großindustrie läßt die Frauen und Kinder der eingezogenen Krieger keine Not leiden. Wer zu leiden hat, das sind die Frauen und Kinder der kleinen Gewerbetreibenden. Hier muß die Allgemeinheit helfen.

Unterstaatssekretär Michaelis: Man weist mit Recht auf die hohe Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen hin, und man hat keinerlei Möglichkeit gefunden, sie zu beseitigen. Der Unterschied ist eben begründet darin, daß das Geschäftsgebahren der Händler in Friedenszeiten ein anderes ist, als das der Getreidestelle in Kriegszeiten sein kann. Dazu kommt, daß die Getreidestelle eine allzu große Reserve an Getreide in das neue Jahr hinübernehmen und also auch lagern sollte. Wir müssen auf der anderen Seite einen gleichmäßigen Mehlpreis haben. Die Kommission hat sich mit diesen Dingen eingehend beschäftigt, aber kein Mittel ausfindig gemacht, die bestehenden Maßnahmen zu beseitigen.

Abg. Segitz (Soz.) führt aus, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland eine Höhe erreicht haben, die sachlich nicht gerechtfertigt ist, und die auf eine gewissenlose Spekulation zurückzuführen ist. Dagegen muß man mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Die Gemüsepreise sind zu Phantasiepreisen emporgestiegen. Die Besohlung von Schuhen ist nicht mehr zu bezahlen. Der Redner belegt das

Frankfurter Zeitung

Die Lebensmittelfrage 24/8. 915.

II.
69

mit Preisen, wie sie in Nürnberg bezahlt werden müssen. Ein wahres Glück ist es, daß die Konsumvereine preisdrückend wirken. Am meisten leidet unter dieser Teuerung die Arbeiterbevölkerung. Je geringer das Einkommen, desto höher prozentual die Ausgaben für Lebensmittel. Eine Erhöhung der Brotration kann zweifellos eintreten. Davon bin ich überzeugt.

Abg. Pfleger (Zentr.) warnt davor, heute schon übertriebene Forderungen und Prophezeiungen aufzustellen. Man muß abwarten, wie sich die Ernteergebnisse gestalten werden, und das ist besonders notwendig bei Kartoffeln, wobei man heute noch nicht mit fertigen Plänen hervortreten soll. Der Redner bespricht dann die schlechte Lage auf dem Hopfenmarkte. Die Ausfuhr in Hopfen hat im vorigen Jahre gestockt, und so haben sich große Lager angesammelt. Wir haben auch in diesem Jahre wieder eine größere Ernte zu erwarten. Es ist zu befürchten, daß nicht einmal die Produktionskosten aufgebracht werden. Die Notlage der Hopfenbauern ist sehr groß, und hier muß die Regierung helfend eingreifen. Die Lösung der Frage ist nicht ganz leicht. Die Festsetzung von Mindestpreisen ist deshalb nicht praktisch, weil noch sehr große Vorräte bleiben, die wegen der Reduzierung des Braukontingents keinen Absatz finden konnten. Vielleicht läßt sich aber doch durch eine Organisationsmaßnahme ein Weg finden, es muß allerdings sehr rasch eingegriffen werden, sonst erleben wir es, daß man viel zu sehr nachhinkt. (Sehr richtig.) Die Festsetzung von Höchstpreisen für Braugerste und Malz haben wir für unbedingt notwendig gehalten. Wenn man nicht unverzüglich Höchstpreise für Malz festsetzt, wird der Wucher noch größere Dimensionen annehmen, als es an und für sich schon der Fall war. Die Malzpreissteigerung hatte keine innere Berechtigung. Der Preistreiberei hätte durch Höchstpreise gesteuert werden müssen. Es ist aber nichts geschehen. Die kleinen und mittleren Brauereien haben darunter besonders schwer gelitten. Man muß es bedauern, daß die Regierung dieser ungesunden Preistreiberei nicht mehr entgegengetreten ist. Es ist sonderbar, daß das Reichsamt des Innern es nicht für der Mühe wert gehalten hat, bayerische Interessenten zu Rate zu ziehen und sich über süddeutsche Verhältnisse zu informieren. Eine Reihe von kleinen Betrieben mußte aufhören; sie mußten Arbeiter entlassen. Viele Erntearbeiter konnten kein Bier erhalten, und die Bauern sind an Bier gewöhnt, sie brauchen es für ihre Arbeit. Für das kommende Jahr muß auf diesem Gebiete einmal Wandel geschaffen werden. Leider ist ganz geringe Hoffnung, daß die vorgeschlagene Regelung genügt. Bei der Gersteverwertungs-Gesellschaft werden die Betriebe, die früher nichts von deutscher Gerste verarbeitet haben, gleich behandelt mit allen übrigen Betrieben. Und das ist ungerecht. Vor allem ist der Süden benachteiligt, und ich möchte darüber Auskunft haben, warum muß denn diese Genossenschaft wieder ihren Sitz in Berlin haben. Harten Tadel verdient die Kriegsgetreide-Gesellschaft, die eine Art Versicherungs-Gesellschaft gegen Geschützgefahr war. Angestellte mit hohen Gehältern begnügten sich mit geringen Einkommen, weil sie bei der Kriegsgetreide-Gesellschaft als unabkömmlich bezeichnet wurden. (Hört, hört!) Ein derartiges Vorgehen ist einfach unerhört. Eine Nachmusterung hat ergeben, daß fast 80 Prozent von diesen Leuten für felddiensttauglich bezeichnet wurden. Diese Erfahrungen hätten uns davor bewahren sollen, weitere Gesellschaften nach Berlin zu verlegen. Wir wissen überhaupt noch nicht, ob die Gerste-Verwertungs-Gesellschaft ihre Aufgabe wird erfüllen können. Wenn die Gesellschaft keine hohen Preise zahlt, bekommt sie keine Gerste, und zahlt sie die hohen Preise, so wird die Gerste-Verwertungs-Industrie geschädigt, und die bayerischen Bauern werden durch die hohen Preise, die sie für Bier bezahlen müssen, schwer geschädigt. Deshalb müssen Höchstpreise für Gerste und Malz festgesetzt werden. Bei Saatgetreide ist es zweifellos manchmal nicht mit ganz rechten Dingen zugegangen. Wir hoffen, daß die vorhandenen Mängel werden beseitigt werden, damit der noch vorhandene Unmut verschwindet.

Dienstag, 3 Uhr, Fortsetzung der heutigen Debatte.

Frankfurter Zeitung
24./VIII. 1915.

Deutscher Reichstag.

N **Berlin**, 23. Aug. (Priv.-Tel.)

Der Gesetzentwurf betr. den Schutz der Berufstrachten und Berufsabzeichen in der Krankenpflege wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf betr. des Reichsmilitärgesetzes und des Gesetzes betr. Aenderung der Wehrpflicht. — Darauf wird die Beratung der Resolutionen zur

Ernährungsfrage

fortgesetzt.

Abg. Böhme (Natl.): Der Ausbruch des Krieges hat uns auf dem Gebiete der Ernährung anfangs Schwierigkeiten gemacht, namentlich wegen des Mangels an Futtermitteln, der besonders empfindlich sein mußte, weil wir niemals einen so hohen Viehstand gehabt haben als bei Ausbruch des Krieges. Diese Schwierigkeiten sind überwunden worden. Der Wunsch nach Erhöhung der Getreidehöchstpreise ist von landwirtschaftlichen Kreisen nicht ausgegangen. Wir möchten den Herrn Staatssekretär bitten, sich hierzu zu äußern. Stecken vielleicht jene amtlichen Stellen dahinter, die bereits durch eine offiziöse Notiz darauf vorbereiteten? Die Erhöhung der Preise für Hafer und Gerste rechtfertigt sich durch die erhöhten Dünge- und Arbeitskosten. Mehrfache Klagen bestehen über die Verteilung der von der Heeresverwaltung als unbrauchbar ausgemusterten Pferde. Die Landwirtschaftskammer in Posen hat besondere Verlosungen für kleine Besitzer und Großgrundbesitzer veranstaltet, und das preußische Landwirtschaftsministerium hat es in 10 Wochen noch zu keinerlei Antwort auf Beschwerden darüber gebracht. Die Preise für Futtermittel sind weit mehr gestiegen als die Fleischpreise. Gerade der kleine Landwirt mit verhältnismäßig hohem Viehstande hat es in dieser Zeit schwer. Deshalb ist es bedauerlich, wenn die Regierung Maßnahmen getroffen hat, die gerade den kleinen Landwirt besonders schwer treffen. Das gilt z. B. von den Bestimmungen über die Verteilung der Kleie. Das gilt auch von den Bestimmungen über die Beschlagnahmungen der Gerste, die viel böses Blut gemacht haben. Man versteht nicht, wie der preußische Landwirtschaftsminister seine Zustimmung dazu hat geben können. Nötig ist die Einführung von Höchstpreisen für Samen, wenn nicht gar eine Beschlagnahme. Die Preissteigerung für Kartoffeln, wie sie im vergangenen Jahre stattgefunden hat, darf sich unter keinen Umständen wiederholen. Es müssen rechtzeitig Maßnahmen dagegen getroffen werden, eventuell eine Beschlagnahme der Bestände der größeren Wirtschaften. Besonders groß sind die Klagen über den Wildschaden. In Schleswig-Holstein werden ganze Getreidefelder vom Wild kahl gefressen. Es zeigt auch von Mangel an Verständnis der heutigen Zeit, wenn jetzt noch Verbote gegen das Sammeln von Beeren und Pilzen ergehen. Aus sozialen Rücksichten sollte man die kleinen Mühlen stärker beschäftigen. Der Hopfen ließe sich als Kompensationsobjekt zum Austausch von Produkten mit dem neutralen Ausland benutzen. Gegen den Lebensmittelwucher müsse mit allen Mitteln eingeschritten werden.

Abg. Arnstadt (kons.): Die Landwirtschaft hat allerdings beim Beginn des Krieges nicht unter erhöhten Produktionkosten gelitten, und ihretwegen hätten die Höchstpreise erheblich niedriger sein können, wenn man die Höchstpreise sofort eingeführt hätte und nicht gerade erst zu einer Zeit, wo die Ernte bereits im Besitz der Händler war. Es sei ungerecht, wenn die Landwirtschaft zu Gunsten der meisten Interessenten Opfer bringen sollte. Die Gersteverwertungsgesellschaft soll aber dafür sorgen, daß der Preis nicht gedrückt wird. Wir sind gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für Braugerste. Wir halten das bei Qualitätsware nicht für richtig. — unsere süddeutschen Kollegen sind allerdings ander Ansicht. Wenn allerdings die Preise zu hoch würden, dann müßte man auf Grund der Höchstpreise eingreifen. Wenn nun aber die Gersteverwertungsgesellschaft den Preis drücken wird, was geschieht dann? Wir haben bis jetzt keine Antwort darauf bekommen. Ich frage den Staatssekretär noch einmal danach. Wie man dafür sorgen, daß der Preis nicht zu hoch steigt, so muß man auch dafür sorgen, daß er nicht zu sehr gedrückt wird. Beim Hafer liegen die Dinge sehr ungünstig. Wir werden nicht mehr als drei Pfund Hafer haben für das Pferd. Die Landwirtschaft bringt in diesem Krieg große Opfer. Wir verlangen sie nur auch von den Konsumenten. Wenn den Landwirten Wucher vorgeworfen wird, so trifft das nicht zu. Die Landwirtschaft erzeugt ihre Produkte jetzt unter den größten Schwierigkeiten. Allerdings wo Wucher sich zigt, und es ist nicht zu leugnen daß er vorgekommen ist, da muß mit den stärksten Mitteln eingegriffen werden. Dem fortschrittlichen Antrag auf Zulassung von Sacharin können wir nicht zustimmen, und so notwendig wir auch Futtermittel gebrauchen könnten, so ist bei der jetzigen Haltung Rumäniens nicht auf eine stärkere Zufuhr aus diesem Lande zu rechnen. Aber Gott sei dank, können wir auch so auskommen. Denn das ist unsere feste Ueberzeugung, wir werden auch im neuen Kriegsjahr gut durchkommen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Vossische Zeitung
24./VIII. 1915

Wünsche des Reichstages zu den Ernährungsfragen.

Nachdem am Anfang der gestrigen Reichstagssitzung zunächst der Gesetzentwurf über den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege in dritter Beratung und ebenso der Gesetzentwurf über Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und des Gesetzes betr. Abänderungen der Wehrpflicht in zweiter und dritter Beratung debattelos angenommen worden waren, wurde die Erörterung der Fragen der Volksernährung fortgesetzt. Der erste Redner, der nationalliberale Abg. Dr. Böhme, flocht in seine Ausführungen über die Getreidehöchstpreise gewisse Spitzen gegen den preußischen Landwirtschaftsminister ein. Er brachte des weiteren eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vor; so beklagte er z. B. die Höhe der Futtermittelpreise und rügte scharf die Beschlagnahme der Futtergerste auch bei Kleinbetrieben. Ferner verlangte er Maßnahmen gegen den Saatgutwucher und eine wirksamere und umfassendere Bekämpfung der Wildschäden. Der konservative Abg. Arnstadt bekämpfte die auf eine Herabsetzung der Getreidehöchstpreise abzielenden Bestrebungen und meinte, es ginge der Landwirtschaft, die große Opfer zu bringen habe, keineswegs so rosig, wie es von Rednern der Linken dargestellt werde.

Abg. Frhr. v. Gamp von der Reichspartei polemisierte in einem Tone, den man an ihm gewohnt ist, der aber zum Burgfrieden eigentlich wenig stimmen will, gegen Aeußerungen, die die Abgeordneten Gothein und Dr. Quarck am Sonnabend getan hatten, und bemängelte es, daß die Reichsgetreidestelle die Mehlpreise nicht ermäßige. Diese Kritik rief den Leiter der Reichsgetreidestelle, den Unterstaatssekretär Michaelis auf den Plan, der die Gründe auseinandersetzte, aus denen zurzeit eine Ermäßigung der Mehlpreise nicht möglich sei. Mit dem bayerischen sozialdemokratischen Abgeordneten Segitz begann dann die zweite Reihe der Redner zum Thema der Volksernährung. Er trat Herrn v. Gamp entgegen, richtete heftige Angriffe gegen die Höhe der Lebensmittelpreise und besprach zum Schluß die bayerischen Verhältnisse, nicht ohne die Anwendung der schroffsten Mittel gegen die Auswucherer des Volkes zu befürworten. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger, gleichfalls ein bayerischer Vertreter, warnte vor vorzeitigen Maßnahmen in der Kartoffelversorgung. Er beleuchtete die Notlage der Hopfenbauer, verlangte die Einführung von Höchstpreisen für Malz und warf die Frage auf, warum die Reichsgesellschaften für die Versorgung mit den einzelnen Stoffen sämtlich in Berlin sitzen, wobei er sich in wunderlichen Wendungen über die als unabkömmlich reklamierten Beamten der Kriegsgetreidegesellschaft erging. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die auf 3 Uhr anberaumt ist, steht außer der Weiterführung der abgebrochenen Beratungen der Vertagungsantrag des Bundesrats.

Den Sitzungsbericht veröffentlichen wir in der dritten Beilage.

Neue Freie Presse Abendbl. 24./VIII. 1915

Der heutige Kartoffel-, Gemüse- und Obstmarkt.

Wien, 24. August.

Während die Zufuhren in Kartoffeln und Gemüse anläßlich des heutigen Großmarktes auf dem Naschmarkt gleichgeblieben sind und auch die Preise sich wenig verändert haben, war der Obstmarkt überaus reich beschickt. Es ergaben sich folgende Preise. Erdäpfel rund, niederösterreichische und ungarische, gelb 23 H. bis 24 H., weiß und rot 22 H. bis 23 H., Erdäpfelkipfler 31 H. bis 32 H. Slowakische Karotten 24 H. bis 28 H. Zwiebel, Gärtner und slowakische Ware 56 H. bis 60 H., Makoer bis 62 H. In Knoblauch hat sich heute ein sehr unsicheres Geschäft entwickelt, insbesondere in Makoer Ware, in der fortwährende Preiserhöhungen von auswärts sich zeigten. Makoer Knoblauch stieg auf 1 K. 44 H. bis 1 K. 76 H. Slowakischer Knoblauch war wenig vorhanden und wurde um 1 K. 4 H. bis 1 K. 16 H. gehandelt. Spinat per Kilogramm 44 bis 52 H. Grüner Kohl, klein per Stück 4 bis 7 H., mittel 8 bis 11 H., groß 12 bis 14 H. Kohlrabi 30 Stück 1 K. bis 2 K. 60 H. Kochsalat 30 Stück 1 K. 40 H. bis 2 K. 60 H. Karfiol 30 Stück 3 K. bis 8 K. Rotkraut 3 K. bis 7 K. 50 H., Weißkraut, Gärtner- und slowakische Ware, per Kilogramm 21 bis 23 H. Häuptelsalat per Stück, klein 6 bis 8 H., mittel 9 bis 10 H., groß 11 bis 12 H. Grüne Bohnen 28 bis 32 H., gelbe Bohnen 32 bis 36 H., grüne Erbsen in Schotten 90 H. bis 1 K. 4 H., Paradeiser, ungarische Ware, 34 H. bis 42 H., Gärtnerware 40 H. bis 48 H., Gurken, Prima- und Sekundaqualität, ungarische Ware, per Kilogramm 18 H. bis 23 H., Ausschuß 12 H. bis 13 H., niederösterreichische Primawaare 24 H. bis 25 H. Als Luxusartikel wurden kernlose Schlangengurken behandelt und nicht notiert. Znaimer Einlegegurken, groß, kosteten 38 H., klein, 48 H. Viel billiger sind Rötlinge geworden, sie kosteten 60 H. bis 72 H. per Kilogramm. Herrenpilze wurden per Kilogramm um 2 K. 40 H. bis 3 K. 8 H. verkauft.

Eierpreise sind gleich geblieben. Man gab 16 Stück für 2 K. im Detailhandel ab.

Wie oben erwähnt, war der Obstmarkt überaus reich beschickt, insbesondere niederösterreichische Ware. Niederösterreichische Bauernbirnen in allen Arten und Qualitäten waren um 28 bis 48 H. erhältlich. Niederösterreichische Aepfel 28 bis 50 H., ungarische Aepfel bis 60 H., große ungarische Strudler bis 72 H. Niederösterreichische Zwetschken 32 bis 50 H. In der Nähe des Amtshauses wurde auch eine Partie wunderschöner niederösterreichischer Zwetschken verkauft, die mit dem höheren ungarischen Preissatze abgegeben wurden. Ungarische Zwetschken kosteten nämlich 68 H. Slawonische Zwetschken stellten sich auf bis 64 H. Ungarische Weintrauben, Primaqualität, kosteten 1 K. 48 H. bis 1 K. 92 H., sekunda bis 1 K. 52 H. Zum erstenmal waren auch Pfirsiche notiert, die im allgemeinen einen Durchschnittspreis von 1 K. 20 H. per Kilogramm erreichten.

Neues Wiener Tagblatt
25./VIII. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Der Verkehr auf den Lebensmittelmärkten.

Unter dem Einflusse des abnehmenden Konsums gegen Monatsschluß wickelte sich der Verkehr auf den gestrigen Lebensmittelmärkten trotz des fleischlosen Tages in wenig lebhafter Stimmung ab. Mit Ausnahme der Viktualienmärkte, die von den Hausfrauen ziemlich gut besucht waren, war die Käuferbeteiligung auf allen andern Approvisionierungsmärkten eine schwächere. Von Wildbret wurden Rebhühner und Fasane zum Verkaufe gebracht. Angebot in allen andern Artikel minimal. Von Geflügel kamen nur böhmische und ungarische Gänse in Betracht. In Fischen haben die Ankünfte der Nachfrage vollkommen entsprochen. In den Preisen ist gegen die Vorwoche eine Veränderung nicht zu konstatieren. Auch Rindsinnereien blieben trotz der höheren Einkaufspreise auf dem letzten Montagrindermarkte unverändert. Nachstehend die festgesetzten Innereiendetailpreise:

Rindslunge K. 1.60 pro Kilogramm; Rindsleber, -herz und -milz K. 2.60 pro Kilogramm; Rindshirn K. 2.40 bis K. 3.— pro Kilogramm; Rindsnieren K. 2.— bis K. 2.60 pro Kilogramm; Kuheuter, frisch, K. 1.10 pro Kilogramm; Kuheuter, gekocht, K. 1.80 pro Kilogramm; Fleckzeug, geputzt, K. —.90 pro Kilogramm; Fleckzeug, gekocht, K. 1.20 pro Kilogramm; Kalbsbeuschel K. 4.— pro Kilogramm; Kalbsleber K. 4.80 pro Kilogramm; Kalbshirn K. 2.— pro Stück; Schweinsbeuschel K. 3.80 pro Kilogramm; Schweinsleber K. 4.— pro Kilogramm; Schweinsnieren K. 4.40 pro Kilogramm; Schweinshirn K. —.60 pro Stück; Kalbsgekröse, geputzt, K. 1.60 pro Stück.

Ein Ernährungsplan!

Zwei Absichten leiteten uns bei der Schilderung der Erfahrungen, welche Deutschland bei der Regelung der Brotfrucht- und Kartoffelversorgung gemacht hat.

Erstens wollten wir unserer Oeffentlichkeit sinnfällig vorführen, welch unschätzbaren Wert für ein Volk der wissenschaftliche Geist besitzt, und zugleich ihr ins Gewissen schreien, daß wir Oesterreicher doch endlich begreifen lernen, daß er uns fehlt und was uns dadurch fehlt. Da wir schon einmal zur Oberflächlichkeit neigen und also mit einem Schlagwort uns sogleich beruhigen, ist bei uns alle Welt übereingekommen, zu sagen: Deutschland hat eine gute Verwaltung. Unsere Schilderung verrät, daß auch die Regierung Deutschlands schwere Fehler begangen hat. Was uns von den Reichsdeutschen unterscheidet, ist, daß sich alle Hochschulen, alle wissenschaftlichen Anstalten, alle Oekonomiedirektionen, alle industriellen und kaufmännischen Korporationen, alle statistischen Landes- und Stadtämter, kurz, daß sich das ganze geistige Deutschland außerhalb der Bürokratie mit allen Volksproblemen befaßt, sie mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft durchleuchtet und die Regierungen Schritt für Schritt weiter geführt hat. In der Bürokratie selbst hat unter dem Zwange der Not der bürgerlich-wissenschaftliche Einschlag sofort den junkerlich-herrischen zurückgedrängt in einer so frappanten Weise, daß Deutschland mit einemmal als reiner Fürsorgestaat erschien, als ob es die Reitpeitsche des Junkers nie gekannt hätte. Ohne Zweifel hat sich innerhalb der herrschenden bourgeoisen Klassen Deutschlands eine Umschichtung vollzogen, die geschichtlich bedeutsam ist, da sie sogar Heer und Flotte ergriff. Von den großen Generalen, Admiralen ist die große Ueberzahl bürgerlich, der Armee- und der Marineapparat wird ganz als Maschine, wird industriell, vom Gesichtspunkt der Fabrik aufgefaßt und nicht mehr vom Gesichtspunkt des Gutshofes. Industrie und Wissenschaft bemächtigen sich der bürgerlichen Vorstellungswelt und beherrschen sie, und sie durchdringen und bestimmen auch den bürgerlichen Staat. In den Tatsachen geht auch bei uns Aehnliches vor, aber ohne den geistigen Ausdruck der Tatsachen: die Industrie Oesterreichs ist stumm, die Wissenschaft schweigt, der öffentliche Geist ist stumpf. Statt der Welt auszudeuten, was im Innern der bürgerlichen Gesellschaft vorgeht, verliert sich die Literatenwelt Oesterreichs ins Episodenhafte, Individuelle und produziert schöngeistige Schnaken. Dadurch entbehrt die Staatsverwaltung jedes Antriebs von der Gesellschaft aus. Jetzt erfahren wir erst, welch ein Schaden es ist, alle Katheder mit Setzlingen aus der Bürokratie zu bepflanzen. Mit wenigen Ausnahmen besitzt unsere Wissenschaft kein Eigenleben. Die österreichische Oeffentlichkeit ist um einen großen, wertvollen Teil ihres Inventars verkümmert, der gärende Sauerteig der Erneuerung ist eingedorrt. Wir müssen das empfinden lernen, sonst wird es nicht anders.

Der zweite Grund, warum wir die vereinten Bemühungen von Staat und Gesellschaft Deutschlands um eine planmäßige Nahrungsfürsorge mit ihren oftmaligen Umschlägen geschildert haben, ist die Pflicht, uns allen tief ins Bewußtsein einzuprägen, daß etwas und wie viel mit öffentlichen Mitteln zu richten geht! Man sieht deutlich aus den Versuchen eines Jahres: Man kann sich Ziele setzen, die weit über das hinausgehen, was bisher als erreichbar vorgestellt ist, man kennt endlich Mittel, die wirken! Man hat durch sorgfältige statistische Beobachtung — etwa wie ein Arzt nach der Verabreichung eines Heilmittels die Pulsschläge zählt und mißt, die Temparatur-schwankungen ablieſt und die Wirkung des Heilmittels von Sekunde zu Sekunde verfolgt — genau festgehalten, welchen Einfluß beispielsweise das Körnerverfütterungsverbot und künstlich niedriggehaltene Kartoffelpreise auf den Viehstand haben. Bestimmte Mittel haben ihn binnen drei Monaten unerhört gesteigert, die entgegengesetzten unerhört herabgedrückt, und so fort.

Mit einem Worte: Der Beweis ist nahezu experimentell geführt worden, daß eine systematische Volksernährungspolitik größten Stils möglich ist. Das ist ein heute noch gar nicht abschätzbarer wissenschaftlicher und praktischer Gewinn, der mit der Zeit die wirtschaftliche Praxis der Staaten umwälzen muß. Wir Sozialdemokraten finden darin freilich nur die Bestätigung längst gehegter Auffassungen, wir wußten längst, daß Hunger, Unterernährung, falsche Ernährungsrichtung nicht unabänderliche Naturgesetze, sondern Ausfluß der Planlosigkeit unserer ganzen Volkswirtschaft sind. Wir haben in Oesterreich schon vor Jahren ein Ministerium für Volksernährung gefordert, lange bevor der deutsche Reichstag an das gedacht hat, was er jetzt vollbringt, eine Reichszentralstelle für Nahrungsfürsorge zu schaffen.

Zugleich haben wir erfahren, welch entsetzliche Gefahren Mängel und Fehler auf diesem Gebiet heraufbeschwören können. Ohne die Erhebung vom 1. Dezember 1914 und ohne all die erzählten Maßregeln schleunigster Umkehr, ohne das systematische Viehkeilen und Schweineschlachten vom Jänner bis März 1915 wäre Deutschlands Industrievolk im Mai, Juni und Juli beinahe ohne Brot und Kartoffeln dagestanden!

Unser Industrievolk hat sich kläglich mit Mais durchgeholfen. Man stelle sich aber nur einen Augenblick vor, daß nicht wir und Deutschland sich in denselben Maisvorrat hätten teilen müssen, und wird die Größe der Katastrophe begreifen, vor der Deutschland und wir gerettet worden sind!

Wir lernen daraus nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die gebieterische Notwendigkeit eines Ernährungsplanes! Schon beginnen wir wieder in Optimismus und in Leichtsinn zu versinken, weil es ja im Augenblick leidlich geht. Aber wo sind die Bürgschaften für den Winter und für das kommende Frühjahr? Wann werden die Ernteergebnisse veröffentlicht? Wie lauten die Verträge mit Ungarn?

Wichtiger aber als all das ist die Auseinandersetzung zwischen Mensch und Haustier, die nach den deutschen Erfahrungen des ersten Kriegsjahres unumgänglich ist. Der österreichische Landwirt ist weder so geschult noch so zum Gemeinsinn erzogen, daß ihm mehr Opferfreudigkeit und Planmäßigkeit zugemutet werden könnte als dem preußischen. Wir haben gesehen, daß trotz aller Verbote, trotz aller Lock- und Trostpreise die deutschen Landwirte Korn und Kartoffeln in solchem Maße verfüttert haben, daß dem menschlichen Genuß die schwerste Entbehrung auferlegt wurde. Wie steht es damit bei uns?

Der Landwirt liebt seine Haustiere, aus den achtenswertesten Motiven neigt er dazu, so viel Korn und Kartoffeln zurückzubehalten, als er im Frieden für sie gebraucht hat. Dazu kommt' daß die Milch- und Fleischpreise so hoch sind, daß der Anreiz des Eigennutzes unwiderstehlich wird. Mehr Vieh als früher zu halten, wenn man das Futter selbst baut, ist ein äußerst gewinnbringendes Geschäft geworden. Man suche sich nicht mit der Beruhigung zu vertrösten, daß wir eben um so viel mehr Fleisch produzieren werden, als Brotfrucht weniger sein wird. So steht es eben nicht. Bei der Schweinemast zum Beispiel sind zur Erzielung eines Lebendgewichtszuwachses von 100 Kilogramm Futtermittel mit einem Stärkewert von 315 Kilogramm und mit verdaulichem Eiweiß von 30 Kilogramm erforderlich, eine Menge, die in 440 Kilogramm Gerste oder in 520 Kilogramm Hafer enthalten ist. Einen beträchtlichen Teil des vegetabilen Nährstoffes verbrennt das Haustier zu seiner bloßen Erhaltung und ohne Nutzwert, nur einen Bruchteil gibt es in der allerdings schmackhafteren Form der Fleischkost wieder. Dieser Extrakt ist heute in Kriegszeiten allgemein zu wenig und im besonderen für die unteren Volksklassen nicht zu erzahlen. Daraus folgt, wie namhafte deutsche

Arbeiterzeitung
25./VIII. 1915

II
75

Ein Einschränkungssystem!

Landwirtschaftslehrer bewiesen haben, unbestreitbar die Zwangslage, einen Teil des Viehstandes abzugeben, einen anderen statt auf Nutzfutter zunächst bloß auf Erhaltungsfutter zu setzen sowie Körnerfrüchte und Kartoffeln in bestimmter Menge ausschließlich dem menschlichen Konsum vorzubehalten. Der so geforderten Einschränkurg der Viehhaltung kann auf der anderen Seite begegnet werden durch Erschließung neuer Futterquellen, worüber noch besonders zu reden sein wird. Schon jetzt werden in den Wirtschaftshöfen Tausende Tonnen Brotfrucht neuer Ernte an Haustiere verfüttert, ohne daß für die Bezirkshauptleute und ihre Organe nur die physische Möglichkeit einer Kontrolle bestünde. Bei dem gegenwärtigen Zustand kann und darf man sich nicht beruhigen. Wir brauchen einen gesicherten Ernährungsplan, wirksame Durchführungsmittel und vor allem kurzfristig sich wiederholende zuverlässige Erhebungen, damit wir von Monat zu Monat überprüfen können, wohin wir steuern. Wir benötigen die vollste Publizität aller auf die Volksernährung bezüglichen Erhebungen und Verfügungen, damit die Gesellschaft an der Aufgabe, die Not zu bewältigen, im vollsten Ausmaß mitarbeiten kann. Ein Frühsommer wie der kaum überstandene darf uns nicht mehr beschert werden.

25./VIII.1915

N Berlin, 24. Aug. (Priv.-Tel.)

Der Antrag betr. die Vertagung des Reichstages bis zum 30. November wird ohne Debatte angenommen. Dann wird die Beratung der Kommissionsresolutionen zur

Ernährungsfrage

fortgesetzt.

Unterstaatssekretär Michaelis: Ich muß auf die Angriffe zurückkommen, die gestern der Abgeordnete Pfleger gegen die Kriegsgetreide-Gesellschaft erhoben hat. Er hat gesagt, daß sie zuviel Juden anstelle und daß sie eine Organisation gegen die Schützengrabengefahr sei. Man habe 80 Prozent des Personals als felddienstfähig festgestellt. Ich bedauere, daß der Abgeordnete diese Vorwürfe nicht in der Kommission erhoben hat. (Zuruf: „Ist ja geschehen!") Dann ist es nicht zu meiner Kenntnis gekommen. Der Kriegsminister hat gesagt, es seien allerdings Unzuträglichkeiten vorgekommen, aber er hat auch gesagt, daß er kein Urteil darüber habe, ob die Leitung der Gesellschaft dafür ein Vorwurf treffe. Es ist selbstverständlich, daß, wenn eine solche Gesellschaft während des Krieges zusammengesetzt wird, sie zuerst zusammengewürfelt ist. Wenn die Arbeit drängt, so kann man nicht fragen, ob der Betreffende militärpflichtig ist, ob er reklamiert ist oder dienstfrei. Ich stehe nicht an zu erklären, daß in der großen Zahl unserer Angestellten viele waren, von denen es gut gewesen wäre, sie nicht einzustellen. (Hört, hört!) Wir haben gesiebt und die nicht Geeigneten ausgeschieden. Wir haben auch darauf gehalten, daß Drückebergereien nicht vorkommen. Es gibt natürlich Leute, die lieber am Schreibtisch sitzen, als im Schützengraben, aber es gibt auch solche, die dem Vaterland einen besseren Dienst leisten, wenn sie im Bureau arbeiten, als mit den Schippen. Wir haben uns mit der militärischen Behörde in Verbindung gesetzt. Am 1. Juli haben wir von 644 männlichen Angestellten 425 reklamiert. (Hört, Hört,) Seit dem 1. Juli haben wir der Militärbehörde 132 bezeichnet, die wir freigeben als entbehrlich. Von diesen sind alle bis auf 18, die noch nicht eingefordert sind, eingezogen worden. Am 4. August waren noch 311 Angestellte reklamiert. Seitdem hat eine Untersuchung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß von ihnen 171 felddienstfähig, 76 arbeits- und garnisondienstfähig, 17 dauernd untauglich sind. (Hört! hört!) Das alles ist festgestellt worden, ehe der Reichstag sich mit der Sache beschäftigte. Es sind zahlreiche Verdächtigungen gegen die Kriegsgetreide-Gesellschaft erhoben worden, großenteils in anonymen Zuschriften. Den Leitern der Gesellschaft ist nachgesagt worden, daß sie die Zurückstellung direkt begünstigten, daß sie womöglich persönliche Vorteile davon hätten. Ich habe mir redliche Mühe gegeben, die Fälle alle zu untersuchen. Ich habe sie geprüft, als ob ich Recht darüber zu sprechen hätte, und ich kann sagen, daß alle diese Vorwürfe aus den Fingern gesogen sind. Eine Treuhandkommission hat Wochen hindurch den ganzen Geschäftsbetrieb untersucht; ihr Gutachten steht Ihnen zur Verfügung. Sie hat an der Geschäftsführung keinen Tadel gefunden, und ich hoffe, daß hier im Hause jemand mit dabei gewesen ist, damit er mit Zeugnis ablegen kann.

Die Gegnerschaft gegen die Getreidegesellschaft ist natürlich. Wir haben die Händler ausgeschaltet, und diese sind infolgedessen unsere Gegner. Wir haben die Müller, die kleinen und die großen, nicht befriedigt, und sie sind unzufrieden. Es ist hier und da behauptet worden, daß wir großen Müllern besondere Vorteile gewährt hätten. Das ist nur in der ersten Zeit in einzelnen Fällen geschehen. Gerade die östlichen Marken sind ursprünglich besser weggekommen als die westlichen. Wir sind uns bewußt, daß wir in den Betrieb der Landwirtschaft unbequem eingreifen mußten. Welche Angriffe sind nicht gegen uns aus diesen Kreisen wegen der Kleie erhoben worden? Die Kriegsgetreidegesellschaft stand allen diesen Angriffen wehrlos gegenüber. Wir sind auch angegriffen worden, weil wir die Juden bevorzugten. Ich habe einen agrarischen Herrn, der diesen Vorwurf erhoben hat gefragt, wie denn sein früherer Getreidehändler geheißen habe? (Große Heiterkeit.) Er hieß Isidor Schlesinger. (Erneute Heiterkeit.) Ich kann doch um diese Händler, die nun einmal im Geschäft stehen, nicht so ohne Weiteres herumkommen. Wer fragt denn draußen, ob es Jude oder Christ ist. Ich muß den Vorwurf, daß die Getreidegesellschaft eine Organisation gegen die Schützengrabengefahr sei, entschieden ablehnen. Solche Vorwürfe haben ihre Konsequenzen auch nach dem Auslande. Meine Leute sind es auch satt, solche Vorwürfe über sich weiter ergehen zu lassen, und wollen gehen. Ich muß daher darauf halten, daß man mir Vertrauen schenkt und nicht alles glaubt, was verbreitet wird. Von einem Angestellten der Gesellschaft heißt es, er sei ein Drückeberger. Es handelt sich um einen 44jährigen Mann, der sprachenkundig war und als Unteroffizier bei einem Gefangenenlager Dienst tut. Ich habe diesen Mann selber angeworben, um einen anderen zu ersetzen, der ins Feld ziehen wollte, und dann sollte das ein Drückeberger sein? Man vergesse doch nicht, daß durch solche Vorwürfe eine große vaterländische Aufgabe gefährdet wird.

Abg. Spahn (Ztr.): Es wäre richtig gewesen, wenn sich der Herr Unterstaatssekretär vorher erkundigt hätte, denn die Sache ist in der Kommission zur Sprache gebracht worden. Es ist gewiß nicht richtig, daß die Organisation als solche dazu gedient hätte, Drückebergerei zu treiben. Aber die Tatsache bleibt bestehen, von etwa 600 Mann sind 425 reklamirt worden. (Hört, hört.) Und von diesen 425 sind 17 untauglich. (Hört, hört.) Das ist doch ein Zustand, den wir nicht dulden können. Der Herr Kriegsminister hat erklärt, daß diese Beschwerden zu seinen Ohren gekommen sind und daraufhin hat das Kriegsministerium aus sich heraus Veranlassung genommen, die Untersuchung vorzunehmen. (Hört, hört!) Ich glaube, das genügt und ich brauche weiter nichts zu sagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unterstaatssekretär Michaelis: Man muß unterscheiden zwischen dem, was das Kriegsministerium getan hat auf Grund von Denunziationen und dem, was ganz systematisch zwischen uns und dem Generalkommando des 3. Armeekorps gemacht worden ist. Ich habe dem Kriegsminister vor wenigen Tagen unser Gesamtmaterial vorgelegt. Unabhängig von den Maßnahmen des Kriegsministeriums ist von uns selbst dafür gesorgt worden, daß die Ueberflüssigen herausgenommen wurden. Wer das verstehen will, wird es verstehen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Neues Wiener Tagblatt
25./VIII. 1915

Die Teuerung der Lebensmittel im ersten Kriegsjahr.

Die von der Bevölkerung am schwersten empfundene Begleiterscheinung des Krieges in jenen Orten wenigstens, welche nicht unmittelbar in die Kampfzone fallen, ist die allgemeine Teuerung sämtlicher Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Die Teuerung tritt immer im Gefolge des Krieges auf, und wir finden die Preissteigerung auch dann für berechtigt, wenn sie durch Verhältnisse verursacht ist, welche mit dem Kriege in engem Zusammenhange stehen. Derlei Artikel gibt es jedoch bei uns nur wenige, fast alle Gegenstände, die wir als unentbehrliche Bedarfsartikel betrachten, werden in unsern beiden Reichshälften selbst erzeugt oder gewonnen. Wir sind imstande, uns unabhängig vom Auslande ausreichend zu versorgen.

Tatsache ist, daß die Teuerung speziell in Wien eine Höhe erklommen hat, welche mit Transportschwierigkeiten und der übermäßigen Versorgung mancher Haushaltungen, veranlaßt durch die Befürchtung weiterer Preissteigerungen, nicht ausreichend begründet werden kann. Die nachstehende amtliche Zusammenstellung bringt die Preisentwicklung im Detailhandel für das abgelaufene Jahr zur Anschauung:

Nähere Bezeichnung der Artikel	Woche vom 26. Juli bis 1. August 1914		Woche vom 25. Juli bis 31. Juli 1915	
	Preise pro Kilogramm in Hellern			
	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage, vorderes	160	220	380	560
hinteres	180	260	440	640
Schweinefleisch, abgezogenes	180	300	420	640
junges	160	280	440	600
Pferdefleisch, vorderes	88	112	240	320
hinteres	96	120	260	340
Kartoffel, runde heurige	14	24	24	38
Zwiebel	24	50	56	80
Zucker	80	92	92	96
Weizenmehl, Auszugmehl	42	56	72	80
Mundmehl	40	52	72	80
Brot, weißgemischtes	29·6	43·8	57	64
schwarzgemischtes	25·6	41·1	—	—
Sauerkraut	16	28	40	48
Fisolen	36	40	100	140
Erbsen, ganz	32	48	120	160
gespalten	48	64	160	200
Reis	42	82	180	240
Schweineschmalz	176	240	420	480
Speck, geräuchert, ohne Paprika	152	280	440	504
Teebutter	320	400	500	620
Kochbutter	220	376	440	500
Margarine	140	240	380	440
	Preise pro Stück in Hellern			
Eier, frische	6	12	14	20
	Preise pro Liter in Hellern			
Milch im Ausschank, Vollmilch	26	32	36	42
Magermilch	20	28	—	—
Petroleum	22	48	52	64
	Preise pro 50 Kilogramm in Hellern			
Steinkohle	186	204	240	264
Braunkohle	107	119	160	210

Nachdem die jetzigen Preise im allgemeinen sich schon längere Zeit auf derselben Höhe erhalten, kann man wohl annehmen, daß wir das Aergste bereits überstanden haben, und daß die Preise nicht weiter steigen werden. Nur die Fleischpreise zeigen auch weiterhin steigende Tendenzen. Trotz der Einführung der zwei fleischlosen Tage in der Woche scheint die Produktion mit dem Verbrauch nicht Schritt halten zu können. Es wäre vielleicht von Vorteil für die Bevölkerung, den Fleischkonsum stärker einzuschränken, denn die Fleischernährung hat bereits eine Höhe erreicht, die zu Bedenken Anlaß gibt. In Deutschland stieg der Fleischverbrauch im Laufe der letzten hundert Jahre von 13 Kilogramm auf 52 Kilogramm pro Kopf und Jahr, also um das Vierfache. Bei uns kommen zwar bloß 39 Kilogramm Fleisch auf den Kopf, der Verbrauch ist aber noch immer größer als in Frankreich (33 Kilogramm), Rußland (22 Kilogramm) und Italien (11 Kilogramm). Im Interesse des Viehbestandes muß der Fleischkonsum auf das möglichst geringste Maß herabgedrückt werden, und da wir heuer eine gute Getreideernte haben, auch Kartoffeln in ausreichender Menge vorhanden sind, wird dies keine besonderen Schwierigkeiten bereiten.

Die Bemühungen der Regierung und der Lokalbehörden waren nicht imstande, der rasch und stetig aufwärts strebenden Tendenz der Lebensmittelpreise Einhalt zu gebieten. Sofort nach Ausbruch des Krieges — am 1. August — erschien eine Verordnung, welche die Preistreiberei eindämmen sollte; der Erfolg war, wie die obige Gegenüberstellung der Preise bezeigt, ungenügend. Die neue kaiserliche Verordnung vom 8. August zeigt das anerkennenswerte Streben der Regierung, einen Wandel zum Besseren herbeizuführen. Wir wollen nur einen Punkt herausheben: Während bis jetzt die Preise durch Vormarktkäufe reguliert wurden, wird durch die neue Verordnung den Gemeinden das wichtige Recht eingeräumt, die zulässigen Verkaufspreise für Lebensmittel vor Eröffnung des Marktes durch ihre Marktorgane festzusetzen. Dadurch wird verhindert, daß einerseits die Verkäufer bei zu erwartender größerer Nachfrage höhere Preise verlangen und daß anderseits durch Zwischenhändler und Spekulanten die Preise in die Höhe getrieben werden. Auch manch andre erfolgversprechende Maßnahme enthält die neue Verordnung. Insbesondere ist zu erwarten, daß durch sie — abgesehen von den Androhungen hoher Strafen — die Moral der Produzenten und Händler gehoben wird, daß diese sich bewußt werden, daß die Ausnützung der „Kriegskonjunktur" nicht auf Kosten des finanziell ohnedies geschwächten Großteiles der Bevölkerung erfolgen darf.

Vossische Zeitung
26./VIII. 1915

Ueberwachung der Preisbildung.

In der Angelegenheit „Einrichtungen zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise", die die Stadt Berlin unter Mitwirkung der fünf anderen Groß-Berliner Städte in die Hand genommen hat, fand gestern im Berliner Rathaus eine Versammlung der an der Mitarbeit zu beteiligenden Kreise statt.

Es waren vertreten die Stadt Berlin durch den Oberbürgermeister, den Bürgermeister, den städtischen Dezernenten, Stadtverordnete und die Direktoren des Statistischen Amtes, der Güter, Markthallen, des Vieh- und Schlachthofes; ferner die fünf Nachbarstädte durch ihre Dezernenten; die Handelskammer, die Aeltesten der Kaufmannschaft, der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden und die Landwirtschaftskammer; die Kreise der Erzeuger, des Groß- und Kleinhandels; endlich als Verbraucher der Nationale Frauendienst, der Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen, die Gewerkschafts-Kommission, die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend und der Beamten-Wirtschaftsverein.

Oberbürgermeister Wermuth betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß wir zwar über die Sorge für die Lebensmittelvorräte hinweg seien, jetzt gelte es aber, über die Preisgestaltung zu wachen. Die Preisbildung dürfe nicht dem Zufall und — jetzt in Kriegszeiten — nicht allein dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben, der Krieg dürfe nicht als Konjunktur betrachtet werden. Der Oberbürgermeister bat die Erschienenen, sich der Wichtigkeit der Aufgabe, zu deren Lösung sie mithelfen wollen, voll bewußt zu sein und an die Arbeit mit dem festen Entschluß heranzutreten, die Auswüchse der Preisbildung zu bekämpfen und zugleich den Handel gegen unberechtigte Vorwürfe zu schützen.

Es fand hiernach eine Aussprache statt über das Ziel der Arbeit und über die Wege, auf denen es erreicht werden kann, sowie über die von dem einzelnen zu übernehmenden Pflichten. Darauf wurden der Zentralausschuß und die unter ihm arbeitenden Fachausschüsse gebildet, in denen die Stadtverwaltungen, die Erzeuger, Vermittler, Groß- und Kleinhändler und Verbände vertreten sind. Die Fachausschüsse sollen noch in dieser Woche zusammentreten.

*

Der Stadtrat von Dresden hat beschlossen, ein Lebensmittelamt zu begründen mit der Aufgabe, die Bewegung der Preise für die gebräuchlichen Lebensmittel zu beobachten, mit den in Frage kommenden Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels ständig Fühlung zu halten und Vorschläge über Festsetzung von Höchstpreisen sowie für sonstige Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände auf dem Lebensmittelmarkt aufzustellen. Zur Erledigung der Geschäfte soll ein kaufmännischer Leiter angestellt werden.

Arbeiterzeitung 26./VIII. 1915

Ein kommunalpolitisches Konsumentenprogramm.

Allzulange haben die Konsumenten mit der größten Sorglosigkeit die Mängel der Lebensmittelversorgung ertragen, und ohne Murren haben sie oft ganz unberechtigte Preistreibereien über sich ergehen lassen. Der Krieg hat eine Aenderung dieses Zustandes gedankenloser Indolenz der Konsumenten herbeigeführt. Die Preise der notwendigsten Lebensmittel haben eine so unerträgliche Höhe erreicht, daß sich die ganze Bevölkerung mit Approvisionierungsfragen befaßt, nach den Ursachen der Preissteigerungen forscht, und so regnet es Vorschläge zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers. In der Arbeiter-Zeitung (Nummer vom 12. Augnst) ist ein weitgehendes kommunalpolitisches Konsumentenprogramm veröffentlicht, das gewiß Beachtung verdient, wenngleich manche Anregung, vielleicht auch manche Behauptung über die Art der gegenwärtigen Preisbildung nicht unwidersprochen bleiben darf. Richtig ist, daß die Gemeinden die Aufgabe erkennen müssen, die Interessen des Konsums wahrzunehmen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Wie das geschehen solle, erörtert das veröffentlichte Programm der kommunalen Lebensmittelfürsorge, dessen erster Punkt heute einer Prüfung unterzogen sei. Er lautet: „Verbesserung der Markteinrichtungen und des Lebensmittelverkehrs"; in der Klammer heißt es dann: „Marktpolizei, Markthallen für en gros und en détail, Speicher, Kühlräume, Straßenhandel, Viehhöfe."

Wenn wir diesen Programmpunkt auf unsere Wiener Verhältnisse anwenden, so sei vor allem bemerkt, daß der Krieg und seine Erscheinungen in der Approvisionierung der Bevölkerung offenkundig machten, daß unsere marktpolizeiliche Organisation unzureichend ist. Der Mangel an einer genügenden Anzahl von Marktkommissären wurde übrigens schon vor dem Kriege empfunden und in maßgebenden Kreisen anerkannt, daß eine Vermehrung dieses Beamtenstandes unerläßlich ist. Angeblich fehlt es aber an geeigneten Bewerbern. Die Marktkommissäre sind stets überlastet. Gegenwärtig, wo die strengste Ueberwachung der Märkte durchgeführt werden muß, brechen sie unter der Last der ihnen obliegenden Arbeit schier zusammen.

Einzelne ihrer Aufgaben können sie nur in ganz geringem Maße erfüllen. So zum Beispiel kann die Milchkontrolle nur sehr mangelhaft durchgeführt werden und die Konsumenten werden daher oft genug für teures Geld minderwertige Milch eintauschen. Der Status der Marktkommissäre dürfte gegenwärtig nicht über vierzig Beamte hinausgehen. Diese geringe Zahl soll nun alle Märkte überwachen und wucherische Preisbildungen verhindern! Das ist ganz ausgeschlossen. Die Marktkommissäre sollen neuesten Anordnungen nach beurteilen, ob die Gestehungskosten mit dem von den Marktparteien verlangten Preis in Einklang stehen. Wie können sie das? Zum Beispiel wird auf den Märkten für das Kilogramm Pilzlinge 2·40 Kronen, 2·60 Kronen und auch mehr gefordert. Keinem Marktkommissär fällt es ein, diesen Preis als zu hoch zu beanstanden. Und doch werden diese Schwämme von Sammlern wenige Stunden von Wien entfernt das Kilogramm um 60 Heller bis zu einer Krone verkauft. Wissen unsere Marktkommissäre davon? Es ist gewiß berechtigt, eine Verbesserung der marktpolizeilichen Einrichtungen zu fordern; es müßte in großen Konsumorten wie zum Beispiel in Wien eine genügende Zahl, aber auch eine entsprechend geschulte und gut entlohnte Beamtenschaft für den marktpolizeilichen Dienst zur Verfügung stehen.

Was das Marktwesen anlangt, müßten doch wohl etwas konkretere Vorschläge gemacht werden als die in jenem Programmentwurf enthaltenen. Es heißt dort: „Markt"-hallen für den Großhandel und für den Kleinhandel schlechtweg, und man kann sich nun über diese Forderung eine beliebige Meinung bilden. Wir sehen vorläufig von dem Zentralviehmarkt ab und erörtern die Verhältnisse in der Zentralmarkthalle. Sie wurde im Jahre 1865 dem allgemeinen Verkehr zum Verkauf von Waren im Versteigerungswege übergeben und es gelangten dort die Lebensmittel durch Faktorien für Mehl, Hülsenfrüchte, Grünwaren und Obst, für Fleisch und Fische, für Eier und Fettwaren, für Geflügel, Wildbret und Federwild zum Verkauf. Am 11. September 1868 wurde die Halle zur Großmarkthalle für den Großhandel mit den marktüblichen Lebensmitteln tumgewandelt. Durch Zubauten wurden später in die Vikualienhalle alle Händler mit Lebensmitteln, ausgenommen Fleisch, Geflügel und Wildbret, versetzt. Letztere Lebensmittel gelangen in der Fleischhalle zum Verkauf. Das Bedürfnis hat in der Großmarkthalle den Groß- und Kleinhandel nebeneinander erstehen lassen, so sehr sich auch die Fleischhauer dagegen wehrten, die nicht ermüden, die Trennung des Kleinhandels von dem Großhandel immer wieder zu verlangen. Der Fleischverkauf im Kleinen ist zwar in der Großmarkthalle nicht in der Weise durchgeführt, daß jede verlangte Gewichtsmenge verkauft wird; doch ist der Verkauf in jedem Stückzustand gestattet und es ist bloß verboten, die Hacke am Verkaufsplatz zu gebrauchen. Für die Konsumenten hat sich diese Einführung so vorteilhaft erwiesen, daß nur gewünscht werden kann, daß auch am Nachmarkt bei den Ständen für den Großhandel der Kleineinkauf möglich gemacht wird. Daraus ergibt sich von selbst die Forderung, daß keinem Händler mit Lebensmitteln auf den Großmärkten verwehrt sein soll, seine Marktware auch im Kleinhandel abzugeben. Am linksseitigen Perron vor der Großmarkthalle waren in der Zeit vor Errichtung des Zubaues Fleischstände aufgestellt. Sie dienten dem Kleinverkauf von Fleisch, aber der Unterschied zwischen den in der Halle geforderten und den bei den Ständen notierten Preisen sprang ins Auge. Um 40 bis 80 Heller per Kilo teurer wurde außerhalb der Halle Fleisch bei den Ständen verkauft. Nun, da der Stückelverkauf in der Großmarkthalle eingeführt ist, kann auch der Käufer von Fleisch in kleinen Stücken zu Großeinkaufspreisen seinen Bedarf decken.

Wir glauben nun unseren Standpunkt genügend entwickelt zu haben. Er geht dahin, den Käufern im kleinen schon jetzt die Vorteile des Großeinkaufs zugänglich zu machen.

Nun wollen wir die Erscheinungen am Viehmarkt betrachten. Noch in den letzten Marktwochen im August 1914 wurden Ochsen erster Qualität für 100 Kilogramm Lebendgewicht mit 96 bis 116 Kronen, zweite Qualität mit 88 bis 105 Kronen, dritte Qualität mit 78 bis 93 Kronen verkauft. Kühe und Stiere wurden mit 52 bis 74 Kronen für 100 Kilogramm zum Verkauf gebracht. Und nun stellen sich die Marktpreise auf 330, 310, 300, 296 herab bis zu 236 Kronen. Kühe und Stiere werden mit 200 bis 270 Kronen gehandelt. Sind diese Preise gerechtfertigt? Sind die Kraftfuttermittelpreise schuld an dieser enormen Verteuerung oder die Arbeitslöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter? Kann diesem Wucher allein durch eine Marktorganisation abgeholfen werden? Warum wird gegen die Viehverteuerer solche zarte Rücksicht beobachtet? Warum wird gegen die Einsender nicht die Anzeige erstattet? Hat unsere Marktdirektion auf die Preisbildung am Wiener Viehmarkt ihr Augenmerk noch nicht gelenkt oder zwingt der Respekt vor den Herrschaften, die diese Preise diktieren, zur stillen Duldung? Wir werden uns auch mit diesen Erscheinungen im Zentralviehmarkt eingehender beschäftigen, um zu konkreten Forderungen bezüglich der Organisierung des Marktes zu gelangen. Jedenfalls aber liegen die Fragen kommunaler Konsumentenpolitik nicht so einfach, als jener Programmentwurf zu meinen scheint und den Anschein erweckt.

J. R.

Neues Wiener Tagblatt
26./VIII. 1915

Spezialitäten.

Die Wiener Kriegsspeisekarte.

In vielen unsrer Gasthäuser ist jetzt auf den Speisekarten eine neue Rubrik eingezeichnet, die mit dem Worte „Spezialitäten" überschrieben ist. Angeregt blickt der Stammgast danach. Gott sei Dank, daß es nicht wieder bloß Kalbsbraten, Schweinernes oder Rostbeef gibt! Das ewige Einerlei macht die Aussicht auf ein einsames Mahl nicht vergnüglich, ganz abgesehen davon, daß diese „großen Braten", wie sie der Reichsdeutsche nennt, in der gegenwärtigen Zeit wirklich kaum erschwinglich sind.

Da ist es mit den Spezialitäten doch etwas ganz andres. Erstens sind sie auch für eine bescheidenere Börse zugänglich und dann künden sie, daß in der betreffenden Küche eine umsichtige Wirtin schaltet, die für das Wohl ihrer Gäste besorgt ist. Man kann es schon nach der Speisekarte feststellen, in welcher Art eine Wirtschaft geführt ist. Gibt es darin kleine Besonderheiten, das heißt verschiedene appetitliche Platten und Gerichte, die man nicht überall haben kann, so weiß man: Hier ist die Zusammenstellung des Speisezettels keine mechanische Arbeit, sondern man ist liebevoll bemüht, Abwechslung zu bieten. Man kann es in jedem Wirtshaus zahllose Male des Abends beobachten, daß ein Gast sagt: „Das mag ich alles nicht, das ist mir zu schwer. Haben Sie denn nichts Kleines?" Mit der Bezeichnung „nichts Kleines" meint man fast immer die erwähnten Spezialgerichte. Sie haben durch die fleischlosen Tage eine stattliche Programmerweiterung erfahren. Man ist oft überrascht, gerade an Dienstagen und Freitagen die Speisekarten besonders reichhaltig bestellt zu finden. Da gibt's Nirndln mit Hirn gemischt, oder Beuschel mit Grießstrudel, dann Spinat mit Spiegeleiern und Eieromeletten, die mit Pilsling, mit Spargelspitzen, mit Hühnerleber oder mit Sardinen gefüllt sind. Ein Restaurant hat als Spezialität gebackene Knackwürste mit Geröstelen eingeführt, das andre ist berühmt, weil es Augsburger oder Debrecziner schmackhaft zu servieren versteht. Man ist in dieser Beziehung wirklich erfinderisch geworden. Die einstige Pariser Wurst, die jetzt vielfach Wiener Wurst heißt, wird in dicken Scheiben gleich einem Schnitzel paniert; und sogar gebackenen Emmentaler kann man angekündigt finden. Hauswürste oder Kalbskopf mit Salat gelten als Feinschmeckerkost. Und Gansleberngulasch erfreut sich besonders großer Beliebtheit. Ein Vorstadtwirtshaus hat an Freitagen starken Zuspruch, weil es dort Fleischknödel gibt. Das sind ganz dünne Knödel aus Strudelteig, die mit einer pikanten Fülle aus Geselchten zubereitet werden. Dazu reicht man Erdäpfel- oder Häuptelsalat.

Der bei uns lange verschollene Heringsalat steht jetzt häufig wieder im Vordergrunde. Und frische Matjes mit Schällartoffeln sind ein ganz vorzügliches Gericht. Man glaubt nicht, wie viele Gasthausbesucher solchen Spezialitäten nachlaufen, wie sehr sie für eine Küche werben. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß man unter anderm „Sacher-Frankfurter" eingeführt hat. Sie werden selbstverständlich mit etwas pompöserer Aufmachung in eigenen Nickelkasserollen oder Thermaphoren serviert, aber es sind, wenn auch in erlesenen Exemplaren, doch nur wieder die Würstel, die auf diesem Umwege salonfähiger geworden sind.

Als aktuelle Speise ist der „Türkische Kohl" anzuführen, dessen Blätter eine Fasch aus Fleisch oder aus Fleisch mit Reis gemischt bergen. Gefüllte Paprika werden oft mit Begeisterung gegessen, wogegen gefüllte Paradeis in Wien weniger Anklang finden. Besondere Aufmerksamkeit widmet man der Gulaschspezialität. Einmal heißt es Bauerngulasch, dann ist ein Knödel dabei. Ein zweitesmal werden Gemüse eingeschnitten oder es gibt Nockerln und „Mitgebratene" als Zutat. Dann ist es wieder milde und vornehm aus wenig gewürztem Lungenbratenfleisch bereitet, oder es ist hitzigrot wie ungarisches Blut.

Risi bisi mit eingeschnittenen Schwämmen und mit geriebenem Parmesan wird jetzt gar nicht selten zum Nachtmahl verzehrt. Und wie man früher Fleisch mit Beilage bestellte, so verlangt man jetzt „Gemüse mit Fleischbeilage". Das tut der Börse und dem Magen wohl. Weshalb sollte man nicht einmal Grießstrudel mit Zwetschkenröster nachtmahlen? Oder Schinkenfleckerln, oder Eiernockerln, von Topfenfleckerln mit heißem Speck, von Krensleisch, von Schinkenknödeln, oder Grießfleckerln mit Gulaschsaft gar nicht zu reden. Auch Kohl oder Kraut, mit einer Auflage heißer Würstel, ob das nun Zervelate oder Frankfurter sind, hat zahllose Anhänger. Makkaroni mit Paradeis und Streukäse werden häufig verlangt. Ebenso, oder eigentlich noch mehr, ein schmackhafter steirischer Sterz. Spinatfridatten können eine Delikatesse sein. Gebackenes Skampi oder gebackene Sardellen haben sich auch bei den Wienern, die nicht gerade begeisterte Fleischesser sind, sehr schnell durchgesetzt. Seefische sind gang und gäbe geworden. Polenta hat sich in allen Stilarten eingebürgert. Ein kleines Gasthaus in Ottakring führt gestürztes Sauerkraut, dem Speck und Selchfleisch beigemengt sind, als Spezialität. Die sogenannten feinen Gemüsegarnituren sind in den vornehmsten Lokalen eine Repertoirespeise, und es ist nicht zu leugnen, daß solch ein Stilleben in Gelb und Grün und Braun und Rot mit all seinen kleinen Köstlichkeiten ganz wunderhübsch aussieht. Krautfleckerln schmecken vorzüglich zu Bier, Eierspeise mit eingeschnittenen Schwämmen oder Selchfleisch mundet auch dem verwöhnten Gaumen. Alle Schmarrensorten nicht zu vergessen. Einzelne Speisekarten haben dazu, in Erwartung des Zwetschkenrösters, Marillenröster angesetzt. Als Kompott ist heuer, da wir ein gutes Weichseljahr hatten, Weichselfleisch sehr beliebt.

Als besondere Spezialität gilt Gulaschsuppe, so wie man sie in Ungarn kocht. Gestürzte Kartoffeln, in die eine Schichte Selchfleisch und eine zweite Schichte aus harten Eiern eingebettet werden, geben ein vorzügliches und sehr nahrhaftes Nachtmahl. Man könnte noch von gebackenen Hirnrouladen sprechen, von Wildhachees, von Paradeisreis, gebackenen Fleischwürstchen mit Gemüsen oder Salat, von Fleischtascherln aus Erdäpfelteig, von Kalbsleber in verschiedener Zubereitung, von Gulaschstrudel, von Leberreis, von Fischgulasch und von Gemüsepudding — der Spezialitäten kein Ende. Sie alle verbreiten, wenn sie gut zubereitet sind, den Ruf eines Gasthauses weit über seinen Bezirk hinaus. „Langweilig ist Ihnen das Gasthausgehen?", heißt es dann. „Ja, weshalb essen Sie denn nicht beim Löwen oder Hahn oder Adler oder Bären? Dort gibt es so gute Spezialitäten."

Das Kriegsjahr ist darauf eingestellt, die fleischlose Küche verlangt danach — wo man Sinn für die Forderungen unsrer Zeit besitzt, dort wird man Spezialitäten in der Speisekarte finden. Die Wiener haben Sinn dafür. Und auch die „Wiener Kriegsküche" wird so berühmt.

Frankfurter Zeitung
26./VIII. 1915

Die Ernährungsfragen

E Berlin, 25. Aug. (Priv.-Tel.)

Die Debatte über die Ernährungsfragen wird zunächst fortgeführt.

Abg. Fegter (Fortschr. Vpt.): Es ist nicht zu leugnen, daß weite Schichten, namentlich die Angestellten, gering bezahlten Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden schwer leiden unter der Teuerung. Aber es muß ein Weg gesucht werden, der eine mittlere Linie darstellt zwischen Konsumenten- und Produzenteninteresse. Dabei ist wiederum ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der kleinen Landwirte zu richten, die als Viehzüchter eine gewisse Rolle spielen. Aber bis jetzt ist das leider nicht der Fall. Man denkt in erster Linie an die Großgrundbesitzer, und es ist Tatsache, daß die Großgrundbesitzer aus der Reichskasse noch 30 Pfennige für einen Gefangenen, den sie beschäftigen, zubezahlt bekommen. (Hört, hört!) Von den Großgrundbesitzern wurde auch eine Erhöhung der Brotgetreidepreise angestrebt. Glücklicherweise ist das abgeschlagen worden, und das ist gut so, denn mit dem jetzigen Satze kann man auskommen. (Zustimmung.) Die Klagen der Großgrundbesitzer sind durchaus unbegründet und es wäre besser, wenn sie sie einmal unterließen. (Zustimmung.) Die Landwirtschaft hat sich um die Sicherung der Volksernährung ein großes Verdienst erworben, aber es ist sündhaft, wenn bestimmte Kreise klagen und jammern, als müßten sie ganz besonders große Opfer bringen. Es werden gewiß große Opfer gebracht, aber es gibt Stände wie die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, die noch viel größere Opfer bringen. Mit den Kartoffeln haben wir im vorigen Jahre schlechte Erfahrungen gemacht, und wir hoffen, daß das in diesem Jahre vermieden wird. Es ist bedauerlich, daß unser Schweinebestand in überflüssiger Weise so dezimiert wurde. Der Schaden ist ja etwas repariert worden. Vielleicht gelingt es in diesem Jahre, durch Ausbau der Organisation mehr zu erreichen als im vorigen Jahre. Aber trotz alledem ist viel erreicht worden. Vor allem gebührt dem Staatssekretär Delbrück großer Dank. Wenn Mißstände vorgekommen sind, so können sie uns die Freude an dem Erreichten nicht verderben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hatten noch keine Erfahrung und trotzdem ist es gelungen, und darauf wollen wir stolz sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Hestermann (wild) polemisiert gegen den Abgeordneten Fegter. Die Landwirtschaft hat die größten Verdienste und das solle man nicht bestreiten. (Zuruf links: Das hat auch jeder anerkannt.) Die Landwirtschaft war die erste, die die Höchstpreise vorschlug, und zwar niedriger, als sie später gekommen sind. Das Händlertum hat später den Gewinn an den Höchstpreisen gehabt. Die großen Mühlen haben an der Landwirtschaft reichlich verdient, deshalb konnten sie hohe Dividenden zahlen. Es ist dem Landwirtschaftsminister sogar vorgeworfen worden, es habe ihm die nötige soziale Einsicht gefehlt. Auf die Regierung loszuschlagen, ist sehr einfach, aber das Ministerium hatte eine ganz andere Verantwortung als irgend ein Abgeordneter. (Zuruf links: Sehr richtig!) Das Landwirtschaftsministerium hat sich bei seinen Wünschen nicht leiten lassen von einer Gefühlspolitik. (Zuruf links: Sehr richtig!) Es hat sich leiten lassen von dem Wohle des Vaterlandes. Die Produktionskosten sind so gestiegen, daß ein Ausgleich geschaffen werden muß.

Die Diskussion über die Ernährungsfragen wird geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird über die Resolutionen abgestimmt.

Es liegen eine Resolution der Budgetkommission und der Sozialdemokraten vor. Es wird zunächst folgender Antrag der Sozialdemokraten angenommen: „Zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen unter Hinzuziehung eines Beirates, der aus vom Reichstage ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen."

In der sozialdemokratischen Resolution waren dann der Zentralstelle eine ganze Reihe Anweisungen gegeben, welche Maßnahmen sie in die Wege leiten soll. Diese Spezialisierung wurde abgelehnt und dafür beschlossen, folgende Anträge der Budgetkommission der Regierung als Material zu überweisen: Den Gemeinden, die die Preisfestsetzung der Lebensmittel haben, weitgehende Befugnisse einzuräumen, Kommunen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers das Enteignungsrecht zu geben, jede ungerechtfertigte, auf Bereicherungssucht beruhende Steigerung der Lebensmittel- und Futtermittelpreise wirksam zu bekämpfen, die Futtermittel nach der Beschlagnahme nach Maßgabe des Viehbestandes zu verteilen, anzuordnen, daß die höchstzulässige Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis allgemein festgesetzt wird, wobei der Durchschnitt der letzten zehn Friedensjahre zu Grunde gelegt werden soll, Maßnahmen zu treffen, um über die Ursachen der eingetretenen Preissteigerung Aufklärung zu schaffen und festzustellen, an welchen Stellen der Gewinn gemacht worden ist, den Reichskanzler zu ersuchen, eine weitere Herabsetzung der Getreide- und Mehlhöchstpreise herbeizuführen (hiergegen stimmen die Konservativen), Höchstpreise festzustellen für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst, dafür zu sorgen, daß Kommunalverbände und Verteilungsorganisationen wie die Kriegsgetreidegesellschaft aus der Lebensmittelversorgung keinen Gewinn machen, angemessene Höchstpreise festzusetzen für Saatgut, Milderung zu Gunsten der kleinen Gerstenbesitzer bei der Beschlagnahme, Höchstpreise festzusetzen für Braugerste, Braumalz und Braukontingente, Abhilfe zu schaffen für die Hopfenbauern, den Reichskanzler zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß das Reich eine genügend große Rücklage in Kartoffeln zur Steuerung eventuellen Mangels und eine Zentralorganisation schaffen möge zur Kartoffelverteilung, ähnlich der der Kriegsgetreide-Gesellschaft, wobei die Erhaltung der Kartoffeln hauptsächlich den Verbrauchern aufzuerlegen ist.

(Die Sitzung dauert fort.)

Neue Freie Presse
28. Juni 1915

Bemerkenswerte Einzelheiten aus der Denkschrift.

Die Denkschrift faßt in acht Rubriken, und zwar: 1. Volksernährung, und Landwirtschaft, 2. Handel, Industrie, Gewerbe, Bergbau, 3. Eisenbahn, Schiffahrt, Post und Telegraph, 4. Kredit und allgemeine Finanzverwaltung, 5. Rechtspflege, 6. Unterricht, 7. Allgemeine Fürsorgemaßnahmen, 8. Sicherheitspolizei, alle größtenteils bekannten und zum Teil schon eingehend besprochenen Maßregeln und Verfügungen zusammen, welche vom Beginn des Krieges bis Ende Juni 1915 ergangen sind. Im Texte und in den 22 Anlagen sind überdies mancherlei Mitteilungen und Ziffern enthalten, die die Wirkungen des Krieges auf allen Gebieten in interessanter Weise beleuchten.

Versorgung der Bevölkerung mit Schlachtvieh. Höchst aufschlußreiche Ziffern bietet das Kapitel über die Zufuhren von Vieh auf die großen Märkte, vor allem nach St. Marx. Man erfährt, daß sich das Verhältnis des Auftriebes zwischen ungarischen und österreichischen Provenienzen erheblich zu ungunsten der ungarischen Zufuhr geändert hat. 1913 entfielen von 208.404 in St. Marx aufgetriebenen Rindern 152.550, also mehr als 73 Prozent auf Ungarn. In die anderen Reichsratsländer lieferte Ungarn noch weitere 87.628 Stück. 1914 waren beim Gesamtauftrieb von 281.440 Stück 192.361, also 68·5 Prozent ungarischer Herkunft. Vom 1. Januar bis 2. Juli 1915 wurden 183.844 Rinder zugetrieben, davon ungarischer Herkunft 71.008, also rund 38·6 Prozent. Die Mehrleistungen der Sudeten- und Alpenländer haben bedeutend zugenommen. Diese Ziffern sind außerordentlich interessant und werden vielleicht auch nach dem Krieg die Grundlage für Studien über die Organisierung der Vieh- und Fleischzufuhr bieten.

Eierkonservierung. Bemerkenswert ist eine Ziffer, die die Denkschrift über den Erfolg einer im Einvernehmen mit den Wiener Frauenvereinigungen durchgeführten Aktion zur Anregung der Eierkonservierung anführt. Es sind bei der österreichischen Verkaufsgesellschaft für landwirtschaftliche Produkte in Wien im August 1914, als es noch reichlich und zu mäßigen Preisen Eier gab, 2½ Millionen Eier für Konservierungszwecke gekauft worden.

Ein reichliches Ziffernmaterial wird über die Tätigkeit des Eisenbahn-, Schiffahrts-, Post- und Telegraphenwesens geboten. Besonders interessant ist das Kapitel „Investitionen". Die Regierung hat bei den Staatseisenbahnen für ungefähr 30 Millionen Notstandsbauten ausführen lassen. Für die Wiederherstellung beschädigter Bahnstrecken im Kriegsgebiete wurden teils aus vorhandenen Vorräten, teils aus Neuanschaffungen Materialien im Werte von rund 7 Millionen Kronen verwendet.

Eisenbahnfahrbetriebsmittel. Seit Kriegsbeginn wurden 394 Lokomotiven, 1844 Personen- und Dienstwagen und 10.410 Güterwagen nachgeschafft, welche im Herbst 1915 zur Verfügung stehen werden. Hievon waren 184 Lokomotiven, 394 Personen- und 1890 Güterwagen vor Kriegsbeginn bestellt, 210 Lokomotiven, 157 Tender, 1450 Personen- und 8520 Güterwagen wurden nach Kriegsbeginn neu in Bestellung gegeben. Die Bestellungen umfassen den Betrag von 100 Millionen Kronen.

Vom Eisenbahnpersonal wurden rund 30.000 Personen einberufen. Infolge der Kriegslage mußten 10.000 Bedienstete mit etwa 30.000 Familienangehörigen evakuiert werden.

Schiffahrt. Die Denkschrift führt die Ziffern über die Bergung der bei Kriegsbeginn auf der Fahrt befindlichen österreichischen Schiffe an. Es gelang, 66 Schiffe in neutrale Häfen zu bringen, 126 ins Inland zu dirigieren. Von insgesamt 216 Schiffen weiter Fahrt und großer Küstenfahrt fielen 24 in feindliche Hände. Allerdings sind seit Ausbruch des italienischen Krieges 17 Schiffe hinzugekommen, die italienische Häfen als neutrale Plätze aufgesucht hatten.

Oesterreichischer Lloyd. Als außerordentliche staatliche Beihilfe für den Oesterreichischen Lloyd, der durch den Krieg in eine schwierige Lage versetzt wurde, sind vom 1. Oktober 1914 bis 31. März 1915 5,094.000 K. überwiesen worden, und zwar in Form einer im Eskomptierungswege vorgenommenen Zahlung des sonst in Raten rückzahlbaren Kaufschillings für die Arsenalgründe. Hievon hat der Lloyd die Summe von 3 Millionen Kronen für die Zeichnung von Kriegsanleihe verwendet. Für den Zeitraum vom 1. April 1915 bis 30. Dezember 1915 ist als außerordentliche staatliche Maßnahme die Ablösung der Hangarforderung im Eskomptierungswege festgesetzt worden, wodurch dem Lloyd eine Summe von 1·6 Millionen Kronen zugute kommt. Weiter ist die Gewährung außerordentlicher Vorschüsse auf die nach Kriegsende zu erwartenden Subventionsquoten eingeleitet und die Stundung einiger Steuerbeiträge bewilligt.

Postanweisungen von der Armee im Felde. Eine bemerkenswerte Ziffer findet sich in den Mitteilungen über den Geldverkehr. Danach werden von der Armee im Felde im Laufe eines Monats ungefähr 100.000 Stück Feldpostanweisungen verwendet, die einen Wert von über 12 Millionen darstellen. Der Verkehr ist in fortwährendem Steigen begriffen.

Kriegsmarken. Bis Ende März 1915 hat der Verkauf der Kriegsmarken von 7 und 12 H. einen Erlös ergeben, der es gestattete, den Witwen- und Waisenfonds als erste Zahlung den Betrag von 300.000 K. zu überweisen.

Die neuen Hartgeldprägungen. Im Betriebsjahre vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 wurden beim Hauptmünzamt in Wien ausgeprägt: Einkronenstücke 33.068.000, Zwanzighellerstücke 2,342.000, Zehnhellerstücke 18,386.000, Zweihellerstücke 39,658.000, Einhellerstücke 5,673.000, im ganzen wurden 99,127.000 neue Stücke Hartgeld im gesamten Werte von 36,224.800 K. Beim ungarischen Münzamte in Körmözbanya wurden in der gleichen Zeit ausgeprägt: Einkronenstücke 10,975.111, Zwanzighellerstücke 5,645.572, Zehnhellerstücke 4,905.357, Zweihellerstücke 6,649.488, zusammen 28,175.528 Stück im Nennwert von 12,727.750 K. 86 H. Der Gesamtbetrag der den Verkehr in der Monarchie seit Beginn des Krieges zur Verfügung gestellten kleinen Zahlungsmittel beträgt 442,000.000 K., also fast 9 K. per Kopf der Bevölkerung.

Die Unterstützung der Angehörigen von Mobilisierten. Ueber den großen Einfluß der staatlichen Unterhaltsbeiträge auf die Volkswirtschaft gibt die Ziffer der für die Unterstützung von Angehörigen der Mobilisierten aufgewendeten Beträge Aufschluß. Es wurden mit Ausnahme von Galizien und der Bukowina, wofür noch keine Ausweise vorliegen, 512,907.095 K. 2 H. ausgegeben. Im Auslande wurden an die Angehörigen der mobilisierten österreichischen Staatsbürger 10,669.300 K. 92 H. angewiesen.

Die Kriegsseuchen. Ueber die Ausdehnung der Kriegsseuchen, für deren Bekämpfung sehr wirksame Maßregeln getroffen wurden, werden interessante Ziffern angeführt. Die ersten Choleraerkrankungen traten Ende September 1914 auf, die Zahl der Krankheitsfälle stieg in der zweiten Hälfte Oktober und Anfang November 1914. Hierauf trat eine rasche Abnahme ein. Außer in den Bezirken Lisko und Sanok war unter der Zivilbevölkerung keine Bildung von Choleraherden zu beobachten. Von Beginn 1915 bis erste Hälfte April gab es nur einzelne Fälle. Von da nahmen die Erkrankungen wieder zu, hauptsächlich unter den russischen Kriegsgefangenen. Mitte Mai trat ein erheblicher Anstieg ein und zwar in den wiederbesetzten Gebieten Galiziens. Die Gesamtzahl der Erkrankungen im österreichischen Staatsgebiete betrug 1914 seit Kriegsbeginn 3702, im ersten Halbjahr 1915 1882 Fälle. Ruhr gab es 1914 seit Kriegsbeginn 31.386 Fälle, 1915 erstes Halbjahr 8111. Abdominaltyphus 1914 12.278, 1915 erstes Halbjahr 24.212 Fälle. Blattern 1914 seit Kriegsbeginn 192, 1915 erstes Halbjahr 6669 Fälle. Der Fleckfieber trat erst Mitte Dezember in größerer Zahl auf. Er erreichte Ende Januar den Höhepunkt und nimmt seither ab. Insgesamt erkrankten 1914 281, 1915 erstes Halbjahr 10.488 Personen.

Tägliche Rundschau
28./VIII. 1915

* **Städtischer Lebensmittelverkauf.** Demnächst werden in den städtischen Markthallen öffentliche Verkaufsstände der Stadtgemeinde Berlin für Eier und Heringe eingerichtet, wo Eier das Stück für 13 Pf., Heringe für 15 Pf. verkauft werden.

Diese Waren dürfen nur an Berliner Einwohner, und zwar gegen Vorlegung einer von der zuständigen Berliner Brotkommission ausgestellten Berechtigungskarte für den städtischen Lebensmittelverkauf abgegeben werden. Diejenigen Berechtigungskarten, welche seinerzeit für den Bezug von Kartoffeln, Gefrierfleisch und Fettwaren sowie für den Verkauf in der Freibank ausgestellt worden sind, behalten ihre Gültigkeit. Der einzelne Käufer erhält höchstens 15 Eier und 10 Heringe.

Außerdem werden in diesen Verkaufsstellen ohne Beschränkung an jedermann abgegeben: Kartoffeln 45 Pf. für 10 Pfund, Weißkohl 5 Pf., Rotkohl 7 Pf., Wirsingkohl 7 Pf., Mohrrüben 7 Pf. für 1 Pfund.

Es ist in Aussicht genommen, den Verkauf auch noch auf andere Lebensmittel, insbesondere auf Räucherwaren, auszudehnen.

Tägliche Rundschau
28/VIII. 1915

Lebensmittelpreise in Groß-Berlin.

Um vielfach geäußerten Wünschen aus unserem Leserkreise entgegenzukommen, werden wir in achttägigen Zwischenräumen die Preise wichtiger Lebensmittel übersichtlich zusammenstellen. Das Hauptgewicht wird dabei auf die Großhandelspreise gelegt werden, wobei für die Fleischpreise im wesentlichen auf die amtlichen Notierungen des Berliner Schlachtviehmarktes Bezug genommen werden wird. Bei den Kleinverkaufspreisen stützen wir uns auf Angaben mehrerer einwandfreier Schlächtermeister. Die Gemüse- und Obstpreise wurden in der Markthalle am Alexanderplatz ermittelt, wir bemerken aber, daß es sich um die Verkaufspreise des Großhandels an die Gemüsehändler handelt. Der Aufschlag, den die Kleinhändler nehmen, ist natürlich je nach dem Stadtteil verschieden. Unseren Lesern werden damit Anhaltspunkte für die Beurteilung der Frage geboten, inwieweit sie beim Wareneinkauf reell bedient werden. Bei den späteren Zusammenstellungen werden sodann frühere Preisnotierungen, soweit es der Raum gestattet, berücksichtigt werden.

Die Preise für 50 Kg. Schlachtgewicht stellten sich am 25. August 1915 für:

feinste Mastkälber	138—145 M.	
mittlere „	122—137 M.	
geringere „	108—117 M.	
geringe „	109—118 M.	
vollfleischige Schweine im Gewicht von 240—300 Pfd.	139—145 M.	Lebendgew., Schlachtgewicht etwa 40 M. mehr.
vollfl. Schweine von 200—240 Pfd.	138—142 M.	
„ „ „ 160—200 Pfd.	128—140 M.	
fleischige „ unter 160 Pfd.	105—130 M.	

Kleinhandelspreise für ein Pfund Fleisch:

Rind, Keule oder Rücken	1,50 M.	(ohne Knochen 1,70)
„ Filet	1,80 M.	(ausgeschnitten 2,60)
„ gehacktes	1,30 M.	
Kalb, Keule oder Rücken	1,50 M.	
„ Brust	1,40 M.	
Schwein, Rücken od. frisch. Schink.	1,80 M.	(geteilt 2,00)
„ Kotelett	2,40 M.	
Hammel, Rücken oder Keule	1,70 M.	
„ Brust	1,60 M.	
„ Dünnung	1,40 M.	

In den ärmeren Stadtteilen Berlins sowie namentlich von Warenhäusern wird Fleisch zu wesentlich geringeren Preisen angeboten, von letzteren z. B. gehacktes Rindfleisch zu 1 M., Rinderfilet zu 1,20 M., Hammelkeule und -rücken zu 1,30 M., Hammeldünnung zu 1,15 M. Man braucht darum aber noch von einem Fleischwucher des Schlächtergewerbes im allgemeinen nicht zu sprechen.

Markthallenpreise für Gemüse und Obst (50 Kg.):

Rot-, Weiß-, Wirsingkohl	7 M.
Grüne Bohnen	22—25 M.
Wachsbohnen	35 M.
Schoten	50 M.
Spinat	20—25 M.
Kohlrabi (60 Stück)	1—1,75 M.
Blumenkohl (Kopf)	0,50 M.
Mohrrüben	8 M.
Pflaumen, frische	28—30 M.
Musäpfel	16—18 M.
Gute Eßäpfel	30—40 M.
Wein (ungarischer)	50 M.
Birnen	8—35 M.
Tomaten	30 M.
Preiselbeeren (schwedische)	40 M.
Steinpilze	40 M.
Pfefferlinge	75 M.

Butter-, Schmalz- und Käsepreise der Verein. Pommerschen Meiereien:

gute Eßbutter (1 Pfd.)	1,90 M.
feine Tafelbutter	2,00 M.
feinste „	2,10 M.
reines Schweineschmalz	1,80 M.
echter Emmenthaler	1,50 M.
vollfetter Tilsiter	1,30 M.

Die Zeit
29./VIII. 1915

Konsumentenwünsche und -Beschwerden.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrag ihres Ausschusses in Graz, Maßnahmen gegen die beständig steigenden Vieh- und Fleischpreise zu erwägen. Hierbei wurde insbesondere die stets größer werdende Spannung zwischen den Vieh- und Detailfleischpreisen besprochen, weiter die Beschränkung der Ausfuhr von Vieh und die Ermöglichung einer Einfuhr aus den okkupierten Gebieten. Zur Erstattung konkreter Vorschläge wurde ein Fachkomitee bestellt, das sich mit den maßgebenden Behörden und Interessentengruppen auseinandersetzen soll. Der Vorsitzende Regierungsrat Fritz berichtete sodann über die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fuhrwerksgenossenschaften und den Vertretern der Industrie und des Konsums betreffend die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne. Um die Erhöhung der Frachtpreise zu vermeiden, wurde vorgeschlagen, die wichtigsten Pferdefuttermittel, die bisher noch nicht beschlagnahmt erscheinen, für die Fuhrwerker zu beschlagnahmen, und dahin zu wirken, daß die Futtermittel zu keinem höheren als den angesetzten Höchstpreisen verkauft werden. Ebenso müßte die Futtermittelzentrale reorganisiert und zu einem wirkungsvollen Eingreifen befähigt werden.

Verschärfung der Preiskontrolle.

Im Verfolge der weiteren Verhandlungen wurde abermals die schon in der handelspolitischen Kommission beschlossene Schaffung einer Preisnotierungskommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Interessentenkreise, in Anregung gebracht, in welcher Hinsicht die Kommission demnächst beim Bürgermeister vorstellig werden soll. Die Organe der Kommission, die bisher Marktbegehungen freiwillig vornahmen, konnten feststellen, daß vielfach die Marktpreise nicht entsprechend ersichtlich gemacht oder daß sie nach wie vor überschritten werden. Auch besteht der Glaube bei vielen Käufern, daß die ersichtlich gemachten Marktpreise gleichsam unabänderliche amtliche Preise seien, und daß der Käufer nicht mehr berechtigt sei, einen geringeren Preis zu bieten. Es wurde beschlossen, in dieser Richtung das Publikum durch Maueranschläge und Aufrufe zu unterrichten.

Um die Uebelstände auf den Märkten abzuschaffen, erscheint es auch geboten, eine Vermehrung der marktamtlichen Organe vorzunehmen, und, wenn Mangel an Männern sein sollte, vertrauenswürdige weibliche Marktorgane aus den Kreisen der Hausfrauen zu bestellen.

Die Konsumentenberatungsstelle der Kommission hatte schon in vielen Fällen begründete Anzeigen wegen Preistreiberei an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Anzeigen behandelt werden können, die mit Namen und Adresse unterzeichnet und genau begründet sind.

Die Milchversorgung der Stadt Wien.

In Besprechung der Verhältnisse auf dem Wiener Milchmarkt wurde festgestellt, daß von einer Milchknappheit eigentlich nicht gesprochen werden könne; diese werde nur, wie der Berichterstatter ausführt, künstlich durch den niederösterreichischen Milchring hervorgerufen. Daher muß neuerdings gefordert werden: die Einführung von Milchkarten, die ebenfalls schon in der handelspolitischen Kommission längst beschlossen wurden; ferner die Sicherstellung reichlicher Milchzufuhren nach dem Wiener Markt; die Feststellung von Höchstpreisen unter Zugrundelegung eines niedriger begrenzten Fettgehaltes und die Ermittlung des richtigen Detaileinheitspreises; Einflußnahme auf die Herabsetzung des Detailhandelspreises in Budapest und in anderen Städten der Monarchie, die aus dem erweiterten Wiener Milchrayon Milch beziehen.

Neue Freie Presse
29./VIII. 1915

Kriegskommission für Konsumenteninteressenten.

In der letzten Wochensitzung dieser Kommission gelangte zunächst die Anregung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressenten in Graz zur Verhandlung, Maßnahmen gegen die beständig steigenden Vieh- und Fleischpreise durchzuführen. Hiebei gelangte insbesondere die stets größer werdende Spannung zwischen den Vieh- und den Detailfleischpreisen zur Sprache, weiter die Beschränkung der Ausfuhr von Vieh und die Ermöglichung einer Einfuhr aus den okkupierten Gebieten. Zur Erstattung konkreter Vorschläge wurde ein Fachkomitee bestellt, welches mit den maßgebenden Behörden und Interessentengruppen sich in Verbindung zu setzen haben wird.

Der Vorsitzende, Regierungsrat Fritz, berichtete über die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fuhrwerksgenossenschaften und den Vertretern der Industrie und des Konsums, betreffend die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne. Als wichtigstes Mittel gegen die Erhöhung der Frachtpreise wurde vorgeschlagen, die wichtigsten Futtermittel für die Fuhrwerker zu beschlagnahmen und dahin zu wirken, daß die Futtermittel zu keinen höheren als den angesetzten Höchstpreisen verkauft werden. Ebenso müßte die Futtermittelzentrale reorganisiert und zu einem wirkungsvollen Eingreifen befähigt werden.

Weiter wurde abermals die schon in der Handelspolitischen Kommission beschlossene Schaffung einer Preisnotierungskommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Interessentenkreise, in Anregung gebracht, in welcher Hinsicht die Kommission demnächst beim Herrn Bürgermeister vorstellig werden soll.

Die Organe der Kommission, welche bisher Marktbegehungen freiwillig vornahmen, konnten feststellen, daß vielfach die Marktpreise nicht entsprechend ersichtlich gemacht oder daß sie nach wie vor überschritten werden. Auch besteht der Glaube bei vielen Käufern, daß die ersichtlich gemachten Marktpreise gleichsam unabänderliche amtliche Preise seien und daß der Käufer nicht mehr berechtigt sei, einen geringeren Preis zu bieten.

Es wird beschlossen, durch Maueranschläge und auch in den Zeitungen einen leicht verständlichen Aufruf an das Publikum zu erlassen, um die Käufer für eine wirkungsvolle Wahrnehmung ihrer Interessen beim Verkehr auf den Märkten anzuleiten, insbesondere daß sie nur nach Gewicht einkaufen sollen, auf die Qualität zu sehen haben, gegen Gewichtsunterschreitungen energisch vorgehen sollen u. a. m. Um die Uebelstände auf den Märkten abzuschaffen, erscheint es auch geboten, eine Vermehrung der marktamtlichen Organe vorzunehmen und, wenn Mangel an Männern sein sollte, vertrauenswürdige weibliche Marktorgane aus den Kreisen der Hausfrauen zu bestellen.

Die Konsumentenberatungsstelle hatte schon in vielen Fällen begründete Anzeigen wegen Preistreiberei an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Anzeigen behandelt werden können, welche mit Namen und Adresse unterzeichnet und genau begründet sind.

Schließlich wurde ein Bericht über den Wiener Milchmarkt erstattet. Es besteht tatsächlich keine Milchknappheit, sie wird nur künstlich durch den niederösterreichischen Milchring hervorgerufen. Daher muß neuerdings gefordert werden: die Einführung von Milchkarten, welche ebenfalls schon in der Handelspolitischen Kommission längst beschlossen wurde; ferner die Sicherstellung reichlicher Milchzufuhren nach dem Wiener Markte; die Feststellung von Höchstpreisen unter Zugrundelegung eines niedriger begrenzten Fettgehaltes und die Ermittlung des richtigen Detaileinheitspreises; Einflußnahme auf die Herabsetzung des Detailhandelspreises in Budapest und in anderen Städten der Monarchie, die aus dem erweiterten Wiener Milchrayon Milch beziehen.

Die Zeit
30./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Die heutige Zufuhr nach dem Wiener Zentralgemüse- und Obstmarkt war bezüglich der Kartoffeln nicht ungünstig, ließ aber in bezug auf Grünwaren, hauptsächlich in grünen und gelben Bohnen, Spargelbohnen, Gurken und diversen anderen Sorten derart zu wünschen übrig, daß der an sich schwache Montagsbedarf nicht ausreichend gedeckt werden konnte. Bei den Bohnen trat eine Preiserhöhung um 2 Heller pro Kilogramm ein. Es notierte heute für grüne ein Detailpreis von 33 bis 36 Heller, und für gelbe Bohnen ein solcher von 37 bis 40 Heller, doch gab es auch stellenweise grüne um 35 und gelbe um 39 Heller pro Kilogramm. In Gurken, die Samstag bis auf den letzten Rest ausverkauft waren, machte sich heute eine Nervosität geltend und konnten beträchtliche Preiserhöhungen nur durch den Druck des Marktamtes vermieden werden. Nichtsdestoweniger zogen Gurken um 2 bis 4 Heller pro Kilogramm im Preise an. Einlegegurken waren heute nicht vorrätig. Ungarische Gurken notierten mit 14 bis 24 Heller, niederösterreichische bis 26 Heller pro Kilogramm, Gärtnergurken waren noch um 2 Heller teurer.

Heute feierte der Makoer „Knoblauchring" seinen ersten billigen Triumph. Die billigere heimische und slowakische Ware wurde Samstag und gestern ausverkauft. Heute war nur mehr Makoer Knoblauch auf dem Naschmarkt. Auf den übrigen Großmärkten ist ebenfalls der billige Knoblauch nur mehr in ganz geringfügigen Mengen vorrätig. Der ungarische Preistreiber Knoblauch stellt sich auf K. 1.90 bis 2.48 pro Kilogramm im Kleinverkehr. Heimische Zwiebel hält den Kilopreis von 46 bis 50 Heller, Makoer Zwiebel kostet bis 56 Heller pro Kilo, holländische Zwiebel, die noch zugeführt wird, obzwar sie qualitativ an die hiesigen marktgängigen Sorten nicht heranreicht, 42 bis 50 Heller pro Kilo. Ihre Zufuhr wirkt im wohltätigen Sinn des Wortes preisregulierend. Paradeiser wollen auch nicht recht billiger werden. Niederösterreichische notieren mit 38 bis 42, ungarische, die noch immer in ziemlich beträchtlichen Mengen vorhanden sind, mit 30 bis 38 Heller pro Kilo. Beschädigte Ware wird selbstverständlich billiger abgegeben.

In Kraut gab es heute wenig, dafür aber schöne Ware. Der Preis ist pro Kilogramm mit 21 bis 28 Heller gegen die Vorwoche gleich. Schwämme sieht man noch ziemlich häufig auf den Märkten. Naturgemäß sind es die Eierschwämme, die sich da am meisten ausbreiten, obgleich auch Herrenpilze nicht zu wenige da sind. In Eierschwämmen variieren die Preise sehr stark, je nachdem man sie bei Waldgehern oder Zwischenhändlern kauft. Sie kosten demnach pro Kilogramm von 56 bis 74 Heller. Herrenpilze sind von 2 bis 3 Kronen pro Kilogramm erhältlich. Die Preise für Maiskolben, grünen Paprika, Salat, Kochsalat sind unverändert. Ein Kilogramm Speisekürbis kostet im Detail 12 Heller. Kartoffeln kosten von 18 Heller bis 23 und 24 Heller pro Kilogramm.

Die Obstzufuhren der letzten Tage und die heutigen betreffen der Hauptsache nach niederösterreichische Bauernbirnen und Aepfel. Auch steirische Aepfel kommen massenhaft nach Wien. So sind in der Viktualienhalle der Großmarkthalle mehrere Waggons schöne steirische Aepfel eingelangt, die im Detail mit 30 bis 40 Heller pro Kilo reißenden Absatz finden. Die Obstpreise sind so ziemlich unverändert geblieben, nur in Weintrauben trat eine Verbilligung ein. Im Großhandel sind die Preise von K. 1.12 pro Kilo auf 96 Heller bis 1 Krone heruntergegangen. In Weintrauben versuchten Händler in den letzten Tagen Preistreibereien, doch wurden sie vom Marktamte gleich dabei betreten und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die Detailpreise für Weintrauben dürften sich morgen der Verbilligung zuneigen. Heute sind das erstemal Brombeeren zugeführt worden. Der Absatz der gesalzenen dänischen Butter, die in der Großmarkthalle an einzelnen Ständen um den Preis von K. 4.92 pro Kilo zu haben ist, während die dänische Butter 6 Kronen, die Molkereibutter K. 5.90 kostet, nimmt zu. Auch holländischer Käse, das Kilo zu K. 3.60, wird von der Oesterreichischen Verlaufsgesellschaft für landwirtschaftliche Produkte in der Großmarkthalle feilgehalten und findet Anklang beim Publikum. Die Eierpreise sind gleich geblieben.

Der Verkehr auf dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle war heute ziemlich flau. Die Groß- und Kleinhandelpreise sind gegen gestern und Samstag unverändert geblieben. Zugeführt wurden heute 15 Waggons mit 719 Tonnen Fleisch, davon 44·2 Tonnen Auslandsfleisch. In Fischen, Geflügel und Wild herrschte bei unveränderten Preisen ebenfalls schwacher Verkehr. Die Rebhühnerzufuhr steigerte sich in den letzten Tagen. Sonst kam sehr wenig Wild auf die Märkte.

Frankfurter Zeitung
31./VIII.1915

Zwischenhandel und Nahrungsmittelpreise.

Ein Fachmann des Nahrungsmittelhandels stellt uns aus seiner Kenntnis der Verhältnisse des Frankfurter Zwischenhandels Aufzeichnungen zur Verfügung, aus denen klar ersichtlich ist, daß die Schuld an der abnormen Preisgestaltung durchaus nicht immer dort zu suchen ist, wo der Verbraucher seine Ware zu beziehen pflegt. So wurde gerade bei den größten Frankfurter Firmen, die zum Teil in weitverzweigten Filialen die städtische Bevölkerung versorgen, der Vorrat an Reis zu festgesetzten Preisen beschlagnahmt und außer Verkehr gesetzt, während andererseits von Köln, Hamburg usw. Posten Reis mit hundert Prozent über den Beschlagnahmpreis als beschlagnahmefrei angeboten werden konnten. — Aus der Gegend von Magdeburg wurden getrocknete Erbsen, lieferbar Ende Juli — Anfang August, ohne daß die Produktionskosten inzwischen höher geworden wären, zu 100 bis 110 Mark pro 100 Kilo angeboten, die in normalen Jahren zu 20 bis 30 Mark erhältlich waren. — Die Produzenten in der Umgebung von Frankfurt verlangen in der Markthalle für Schneidebohnen 50 Pfennige per Kilo. Die Städte und einzelne Firmen kaufen, um einen Gegendruck auszuüben in Holland Schneidebohnen zu 12 Gulden per 100 Kilo gleich 24 Mark. Hierzu kommt: Fracht, Verlust durch Eintrocknen, Generalunkosten und Risiko, das dadurch entsteht, daß die Ware verdorben ankommen kann. Trotzdem wird die Ware in den verschiedenen Läden zu 32 Pfennigen das Kilo verkauft. — Die Produzenten in der Umgebung von Frankfurt verlangten für das Kilo Mirabellen in der Markthalle 80 Pfennige bis 1 Mark. Die Händler der Markthalle bezogen aus der Metzer Gegend, den Vogesen und Luxemburg Mirabellen und verkauften sie in der Halle zu 60 bis 70 Pfennig das Kilo. — Die Zentral-Einkaufsgesellsaft, Berlin, erhält allein den Verkauf der aus Oesterreich und Ungarn ausführbaren Eier und soll nach Aussage der Fachpresse des Eiergroßhandels auf den Kalkulationswert einen Aufschlag von 40 Mark und mehr für die Kiste von 1440 Stück nehmen. Das ist per Waggon von 100 Kisten 4000 Mark oder für das einzelne Ei 3 Pfennige. Die Importeure des Eiergroßhandels waren gewohnt an der Kiste 2 Mark bis 5 Mark je nach der Marktlage zu verdienen, oder an 100 Kisten 200 Mark bis 500 Mark, das ist auf das einzelne Ei berechnet weniger als ein halber Pfennig.

Das ist ein interessantes Material zur Beurteilung der Frage und eine gute Warnung vor verallgemeinernden Vorwürfen gegen einen einzelnen Stand.

Die Zeit Abendbl. 31./VIII. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Heute waren die Zufuhren nach den Wiener Hauptmärkten sehr günstig. Der Marktverkehr wurde jedoch durch das schlechte Vormittagswetter tangiert. In Paradeisern ist infolge der Massenzufuhren eine weitere Verbilligung eingetreten, die sich bei der schönen Gärtnerware in einem Preisnachlaß von 2 Kronen pro Metерzentner und bei den Paradeisern ungarischer Herkunft in einem solchen von 4 bis 6 Kronen äußert. Im Kleinverkehr notierten die Paradeiser heute pro Kilo, und zwar: Gärtnerware von 35 bis 40 Heller, doch war schöne Ware schon durchschnittlich um 36 bis 38 Heller erhältlich; niederösterreichische und slowakische Paradeiser mit 33 bis 38 Heller und ungarische Paradeiser mit 26 bis 34 Heller; ungarische Paradeiser wurden aber auch wesentlich billiger, um 18 und 20 Heller pro Kilogramm, und zwar dann abgegeben, wenn es sich um durch den Transport etwas beschädigte Ware handelte.

Da Zwiebel von allen Seiten nach dem Wiener Markte strömt und die holländische Zwiebel wesentlich billiger als die heimische und ungarische auf die Lebensmittelmärkte geworfen wurde, ließen heute die Preise für Zwiebel niederösterreichischer und slowakischer Provenienz nach. Im Kleinverkehr stellte sich heute Zwiebel pro Kilogramm, und zwar: die letztgenannte auf 46 bis 48 Heller, die holländische auf 42 bis 50 Heller und Makoer Zwiebel, bei der ungarische Preistreiber die Hand mit im Spiele haben dürften, auf 56 Heller. Die ausgiebige Zufuhr holländischer Zwiebel kann hier aber Wandel schaffen, ebenso der Druck auf die heimischen und slowakischen Produzenten. Denn wenn holländische Zwiebel unter Berücksichtigung der hohen Frachtkosten und Ausfuhrgebühren um billiges Geld auf den Wiener Markt gestellt werden kann, so ist nicht einzusehen, weshalb die heimischen Produzenten durch ungerechtfertigte Preisforderungen aus der Kriegskonjunktur erhöhte Gewinne schlagen sollen. In Knoblauch ist die Marktlage traurig; der Markt weist nur mehr schwache Vorräte in Makoer Ware auf, die von dem ungarischen Knoblauchring maßlos verteuert wurde und sich im Detail auf K. 1.90 bis K. 2.48 pro Kilogramm stellt. Die heimischen Produzenten, die so ziemlich alle im Gebiete von Laa an der Thaya sitzen, halten mit der Beschickung des Wiener Marktes zurück, offenbar in der Anhoffnung, aus der ungarischen Preistreiberei in Knoblauch höhere Preise für ihre Produkte ableiten zu können. Heimischer und slowakischer Knoblauch, welch letzterer auch schon zum Großteil dem Makoer Knoblauchring verfallen sein dürfte, notierte zuletzt auf den Wiener Märkten mit K. 1.04 bis 1.16 pro Kilogramm, ebenfalls mit Rücksicht auf den normalen Knoblauchpreis, ein unverschämt hoher Preis, dem wucherische Tendenzen zuzuschreiben sind.

In Kartoffeln ist die Markt- und Preislage unverändert geblieben. Bei den Gurken hat das Marktamt Mühe, Preistreibereien zu unterdrücken. Heute notieren ungarische Gurken mit 18 bis 24 Heller, niederösterreichische bis 26 Heller pro Kilogramm, während Gärtnergurken in der Regel um 2 Heller pro Kilogramm teurer sind. Znaimer Einleggurken, die größtenteils schon in den Gläsern und Fässern ihrer Bestimmung entgegengehen, notieren mit 36 Heller für große und 46 Heller pro Kilogramm für kleine Ware. Sie sind aber sehr spärlich auf den Märkten. Bezüglich der Schwämme ist das gestern Gesagte zu wiederholen. Auch bezüglich des Kochsalats, Karfiols, des Kohlrabi und des Rotkrauts. Weißkraut stellt sich noch immer auf 21 bis 23 Heller pro Kilogramm. Der slowakische Krautsegen ist noch immer nicht fühlbar geworden. In grünen und gelben Bohnen beginnt ein langsames Abflauen der Beschickung; die Preise sind 33 bis 35 Heller für grüne und 37 Heller bis 40 Heller pro Kilogramm für Spargelbohnen.

Der heutige Obstmarkt erfreute sich gleichfalls einer guten Beschickung. Für Einsiedezwecke kauften die Hausfrauen Weingartenpfirsiche, die von 96 Heller bis K. 1.52 abgegeben wurden. In Birnen und Aepfeln ist der Markt noch immer reichlich ausgestattet. Steirische Aepfel kommen ebenfalls massenhaft an. Die Preise neigen sich aber noch immer nicht zu einer merklichen Verbilligung, wenn auch einzelne Produzenten Obst billiger abgeben. Gestern und heute traf auch Tiroler Obst in größeren Mengen ein, darunter die guten Grabensteiner Aepfel zum Preise von 80 Heller bis K. 1.36 pro Kilogramm; Williams-Butterbirnen 88 Heller bis K. 1.12 und Alexanderbirnen 88 Heller bis K. 1.24 pro Kilogramm. Wassermelonen kosten pro Stück je nach Größe 20 bis 80 Heller, Zuckermelonen (Ananas- und Hatvanmelonen) von K. 1.— bis 1.60. Himbeeren notieren 96 Heller bis K. 1.04 pro Kilogramm und Preiselbeeren 60 bis 64 Heller pro Liter oder 90 Heller bis K. 1.28 pro Kilogramm.

In Weintrauben ist infolge marktamtlicher Einwirkung eine Verbilligung eingetreten. Der Mehrheit nach wird im Detailverkehr ein Preis von K. 1.32 bis 1.38 für das Kilogramm begehrt. Niederösterreichische Zwetschken stellen sich noch immer auf 32 bis 34 Heller pro Kilogramm, während ungarische und slawonische Zwetschken nicht unter 60 Heller heruntergehen wollen. Infolge des Krieges sind die hauptsächlichsten Produktionsgebiete für Zwetschken, Bosnien und Serbien, von wo in normalen Jahren billige Zwetschken massenhaft auf den Wiener Markt gebracht wurden, heuer für uns ausgeschaltet.

Die heutigen Zufuhren nach dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle waren zureichende. Es langten bis mittags ein: 7 Waggons mit 29·9 Tonnen, darunter 5 Waggons mit 19·4 Tonnen Auslandfleisch. Der Marktverkehr war im Großhandel mittelmäßig; der Kleinverkehr war infolge des fleischlosen Tages ausgeschaltet. Die Fleischpreise haben sich gegen gestern nicht verändert. Rindsinnereien waren heute billiger und notierten pro Kilogramm, und zwar: Rindslunge K. 1.54 (gegen K. 1.60), gekocht K. 1.80; Leberzeug (Leber, Herz und Milz) K. 2.50 (gegen K. 2.60); Hirn K. 2.80 bis 3.— (gegen K. 3.—); Kuheuter, frisch K. 1.— (gegen K. 1.10), gekocht K. 1.64 (gegen K. 1.80); Fleckzeug, geputzt 90 Heller (gegen K. 1.20), gekocht K. 1.—. Der Preis für Kalbsgekröse ist ebenso wie der für Kalb- und Schweinsinnereien gleich geblieben.

Der Wildbretmarkt war heute etwas besser als sonst ausgestattet. Es gab Rebhühner, Hasen, Fasane, etwas Hirsche und Rehe. Die Preise sind unverändert. An Geflügel waren da böhmische und ungarische Gänse. Beide Sorten sind um zehn Heller billiger geworden. Sie notierten von K. 3.30 bis 3.80 für das Kilogramm. Enten kosteten K. 4.40 pro Kilogramm. Frische ungarische Eier wurden 16 Stück für 2 Kronen verkauft.

In Seefischen ist keine Veränderung eingetreten. An Süßwasserfischen waren heute zu den bekannten Preisen zu haben: Karpfen, Schiile, Hechte und Barben. Ebenso waren Krebse da, das Stück zu 40 Heller. Galizische Krebse und Krebse aus der Laibacher Gegend fehlen heuer gänzlich.

Heute geht auf dem Naschmarkt wieder ein Nachmittagsmarkt vor sich.

Neue Freie Presse Abendbl. 31./VIII. 1915

Der heutige Kartoffel-, Gemüse- und Obstmarkt.

Wien, 31. August.

Die Zufuhren zum heutigen Großmarkt auf dem Naschmarkte waren ausreichend, in Paradeisern sogar ziemlich groß, so daß eine Preisermäßigung um 2 H. eintrat. Die übrigen Preise hielten sich zum größten Teile auf der Höhe der letzten Tage.

Runde Erdäpfel, niederösterreichische und ungarische Ware, gelbe kosteten 23 bis 24 H., rote und weiße 22 bis 23 H. Paradeiser stellten sich: Gärtnerware, slowakische und niederösterreichische auf 35 bis 40 H., ungarische Ware auf 26 bis 34 H. Zwiebel war durchschnittlich um 2 H. billiger und wurde niederösterreichischer und slowakischer bis 56 H., Makoer um 42 bis 50 H. verkauft. In Knoblauch war slowakische Ware nicht auf dem Markte. Die Preise von Makoer Knoblauch sind auf 1 K. 90 H. bis 2 K. 48 H. gestiegen. Das Marktamt bemerkt zu dem Preise: „Der Kleinverschleiß auf vielfaches Mißverständnis bei den Konsumenten stoßend. Kleinverschleißer mögen diesen Artikel nicht führen." Weißkraut kostete per Kilo 21 bis 23 H., Rotkraut, 30 Stück, 3 K. bis 5 K. 60 H., Häuptelsalat, klein 6 bis 7 H., mittel 10 H., groß 12 H. Gurken waren nicht viel auf dem Markte, die Preise waren aber doch durchhaltend, ungarische Gurken kamen auf 18 bis 24 H., niederösterreichische bis 26 H., Gärtnerware war um 2 H. teurer. Einlegegurken waren keine vorhanden. Auch in grünen und gelben Bohnen waren die Zufuhren gering, doch blieben die Preise noch gleich. Erstere kosteten 33 bis 36 H., letztere 37 bis 40 H. Spinat wurde per Kilo um 44 bis 50 H. abgegeben. Grüner Kohl, klein um 4 bis 7 H., mittel um 8 bis 11 H., groß um 12 bis 14 H. Maiskolben, klein um 5 H., mittel um 6 H., groß um 7 bis 8 H. Kochsalat, 30 Stück 1 K. bis 2 K. 60 H. Kohlrabi, 30 Stück 1 K. bis 2 K. 60 H. Karfiol 2 K. bis 8 K.

Schwämme waren zahlreich auf dem Markte, insbesondere Herrenpilze, die nur 10 bis 20 H. billiger waren. Sie wurden von „Waldgehern" und „Wieserleuten" um 2 bis 2 K. 72 H. abgegeben. Rötlinge waren nur bei „Wieserleuten" um 64 bis 80 H. erhältlich.

Die Eierpreise wiesen keine Veränderung aus.

Die Notierungen für den Obstmarkt, der insbesondere in Weintrauben gut beschickt war, trugen heute folgenden Vermerk: „Es finden hier nur die gewöhnlichsten Obstgattungen, die von den breiten Volksschichten genossen werden, Berücksichtigung. Hieraus kann und darf jedoch nicht abgeleitet werden, daß die Preiserstellung für die nichtverzeichneten Arten ganz und gar dem Belieben des Verkäufers anheimgestellt wäre."

Niederösterreichische Birnen, und zwar Schmalz- kosteten 30 bis 36 H., Honig- 34 bis 40 H., Salzburger- 34 bis 40 H., größere Birnen 40 bis 56 H., niederösterreichische Aepfel klein 28 bis 40 H., mittel 34 bis 40 H., groß 40 bis 48 H., niederösterreichische Zwetschken 32 bis 48 H., niederösterreichischer ungerebelter Holler per Kilogramm 26 H., ungarische Zwetschken bis 60 H., Weintrauben (6 bis 8 H. billiger) 1 K. 4 H. bis 1 K. 44 H., gewöhnliche Aepfel bis 60 H., größere und bessere bis 72 H.

Tägliche Rundschau 31./VIII. 1915.

* **Die Preistafeln.** Trotz mannigfacher Mahnungen in der Tagespresse lassen die Preistafeln noch vieles zu wünschen übrig. Namentlich scheinen zahlreiche Fleischermeister eine starke Abneigung gegen diese Einrichtung zu besitzen. Die Preistafeln sind, wie wir an einer großen Reihe von Beispielen feststellen können, noch immer so angebracht, daß die Preise außerhalb des Ladens schwer erkennbar sind. Bei Versuchen, Abschriften von den Preistafeln anzufertigen, begegnet man allerlei Schwierigkeiten seitens des Ladenpersonals. Wiederholt bemerkten wir, daß das weibliche Personal — ob auf Anregung von besonderer Seite, bleibe dahingestellt — die Abschriftnehmer zu stören suchte; in einer größeren Schlächterei der Grolmannstraße zu Charlottenburg suchte man die Abschrift der Preistafel zu verhindern, indem man zunächst eine Palme vor die Preistafel stellte, danach, als der beabsichtigte Zweck noch nicht voll erreicht wurde, kurz entschlossen den Vorhang herunterließ. Damit verrät man ein schlechtes Gewissen. Man muß von der Polizei verlangen, daß sie in höherem Grade als dies bisher geschehen ist, für eine zweckmäßige Anbringung der Preistafeln sorgt. Den hierzu Verpflichteten muß klargemacht werden, daß das angestrebte Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Preise ohne jegliche Schwierigkeiten von außen erkennbar gemacht werden.

Vossische Zeitung
31./VIII. 1915

Regelung der Höchstpreise.

Nach den im Reichstag von zuständiger Stelle abgegebenen Erklärungen beschäftigt sich die Reichsregierung gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Gesamtentwurfes zur Regelung der Höchstpreise.

Es haben für eine Reihe größerer Städte die Gemeindebehörden und für die Bezirke mehrerer Generalkommandos die kommandierenden Generäle Höchstpreise für den Kleinhandel festgesetzt. Derartigen Höchstpreisen steht das Bedenken entgegen, daß sie unter Umständen eine Versorgung des Lebensmittelmarktes in dem betreffenden Gebiet erschweren, da der Handel bestrebt sein wird, seine Lebensmittel aus einem Gebiet mit durch Höchstpreise beschränkten Absatzmöglichkeiten in ein benachbartes Gebiet zu bringen, wo günstigere Höchstprpeise bestehen. Es können mithin Höchstpreise, die nur für ein beschränktes Gebiet gelten, die Lebensmittelversorgung außerordentlich erschweren. Aus diesem Grunde wird erwogen, ob es sich empfiehlt, eine Zentralstelle für das Reich einzurichten, die einen Ausgleich zwischen örtlichen Höchstpreisen vornimmt, wenn durch deren verschiedene Höhe eine ungleiche Verteilung der Lebensmittel verursacht wird. Auf diese Weise würde eine Einheitlichkeit geschaffen, die die Bedenken beseitigt, die örtlichen Höchstpreisen entgegenstehen.

*

Das Präsidium des Hansa-Bundes hat auf Grund der Gutachten der in den Ausschüssen seiner Kriegszentrale vertretenen industriellen, kaufmännischen, gewerblichen und Angestelltenkreise folgendes beschlossen:

„Der Hansa-Bund blickt mit Besorgnis auf die stark zunehmende Preisteuerung notwendiger Gegenstände des Lebensbedarfs. Die dadurch herbeigeführte Erschwerung der Lebenshaltung weiter Volksschichten muß ernste Bedenken hervorrufen. Der Hansa-Bund weiß, daß die von ihm vertretenen Kreise des Handels, des Gewerbes und der Industrie alle ungebührlichen Ueberteuerungen scharf verurteilen; er ist davon überzeugt, daß auch in der Landwirtschaft dieselbe Auffassung besteht. Wucherische Kriegsgewinne auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen unseres Volkes müssen, wo es auch sei, scharf bekämpft werden. Zur Aufklärung, ob und wo solche etwa vorgekommen sind, sollte sofort eine umfassende und unparteiische Untersuchung der Gründe der Teuerung von der Reichsregierung, unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Erwerbsgruppen und der Verbraucher, eingeleitet werden, damit die Frage, wer an solchen Verteuerungen schuld ist, aus dem Bereiche von Schlagworten und bloßen Stimmungen, die sehr fehlgreifen können, herausgehoben werde. Die Verteuerung wichtiger Lebensbedürfnisse ist vielfach, vielleicht in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle, aus derzeit unabwendbaren Faktoren, insbesondere aus der Abgeschlossenheit unserer Kriegswirtschaft, erwachsen.

Die Schaffung einer zentralen, die Bedürfnisse und Interessen aller Erwerbsgruppen und der Verbraucher unparteiisch abwägenden Behörde zur einheitlichen Leitung aller Maßnahmen zugunsten der Volksernährung erscheint notwendig, ebenso, im Zusammenhang mit dieser Stelle, die Einsetzung örtlicher Ueberwachungs- und Preisregelungsausschüsse, wie sie für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin bereits vorgesehen sind. Eine nachdrückliche Anwendung der Beschlagnahmebefugnis in allen den Fällen, in denen wucherische Ausbeutung der Verbraucher oder wucherische Zurückhaltung von Vorräten zweifellos festgestellt ist, ist erforderlich. Dagegen ist es höchst bedauerlich, daß in Preußen diese Beschlagnahmebefugnis nicht den Kommunalverbänden, sondern den Verwaltungs- und Polizeibehörden überwiesen ist; eine Aenderung dieser Vorschrift ist geboten, da diese Regelung eine Verkennung der umfassenden Tätigkeit der Selbstverwaltung darstellt, die sich während des Krieges glänzend bewährt hat."

Neues Wiener Tagblatt
31./VIII. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

In der letzten Wochensitzung dieser Kommission gelangte zunächst die Anregung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Graz zur Verhandlung, Maßnahmen gegen die beständig steigenden Vieh- und Fleischpreise durchzuführen. Hiebei gelangte insbesondere die stets größer werdende Spannung zwischen den Vieh- und den Detailfleischpreisen zur Sprache, weiter die Beschränkung der Ausfuhr von Vieh und die Ermöglichung einer Ausfuhr aus den okkupierten Gebieten. Zur Erstattung konkreter Vorschläge wurde ein Fachkomitee bestellt, welches mit den maßgebenden Behörden und Interessentengruppen sich in Verbindung zu setzen haben wird.

Der Vorsitzende Regierungsrat Fritz berichtete über die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fuhrwerksgenossenschaften und den Vertretern der Industrie und des Konsums betreffend die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne. Als wirksamstes Mittel gegen die Erhöhung der Frachtpreise wurde vorgeschlagen, die wichtigsten Futtermittel für die Fuhrwerker zu beschlagnahmen und dahin zu wirken, daß die Futtermittel zu keinem höheren als den angesetzten Höchstpreisen verkauft werden. Ebenso müßte die Futtermittelzentrale reorganisiert und zu einem wirkungsvollen Eingreifen befähigt werden.

Weiter wurde abermals die schon in der handelspolitischen Kommission beschlossene Schaffung einer Preisnotierungskommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Interessentenkreise, in Anregung gebracht, in welcher Hinsicht die Kommission demnächst beim Bürgermeister vorstellig werden soll.

Die Organe der Kommission, welche bisher Marktbegehungen freiwillig vornahmen, konnten feststellen, daß vielfach die Marktpreise nicht entsprechend ersichtlich gemacht oder daß sie nach wie vor überschritten werden. Auch besteht der Glaube bei vielen Käufern, daß die ersichtlich gemachten Marktpreise gleichsam unabänderliche amtliche Preise seien und daß der Käufer nicht mehr berechtigt sei, einen geringeren Preis zu bieten.

Es wird beschlossen, durch Maueranschläge und auch in den Zeitungen einen leicht verständlichen Aufruf an das Publikum zu erlassen, um die Käufer für eine wirkungsvolle Wahrnehmung ihrer Interessen beim Verkehr auf den Märkten anzuleiten, insbesondere daß sie nur nach Gewicht einkaufen sollen, auf die Qualität zu sehen haben, gegen Gewichtsunterschreitungen energisch vorgehen sollen und andres mehr. Um die Uebelstände auf den Märkten abzuschaffen, erscheint es auch geboten, eine Vermehrung der marktämtlichen Organe vorzunehmen und, wenn Mangel an Männern sein sollte, vertrauenswürdige weibliche Marktorgane aus den Kreisen der Hausfrauen zu bestellen.

Die Konsumentenberatungsstelle hatte schon in vielen Fällen begründete Anzeigen wegen Preistreiberei an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Anzeigen behandelt werden können, welche mit Namen und Adresse unterzeichnet und genau begründet sind.

Schließlich wurde ein Bericht über den Wiener Milchmarkt erstattet. Es besteht tatsächlich keine Milchknappheit, sie wird nur künstlich durch den niederösterreichischen Milchring hervorgerufen. Daher muß neuerdings gefordert werden: die Einführung von Milchkarten, welche ebenfalls schon in der handelspolitischen Kommission längst beschlossen wurden; ferner die Sicherstellung reichlicher Milchzufuhren nach dem Wiener Markt; die Feststellung von Höchstpreisen unter Zugrundelegung eines niedriger begrenzten Fettgehaltes und die Ermittlung des richtigen Detaileinheitspreises; Einflußnahme auf die Herabsetzung des Detailhandelspreises in Budapest und in andern Städten der Monarchie, die aus dem erweiterten Wiener Milchrayon Milch beziehen.

Reichspost
31./VIII. 1915

Kriegskommission für Konsumenteninteressen. In der letzten Wochensitzung dieser Kommission gelangte zunächst die Anregung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Graz zur Verhandlung, Maßnahmen gegen die beständig steigenden Vieh- und Fleischpreise durchzuführen. Hiebei gelangte insbesondere die stets größer werdende Spannung zwischen den Vieh- und den Detailfleischpreisen zur Sprache, weiters die Beschränkung der Ausfuhr von Vieh und die Ermöglichung einer Einfuhr aus den okkupierten Gebieten. Der Vorsitzende, Regierungsrat Fritz, berichtete über die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fuhrwerksgenossenschaften und den Vertretern der Industrie und des Konsums, betreffend die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne. Als wichtigstes Mittel gegen die Erhöhung der Frachtpreise wurde vorgeschlagen, die wichtigsten Futtermittel für die Fuhrwerker zu beschlagnahmen und dahin zu wirken, daß die Futtermittel zu keinen höheren als den angesetzten Höchstpreisen verkauft werden. Ebenso müßte die Futtermittelzentrale reorganisiert und zu einem wirkungsvollen Eingreifen befähigt werden. Weiters wurde abermals die schon in der Handelspolitischen Kommission beschlossene Schaffung einer Preisnotierungskommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Interessentenkreise, in Anregung gebracht, in welcher Hinsicht die Kommission demnächst beim Herrn Bürgermeister vorstellig werden soll. Desgleichen wurde beschlossen, den Antrag auf Schaffung von Preisvermittlungskommissionen zu stellen. Die Organe der Kommission, welche bisher Marktbegehungen freiwillig vornahmen, konnten feststellen, daß vielfach die Marktpreise nicht entsprechend ersichtlich gemacht oder daß sie nach wie vor überschritten werden. Auch besteht der Glaube bei vielen Käufern, daß die ersichtlich gemachten Marktpreise gleichsam unabänderliche amtliche Preise seien und daß der Käufer nicht mehr berechtigt sei, einen geringeren Preis zu bieten. Es wird beschlossen, durch Maueranschläge und auch in den Zeitungen einen leicht verständlichen Aufruf an das Publikum zu erlassen, um die Käufer für eine wirkungsvolle Wahrnehmung ihrer Interessen beim Verkehr auf den Märkten anzuleiten.

Um die Uebelstände auf den Märkten abzuschaffen, erscheint es auch geboten, eine Vermehrung der marktämtlichen Organe vorzunehmen. Die Konsumentenberatungsstelle hatte schon in vielen Fällen begründete Anzeigen wegen Preistreiberei an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Es wird jedoch darauf aufmersam gemacht, daß nur solche Anzeigen behandelt werden können, welche mit Namen und Adresse unterzeichnet und genau begründet sind. Schließlich wurde ein Bericht über den Wiener Milchmarkt erstattet. Es besteht tatsächlich keine Milchknappheit, sie wird nur künstlich durch den niederösterreichischen Milchring hervorgerufen. Daher muß neuerdings gefordert werden: Die Einführung von Milchkarten, welche ebenfalls schon in der handelspolitischen Kommission beschlossen wurden: ferner die Sicherstellung reichlicher Milchzufuhren nach dem Wiener Markte; die Feststellung von Höchstpreisen unter Zugrundelegung eines niedriger begrenzten Fettgehaltes und die Ermittlung des richtigen Detaileinheitspreises; Einflußnahme auf die Herabsetzung des Detailhandelspreises in Budapest und in anderen Städten der Monarchie, die aus dem erweiterten Wiener Milchrayon Milch beziehen.

Die Zeit Abendbl.
1/IX. 1915

Wirtschaftliche Maßnahmen.

In Ungarn.

Budapest, 1. September. (KB)

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Ministerialverordnung, worin die Herstellung und Inverkehrsetzung sowie die Festsetzung des Maximalpreises für Rollgerste eingehend geregelt wird. Der Preis für feine Rollgerste wird pro Meterzentner ohne Sack mit K. 90, für gewöhnliche Rollgerste sowie Abfälle mit K. 72.50 festgesetzt.

Ferner veröffentlicht das Amtsblatt eine Verordnung des Honvedministers, wodurch die Requisition der Salpetervorräte für Kriegszwecke eingehend geregelt wird.

Ferner veröffentlicht das Amtsblatt eine Verordnung, mit der der Zeitpunkt der Getreideeinkäufe für öffentliche Verpflegung und die Viehverhaltung bei den Komitaten und städtischen Munizipien bis einschließlich 31. Oktober, bei größeren Fabriken, Verkehrsmitteln und anderen Unternehmungen, wie Konsumgenossenschaften, Asylen, Internaten, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Instituten bis einschließlich 15. Oktober verlängert wird.

Die Zeit Abendbl. 1/IX. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Ein mittelmäßiger Markttag mit ausreichenden Zufuhren, einem mäßig lebhaften Besuch der Märkte, das ist die Signatur des heutigen Wiener Lebensmittelmarktverkehrs. Bezüglich der Kartoffeln lassen die Produzenten aus, doch haben die Händler noch ausreichende Ware. Diese Erscheinung wirkt auf die Preisbildung aber insofern ein, als die Preisspannung zwischen den geringeren und besseren Sorten kleiner wird, mit anderen Worten gesagt: Die billigen roten und weißen Sorten, die schon mit 18 und 20 Heller pro Kilogramm abgegeben wurden, profitieren im Preise und lassen schwerlich vom Höchstpreis von 22 bis 23 Heller pro Kilogramm ab. Gelbe Kartoffeln stellen sich auf 23 und 24 Heller und Kipfler auf 31 und 32 Heller.

In Paradeisern herrscht nach wie vor ein starkes Angebot und eine lebhafte Nachfrage, doch zögern noch so manche Hausfrauen mit dem Einsieden, weil sie noch eine weitere Verbilligung erwarten. Heute stellen sich Gärtnerparadeiser auf 35, 38 und 40 Heller pro Kilogramm, niederösterreichische und slowakische auf 33 bis 38 und ungarische auf 26 bis 34 Heller. Die Gurken werden bald ausgespielt haben; ihre Blütezeit ist vorüber, doch Spätlinge werden noch bis Oktober auf den Wiener Märkten anzutreffen sein. Ungarische Gurken sind heute mit 20 bis 24 Heller, niederösterreichische mit 24 bis 26 Heller notiert. Einlegegurken sind fast nicht mehr vorhanden. Kürbisse, die mit 12 Heller pro Kilogramm notiert sind, werden vielfach auch billiger abgegeben.

In Schwämmen scheint der Wiener Markt, der für diese Waldsprößlinge besondere Vorliebe hat, doch nicht so stiefmütterlich bedacht zu werden, als man anfangs meinte. Die feuchte Witterung, die dem Wachstum der Schwämme sehr förderlich war, gewinnt dadurch für Pilzliebhaber einen versöhnlichen Charakter. Herrenpilze kosteten heute bei den Waldgehern K. 1.70 bis 2.10, bei den Wieserleuten K. 1.80 bis 2.36 und bei den Händlern K. 2.— bis 2.70 pro Kilogramm. Vor vierzehn Tagen notierten sie mit K. 3.— bis 3.20, sind also billiger geworden. Rötlinge (Eierschwämme) kosten bei den Waldgehern 50 bis 52, bei den Wieserleuten 60 bis 70 und bei den Händlern 64 bis 78 Heller pro Kilogramm

In Zwiebeln sind die Zufuhren steigend, die Preise aber noch seit vorgestern gleich. Heimische und slowakische Zwiebel notierte mit 46 bis 48, Makoer bis 56 und holländische Zwiebel mit 42 bis 50 Heller pro Kilogramm. Makoer Preistreiber-Knoblauch ist dominierend auf den hiesigen Märkten und notiert den Wahnsinnspreis von K. 1.90 bis 2.48 pro Kilogramm. Grüne und gelbe Fisolen beginnen sich langsam zu verabschieden. Noch immer aber erfreuen sie sich der besonderen Nachfrage der Hausfrauen. Grüne kosten durchschnittlich 33, 35 und in einzelnen Fällen 36 Heller pro Kilogramm, gelbe 37, 39 und 40 Heller pro Kilogramm. Zur Zeit ihrer Hochflut stellten sich grüne auf 20 und Spargelbohnen auf 22 bis 24 Heller. In Maiskolben herrscht starke Nachfrage, ebenso in grünem Paprika. Beide stehen unverändert im Preise. Grüne Erbsen und Schoten wollen sich von ihrem Preise von 90 Heller bis K. 1.04 nicht herunter wagen. In Spinat, Kohl, Kochsalat und Kohlrabi hat sich nichts verändert. Weißkraut macht ebenfalls noch keine Anstalten, billiger zu werden. Es steht mit 21 bis 23 Heller pro Kilogramm im Preise.

Was die Beschickung in Obst anlangt, stehen ungarischen Weintrauben im Vordergrund, heimische Birnen- und Aepfelsorten lassen nach. Ebenso wollen sich auch die Zwetschken heuer gar nicht so recht zeigen. Heute waren für Obst folgende Höchstpreise pro Kilogramm notiert: niederösterreichische Birnen, und zwar Schmalz 30 bis 36, Honig 34 bis 40, Salzburger 34 bis 40, Sand 30 bis 36, größere Sorten 40 bis 56, heimische Aepfel, kleine 28 bis 36, mittlere 34 bis 40, große 40 bis 48, ungarische Aepfel, Merkantilsorten bis 60, größere Sorten bis 72 Heller, heimische Zwetschken 32 bis 34, ungarische Zwetschken bis 60, Weintrauben mit K. 1.04 bis 1.44 pro Kilogramm. Ungerebelter schwarzer Holler kostet 26 Heller pro Kilogramm. In Obst ist, wie eingeweihte Kreise versichern, außer bei Weintrauben, keine Verbilligung zu erwarten.

Der Verkehr auf dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle gestaltete sich heute ebenfalls nicht besonders lebhaft. Zugeführt wurden heute vierzehn Waggons mit 58·3 Tonnen Fleisch, darunter 12 Waggons mit 49·6 Tonnen Auslandsfleisch. Im Kleinverkehr sind die Preise für Auslandssorten durchschnittlich um 10 Heller pro Kilogramm gestiegen. Inlandsrindfleisch notiert unverändert. Der Preis für abgezogenes Schweinefleisch ist ebenfalls um 10 Heller in die Höhe gegangen; Bauchfilz kostet im Detail um 10 bis 20 Heller, frischer Speck und geräucherter Speck um 10 Heller mehr. Die Kalbfleischpreise sowie die Preise für Schweineschmalz und Rindsfett blieben unverändert.

Es notieren: Inlandsprovenienzen pro Kilogramm, und zwar Rindfleisch, vorderes mit Zuwage von K. 4.20 bis 5.—, ohne K. 4.40 bis 5.40, hinteres mit K. 4.80 bis 5.88, ohne K. 5.20 bis 6.60 (inklusive Lungenbraten bis K. 7.—). Jungschweinernes K. 4.80 bis 6.—, abgezogenes Schweinefleisch K. 4.40 bis 6.80, Selchfleisch inklusive Schinken (im ganzen) K. 4.60 bis 6.60. Bauchfilz K. 4.80 bis 5.—. Frischer Speck K. 4.60 bis 4.80, geräucherter Speck K. 4.80 bis 4.90. Schweineschmalz K. 4.80 bis 5.—. Kernfett K. 3.— bis 3.40. Kalbfleisch, vorderes K. 3.40 bis 4.40, hinteres K. 3.80 bis 5.20. Schaffleisch, vorderes K. 3.60 bis 4.20, hinteres K. 4.20 bis 4.40. Auslandsfleisch: Rindfleisch, vorderes mit Zuwage K. 3.60 bis 4.30, ohne K. 4.— bis 4.70, hinteres mit K. 4.— bis 5.20, ohne K. 4.40 bis 5.50. Kalbfleisch, vorderes K. 3.20 bis 3.60, hinteres K. 3.60 bis 4.40. Schaffleisch, vorderes K. 3.20 bis 4.—, hinteres K. 4.— bis 4.40. Bei den Verkaufsständen der Großschlächterei A.-G. notierten für Auslandssorten, und zwar pro Kilogramm: Rindfleisch, vorderes ohne Zuwage K. 3.90, hinteres, ohne K. 4.30, Rostbraten K. 4.80, Lungenbraten K. 5.20. Schöpsernes, vorderes K. 3.20 bis 4.—, hinteres K. 4.40.

In Fischen, Wild, Geflügel war der heutige Marktverkehr schwach.

Neues Wiener Tagblatt
1/IX. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Die gestrigen Detailmärkte.

Der Monatsschluß machte sich auf den gestrigen Approvisionierungsmärkten empfindlich bemerkbar. Trotz knapper Zufuhren auf sämtlichen Gebieten wickelte sich der Verkehr in wenig animierter Stimmung ab. Rindsinnereien stellten sich in vielen Fällen billiger. Bei Wildbret war das Angebot in Fasanen, Rebhühnern, Rehen und Hirschen mäßig. Preise unverändert. Auch in Fischen war die Zufuhr mittelmäßig. Preise wie am Freitag. Von Geflügel stellten sich Gänse um 10 H. pro Kilogramm billiger (K. 3.50 bis 3.80 pro Kilogramm). Hühner und Enten zeigen keine Veränderung.

Viktualienmarkthalle.

Preise von gestern: Kartoffel 18 H. bis 24 H., Zwiebel 36 H. bis 56 H., grüne Fisolen 30 H. bis 36 H., Sauerkraut 40 H., Erbsen, ganze, 1 K. 20 H. bis 1 K. 60 H., gespalten, 1 K. 40 H. bis 1 K. 92 H., Bohnen 90 H. bis 1 K. 20 H., Reis 1 K. 80 H. bis 2 K. 50 H. pro Kilogramm, Häuptelsalat 6 H. bis 12 H., Kochsalat 4 H. bis 10 H., Kohl 6 H. bis 14 H., Kohlrüben 6 H. bis 10 H. pro Stück. Butter, dänische, 5 K. 60 H. bis 5 K. 92 H., Teebutter 5 K. bis 5 K. 90 H., Kochbutter 4 K. 40 H. bis 4 K. 80 H., Margarine 4 K. pro Kilogramm. Eier 14 bis 18 Stück für 2 K.

Obst und Gemüse.

Auf dem Naschmarkt waren die Zufuhren befriedigend. Verkehr bei reger Käuferbeteiligung wie gewöhnlich an den fleischlosen Tagen lebhaft. Zwiebel und Paradiesäpfel stellten sich um 2 H. bis 4 H., Weintrauben um 12 H. pro Kilogramm billiger. Kartoffel, niederösterreichische, gelbe, 23 bis 24 H., weiße und rote 22 bis 23 H., Kipfler 31 bis 32 H., slowakischer Zwiebel 46 bis 48 H., Makoer 56 H., ausländischer 42 bis 50 H., weißes Kraut 21 H. bis 23 H., Makoer Knoblauch 1 K. 90 H. bis 2 K. 48 H., Spinat 44 bis 50 H., ungarische Gurken 18 bis 24 H., niederösterreichische 26 H., Gärtnergurken 28 H., grüne Fisolen 33 bis 36 H., gelbe 31 bis 40 H., grüne Erbsen in Schoten 90 H. bis 1 K. 4 H., Paradiesäpfel (Gärtnerware) 35 bis 40 H., niederösterreichische 26 bis 34 H., slowakische 33 bis 38 H. pro Kilogramm, Aepfel 28 bis 76 H., Birnen 30 bis 56 H., Weintrauben 1 K. 4 H. bis 1 K. 44 H., Zwetschken 32 bis 60 H. (alles je nach Qualität) pro Kilopramm. Mais am Kolben, je nach Größe, 5 bis 5 H. pro Stück.

Marktzufuhren.

Auf den Wiener Markt wurden zugeführt:

	Vom 22.—28. Aug.	Vorwoche	Vorjahrswoche	1913
	in Meterzentner			
Gemüse . .	43,711	45,488	30,041	31,485
Kartoffeln .	31,356	27,800	11,749	13,606
Obst . . .	43,820	34,644	22,210	20,428
Zusammen .	118,887	107,932	64,000	65,519

Die Preislage auf dem Gemüsemarkt war in der abgelaufenen Woche mit Ausnahme für Paradeiser, Zwiebel und Gurken, welche gegen die Vorwoche um 2 bis 4 K. pro Meterzentner billiger gehandelt wurden, sonst unverändert. Die Preisermäßigung bei Kartoffeln, welche am 28. August im Großhandel eintrat, hat auf die Preisgestaltung vorläufig keine effektive Wirkung ausgeübt. Auf dem Obstmarkte waren die Zufuhren reichlich. Die Gesamtpreislage des Obstes mit Ausnahme der Pfirsiche war für den Verbraucher günstig, die Preise für Birnen und Aepfel nicht wesentlich höher als in Friedenszeiten.

Herbstkurse der Gartenbaugesellschaft über Gemüse- und Obstbau.

Das große Interesse, das in der Kriegszeit dem Gemüse- und Obstbau in allen Teilen der Bevölkerung entgegengebracht wird, veranlaßt die Leitung der Gartenbau-Gesellschaft, nach dem Muster der im vorigen Jahre eingerichteten und mit sichtbarem Erfolge durchgeführten Lehrkurse auch in diesem Jahre einen Herbstkurs abzuhalten. Um allen Teilnehmern rechtzeitig Gelegenheit zu bieten, nicht nur die Herbstarbeiten, sondern auch den vorbereitenden Frühjahrsanbau im Obst- und Gemüsegarten gründlich zu erlernen, wird mit dem Kurs schon am 20. d. begonnen: er dauert bis Mitte Oktober. Die Teilnehmer werden von fachkundigen und erfahrenen Lehrern im Botanischen Institut, 3. Bezirk, Rennweg Nr. 14, theoretische und praktische Unterweisungen erhalten, um die wichtigsten Vorgänge im Pflanzenleben sowie die Erkennung und Bekämpfung der am häufigsten vorkommenden Pflanzenkrankheiten kennen zu lernen, ferner um sich praktische Erfahrungen im Anbau aller Gemüsearten und schließlich die Maßnahmen der Ernte und die rationelle Einwinterung derselben anzueignen. Eine Reihe von Besichtigungen größerer Gemüsegärtnereien und Obstbauanlagen in Wien und Umgebung beschließt diesen Kurs. Das Unterrichtsgeld beträgt 25 K. (für Mitglieder der Gartenbaugesellschaft 20 K.). Auskünfte werden in der Gesellschaftskanzlei, 1. Bezirk, Weihburggasse Nr. 29, während der Amtsstunden vor- und nachmittags erteilt.

Die neuen Mehlkarten in Budapest.

Budapest, 31. August. (Privattelegramm.) Am 2. d. erfolgt in Budapest die Verteilung der neuen Mehlkarten. Sie berechtigen zum Bezuge von 40 Dekagramm reinen Weizenmehls pro Kopf. Vom 5. d. angefangen erhalten diejenigen Parteien, die zu Hause Brot backen wollen, Mehlersatzkarten zum Kaufe eines Kilogramms Brotmehl pro Kopf und Woche. Ueberdies steht der Ankauf von Brot und Weißgebäck in beliebigen Mengen jedermann frei.

München im Kriege.

Verkehrs- und Lebensmittelfragen.

pp **München**, im August.

Wiener, die nach München kommen, sind erstaunt, trotz der Kriegszeit bei jedem ankommenden Zuge bei Tag- und Nachtzeit sowohl Autos wie Droschken in genügender Zahl selbst für den stärksten Fremdenverkehr zu finden. Sie sehen mit Verwunderung, daß auf allen Haltplätzen Droschken und Autos der Fahrgäste, selbst für die weitesten Touren, harren; dabei hat München, genau so wie alle anderen Städte, den Tribut an Droschkenpferden und Autos an das Heer abgeben müssen. Aber, so sagten sich Polizei und Stadtvertretung, der Verkehr darf unter keinen Umständen leiden. Und so wurden denn auf dem einfachsten Wege reguläre Notzustände geschaffen. In den äußersten Vorstädten, wo der Verkehr meist in den Früh- und Morgenstunden am größten ist, wurde der Trambahnverkehr so eingerichtet, daß er den Verkehr, den sonst Droschken und Autos besorgten, übernahm, die Droschken und Autos von allen Plätzen, die sonst einen minderen Verkehr hatten, wurden zurückgezogen und an jene Plätze dirigiert, die einen stärkeren Gebrauch an Droschken und Autos notwendig machten. Dazu kam, daß die Polizei Notkonzessionen selbstverständlich an geübte Leute vergab, wenn diese imstande waren, ein Verkehrsobjekt, das den Anforderungen auf Ansehen, Dauerhaftigkeit usw. entsprach, zu stellen. So wurde rasch und sicher im Wege der strammen Organisation der Verkehrspolizei und Verwaltungen jeder Verkehrsstörung durch Droschken, Autos usw. abgeholfen. Jeder Besitzer einer Droschke oder eines Autos ist eben verpflichtet — trotz Benzin-, beziehungsweise Futterknappheit — für gute Instandhaltung seines Fahrzeuges selbst zu sorgen; wie er es macht, ist seine Sache, wenn nur das Publikum nicht darunter leidet, sonst verliert er einfach sofort die Konzession. Einen Fahrgast wegen Müdigkeit des Pferdes oder Knappheit an Benzin für kürzere oder längere Touren abweisen, gibt es einfach nicht, bei der strammen strengen Ordnung und frühzeitigen Vorsorge, die von oben nach unten in allen Dingen herrscht.

Wie rechtzeitig in aller Stille die Lebensmittelausschüsse, die überall auf Anordnung der Regierung gebildet wurden, Vorsorge für die Lebensmittel der gesamten Bevölkerung zu treffen hatten, namentlich auch um eine zu große Teuerung fernzuhalten, davon gibt München ein Beispiel. Infolge der Bundesratsverordnung vom 25. Januar d. J. wurde die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide und Mehl der Stadt als Kommunalverband überwiesen. Die Ausführung hatte in kurzer Frist zu erfolgen, ohne daß danach der Marktpreis nach oben beeinflußt wurde. Der Umsatz der Stadt betrug vom 9. März, dem Beginn der auswärtigen Käufe, bis zum 1. August in Getreide: 1075 Eisenbahnwagen zu 200 Zentner im Werte von rund 3,225.000 Mark, in Mehl 1122 Waggons im Wert von rund 4,488.000 Mark. Der Gesamtumsatz macht also 7,713.000 Mark. Die Regelung der Getreide- und Mehlverteilung ist bekannt. An Bäcker, Kleinhändler usw. wurden 292.690 Zentner Mehl verteilt, an Mehlgroßhändler, Mühlen, Konsumvereine und einzelne Großbäckereien 219.422 Zentner.

Was die Fleischversorgung betrifft, so wurden zur Beschaffung von Gefrierfleisch 490 Stück Großvieh zum Gesamtpreis von 223.845 Mark angekauft. Das Gewicht des in die Gefrierräume eingelagerten Fleisches betrug 137.468 Kilogramm, wovon bis Anfang August 1915 60.401 Kilogramm für 81.867 Mark (bei einem Pfundpreis von 70 bis 90 Pfennig) durch mehrere Metzger abgesetzt worden sind. Zur Herstellung von Dauerwaren und Gefrierfleisch sind, solange noch niedere oder doch wenigstens annehmbare Preise bestanden, 3142 Schweine zum Preise von 227.534 Mark gekauft worden; davon wurden 2681 Stück zu Rauchfleisch verarbeitet und 461 Stück mit einem Gewicht von 18.052 Kilogramm — abzüglich der Köpfe, Haxeln und Eingeweide — in die Gefrierräume eingelagert. Das Gewicht des erzeugten Rauchfleisches betrug 117.602 Kilogramm. Konserven sind aus vorhandenem Gefrierfleisch von zwei Konservenfabriken hergestellt worden.

Zur Mast sind in dem städtischen Gute 107 zu 37.530 Mark angekaufte Jungrinder zur Aufstellung gekommen; davon sind 66 Stück als Schlachtware wieder veräußert und 28 Stück in die Mastanstalt überführt worden.

Bei den zu Beginn des Krieges zur Herstellung von Konserven für die Heeresversorgung vorgenommenen Massenschlachtungen von Rindern, Schafen und Schweinen war es den Konservenfabriken nicht möglich, die in großen Mengen anfallenden Rückstände sowie die leicht verderblichen Eingeweide entsprechend rasch zu verwerten, so daß deren Verderbnis und dadurch ein empfindlicher Entgang an immerhin noch wertvollen Nahrungsmitteln zu befürchten war. Um dies zu verhindern und um diese Fleischteile und Eingeweide möglichst der gesamten Bevölkerung zu billigen Preisen leicht zugänglich zu machen, wurden in den verschiedensten Stadtteilen, namentlich auch in der Großmarkthalle, Freibank und Kuttlerhalle am Viktualienmarkt, insgesamt 15 Verkaufsstellen eingerichtet, in denen die Waren zu billigsten Preisen zum Verkauf gelangten. Außerdem wurden an die städtischen Suppenanstalten und sonstige Wohlfahrtsinstitute in der Hauptsache Lebern und Suppenknochen geliefert. Insgesamt wurden hierfür rund 199.000 Mark erlöst.

Im Zusammenhang mit der Fleischversorgung ist noch für den Notfall die Milchgewinnung aus den im Viehhof aufgestellten Schlachtkühen zu erwähnen; die erzielte Menge betrug vom 26. Oktober 1914 bis zum 1. August 1915 insgesamt 22.881 Liter (rund 82 Liter durchschnittlich im Tage), die nach Sterilisierung zum Preise von 6 Pfennig für den Liter dem Wohlfahrtsausschuß des 10. Stadtbezirkes überlassen worden sind. Alle noch brauchbaren Fleischabfälle, Blut usw., wurden gesammelt, in strömendem Dampf sterilisiert und als billiges Futter (rund 10 Zentner im Tage) für Schweine, Geflügel und Fische abgegeben, um dem Kraftfuttermangel etwas steuern zu helfen. Neben der Brot- und Fleischversorgung hat die Stadt noch durch Ankauf anderer Nahrungsmittel für die Versorgung ihrer Bevölkerung gewirkt. Unter anderem wurden angekauft: rund 23.000 Zentner Kartoffeln, die zu möglichst billigen Preisen an die Bevölkerung, wie an die Volks- und Suppenküchen wieder verkauft worden sind; 15.000 Zentner Kartoffelmehl, wovon bis jetzt 8720 Zentner abgesetzt sind; 4900 Zentner Reis, mit dessen Abgabe möglichst lange zugewartet werden soll; 2000 Zentner Teigwaren; 1000 Zentner Weizengrieß; 2000 Zentner Hafer und 2000 Zentner Gerste zur Herstellung von Haferflocken, Graupen usw.; außerdem 600 Zentner weiße Bohnen und zwei Eisenbahnwagen Weißkraut sowie eine größere Menge Sauerkraut. Es konnten, um nur ein Beispiel anzuführen, während der Kartoffelknappheit auf dem Münchener Markt in der Zeit von etwa Ende Juni bis Mitte Juli größere Mengen Kartoffeln aus Belgien und Holland zu billigen Preisen auf den Markt gebracht werden. So war die Stadt durch ihre Vorräte und Vorsorge in der Lage, die Preise auf dem Markt in angemessenen Grenzen zu halten.

Arbeiterzeitung
1/11. 1915

Zum Kampfe gegen die Preistreiberei.

Beispielgebende Maßregeln reichsdeutscher Gemeinden.

Die letzten Erlässe der Regierung und der Statthaltereien haben der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, den Kampf gegen die Preistreibereien aufzunehmen. Leider aber zeigt es sich, daß der Wille der Bevölkerung und der Wille der Regierung so lange scheitern müssen, als die Festsetzung der Preise und die Beurteilung, wo die Preistreiberei anfängt, dem Laien nicht so leicht möglich ist. Nicht nur die Angst vor den Scherereien, die eine Anzeige mit sich bringt, und der Widerwillen gegen Angeberei veranlassen die Bevölkerung, von dem neuen Rechte nur sehr geringen Gebrauch zu machen; auch das Gefühl, aus mangelnder Einsicht unrecht tun zu können, hält namentlich den vertrauenswürdigen Konsumenten davon ab, die Preistreibereien zur Anzeige zu bringen. Dazu kommt, daß natürlich auch die Gemeindevertretungen oder deren Organe nicht immer imstande sind, die Preisfestsetzung so zu beurteilen, daß weder Käufer noch Verkäufer geschädigt werden. In einer kleinen Gemeinde Niederösterreichs ist folgender Fall vorgekommen: Der Gendarm hat alle Geschäftsleute gefragt, zu welchem Preise sie den Kaffeezusatz gekauft haben, und als er hörte, daß 1·70 Kronen für das Kilo gezahlt wurde, verlangte er, daß nicht mehr als 1·76 Kronen für das Kilo im Verkauf verlangt werden dürfe. Da alle Geschäftsleute den Kaffeezusatz teurer verkauft haben, wurden sie angezeigt. Nun sind sechs Heller als Regie- und Frachtspesen und Verdienst natürlich viel zu wenig. Die Geschäftsleute werden in solchen Fällen geschädigt, büßen für die Fabrikanten und sehen sich gezwungen, entweder mit Verlust zu arbeiten oder diese Ware nicht mehr zu führen. Beides wäre kein Nutzen für die Konsumenten. Man kann bei der Preisfestsetzung ebensowenig wie bei der Beurteilung der Preistreibereien den einzelnen Konsumenten oder den einzelnen Bürokraten allein entscheiden lassen, es muß auch hier eine planmäßige Organisation arbeiten. Ohne solche Organisation wird nichts erreicht als Gehässigkeit und Enttäuschung auf allen Seiten.

In Deutschland haben einige große Gemeinden die Sache sofort in die Hand genommen und eine ausreichende Organisation geschaffen, die den Konsumenten schützen soll, ohne zugleich den redlichen Verschleißer zu ruinieren.

Die Stadt Berlin legte einer Konferenz der Vertreter aller Nachbargemeinden einen Plan vor, nach dem einstweilen eine Ueberwachung der Lebensmittelpreise eingerichtet werden soll. Zu diesem Zwecke sollen für die verschiedenen Nahrungsmittel vier Kommissionen gebildet werden, deren Mitglieder aus Sachverständigen des Produzententums, des Groß- und Kleinhandels, ferner aus Vertretern von Konsumentenvereinigungen bestehen sollen. Diesen Kommissionen wird es obliegen, die Waren von der Produktion bis zum Verbrauch zu verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stationen zu beobachten und dabei zu prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese wirksam verhütet werden können, sowie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wucherische Ausbeutungen zu unterdrücken oder zur Bestrafung zu bringen. Eine weitere Kommission soll als Zentralstelle die Gesamtheit aller Bestrebungen in sich aufnehmen und die erforderlichen Direktiven geben. Es wurde von den Nachbarstädten in Aussicht genommen, in diese für die grundsätzliche Behandlung der gesamten Einrichtung entscheidende Kommission Vertreter zu entsenden. Ob die einzelnen Nachbarstädte noch eine besondere Sachverständigenprüfungsstelle für sich einrichten, wird ihnen überlassen bleiben.

Am vorigen Freitag hat nun der Berliner Magistrat in seiner Sitzung das Programm für die geplanten Einrichtungen festgesetzt. Danach sollen zentrale und lokale Organe gebildet werden. Die zentralen Organe haben die Produktions- und Großhandelspreise zu beobachten. Zur Ueberwachung des Kleinhandels werden lokale Organe über die ganze Stadt ausgebreitet. Sie sollen Informationen von der Zentrale erhalten, den Kleinverkauf kontrollieren und das Revisionsergebnis der Zentrale mitteilen. So sollen sich Produzenten, Groß- und Kleinhändler unter ständiger Aufsicht fühlen. Innerhalb jeder Kommission müssen das Produktionsgewerbe, der Groß- und Kleinhandel sowie Verbraucher (letztere durch Mitglieder des Vereines für Konsumenteninteressen, der Konsumentengenossenschaften, des Nationalen Frauendienstes, der Gewerkschaften) vertreten sein. Die Kommissionen haben sich an die vorhandenen städtischen Einrichtungen, insbesondere die Markthallen, den Schlacht- und Viehhof, die landwirtschaftliche Verwaltung und das statistische Amt anzulehnen. Neben den vier Fachkommissionen wird eine fünfte Kommission für den zentralen Geschäftsbetrieb gebildet. Diese Kommission soll insbesondere folgende Aufgabe haben: Ueberwachung der gesamten Einrichtung, Erledigung der generellen Aufgaben, Direktiven für die vier Fachkommissionen, Verkehr mit den Reichs- und Staatsbehörden und ähnliches. Die Kommission soll zusammengesetzt sein aus zwei Berlinern und je einem Vertreter der fünf Nachbarstädte. Als lokale Organe sind die Brotkommissionen in Aussicht genommen, die aber zu diesem Zwecke durch Mitglieder des Nationalen Frauendienstes und andere geeignete Persönlichkeiten, insbesondere Frauen, zu ergänzen sind. Die lokalen Kommissionen werden auch den Verkehr mit dem Publikum, namentlich die Entgegennahme von Anzeigen, zu erledigen haben.

In Leipzig sind, abgesehen von der allgemeinen Bestimmung über das Aushängen von Preistafeln, deren Wirkung bisher recht gering geblieben ist, von Gemeinde wegen noch keine besonderen Maßregeln gegen eine strengere Ueberwachung der Preisbildung im Kleinhandel getroffen. Man verläßt sich hier in der Hauptsache auf die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen beschlossene Ueberwachungstätigkeit und erörtert zurzeit noch die Frage, ob besondere kommunale Maßregeln notwendig sind.

Der Bezirksausschuß Leipzig des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hat dagegen eine Ueberwachungsstelle eingesetzt, die in mehrere Unterausschüsse gegliedert ist. Und zwar soll für jeden Stadtbezirk ein Unterausschuß bestehen. An der Spitze dieser Unterausschüsse stehen Vertrauenspersonen, die zusammen den Vorstand des Ueberwachungsausschusses bilden und aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter wählen. Die Vertrauenspersonen sind gleichzeitig Mitglieder des Bezirksausschusses Leipzig im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen.

Die Vertrauenspersonen schaffen sich einen Stab von Mitarbeitern (Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsklassen).

Aufgabe des Ueberwachungsausschusses ist:

1. Fälle von Uebertretungen der gegen den Wucher mit Gegenständen des täglichen Bedarfes erlassenen behördlichen Verordnungen einwandfrei festzustellen.

2. Fälle, die strafrechtlich nicht zu fassen sind, zu ermitteln und den Tatbestand festzustellen, so daß es möglich ist, bei den Behörden Maßnahmen dagegen anzuregen oder sie der Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

3. Klagen, Wünsche und Beschwerden aus den Kreisen der Verbraucher entgegenzunehmen und in geeigneten Fällen an die Behörden weiterzugeben oder in anderer geeignet erscheinender Weise zu versuchen, Abhilfe zu schaffen.

Arbeiterzeitung
1./IX. 1915

II

105

Zum Kampfe gegen die Preistreiberei

4. Festzustellen, welche Preise für bestimmte Gegenstände des täglichen Bedarfes an bestimmten Tagen in den verschiedenen Stadtgegenden gefordert werden.

Die Mitglieder des Ueberwachungsausschusses, die Feststellungen im Sinne dieser vier Punkte gemacht haben oder denen Klagen, Wünsche und Beschwerden aus den Kreisen der Verbraucher zugegangen sind, besprechen sich mit der Vertrauensperson ihres Stadtbezirkes, die dem Ausschuß bei Feststellung des Tatbestandes mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Die Vertrauenspersonen ihrerseits erstatten dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses Bericht, der dann im Namen des Ueberwachungsausschusses den Fall in geeigneter Weise behandelt.

Diese Kommissionen sollen aber nicht nur der Preistreiberei entgegenarbeiten, sondern auch im Verein mit der Stadtverwaltung die Preise laufend festsetzen. Nur wenn beide Teile an der Preisfestsetzung gemeinsam arbeiten, wenn Verkäufer und Käufer, Erzeuger und Verbraucher gemeinsam verantwortlich gemacht werden, können wir eine gute und tatsächliche Wirkung der neuen Preisbestimmungsverordnungen erwarten. Auf die wilde Angeberei und auf das Laienurteil eines Richters, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht beherrschen kann, sich zu verlassen wäre ein unwürdiger und gefährlicher Zustand.

Bei uns wurde bereits im Sommer 1913 in einer großen Plenarversammlung der Handelspolitischen Kommission beschlossen, solche Preisbildungskommissionen für alle Bezirke einzusetzen. Leider aber will die Gemeinde mit den Konsumenten nicht gemeinsam arbeiten und die Beschlüsse ruhen noch immer in den Archiven des Rathauses. Neuerlich wurde an die Gemeinde herangetreten, um durch Konsumentenberatungsstellen für die Konsumenten wenigstens eine kleine Hilfe bei den eigentümlichen Marktverhältnissen zu schaffen, aber auch dieser Vorschlag wurde in der Handelspolitischen Kommission so verstümmelt, daß keine Wirkung erzielt worden wäre, weshalb die Frauenorganisation den Plan fallen lassen mußte. Die Kriegskommission wird neuerlich an die Gemeinde herantreten müssen, damit derartige Preisbestimmungskommissionen eingeführt werden. Hoffentlich wird nun die Gemeinde einsehen, daß es nicht ausreicht, immer nur mit den wenigen eigenen Marktorganen zu arbeiten, die außerstande sind, diese Aufgaben allein zu erfüllen. Es tut not, daß endlich auch die Konsumenten herangezogen werden, damit sie gemeinsam mit den Produzenten an der Sanierung der Marktverhältnisse und der Preisgestaltung arbeiten können. Das kann keine private Organisation durchführen, das können nur die Gemeinden klaglos vorbereiten und einrichten. Produzenten und Kaufleute sollten in ihrem eigenen Interesse fordern, daß den Redlichen unter ihnen durch diese gemeinsame Organisation gegen ungerechtfertigte Anzeigen und gegen das Mißtrauen der Bevölkerung Schutz gegeben werde. Nur in der gemeinsamen Preisbestimmung aller Interessenten können wir eine Abhilfe der bestehenden Uebelstände und die Möglichkeit sehen, die neue Verordnung gut und zum Wohle der Allgemeinheit auszunützen. E. F.

Kölnische Zeitung
1./IX. 1915.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Der Hansa-Bund über die Preisteurung.

Das Präsidium des Hansa-Bundes hat auf Grund der Gutachten der in den Ausschüssen seiner Kriegszentrale vertretenen industriellen, kaufmännischen, gewerblichen und Angestellten-Kreise folgendes beschlossen:

Der Hansa-Bund blickt mit Besorgnis auf die stark zunehmende Preisteurung notwendiger Gegenstände des Lebensbedarfs. Die dadurch herbeigeführte Erschwerung der Lebenshaltung weiter Volksschichten muß ernste Bedenken hervorrufen. Der Hansa-Bund weiß, daß die von ihm vertretenen Kreise des Handels, des Gewerbes und der Industrie alle ungebührlichen Überteurungen scharf verurteilen; er ist davon überzeugt, daß auch in der Landwirtschaft dieselbe Auffassung besteht. Wucherische Kriegsgewinne auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Masse unseres Volkes müssen, wo es auch sei, scharf bekämpft werden. Zur Aufklärung, ob und wo solche etwa vorgekommen sind, sollte sofort eine umfassende und objektive Untersuchung der Gründe der Teurung von der Reichsregierung, unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Erwerbsgruppen und der Verbraucher, eingeleitet werden, damit die Frage, wer an solchen Verteurungen schuld ist, aus dem Bereiche von Schlagworten und bloßen Stimmungen, die sehr fehlgreifen können, herausgehoben werde. Die Verteurung wichtiger Lebensbedürfnisse ist vielfach, vielleicht in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle, aus derzeit unabwendbaren Faktoren, insbesondere aus der Abgeschlossenheit unserer Kriegswirtschaft, erwachsen. Die Schaffung einer zentralen, die Bedürfnisse und Interessen aller Erwerbsgruppen und der Verbraucher unparteiisch abwägenden Behörde zur einheitlichen Leitung aller Maßnahmen zugunsten der Volksernährung erscheint notwendig, ebenso, im Zusammenhang mit dieser Stelle, die Einsetzung örtlicher Überwachungs- und Preisregelungsausschüsse, wie sie für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin bereits vorgesehen sind. Eine energische Anwendung der Beschlagnahmebefugnis in allen denjenigen Fällen, in denen wucherische Ausbeutung der Verbraucher oder wucherische Zurückhaltung von Vorräten zweifellos festgestellt ist, ist erforderlich. Dagegen ist es höchst bedauerlich, daß in Preußen diese Beschlagnahmebefugnis nicht den Kommunalverbänden, sondern den Verwaltungs- und Polizeibehörden überwiesen ist; eine Änderung dieser Vorschrift ist geboten, da diese Regelung eine Verkennung der umfassenden Tätigkeit der Selbstverwaltung darstellt, die sich während des Krieges glänzend bewährt hat.

Roggenzuckerbrot.

Man schreibt uns:

Die königliche Regierung zu Koblenz hat mit einer neuen Art von Brot, dem mit Zucker versetzten Roggenbrot, eingehende Versuche anstellen lassen. Sie haben, nach einer Zuschrift des Regierungspräsidenten vom 17. August d. J., bestätigt, daß das Roggenzuckerbrot als ein schätzenswertes Volksnahrungsmittel zu begrüßen ist. Die Behörde greift hiermit auf Anregungen und Vorschläge zurück, die zu Anfang dieses Jahres von Professor Kamp in Bonn ausgingen: Der Zucker, der mit den damals zurücktretenden Zuckerbäcker- und Konditorwaren und ihrem starken Weizengehalt Gefahr lief, unserer Ernährung mit einer umfassenden Verwendung entfremdet zu werden, sollte in dem einfachsten, schlichtesten Nahrungsmittel, dem Roggenbrot, Unterkunft finden. Er sollte mit seinem hohen Nährwert nicht aus der Volksernährung verschwinden, sondern ihr an anderer Stelle ungeschmälert erhalten bleiben. In dieser Ernährung geht es aber im Verlauf eines lang währenden Krieges auch mit den vortretenden Neuerungen wie beim Wellenschlag auf und nieder: Aus neuen Vorratsschätzungen stand bald darauf der Weizen wieder reichlicher zur Verfügung; dann wurde der Zucker teurer und bot sich dem Brotkorn nicht mehr so willig als Zusatz dar. — Nun hat aber ein neuer Wellenschlag ihn erneut bei der Brotbereitung hochgehoben, und diesmal wohl bis zum Kriegsende.

Das ist der Mangel an Speisefetten, ein Ausfall, der beispielsweise den Preis der Butter in die Höhe getrieben hat. „Das Volk lechzt nach Fett", so hieß es in den jüngsten Reichstagsverhandlungen. Da aber mehr als bisher schwerlich zu beschaffen ist, drängt alles nach einem Ersatz, einer Ablösung durch andere Nahrungsmittel. Und hier steht in vorderster Reihe der Zucker. Nicht als ob er ein ganz vollgültiger Ersatz des Fettes wäre, das mehr Wärme und Kraft spendet. Mischt man ihn aber direkt dem Roggenmehl bei, anstatt ihn mit dem stark versüßten Kaffee zu schlürfen, oder ihn mit dem heute auch nicht mehr über-

wohlfeilen Obstmus zu genießen, so wird seine nährende Wirkung den Launen der Genießenden und dem dicken oder dünnern Aufstreichen des Obstes von Mutterhand aufs Brot entzogen. Wir können dann mit dem Zuckergehalt im Roggenbrot als einem in der Menge *feststehenden*, dem Backen sehr förderlichen und gut verdaulichen Bestandteil rechnen, der den Geschmack dieses Brotes jedenfalls nicht verschlechtert. Zu große Süße, wie sie den Kindern köstlich schmeckt, den erwachsenen Leuten aber auf die Dauer nicht zusagen würde, ist natürlich zu meiden. Übrigens hat inzwischen eine Bundesratsverordnung den Zuckerzusatz beim Roggenbrot auf fünf Prozent des Teiggewichtes begrenzt.

Roggenzuckerbrot ist nahrhafter, nachhaltiger im Kräftespenden als gewöhnliches Roggenbrot. Es eignet sich für manche Zwecke, vorzüglich auch für angestrengt beschäftigte, schwer arbeitende Leute, denen sonst ein Zumaß an Brot zugebilligt werden muß. Jedenfalls ist dem Eintreten der Regierung zu Koblenz und ihres Präsidenten Dank zu wissen. Auch bleibt zu hoffen, daß man jetzt in unserer fettarmen Zeit der handgreiflich naheliegenden, einleuchtenden Weisung: Zucker auch zum Roggen! durch das Vorgehen am Rhein belehrt, allerorts folgen wird.

Fremdenblatt
2./IX. 1915

Die Gemeinderats-Obmänner beim Ministerpräsidenten.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand gestern eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher nach Bekanntgabe des Einlaufes zuerst Baudirektor Goldemund über das endgiltige Projekt der neuen Speicheranlage im Freudenauer Winterhafen referierte und den Stand des Baues eines Gefrier- und Kühlhauses bekanntgab. Magistratsdirektor Doktor Nüchtern referierte über den für das letzte Projekt notwendigen Grundankauf. Beide Referate wurden von der Obmännerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen. Im weiteren Verlaufe berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Fragen, welche von den Obmännern in der für nachmittags beim Ministerpräsidenten anberaumten Audienz zur Erörterung zu gelangen hätten. In erster Linie handelt es sich um die Wildpretfrage; es wurde neuerlich die Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen auf dem Schußplatze, die eventuelle Einführung eines Anforderungsrechtes der Gemeinden und einer Lieferungspflicht der Jagdbesitzer sowie die eventuelle Beschlagnahme des gesamten Wildes durch den Staat in Erörterung gezogen. In zweiter Linie wurde die Frage der Versorgung der Stadt Wien mit Eiern und haltbarem Obst erörtert, weiter die Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Brotration erhoben, wobei von allen Teilnehmern der Obmännerkonferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß durch eine Verordnung der Kauf von Surrogatmehlen, wie Gerstenmehl, Maismehl, Rollgerste, ohne Brotkartenanweisung gestattet werde. Schließlich berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch noch über eine Petition an die Regierung, wegen Entschädigung der beschlagnahmten Kraftfahrzeuge und wies auf die bei ihm eingelangten Eingaben der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Fiaker und Einspänner und der Autotaxi-Unternehmer hin. Im Sinne der Vorschläge des Bürgermeisters wurde einhellig beschlossen, diese Forderungen beim Ministerpräsidenten zu erheben und nachdrücklichst zu vertreten.

Nachmittags 4 Uhr fanden sich Bürgermeister Doktor Weiskirchner und die Gemeinderäte Leopold Steiner, Dr. Hein und Reumann als Vertreter der Gemeinderatsparteien im Bureau des Ministerpräsidenten ein und wurden von diesem sowie dem Minister des Innern und dem Ackerbauminister empfangen. In einer mehr als dreistündigen Audienz wurden die Forderungen der Gemeinde Wien einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, daß er die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Gemeinde Wien als berechtigt anerkenne; es liege nicht an dem Willen der Regierung, wenn alle diese nicht sofort der Erfüllung zugeführt werden könnten. Er bat aber die Herren, überzeugt zu sein, daß er und seine Ministerkollegen die rein sachlichen Erörterungen der berufenen Vertreter der Wiener Bevölkerung mit größtem Interesse entgegengenommen habe und den Obmännern seinen Dank abstatte für die offene Aussprache in hochwichtigen, nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutsamen Fragen.

Neue Freie Presse
2./IX. 1915

Audienz des Bürgermeisters in Approvisionierungsfragen beim Ministerpräsidenten.

Wien, 1. September.

In der Obmännerkonferenz berichtete der Bürgermeister über jene Fragen, welche von den Obmännern in der für nachmittags bei dem Ministerpräsidenten anberaumten Audienz zur Erörterung zu gelangen hätten. In erster Linie handelt es sich um die Wildbretfrage. Es wurde neuerlich die Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen auf dem Schußplatze, die eventuelle Einführung eines Anforderungsrechtes der Gemeinden und einer Lieferungspflicht der Jagdbesitzer sowie die eventuelle Beschlagnahme des gesamten Wildes durch den Staat in Erörterung gezogen.

In zweiter Linie wurde die Frage der Versorgung der Stadt Wien mit Eiern und haltbarem Obst erörtert.

Ferner wurde die Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Brotration erhoben, wobei von allen Teilnehmern der Obmännerkonferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß durch eine Verordnung der Kauf von Surrogatmehlen, wie Gerstenmehl, Maismehl, Rollgerste, ohne Brotkartenanweisung gestattet werde.

Schließlich berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch noch über eine Petition an die Regierung wegen Entschädigung der beschlagnahmten Kraftfahrzeuge und wies auf die bei ihm eingelangten Eingaben der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Fiaker und Einspänner und der Autotaxiunternehmer hin. Im Sinne der Vorschläge des Bürgermeisters wurde einhellig beschlossen, diese Forderungen beim Ministerpräsidenten zu erheben und nachdrücklichst zu vertreten.

Nachmittags um 4 Uhr fanden sich Bürgermeister Doktor Weiskirchner und die Gemeinderäte Leopold Steiner, Dr. Hein und Neumann als Vertreter der Gemeinderatsparteien im Bureau des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ein und wurden von diesem sowie dem Minister des Innern und dem Ackerbauminister empfangen. In einer mehr als dreistündigen Audienz wurden die Forderungen der Gemeinde Wien einer eingehenden Erörterung unterzogen. Zum Schlusse erklärte der Ministerpräsident, daß er die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Gemeinde Wien als berechtigt anerkenne und daß es nicht an dem Willen der Regierung liege, wenn alle diese nicht sofort der Erfüllung zugeführt werden könnten. Er bat aber die Herren, überzeugt zu sein, daß er und seine Ministerkollegen die rein sachlichen Erörterungen der berufenen Vertreter der Wiener Bevölkerung mit größtem Interesse entgegengenommen haben, und er statte den Obmännern seinen Dank ab für die offene Aussprache in hochwichtigen, nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutsamen Fragen.

Neue Freie Presse
2./IX. 1915

Die heutigen Kleinhandels-Fleisch- und -Fettpreise in der Großmarkthalle.

Rindfleisch inländischer Provenienz wie auch Kalb- und Schaffleisch zeigen gegen die Vorwoche keine Preisveränderung. Hingegen ist bei Schweinefleisch entsprechend der neuerlichen Preissteigerung auf dem gestrigen Schweinemarkte eine Erhöhung von 10 H. und für Fettstoffe von 10 bis 20 H. per Kilo eingetreten. Auch ausländisches Rindfleisch ist um 20 H. per Kilo gestiegen, da die Einkaufspreise in den Importgebieten sich dementsprechend erhöht haben. Der Verkehr war trotz Monatsbeginnes nicht besonders lebhaft.

	Kronen per Kilo
Inländisches:	
Rindfleisch, vorderes mit Zuwage	4.20 bis 5.—
" " ohne "	4.40 " 5.40
" hinteres mit "	4.80 " 5.80
" " ohne "	5.20 " 6.60
" Lungenbraten	7.—
Kalbfleisch, vorderes	3.40 " 4.40
" hinteres	3.80 " 5.20
Schnitzel	6.60
Schaffleisch, vorderes	3.60 " 4.20
" hinteres	4.20 " 4.50
Jungschweinernes (inklusive Koteletts)	4.80 " 6.—
Abgezogenes Schweinefleisch (inklusive Koteletts)	4.40 " 6.30
Selchfleisch (inklusive Schinken)	4.60 " 6.30
Ausländisches:	
Rindfleisch, vorderes mit Zuwage	3.60 bis 4.30
" " ohne "	3.90 " 4.70
" hinteres mit "	4.— " 5.20
" " ohne "	4.30 " 5.50
Schaffleisch, vorderes	3.20 " 4.—
" hinteres	4.— " 4.40
In den Ständen der Aktien-Großschlächterei:	
Rindfleisch, vorderes mit Zuwage	3.80
" " ohne "	4.20
" hinteres mit "	4.20
" " ohne "	4.70
" Gustostücke	5.—
Rostbraten	4.60
Beiried	4.90
Lungenbraten	5.20
Fettstoffe in der Großmarkthalle:	
Bauchfilz	4.80 bis 5.—
Frischer Speck	4.60 " 4.80
Selchspeck	4.80 " 4.90
Schweineschmalz	4.80 " 5.—

Obst und Gemüse:

Mit Ausnahme von Kartoffeln, die, entsprechend dem gesteigerten Bedarfe, speziell direkt von den Bauern in verminderten Quantitäten auf den Naschmarkt gebracht wurden, waren die Ankünfte in sämtlichen Obst- und Gemüsesorten ausreichend. Zwetschken ungarischer Provenienz, wie auch Aepfel und Birnen steirischer, respektive Tiroler Herkunft langen anhaltend in großen Mengen ein. Angesichts der billigen Preise war die Käuferbeteiligung eine äußerst intensive und wurden die relativ großen Vorräte sowohl in Obst wie auch in Gemüse rasch abgesetzt. Gegen gestern sind Preisveränderungen nicht zu konstatieren.

Fremdenblatt
2./IX. 1915

Die Approvisionierung in der Kriegszeit.

Denkschrift über die Lebensmittelversorgung der Städte.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich mit der Lebensmittelversorgung der Städte befaßt und in welcher auch die Preistreiberei und die Mittel zu einer zweckmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln besprochen werden. Die Denkschrift fährt dann fort: Die Erfahrungen nötigen uns die Ueberzeugung auf, daß es im Interesse der Allgemeinheit läge, wenn die Gemeindeverwaltungen und kompetenten Körperschaften der Konsumenten zu einer gemeinsamen Aussprache zusammentreten würden, um die Fragen der Lebensmittelversorgung zu erörtern und zu fördern. Wir glauben daher, uns der Erwartung hingeben zu dürfen, daß sie unserem Appell nach schleuniger Einberufung eines allgemeinen österreichischen Städtetages Folge leisten werden, der alle einschlägigen Fragen zu behandeln hätte.

Viel zur Hintanhaltung von Preistreibereien kann durch zweckentsprechende Ausgestaltung und Verbesserung des Marktbetriebes geschehen.

Vor allem aber, und darin ist ein Hauptübelstand gelegen: Die Preisbildung auf diesen Märkten vollzieht sich durchaus gegen die Konsumenten, obgleich mit der Zentralisation der Märkte ursprünglich der entgegengesetzte Zweck angestrebt wurde. Es ist bekannt, daß Zufuhren von den Produzenten und Zwischenhändlern, Kommissionären, Agenten 2c. jeweils nach dem Profitzweck geregelt werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, durch kommunale Organe die Zufuhren regelmäßig zu gestalten und für eine, immer dem Bedarf des Konsums entsprechende Warenmenge unmittelbar bei den Produzenten selbst vorzusorgen.

Aber auch damit wäre der Zweck einer ökonomischen Lebensmittelfürsorge nicht völlig erreicht. Es erweist sich als zweckmäßig, durch die Errichtung kommunaler Wirtschaftsämter den gesamten Lebensmittelverkehr vom Produzenten bis zum Konsumenten zu organisieren und zu überwachen, die Uebernahme der Lebensmittel durch die Händler einer Kontrolle zu unterwerfen; damit wäre auch eine preisregulierende Wirkung verbunden.

Ein Erfordernis der öffentlichen Fürsorge ist die Kontrolle der Preisbildung. Die Denkschrift tritt für die Schaffung von Preiskontrollkommissionen ein, die gleichsam die erste Stufe zur Organisation der kommunalen Lebensmittelversorgung bilden würden; als zweite Entwicklungsstufe wäre die direkte Beschaffung wichtiger Bedarfsartikel und die Organisation der Marktzufuhren durch die Gemeinden zu betrachten, die die von den Produzenten angekauften Waren auf den gewöhnlichen Wegen des Detailverkehres in den Konsum bringen.

Endlich käme als dritte und höchste Stufe der durch die Gemeinden organisierten Lebensmittelbeschaffung die Eigenproduktion in Betracht. Die Gemeinden sind nicht oder können nicht länger mehr sein eine Gemeinschaft von Produzenten und Händlern, sondern müssen endlich das werden, was sie ihrem innersten Zwecke nach sein sollen: Gemeinschaften von Konsumenten.

Wenn sich die Kriegskommission auch der Schwierigkeiten bewußt ist, die sich der Bewältigung der neuen Aufgaben auf dem Gebiete der Approvisionierung entgegenstellen, so hält sie es doch für die Pflicht der Gemeinden, hier bahnbrechend und fördernd zu wirken. Nur wenn wir die Kriegslehren so rasch als möglich nützen, können wir für alle Möglichkeiten, die die Zukunft noch bringen kann, gesichert sein.

Die Lebensmittelversorgung.

Stellungnahme der Gemeinderatsparteien.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rein fand gestern eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in der zunächst Baudirektor Goldemund über das endgültige Projekt der neuen Speicheranlage im Freudenauer Winterhafen referierte und den Stand des Baues eines Gefrier- und Kühlhauses bekanntgab. Magistratsdirektor Dr. Nüchtern referierte über den für das letztere Projekt notwendigen Grundankauf.

Beide Referate wurden von der Obmännerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im weiteren Verlauf berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über jene Fragen, die von den Obmännern in der beim Ministerpräsidenten in Aussicht genommenen Besprechung zur Erörterung zu gelangen hätten. In erster Linie handelt es sich um die Wildbretfrage, und es wurde neuerlich die Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen auf dem Schußplatz, die eventuelle Einführung eines Anforderungsrechtes der Gemeinden und einer Lieferungspflicht der Jagdbesitzer sowie die eventuelle Beschlagnahme des gesamten Wildes durch den Staat in Erörterung gezogen.

In zweiter Linie wurde die Frage der Versorgung der Stadt Wien mit Eiern und haltbarem Obst erörtert, weiter die Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Brotration erhoben, wobei von allen Teilnehmern der Obmännerkonferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß durch eine Verordnung der Kauf von Surrogatmehlen, wie Gerstenmehl, Maismehl, Rollgerste, ohne Brotkartenanweisung gestattet werde. (Wie wir im gestrigen Abendblatt mitteilten, beabsichtigt die Regierung, demnächst diese Maßnahme zu treffen und überdies auch noch bei Abgabe von Weizengrieß die Brotkartenkontrolle auszuschalten. Anm. d. Red.)

Schließlich berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch noch über eine Petition an die Regierung wegen Entschädigung für die beschlagnahmten Kraftfahrzeuge und wies auf die bei ihm eingelangten Eingaben der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Fiaker und Einspänner und der Autotaxiunternehmer hin. Im Sinne der Vorschläge des Bürgermeisters wurde einhellig beschlossen, diese Forderungen beim Ministerpräsidenten zu erheben und nachdrücklichst zu vertreten.

Vorsprache bei den Ministern.

Nachmittags 4 Uhr fanden sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Gemeinderäte Leopold Steiner, Dr. Hein und Neumann als Vertreter der Gemeinderatsparteien im Bureau des Ministerpräsidenten ein und wurden von diesem sowie dem Minister des Innern und dem Ackerbauminister empfangen. In einer mehr als dreistündigen Audienz wurden die Forderungen der Gemeinde Wien einer eingehenden Erörterung unterzogen, und zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß er die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Gemeinde Wien als berechtigt anerkenne und daß es nicht an dem Willen der Regierung liege, wenn alle diese nicht sofort der Erfüllung zugeführt werden können.

Er bat aber die Herren, überzeugt zu sein, daß er und seine Ministerkollegen die rein sachlichen Erörterungen der berufenen Vertreter der Wiener Bevölkerung mit größtem Interesse entgegengenommen habe und den Obmännern seinen Dank abstatte für die offene Aussprache in hochwichtigen, nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutsamen Fragen.

Eine Denkschrift über die Lebensmittelteuerung.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hat eine ausführliche Denkschrift über die Lebensmittelteuerung ausgearbeitet und regt in einem Appell an die größeren Gemeinden, um den Abhilfeweg gegen die weitere Verteuerung der Lebenshaltung zu betreten, die Einberufung eines allgemeinen österreichischen Städtetages an.

Als Programm für diese Tagung bringt diese große Konsumentenorganisation folgende Punkte in Vorschlag:

1. Verbesserung der Markteinrichtungen und des Lebensmittelverkehrs (Vermehrung der Marktpolizei, Markthallen für Groß- und Kleinhandel, Speicher und Kühlräume, Straßenhandel, Viehhöfe). 2. Aufgaben der Nahrungsmittelbeschaffung (Ankauf von Vorräten an Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Teigwaren, Zucker, Kaffee, Gemüsekonserven, Marmeladen, Reis, Kolonialwaren, Holz und Kohlen, Petroleum, Futtermitteln). 3. Einführung einer staatlichen Preiskontrolle behufs Stabilisierung der Preise und Schaffung besonderer Wirtschaftsämter, denen die Regulierung der Lieferungen und Schlüsse gewisser unentbehrlicher Nahrungsmittel und Bedarfsartikel (Vieh, Fleisch, Milch, Kohle) obliegt. 4. Organisation der Lebensmittelzuführen und der Marktbeschickung durch Herstellung unmittelbarer Verbindungen mit den Produzenten und Abgabe an öffentliche Anstalten, Konsumvereine und Detailhändler. 5. Uebergang zur Eigenproduktion der Lebensmittelversorgung: a) Errichtung kommunaler Schweinemästereien, Erzeugung von Dauerfleischwaren, Schmalz und Fett; b) Einrichtung von kommunalen Molkereien und Meiereien im Verein mit landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, zunächst zur Bedarfsdeckung der städtischen Anstalten, Spitäler, errichtet (Einstellung von Milchkühen in Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien); c) Gründung städtischer Bäckereien und Mühlen. 6. Schaffung von Kommunalverbänden.

Hauslisten für die nächsten Brotkarten.

Am Samstag den 4. d. sind die nach dem Stande dieses Tages ausgefüllten Hauslisten bei den zuständigen Brot- und Mehlkommissionen abzugeben. Auf Grund dieser werden am Samstag den 11. d. die Brotkarten für die 23., 24. und 25. Woche, das ist für die Zeit vom 2. d. bis 2. Oktober, ausgegeben werden.

Reichspost
2./IX. 1915

Wiens Lebensmittelversorgung.

Dreistündige Audienz der Stadtvertretung beim Ministerpräsidenten.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand gestern eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in der nach Bekanntgabe des Einlaufes zuerst Baudirektor Goldemund über das endgültige Projekt der neuen Speicheranlage im Freudenauer Winterhafen berichtete und den Stand des Baues eines Gefrier- und Kühlhauses bekanntgab. Magistratsdirektor Dr. Nüchtern berichtete über den für das letztere Projekt notwendigen Grundankauf. Beide Berichte wurden von der Obmännerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen. Im weiteren Verlaufe berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über jene Fragen, welche von den Obmännern in der für nachmittags bei dem Herrn Ministerpräsidenten anberaumten Audienz zur Erörterung zu gelangen hätten.

In erster Linie handelt es sich um die Wildbretfrage. Es wurde neuerlich die Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen auf dem Schußplatze, die eventuelle Einführung eines Anforderungsrechtes der Gemeinden und einer Lieferungspflicht der Jagdbesitzer sowie die eventuelle Beschlagnahme des gesamten Wildes durch den Staat in Erörterung gezogen. In zweiter Linie wurde die Frage der Versorgung der Stadt Wien mit Eiern und haltbarem Obst erörtert, weiter die Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Brotration erhoben, wobei von allen Teilnehmern der Obmännerkonferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß durch eine Verordnung der Kauf von Surrogatmehlen, wie Gerstenmehl, Maismehl, Rollgerste, ohne Brotkartenanweisung gestattet werde.

Schließlich berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch noch über eine Denkschrift an die Regierung wegen Entschädigung der beschlagnahmten Kraftfahrzeuge und wies auf die bei ihm eingelangten Eingaben der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Fiaker und Einspänner und der Autotaxiunternehmer hin. Im Sinne der Vorschläge des Bürgermeisters wurde einhellig beschlossen, diese Forderungen beim Ministerpräsidenten zu erheben und nachdrücklichst zu vertreten.

Nachmittags fanden sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Vertreter der Gemeinderatsparteien im Bureau des Ministerpräsidenten ein und wurden von diesem sowie dem Minister des Innern und dem Ackerbauminister empfangen. In einer mehr als dreistündigen Audienz wurden die Forderungen der Gemeinde Wien einer eingehenden Erörterung unterzogen. Zum Schlusse erklärte der Ministerpräsident, daß er die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Gemeinde Wien als berechtigt anerkenne und daß es nicht in dem Willen der Regierung liege, wenn alle diese nicht sofort der Erfüllung zugeführt werden können. Er bat aber die Herren, überzeugt zu sein, daß er und seine Ministerkollegen die rein sachlichen Erörterungen der berufenen Vertreter der Wiener Bevölkerung mit größtem Interesse entgegengenommen habe und den Obmännern seinen Dank abstatte für die offene Aussprache in hochwichtigen, nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutsamen Fragen.

Tägliche Rundschau
3./IX. 1915.

* **Gegen den Lebensmittelwucher.** Zur wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers bedarf es der Mitwirkung des Publikums, das auch in zahlreichen Fällen den Behörden mit Anregungen aller Art zur Hand geht. Leider glauben viele Leute, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie an der zuständigen Stelle anonym melden, daß dieser oder jener Geschäftsmann sie übervorteilt habe, oder wenn sie den Behörden einen Zeitungsausschnitt übersenden, in dem vor einem ungenannten Kaufmann, Schlächter usw. in der X.- oder Y-Straße gewarnt wird. Derartige anonyme Anregungen haben gar keinen Wert. Im ersteren Fall vermag die Behörde mangels Beweises nicht einzuschreiten, denn nur durch Gegenüberstellung des Anzeigenden kann sie den Gesetzesübertreter überführen und zur Rechenschaft ziehen; und im zweiten Falle verbietet sich ein Einschreiten gegen den unbekannten Täter von selbst. Wenn also ein Erfolg für die Allgemeinheit erzielt werden soll, so muß der Anzeigende sich selbst nennen und den Täter genau bezeichnen. Anonymen Anzeigen können die Behörden schwerlich nachgehen. Es handelt sich hierbei ja auch nicht um Anzeigen aus niederen Beweggründen, Rachsucht und dergleichen, sondern der Anzeigende erfüllt lediglich eine vaterländische Pflicht und schädigt, wenn er diese versäumt, nicht nur sich selbst, sondern auch seine Volksgenossen.

Neue Freie Presse
3/IX. 1915

Wien, 2. September. (Eine Denkschrift über die Lebensmittelversorgung in den Städten.) Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hat eine Denkschrift über die Lebensmittelversorgung in den Städten ausgearbeitet, in der unter Hinweis auf das Zusammenarbeiten der Städteverwaltungen im Deutschen Reiche und in der Schweiz in der Frage der Approvisionierung die schleunige Einberufung eines allgemeinen österreichischen Städtetages angeregt wird. Als Programm für diese Tagung werden folgende Punkte in Vorschlag gebracht: 1. Die Notwendigkeit der parlamentarischen Kontrolle; Einberufung des Abgeordnetenhauses, der Landtage; Erleichterung des Zensurdruckes; Verringerung der Versammlungsbeschränkungen. 2. Verbesserung der Markteinrichtungen und des Lebensmittelverkehres (Vermehrung der Marktpolizei, Markthallen für Engros und Detail, Speicher und Kühlräume, Straßenhandel, Viehhöfe). 3. Aufgaben der Nahrungsmittelbeschaffung (Ankauf von Vorräten an Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Teigwaren, Zucker, Kaffee, Gemüsekonserven, Marmeladen, Reis, Kolonialwaren, Holz und Kohlen, Petroleum, Futtermitteln). 4. Einführung einer staatlichen Preiskontrolle behufs Stabilisierung der Preise und Schaffung besonderer Wirtschaftsämter, welchen die Regulierung der Lieferungen und Schlüsse gewisser unentbehrlicher Nahrungsmittel und Bedarfsartikel (Vieh, Fleisch, Milch, Kohle) obliegt. 5. Organisation der Lebensmittelzufuhren und der Marktbeschickung durch Herstellung unmittelbarer Verbindungen mit den Produzenten und Abgabe an öffentliche Anstalten, Konsumvereine und Detailhändler. 6. Uebergang zur Eigenproduktion der Lebensmittelversorgung;

a) Errichtung kommunaler Schweinemästereien, Erzeugung von Dauerfleischwaren, Schmalz und Fett;

b) Einrichtung von kommunalen Molkereien und Meiereien im Verein mit landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, zunächst zur Bedarfsdeckung der städtischen Anstalten, Spitäler, errichtet (Einstellung von Milchkühen in Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien);

c) Gründung städtischer Bäckereien und Mühlen.

7. Schaffung von Kommunalverbänden.

3/IX. 1915

Die Ernährung der Wiener.

Konferenzen der Gemeindevertreter.

Die Vertreter der Gemeinde Wien haben am Dienstag in zwei Konferenzen die Nahrungsmittelfürsorge für die Bevölkerung eingehend erörtert. In der ersten Obmännerkonferenz wurde eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die in der zweiten Konferenz den Mitgliedern der Regierung (Ministerpräsidenten, Ackerbauminister und Minister des Innern) vorgelegt wurden. Die Konferenz des Bürgermeisters und der Klubobmänner mit dem Ministerpräsidenten und den Fachministern ist nichts Neues; es haben solche Beratungen wiederholt stattgefunden. Leider fanden viele Vorschläge, die bei diesen Gelegenheiten gemacht wurden, nicht die Würdigung, die sie angesichts der Bedürfnisse der Bevölkerung verdienten.

In der Obmännerkonferenz wurde bereits geklagt, daß die Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Wildbret trotz allen Vorschlägen der Vertreter der Gemeinde Wien von der Regierung keinerlei Förderung erfahre. Die Anordnung vom vorigen Jahre, mit der für Wien Höchstpreise für Hasen im Balg festgesetzt wurden, hatte nur den Erfolg, daß Hasen nicht mehr nach Wien kamen. Die verunglückte Höchstpreisverordnung wurde zurückgezogen, dagegen wurde bisher keine Verfügung getroffen, die der Preistreiberei für Hasen und Reh- oder Hirschfleisch entgegenwirken würde. Der Bürgermeister bemerkte dabei, daß nun bereits bis acht Kronen für Hasen am Schußplatz geboten werden und die Aufhebung der Verzehrungssteuer daher keinen Sinn habe. Die Statthalterei habe die Bezirkshauptmannschaften aufgefordert, auf die übermäßigen Preisforderungen der Jagdbesitzer ihr Augenmerk zu richten. Die Uebung der Jagdbesitzer, enorme Preise für Hasen zu fordern, werde in dem Schreiben als verwerflich bezeichnet. Ein Erfolg sei von diesem Rundschreiben nicht zu erwarten. Eine Budweiser Wildbretfirma habe ihm geschrieben, daß gegenwärtig jede Handhabe zur Preisbestimmung fehle. Es werden 6 bis 8 Kronen für den Hasen oder 2 Kronen für das Kilogramm von Hasen schon auf dem Schußplatz geboten. Der Marktdirektor berichtete, daß in die Zentralmarkthalle seit 1. August bloß 100 Hasen kamen und für 6 bis 7 Kronen verkauft wurden. Es waren kleine Tiere. Es bleiben ungarische Hasen aus, ebenso fehlt es an Zufuhren von Hirschen und Rehen. Die Händler wollen Hasen nicht kaufen, da sie Preise fordern müßten, die von den Marktkommissären beanstandet würden. Gemeinderat Neumann sagte, es komme die Zeit, wo man die Frage, wovon sich eine Arbeiterfamilie nähren soll, nicht mehr beantworten könne. Fleisch habe einen unerschwinglichen Preis erreicht. In den Bänken werde bereits für ein Kilogramm vorderes Rindfleisch mit Zuwage 4·90 Kronen gefordert! Seit Kriegsbeginn haben sich die Rinderpreise verdreifacht. Von 116 Kronen sei der Meterzentner Lebendgewicht auf 320 bis 360 Kronen gestiegen! Schweine- und Kalbfleisch weisen eine ähnliche Steigerung auf. Die Wurstpreise seien derart hoch geworden, daß eine Arbeiterfamilie kein Stückchen Wurst mehr essen kann. Das Kleinwurstzeug werde nun gewogen und sei dadurch erst recht teuer geworden. Das Gemüse, alle Grünwaren stiegen im Preise, Geflügel sei nicht zu kaufen, die Fischpreise haben sich verdoppelt. Was soll eine Arbeiterfamilie essen? Brot; aber die Brotration werde nach der Karte zugemessen und Frauen mit ihren hungernden Kindern jammern und betteln um Erhöhung ihrer Brotration. Milch sei verteuert, desgleichen Butter und Eier. Wir hofften, für eine Zeitlang billiges Wildbret zu bekommen. Wenn nicht schleunig Höchstpreise für den Schußplatz festgesetzt werden, sei auch diese Hoffnung vernichtet.

Hierauf berichtete der Bürgermeister über die Eierversorgung. Der Mangel an Einfuhr von Eiern lasse die kontingentierte Ausfuhr nach Deutschland als eine schwere Belastung erscheinen. Der Marktdirektor berichtete, daß alljährlich um diese Zeit schon etwa 20 Millionen Stück Eier der Konservierung zugeführt waren, während heuer wegen des Eiermangels noch keine Konservierung erfolgt sei. In den Kreis der Erörterungen wurde hierauf die Obstversorgung gezogen und die Forderung auf zeitweiliges Verbot der Ausfuhr von Eiern und Obst aufgestellt.

Die nachfolgende Erörterung über die Erhöhung der Brotrationen nahm geraume Zeit in Anspruch. Es konnte nicht fehlen, daß auch die Funktion der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt einer eingehenden Kritik unterzogen wurde. Der Bürgermeister hob hervor, daß die Gemeinde bereits am 7. August verlangt habe, daß Mehlsurrogate ohne Brotmarke verkauft werden dürfen. Eine solche Verfügung brächte die Erleichterung, daß die Marke bloß für den Bezug von Edelmehl und Brot aufgewendet werden müßte. Gemeinderat Neumann bezeichnete die allgemeine Erhöhung der Brotration als unerläßlich. Die Brotzuschußkarte für „Schwerarbeiter" habe keine befriedigenden Ergebnisse erzielt. Die sechsunddreißig Brotkommissionen haben den Begriff „Schwerarbeiter" verschiedenartig ausgelegt und oft wurden Erhöhungen der Brotmenge leicht arbeitenden Personen bewilligt, während schwer arbeitende abgewiesen wurden. Jetzt, wo Brot die einzig erschwingliche Nahrung ist, muß an eine allgemeine Erhöhung der Brotmenge gedacht werden. Kinder seien starke Brotesser. Ein Knabe von zwölf bis sechzehn oder siebzehn Jahren bedürfe soviel Brot wie ein „Schwerarbeiter". Die tägliche Brotmenge müsse trotz aller Bedenken mindestens von 280 auf 420 Gramm erhöht werden. Magistratsrat Dr. Jamöck versicherte, daß bei Ausgabe von Zuschußkarten an „Schwerarbeiter" sehr liberal vorgegangen werde. Unter vier Wochen habe sich die Zahl der mit Zuschußkarten Beteiligten von 10.000 auf 63.000 erhöht. Gemeinderat Skaret besprach hierauf die Mangelhaftigkeit der Mehlverteilung durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Er schilderte die Folgen der Differenz zwischen den Mehlpreisen der Mehlabgabestelle der Gemeinde und den durch den Mehlbezug aus der Schoellerschen Mühle ermöglichten Verkaufspreisen in den Mendlschen Filialen. Er machte aufmerksam, wie bedenklich die auffällige Bevorzugung einer privaten Firma durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt sei. Der Bürgermeister bemerkte dazu, daß die Gemeinde die ihr im August zugesicherten 157 Bahnwagen Mahlprodukte nicht bekam, während die Firma Mendl ihr Kontingent erhielt. Schließlich einigte sich die Konferenz dahin, die Erhöhung der Brotmenge zu fordern.

In der Konferenz am Nachmittag, die beim Ministerpräsidenten im Beisein der Minister Baron Heinold und Dr. Zenker stattfand, wurden alle Forderungen erhoben, die in der Obmännerkonferenz beschlossen wurden. Es waren der Bürgermeister, die Klubobmänner Dr. Hein, Steiner und Neumann erschienen. Die mehr als dreistündige Konferenz führte in der Wildbretfrage nicht zur Festsetzung von Höchstpreisen für Wildbret auf dem Schußplatz. Der Ackerbauminister sprach sich dagegen aus, weil dann Wildbret nach Ungarn ausgeführt würde. Der Ministerpräsident befürchtete wieder, daß das Wild dann überhaupt den Weg nach Wien nicht mehr finden würde, da die Bevölkerung der um das Jagdrevier umliegenden Orte schon vieles beim Abschuß aufkaufen dürfte. Dagegen sprachen sich auch die Minister für ein Anforderungsrecht der Gemeinden, eine Lieferungspflicht der Jagdbesitzer und allenfalls für staatliche Beschlagnahme des Wildes aus. Gemeinderat Neumann nahm auch in dieser Konferenz die Gelegenheit wahr, um die Not zu schildern, in die die Bevölkerung durch die Preistreibereien gebracht wurde. In längerer Ausführung zeigte er die gegenwärtigen Wiener Approvisionierungsverhältnisse auf. Die folgende Erörterung über ein allfälliges Ausfuhrverbot für Eier und Obst erzielte kein Ergebnis. Die Forderung nach der Erhöhung der Brotmenge gab zu einer langen Diskussion Anlaß, zu der insbesondere auch die Mitteilungen über die bisherigen Ernteergebnisse beitrugen, die der Minister Baron Heinold machte. Alle Konferenzmitglieder beteiligten sich an der lebhaft geführten Debatte, die damit endete, daß die Endergebnisse der Zählung der vorhandenen Getreidemengen, die Ende Oktober abgeschlossen sein werde, abgewartet werden müssen, bis entsprechende Verfügungen getroffen werden können. Der Ministerpräsident versicherte am Schluß der Konferenz, daß er die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Gemeinde Wien als berechtigt anerkenne und daß es nicht an dem Willen der Regierung liege, wenn sie nicht sofort erfüllt werden könnten ... Der gute Wille allein schafft freilich der Bevölkerung weder Brot noch Fleisch.

Die Zeit
3./11. 1915

Die Preistafel.

Eine der nützlichsten Anordnungen, die zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers von den Behörden getroffen wurden, ist die vorgeschriebene Anbringung der Preistafeln. Die Vorschrift ist zwar noch nicht ausnahmslos genau durchgeführt, aber im ganzen und großen ist doch dem Publikum die Möglichkeit geboten, sich auf den Märkten und in Verkaufsläden durch ausgehängte Preiszettel zu orientieren. Die Behörden müssen nur dafür sorgen, daß die gute Uebung nicht, wie es bei uns zu Lande zu geschehen pflegt, alsbald wieder in Vergessenheit gerät, sondern daß streng daran festgehalten wird. Natürlich kann man den kleinen Geschäftsleuten nicht zumuten, daß sie detaillierte, alle Verkaufsartikel umfassende Preistarife ausarbeiten, wie es bei größeren Firmen auch zu normalen Zeiten immer Brauch war. Dazu würde bei den kleinen Händlern die Zeit, die Arbeitskraft und häufig auch die Orthographie nicht ausreichen. Es genügt zunächst, wenn nur die gangbarsten und wichtigsten Artikel einen deutlich sichtbar gemachten Preiszettel aufweisen. Mit dieser vorläufigen Beschränkung aber müßte allerdings auf strikter und ausnahmsloser Durchführung der Vorschrift bestanden werden. Schon der äußerliche Zwang, den Preis der Ware groß hinzuschreiben und die Zettel auszuhängen, bringt für den Händler auch den psychologischen Zwang mit sich, den Preis mit einiger Vorsicht zu berechnen. Er muß dabei auf vielfältige Kontrolle gefaßt sein und muß auf den Mißbrauch verzichten, jeden eintretenden Käufer erst nach seiner Zahlungsfähigkeit zu taxieren. Der schriftlich festgesetzte Preis gibt aber auch dem Käufer das Vertrauen wieder, das eine Zeitlang im Lebensmittelhandel durch abscheuliche Praktiken völlig zerstört war. Der Zweifel, ob man nicht überhalten und betrogen wird, dieses Gefühl der Unsicherheit, wenn es einmal allgemein wird, vergiftet den Markt und die Verkehrssitten und führt zu einer in bewegten Zeiten doppelt gefährlichen sozialen Mißstimmung.

Die Preistafel ist also eine gute und heilsame Einrichtung, und es wäre zu wünschen, daß sie sich dauernd in unserem gesamten Detailhandel einbürgerte, auch über die vorübergehenden Bedrängnisse der Kriegszeit hinaus. Wenn wir auch wieder Frieden haben werden, so wird es nach den wirtschaftlichen Störungen und Zerstörungen des Krieges noch eine geraume Weile dauern, bis die Produktion, die Verkehrswege, die Zufuhren, das Angebot und die Nachfrage, bis alles wieder sein normales Gesicht gewonnen hat. Wir werden also der preisregelnden und preisüberwachenden Tätigkeit der Behörden noch längere Zeit bedürfen. Die besseren Handelssitten aber, die während dieser Zeit durch behördliche Gewalt erzwungen wurden, sollten nachher durch freien Willen und geklärte Einsicht fortleben. Die Preistafel, sei es in der Form des Aushanges, sei es in der Form von Zettelchen, die jedem Verkaufsartikel angeheftet sind, müßte im österreichischen Detailhandel ein- für allemal obligatorisch werden. Es ist eines Kulturvolkes unwürdig, daß im Verkehr zwischen Verkäufer und Käufer ein stetiges Mißtrauen herrscht, und daß die widerwärtige Gewohnheit des Feilschens durch die noch widerwärtigere des Vorschlagens notwendig gemacht wird. Das sind Sitten, die in Berlin, Paris, London schon lange außer Uebung sind, und die — da hierin das Beispiel der Hauptstadt in allen Ländern vorbildlich wirkt — auch in Wien einmal gänzlich verschwinden sollten. Je weiter man in Europa nach Osten oder Süden kommt, desto größere Vorsicht ist bei jedem Einkauf geboten, da der östliche und südliche Handelsmann gewohnt ist, den Preis seiner Waren zum Gegenstand eines langwierigen, zähen Kampfes mit dem Käufer zu machen. Diesen Zustand der Zurückgebliebenheit, diese wirtschaftliche Unkultur zu überwinden, den Kampf durch ein vertrauensvolles Einvernehmen zu ersetzen, das sollten sich alle angelegen sein lassen, denen der Fortschritt, auf welchem Gebiet immer, am Herzen liegt. Wir werden daher gut tun, die Errungenschaft der Preistafel aus dem Krieg in den Frieden hinüberzunehmen.

Die Zeit Abendbl.
3./IX. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Der heutige Freitag war ein guter Hauptmarkttag. Schon der Nachtmarkt Am Hof hatte sich gut angelassen. Die Zufuhren nach dem Wiener Zentralgemüse- und Obstmarkt, auf dem die Preisbestimmung für Grünwaren und Obst der Hauptsache nach für Wien vor sich geht, waren reichlich. In Kartoffeln waren sie sogar so glänzend, daß die Marktbehörde, sehr zur Enttäuschung der Produzenten- und Händlerkreise, mit einer Preisreduzierung vorging, so daß sich jetzt die amtlich ermittelten Detailpreise für runde, gelbe Sorten auf 22 bis 23 Heller, und für rote und weiße Frühkartoffeln auf 21 bis 22 Heller stellen. Natürlich werden Kartoffeln von einzelnen Händlern auch noch billiger abgegeben. Für ungarische rote Sorten sind Preise von 16 bis 18 Heller gar nicht so selten. Auch in bezug auf Kraut trat die schon seit Wochenfrist erwartete Verbilligung ein. Es ging im Kleinverkehr von 21 bis 23 auf 20 bis 22 Heller pro Kilogramm zurück. Die Gärtner und Slowaken wetteiferten heute in der Krautbeschickung.

Halten die slowakischen Zufuhren an, so steht eine weitere Preisermäßigung beim Weißkraut bevor.

Die Paradeiser haben ebenfalls im Preis etwas nachgelassen. Die Zufuhren sind sehr gut; hauptsächlich kommen ungarische Paradeisäpfel auf den Markt. Niederösterreichische, auch Gärtnerparadeiser, notierten heute mit 32 bis 38 Heller, ungarische 26 bis 34 Heller pro Kilogramm. Ungarische Ware kann aber auch schon stellenweise um 20 bis 24 Heller gekauft werden. Grüne Fisolen waren heute wieder etwas mehr auf dem Markt, auch Spargelbohnen. Die Preise sind gegen gestern gleichgeblieben. Kohl, Salat, Suppengrünes, Spinat, gab es heute in zureichender Menge auf den Märkten. Zwiebel- und Knoblauchpreise sind unverändert, nur die Eier haben etwas angezogen, und sind frische Eier, von denen man in den letzten Tagen 15 Stück für 2 Kronen erhielt, heute nur mehr zu 13, selten 14 Stück für 2 Kronen zu haben gewesen; wohl aber langten in der Großmarkthalle ziemlich viel galizische Eier ein, die mit dem Preis von 15 Stück für 2 Kronen abgegeben wurden. An der Eierbörse arbeitet man auf eine weitere Verteuerung der Eier hin. Es wäre höchste Zeit, die galizische Eierausfuhr im weiteren Umfange freizugeben, damit auch wir in Wien billige Eier in hinreichendem Maße bekommen. Auf den Berliner Eierpreis hat bekanntlich die galizische Eierzufuhr sehr verbilligend gewirkt.

Während die inländischen Butterpreise gleichgeblieben sind, trat bei der dänischen Butter vor einigen Tagen eine Verbilligung ein, die mit 10 Heller pro Kilogramm im Detailhandel zum Ausdruck kam. Dänische Süßbutter ist daher pro Kilogramm von dem Preis von 6 Kronen heruntergegangen und notiert mit einem Höchstpreis von 5 Kronen 92 Heller, doch geben einzelne Händler, die solche Butter billiger in der Hand haben, oder die sich mit einem geringeren Nutzen begnügen, diese schon von 5 Kronen 60 Heller aufwärts an den Konsum ab. Dänische Salzbutter, die vor einiger Zeit in Wien eingeführt wurde, und auch in der Viktualienabteilung der Großmarkthalle zu haben ist, findet täglich mehr Abnehmer. Sie ist um eine volle Krone billiger als die dänische Süßbutter und notiert mit 4 Kronen 92 Heller pro Kilogramm.

Auch die heutigen Obstzufuhren waren reichlich. An erster Stelle stehen Weintrauben, dann heimische und steirische Aepfel und endlich Birnen, die aber jetzt, da sie in der Abnahme begriffen sind, den Preis halten und von den Produzenten nicht billiger abgesetzt werden. Dagegen neigen die Aepfel zur Verbilligung. Auch Zwetschken scheinen etwas nachlassen zu wollen. Bei den Weintrauben kann die amtliche Herabsetzung der Höchstpreise auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Der Obstmarkt verkehrte heute bei unveränderten Preisen ziemlich lebhaft.

Im Großhandel für Fleisch — der Kleinhandel ist bekanntlich wegen des fleischlosen Tages heute ausgeschaltet — sind heute die Preise für alle hiesigen Fleischsorten unverändert geblieben, ebenso auch die Preise für Fettstoffe. Beim Auslandsfleisch trat zwar auch keine Preiserhöhung ein, doch waren die Preise innerhalb der bestehenden Preisspannungen Schwankungen ausgesetzt, das heißt, billiger angesetzte Sorten wurden stellenweise teurer verkauft. Das Angebot in Innereiprodukten war heute mittelmäßig. Die Detailpreise für Rindsinnereien, die wir bereits gestern mitgeteilt haben, blieben heute aufrecht, und die Marktbehörde setzte es in der Großmarkthalle trotz Widerspruches der Interessentenkreise durch, daß auch die seit mehr als zwei Wochen bestehenden Detailpreise für Kalbs- und Schweinsinnereien gleichblieben, wiewohl die Händler und Fleischer mit Rücksicht auf die in St. Marx zutage getretenen Preisschwankungen eine Erhöhung dieser Preise begehrt hatten. Diese stellen sich für Kalbsinnereien pro Kilogramm: Beuschel K. 4.—, Leber K. 4.80, Hirn pro Stück K. 2.—, Kalbsgekröse pro Kilogramm K. 1.60. Schweinsinnereien pro Kilogramm: Beuschel K. 3.80, Leber K. 4.—, Nieren K. 4.— bis 4.40 und Hirn pro Stück 60 Heller. Die Wurstpreise bleiben gegen die Vorwoche unverändert.

An Wildsorten wurden heute hauptsächlich Rebhühner und Fasane zu Markte gebracht. Hasen waren nur wenige da, ebenso Hirsch- und Rehfleisch. Vom Geflügel gab es böhmische und ungarische Gänse, Enten und Tauben. Auf dem Fischmarkt hat heute der Verkehr ein lebhafteres Gepräge angenommen. Bei unveränderten Preisen wurden gehandelt: Karpfen (lebend oder tot), Schille, Hechte, Brachsen, Scheiden und Weißfische sowie mährische Teichkrebse, letztere um 20 bis 80 Heller pro Stück. Auch die Seefische, die schon von 80 Heller aufwärts ausgeboten wurden, waren heute lebhafter begehrt. Rehrücken notierten pro Stück mit K. 10 bis 24.—, Rehschlegel mit K. 7.— bis 16.—, Rehschulter pro Kilogramm mit K. 3.80 bis 4.—, Hirschfleisch pro Kilogramm K. 2.— bis 4.—, Hirschfilet von K. 6.— bis 6.20 pro Kilogramm, Rebhühner von K. 1.20 an bis K. 2.— pro Stück, Fasane von K. 2.— bis 4.50, Wildenten mit K. 3.60, Tauben mit 90 Heller bis K. 1.30 pro Stück und Gänse mit K. 3.50 bis 3.80 pro Kilogramm, desgleichen Enten.

Die Fleischzufuhren in die Großmarkthalle betrugen heute 12 Waggons mit 36·6 Tonnen, darunter 4 Waggons mit 18·1 Tonnen Auslandsfleisch.

Heute findet wieder auf dem Naschmarkt ein Nachmittagsmarkt statt.

Die Zeit
3./IX. 1915

Die Preistafeln.

Ab 11. August müssen in allen Lebensmittelgeschäften die Preise für sämtliche feilgehaltenen Artikel in allgemein sichtbarer Weise angeschlagen sein. Das Nichteinhalten dieser Bestimmung der kaiserlichen Verordnung vom 8. August gegen die Preistreiberei wird streng bestraft. Ueberdies haben die Polizeidirektion sowie die städtische Marktamtsdirektion eine strenge Kontrolle über die Einhaltung der genannten Vorschrift angeordnet. In vielen Fällen konnten Geschäftsleute erst durch strenge Bestrafung zur Ersichtlichmachung der Lebensmittelpreise gebracht werden. Im großen und ganzen ist aber der Preisanschlag schon ziemlich allgemein durchgeführt; nur bessere Delikatessenhandlungen nehmen sich selbst von dieser Vorschrift aus und haben höchstens in ihren Geschäften auf Preistafeln die Wurstpreise verzeichnet. Leider gibt es, was die Preiskontrolle wesentlich besser gestalten würde, keine einheitlichen Preistafeln. Wegen der Verschiedenheit der Geschäfte ließe sich dies auch nur schwer durchführen. Die Preistafeln haben das eine Gute für sich, daß die Käufer sich sofort über die geforderten Preise informieren können. Am wirksamsten haben sich die Preistafeln im Obsthandel erwiesen. Zwei Wochen nach Inkrafttreten der Preistafelverfügung gingen die Obstpreise in den einzelnen Geschäften in den Bezirken urplötzlich zurück. Einmal wurden durch die städtischen Marktbehörden Detailhöchstpreise für alle gangbaren Obstsorten festgesetzt, die von den Zwischenhändlern in den Bezirken nur um die Zustreifgebühr erhöht werden durften, und dann überzeugte man sich durch die Preistafelkontrolle von der Einhaltung der Preise, bei welcher Arbeit übrigens die Wachmannschaft sehr gute Dienste geleistet hat. Mit einem Schlag war durch die Preistafeln der Obstwucher beseitigt. Wie wir erfahren, wird noch an der weiteren Ausgestaltung der Bestimmung über die Preistafeln bei den maßgebenden Stellen beraten.

Neue Freie Presse
4/IX. 1915

Preise auf den heutigen Kleinhandelsmärkten.

Mit Ausnahme des Obst- und Gemüsemarktes, der relativ stark beschickt wurde und auf dem der Verkehr sich in lebhafter Stimmung abwickelte, vollzog sich der Absatz auf allen anderen Approvisionierungsmärkten bei mäßigen Zufuhren ruhig. In den Preisen ist gegen die Vorwoche eine Veränderung nicht zu konstatieren. Auch für Kalbs- und Schweinsinnereien wurden vom Marktamte trotz höherer Einkaufspreise auf den Märkten in St. Marx die letztnotierten Preise festgesetzt.

Von Wildbret wurden nur Fasane und Rebhühner in genügenden Quantitäten ausgeboten. Hasen, Hirsche, Rehe kaum nennenswert vertreten. In Fischen war der Absatz befriedigend. Von Geflügel kamen nur Gänse böhmischer und ungarischer Provenienz in Betracht.

Kalbs- und Schweinsinnereien:

	Kronen	
Kalbsbeuschel	4.—	per Kilo
Kalbsleber	4.80	„ „
Kalbshirn	2.—	per Stück
Kalbsgekröse	1.60	„ „
Schweinsbeuschel	3.80	per Kilo
Schweinsleber	4.—	„ „
Schweinshirn	—.60	per Stück

Wildbret und Würste in der Großmarkthalle:

Duckenten	0.60—1.50	per Stück
Fasane	2.40—4.—	„ „
Rebhühner, junge	1.00—2.—	„ „
Rebhühner, alte	0.80—1.40	„ „
Rohrhühner	0.80—1.—	„ „
Wachteln	0.50—0.60	„ „
Wildenten	2.00—3.60	„ „
Hasen, große	4.00—6.—	„ „
Hasen, kleine	2.80—3.—	„ „
Rehfleisch	1.60—3.80	„ Kilo
Rehrücken	10.00—22.—	per Stück
Rehschlögel	8.00—16.—	„ „
Braunschweiger	4.40—4.80	per Kilo
Extrawurst	5.00	„ „
Knackwurst	5.20—5.40	„ „
Krakauer	5.40	„ „
Pariser	5.40	„ „
Frankfurter	5.20—5.50	„ „
Ungarische Salami	12.00	„ „
Preßwurst je nach Qualität	2.80—6.—	„ „
Dürre Würste	4.40—4.60	„ „
Tiroler Bauernwurst	4.80—5.80	„ „
Augsburger	3.80—4.—	„ „

Süßwasserfische:

Brachsen	2.40	per Kilo
Forellen, tot	6.00	„ „
Hechte, lebend	5.00	„ „
Hechte, tot	2.80—3.20	„ „
Karpfen, lebend	4.20	per Kilo
Karpfen, tot	4.00	„ „
Karpfen, kleine	3.60	„ „
Schille	3.00—7.—	„ „
Weißfische	1.60—1.80	„ „

Seefische:

Angler	3.60	per Kilo
Dorsche	0.90—1.80	„ „
Kabeljaue	1.60	„ „
Rotzungen	2.40	„ „
Schellfische, groß	1.80	„ „
Schellfische, kleine	0.80	„ „
Seelachse	1.40—1.60	„ „

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Trotz des regnerischen Frühwetters ließ sich der heutige Markttag bei lebhaftem Verkehr gut an. Die Kartoffel-, Grünwaren- und Gemüsezufuhren waren auf den Hauptmärkten ausreichend. Die Preise blieben gegen gestern im wesentlichen unverändert, doch neigt Zwiebel dank der holländischen Zufuhren zur weiteren Verbilligung. Slowakische und heimische Zwiebel ist auf 42 bis 45 Heller pro Kilogramm zurückgegangen, holländische kostet 42 bis 50 und Makoer Zwiebel bis 56 Heller pro Kilogramm im Kleinverkehr. Der Makoer Preistreiber Knoblauch, der von seinem Phantasiepreis von K. 2.48 pro Kilogramm nicht herabgehen will, geht nur sehr flau ab. Heimischer und slowakischer Knoblauch, der aber nur in äußerst geringen Quantitäten auf den Wiener Märkten zu finden ist, kostet in der Regel 1 Krone pro Kilogramm. Neuzufuhren in Knoblauch halten sich noch immer ängstlich zurück.

Gestern nachmittags und heute früh nahmen die Gurkenzufuhren wieder so an Umfang zu, daß bei den Gurken, die am vorigen Dienstag nahezu gänzlich ausverkauft waren, eine leichte Preisentspannung eingetreten ist. Ungarische Gurken notierten mit 20 bis 24 Heller, niederösterreichische mit 24 bis 26 und Gärtnergurken bis 28 Heller pro Kilogramm. Znaimer Einlegegurken scheinen gänzlich aufgehört zu haben.

In Paradeisern überwiegt die ungarische Zufuhr und übt noch konstant einen Preisdruck aus. Ungarische Ware notierte heute mit 26 bis 34, niederösterreichische mit 30 bis 38 und Gärtnerware mit 32 bis 38 Heller pro Kilogramm. Minderschöne Paradeiser werden etwas billiger verkauft. Die Kartoffelpreise halten sich seit einigen Tagen, doch wäre es höchst an der Zeit, die Höchstpreise herabzusetzen, da nur wenige Händler sich an die amtlichen Preisnotierungen halten und die Kartoffeln im allgemeinen billiger, rote in der Großmarkthalle sogar mit 14 Heller pro Kilogramm verkauft werden. Die Herren Produzenten haben an den hohen Kartoffelpreisen schon genugsam verdient. In Kraut sind für die nächste Woche steigende Zufuhren zu erwarten. Es notiert heute Weißkraut mit 20 bis 22 Heller pro Kilogramm, doch kann man solches bei den slowakischen Händlern auf dem Naschmarkt auch schon mit 18 Heller kaufen. In Schwämmen kann man noch immer sein Verlangen reichlich befriedigen. Herrenpilze kann man von K. 2.30 bis 2.66, Eierschwämme von 66 bis 88 und Hallimasch von 48 bis 62 Heller pro Kilogramm kaufen. Grüner Kohl notiert von 4 bis 14 Heller, Häuptelsalat von 6 bis 12 Heller pro Stück. Maiskolben kosten 5 bis 8 Heller, Spinat stellt sich von 44 bis 48 Heller pro Kilogramm. In grünen Bohnen und Spargelbohnen sind scheinbar schon die letzten Vorräte auf die Märkte gekommen. Grüne notierten mit 33 uis 36 Heller, gelbe mit 37 bis 40 Heller pro Kilogramm.

Die Butterpreise nehmen eine leichte Abschwächung an, während sich die Eierpreise versteifen. Pflanzenfett kostet K. 3.80 bis K. 4.— pro Kilogramm. Bruchreis stellt sich auf K. 1.80, besserer Reis im allgemeinen von K. 2.— bis K. 2.30. Schokolade notiert mit K. 4.40 bis K. 4.80 pro Kilo, Kakao mit K. 8.—, K. 10.— und K. 12.—. Linsen (klein) kosten von K. 1.50 bis K. 1.60, groß K. 1.92, Erbsen (ganze) K. 1.20 bis K. 1.60, gespalten K. 1.60 bis K. 1.92, Trockenmilch pro Kilogramm K. 3.40. Bezüglich der Surrogatmehle, die in der Zeit der Mehlkalamität von den Lebensmittelhändlern auf Lager gelegt wurden, sind diese jetzt in Verlegenheit, da keinerlei Nachfrage nach diesen herrscht. Es sind angeschrieben pro Kilogramm, und zwar für Kartoffelmehl K. 1.20, Maismehl 56 bis 60 Heller, Reismehl K. 1.20 bis K. 1.50, Tapiokamehl bis K. 1.50, Bohnenmehl K. 1.10 bis K. 1.12. Was die Versorgung der Lebensmittelgeschäfte mit Mehl anlangt, wird von den Geschäftsleuten über unzureichende Dotierung mit Vorräten geklagt. Auch in bezug auf Speiseöle stehen wir vor einer Kalamität, da der hiesige Markt die französischen Aixer und die nordafrikanischen Oele sehr vermißt. Ein Kilogramm Oel stellt sich bereits auf K. 4.— bis K. 5.50. Die ausländischen Vorräte sind gleich Null, die heimische Oelproduktion ist durch den Krieg ebenfalls behindert. Zur Verteuerung des Oeles trägt auch der Umstand bei, daß Agenten galizischer Kaufleute trachten, alle verfügbaren Oelbestände aufzukaufen.

Der Zentralobstmarkt auf dem Naschmarkt erfreute sich heute eines lebhaften Marktverkehrs.

Die Zufuhren an Aepfeln, Weintrauben und Zwetschken sind steigend. Es kommen auch weiter schöne Speiseäpfel aus Steiermark und bereits auch in größeren Mengen Aepfel und Birnen aus Tirol. Heute sind pro Kilogramm folgende Höchstpreise notiert: Birnen: Schmalz 30 bis 36, Salzburger 34 bis 40, Sand 30 bis 36, große Sorten 40 bis 60, niederösterreichische Aepfel klein 28 bis 36 (40), mittlere 34 bis 40 und große 40 bis 48, ungarische Aepfel, gewöhnliche Sorten, 60, größere und bessere Sorten 72, niederösterreichische Zwetschken 32 bis 44, ungarische bis 60 Heller, ungarische Weintrauben von K. 1.04 bis 1.44, ungeredelter schwarzer Holler 26 Heller pro Kilogramm. Steirische Aepfel kosten von 30 Heller bis 56 Heller pro Kilogramm, Tiroler Williams-Butterbirnen 84 Heller bis K. 1.12, weiße Herbstbirnen 48 Heller bis K. 1.— und Napoleonsbirnen 92 Heller bis K. 1.60 pro Kilogramm, Pfirsiche 70 Heller bis K. 1.60, und heurige Nüsse 92 Heller bis K. 1.60 pro Kilogramm. Tiroler Aepfel (Schafnasen) sind von 50 bis 90 Heller pro Kilogramm erhältlich.

Der Verkehr auf dem Fleischmarkt in der Großmarkthalle gestaltete sich heute im Kleinverkehr äußerst lebhaft; im Großhandel war er mäßig belebt. Die heutigen Zufuhren betrugen 13 Waggons mit 54·8 Tonnen, darunter 5 Waggons mit 31·8 Tonnen Auslandfleisch. Infolge der von Holland und Schweden erlassenen Ausfuhrverbote für Rinder und Rindfleisch zieht der Preis für dänisches Rindfleisch an, und es wird in Interessentenkreisen auf eine bevorstehende starke Verteuerung des Auslandfleisches hingewiesen. Auch bei den heimischen Fleischsorten ist, wie eingeweihte Kreise versichern, der übliche Herbstaufschlag, der immer nach der Rückkehr aus der Sommerfrische das Fleisch verteuerte, zu erwarten. Hoffentlich gelingt es aber der Marktbehörde, hier einzugreifen.

Es notierten heute: Inlandprovenienzen pro Kilogramm, und zwar Rindfleisch, vorderes, mit Zuwage von K. 4.20 bis 5.—, ohne K. 4.40 bis 5.40, hinteres mit K. 4.80 bis 5.88, ohne K. 5.20 bis 6.60 (inklusive Lungenbraten bis K. 7.—); Jungschweinernes K. 4.80 bis 6.—, abgezogenes Schweinefleisch K. 4.40 bis 6.30, Selchfleisch inklusive Schinken (im ganzen) K. 4.60 bis 6.60, Kernfett K. 3.— bis 3.40; Kalbfleisch, vorderes K. 3.40 bis 4.40, hinteres K. 3.80 bis 5.20; Schaffleisch, vorderes K. 3.60 bis 4.20, hinteres K. 4.20 bis 4.40; Auslandfleisch: Rindfleisch, vorderes, mit Zuwage K. 3.60 bis 4.30, ohne K. 4.— bis 4.70, hinteres mit K. 4.— bis 5.20, ohne K. 4.40 bis 5.50; Kalbfleisch, vorderes K. 3.20 bis 3.60, hinteres K. 3.60 bis 4.40; Schaffleisch, vorderes K. 3.20 bis 4.—, hinteres K. 4.— bis 4.40. Bei den Verkaufsständen der Großschlächterei-A.-G. notierten für Auslandsorten, und zwar pro Kilogramm: Rindfleisch, vorderes, ohne Zuwage K. 3.90, hinteres, ohne K. 4.30, Rostbraten K. 4.80, Lungenbraten K. 5.20; Schöpsernes, vorderes K. 3.20 bis 4.—, hinteres K. 4.40.

Die Preise für Fettstoffe haben fast durch die Bank auf K. 5.— angezogen, auch das Schweineschmalz, das stellenweise sogar über K. 5.— hinausgeht.

In bezug auf Wildbret war der Markt schlecht versorgt. Es gab Rebhühner, Fasane und Hasen, letztere von K. 5.40 bis K. 5.80 pro Stück. Für die nächste Woche wird mehr Wildbret erwartet. Die Versorgung des Wiener Marktes mit Wild leidet darunter, daß auf den nächstgelegenen Abschußplätzen das frischerlegte Wild von Unterhändlern durch gegenseitiges Ueberbieten im Preise derart gesteigert wird, daß die hiesigen Wildbrethändler zaudern, diese teuren Stücke auf den Wiener Markt zu bringen. In Geflügel war der Markt heute ebenfalls etwas lebhafter, in Fischen ließ er aber fast gänzlich aus.

Tägliche Rundschau
5/IX. 1915

Die Berliner Handelskammer gegen die Teuerung.

Die Teuerung, von der eine Anzahl Waren, vornehmlich Gegenstände des täglichen Bedarfs, ergriffen worden sind, fordert zu Maßnahmen heraus, bei denen die Handelskammer mitzuwirken berufen ist. Es gilt dies sowohl von der Teuerung, soweit sie auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist, als auch von den Preissteigerungen, welche durch willkürliche Einwirkungen verschuldet sind.

Aus diesem Grunde ist die Aufdeckung der zwiefachen Ursachen der Verteuerung notwendig, zumal nur hierdurch die Fingerzeige für eine Besserung der Verhältnisse gewonnen werden können. Da aber die Untersuchung sich auf ein Interesse richtet, an dem alle Staatsbürger unmittelbar beteiligt sind, kann es nicht ausbleiben, daß in der Fülle der Ansichten, die durch die öffentliche Erörterung zutage gefördert werden, manche sich befinden, denen keine Berechtigung zugestanden werden darf. Namentlich sind Uebertreibungen und unzulässige Verallgemeinerungen häufig. Dieser Umstand, der durch zahlreiche Beispiele zu belegen ist, schädigt den Gang der Untersuchung, weil er sie auf falsche Bahnen lenkt und die Mitarbeit aller, die unentbehrlich ist, durch unfruchtbare Streitereien zerklüftet. Vorzugsweise trifft dies zu für die Behauptung, daß Handel, Industrie und Landwirtschaft in erster Linie oder ausschließlich für die Teuerung verantwortlich zu machen seien.

Schon die bisherige Untersuchung der Verhältnisse, welche im verflossenen Jahre die Teuerung verursacht haben, stellte klar, daß ein erheblicher Teil derselben sich der Beeinflussung durch die genannten Erwerbsstände völlig entzieht. Erst indem man dies rückhaltlos anerkennt, gewinnt man die Möglichkeit, die bessernde Hand dort anzulegen, wo Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Einrichtungen, insbesondere behördliche Eingriffe oder Eigennutz oder Verfehlungen von Privatpersonen die Mißstände, die sich zeigten, verschärft oder gar erzeugt haben.

Immer wieder muß festgestellt werden: Hauptzweck der Untersuchung ist nicht die Abwägung der Schuld, die in der Vergangenheit liegt (sie soll spätere Sorge sein), sondern die Beseitigung oder Milderung der Schäden, die für die Gegenwart uns aus der Verteuerung erwachsen und für die Zukunft bedrohen.

Die Verordnung des Bundesrats vom 23. Juli 1915, die den Wucher in Gegenständen des täglichen Bedarfs mit scharfen Strafen belegt, schafft eine der Grundlagen für den Kampf gegen übermäßige Preissteigerungen. Die Dehnbarkeit einer Reihe von Bestimmungen, die in der Verordnung sich finden, erregt an sich schwere Bedenken; aber diese Dehnbarkeit muß in den Kauf genommen werden, da es sich um die Versorgung des deutschen Volkes während des Krieges, also um ein Lebensinteresse der Nation, handelt.

Die Ausführung der Verordnung darf nicht in den Händen von Zentralbehörden liegen, sondern muß in der Hauptsache örtlich geregelt werden, ein Weg, wie er beispielsweise von der städtischen Verwaltung Berlins beschritten worden ist. Die Handelskammer, die ihre Mitarbeit zur Verfügung stellt, ist in den von dem Magistrat gebildeten Kommissionen vertreten. Sie geht von der Ansicht aus, daß eine vorbeugende Tätigkeit besonders ersprießlich und erfolgreich sein wird.

Mehr denn je zeigt es sich in der gegenwärtigen Zeit, daß viele Unzuträglichkeiten vermieden worden wären, wenn über den Umfang der Warenerzeugung, über die Größe der lagernden Bestände usw. Klarheit geherrscht hätte. Hier ist die Wurzel der meisten übermäßigen Preissteigerungen zu suchen, und wenn wir auch die großen Schwierigkeiten, die auf dem Wege liegen, keineswegs verkennen, glauben wir doch, daß ohne eine Verbesserung namentlich der Erzeugungsstatistik die Uebersichtlichkeit des Warenmarktes und damit der wirksamste Schutz gegen Preistreibereien nicht erzielt werden können. Die Vervollkommnung unserer Statistik über die einheimischen Produktionszweige setzt vor allem eine stärkere Heranziehung sachverständiger, im praktischen Leben stehender Auskunftspersonen voraus.

Frankfurter Zeitung
5. IX. 1915

Die Preisregulierung in Berlin.

N Berlin, 9. Septbr. (Priv.-Tel.) Nachdem die vier Fachausschüsse, die der Berliner Magistrat zur Kontrolle der Preise und zum Schutz des Publikums gegen Ueberteuerung eingesetzt hat, ihre Arbeit bereits begonnen haben, trat gestern der Zentralausschuß, dem auch Vertreter der fünf Nachbarstädte angehören, zu seiner ersten Sitzung zusammen, um für den weiteren Ausbau der Einrichtung die Richtlinien aufzustellen. Es herrschte Uebereinstimmung dahin, daß sich das Hauptbestreben auf die Erfassung der preisgestaltenden Momente und die Bekämpfung anormaler Preise zu richten habe. Andererseits wurde aber auch betont, daß es den Organen einer einzelnen Gemeinde unmöglich sei, alle Faktoren der Preisbildung zu beherrschen und zu beeinflussen. Die Lebensmittel entstammen unmittelbar oder mittelbar dem ländlichen Grund und Boden, und die Hauptaufgabe einer durch den Krieg beschränkten oder gar isolierten Volkswirtschaft wird immer in dem Bestreben liegen, daß die wichtigsten Nahrungsmittel der gesamtdeutschen Bevölkerung in möglichst gleichmäßiger Verteilung zur Verfügung gestellt werden. Nur die zentrale Reichsstelle kann dies bewirken, nur sie kann die Produktionsbedingungen übersehen und regeln. Für die einzelne Gemeinde liegt die Beschränkung darin, daß sie die Ware erst von dem Eintritt in ihr Gebiet an erfassen und die Preisbildung von da ab kontrollieren und beeinflussen kann.

Der Zentralausschuß stellte die Grundsätze fest, nach denen die Fachausschüsse diese Kontrolle vorzunehmen hätten. Insbesondere bedarf es hierzu eines weiteren Ausbaues der Einrichtung durch Eingliederung örtlicher Organe, für die in Berlin die Brotkommissionen in Aussicht genommen sind. Es werden diese Organe in lebhafter Wechselwirkung mit den Zentralstellen das von ihnen gesammelte Material den Fachausschüssen zugänglich zu machen haben, während sie wieder von den Fachausschüssen laufende Mitteilungen über die von diesen für angemessen erkannten Preise erhalten, sodaß die lokalen Organe an der Hand dieser Informationen eine wirksame Kontrolle der Kleinhandelspreise ausüben können. — Im Zentralausschuß trat auch der Wunsch hervor, daß die Gesetzgebung den beteiligten Ausschüssen die zuverlässige Feststellung der Preise in den verschiedenen Gewerbezweigen durch Einführung einer Deklarationspflicht ermögliche. Dagegen warnte man vor der Einführung lokaler Höchstpreise, die, wie auch die Erfahrung gelehrt habe, bedenkliche Folgen zeitigen, und die durch eine Kontrolltätigkeit viel wirksamer ersetzt werden könnten.

Neue Freie Presse
5./IX. 1915

[Der Vegetarianer.] Ein alter Herr schreibt uns: Dieser große Krieg, der alle Voraussetzungen umgestürzt, alle Prophezeiungen zuschanden gemacht, jede Theorie über den Haufen geworfen hat, läßt den Vegetarianer triumphieren. Oder, um im vegetarischen Bilde zu bleiben, ihn Lorbeeren als Ruhmesgemüse pflücken. Vor dem Krieg war der Vegetarianer eigentlich eine halb sagenhafte, halb komische Figur. Es soll angeblich immer sehr viele gegeben haben, aber in den gewöhnlichen Wiener Gesellschaftskreisen traf man sie selten. Hie und da erzählte wohl jemand, daß er „fast gar kein" Fleisch esse, aber das hinderte nicht, daß man ihn dann irgendwo ein großes Beefsteak oder ein ordentliches Tellerfleisch verzehren sah. Und wenn jemand ernstlich die Enthaltsamkeit vom Fleischgenuß predigte, so zuckte man die Achseln, betrachtete ihn als eine Art Sektierer und war tiefinnerlich überzeugt, daß man ohne Fleisch bald ein saft- und kraftloser Schwächling werden würde. Der Krieg beginnt nun aber auf eine ungeahnte Weise für den Vegetarianismus Propaganda zu machen. Der Oberbürgermeister von Budapest hat gesagt, daß sich immer weitere Kreise in der ungarischen Hauptstadt des Fleischgenusses enthalten und dabei sehr wohl fühlen. Diese Worte gelten auch für Wien. Ich rede nicht von den großen Massen der Bevölkerung, denen Fleisch immer ein Luxus war, aber auch in den Kreisen der halbwegs begüterten Wiener beginnt man sich von Woche zu Woche mehr mit dem Vegetarianismus zu befreunden. Jawohl — befreunden! Denn ich höre immer und immer wieder, daß die Leute, die aus Erbitterung über die Preistreibereien oder weil sie eben keine Lust haben, am Familientisch für zehn Kronen Fleisch zu verzehren, sich bei einer nur aus Gemüse, Früchten, Mehlspeisen usw. bestehenden Kost behaglicher, frischer, durchaus wohler als früher fühlen. Ein vielbeschäftigter Wiener Arzt sagte mir, daß die fleischlose Nahrung sich in hygienischer Beziehung glänzend bewähre. Es gäbe jetzt in Wien weniger Verdauungsstörungen, weniger Magenkatarrhe, ja sogar weniger Kopfschmerzen als sonst. Und jene Zehntausende von Menschen über vierzig, die in milder oder heftiger Form an Gicht leiden, empfinden das mehr oder weniger aufgezwungene Vegetarianertum geradezu als Wohltat, weil sie nun eben gar keine Schwierigkeiten mehr haben, sich des Genusses von „schwarzem" Fleisch, scharfen Saucen, Fleischsuppen zu enthalten. Eine junge Hausfrau aber stellte fest: „Wir sind sechs Personen bei Tisch. Wenn ich die Hälfte dessen, was uns das Fleisch kosten würde, auf Gemüsegerichte verwende, so haben wir das beste, abwechslungsreichste und wohlschmeckendste Diner, das man nur wünschen kann." Nun gilt das alles leider nur für die Familie. Sie wurde und wird zum Vegetarier, gedeiht dabei und wird wohl, sehr zum Aerger jener Leute, die die Fleischpreise auf unerschwingliche Höhen treiben möchten, es auch bleiben. Der Junggeselle aber ist schlimm daran. Er muß im Gasthaus unentwegt Fleisch essen, auch wenn sein Magen gar nicht danach verlangt und seine Brieftasche die Schwindsucht bekommt. Denn im Restaurant vegetarisch zu essen und dabei satt zu werden, ist nahezu unmöglich. Oder aber man würde noch mehr Geld ausgeben, als wenn man den teuersten Braten verzehrt, da die Gemüsepreise im Restaurant gewöhnlich unverhältnismäßig hoch, die Portionen scherzhaft klein sind. Warum kommt kein betriebsamer Wirt jetzt auf die Idee, ein großes elegantes vegetarianisches Speisehaus zu errichten? Er würde starken Zulauf haben und sicher glänzende Geschäfte machen, auch wenn er für 50 Heller nicht drei oder vier Kartoffel, sondern eine ganze Schüssel voll geben wollte. Vielleicht greift jemand diese Anregung auf. Jedenfalls aber hat die Pflanzenkost auf der ganzen Linie gesiegt, und Vorurteile, die durch Jahrzehnte in uns feste Wurzel geschlagen hatten, wurden in dieser Zeit des großen Umlernens zerstreut und ausgerottet.

Fremdenblatt
5./IX. 1915

Etwas für die Hausfrau.

(Konservieren von Kürbis als Gemüse. — Zwetschken- und Preiselbeer-Rezepte. — Beantwortung der an uns gestellten Fragen.)

Die Teuerung nimmt leider von Woche zu Woche zu und man ist dagegen ohnmächtig. Das Fleisch ist unerschwinglich und der Wildbretersatz blieb bisher aus. Außer kleinen mageren Rebhühnern zu 1,60 Kronen, die zu haben sind, sieht man wenig Wild, und wenn es zu sehen ist, ist es eben ein Schaugericht, denn ein Rehschlögel ist erst von 10 Kronen aufwärts zu haben. Karpfen sind an fleischlosen Tagen selten da und kosten 4 Kronen! Man kann deshalb heuer nicht oft genug sagen, konservieret alles Gemüse sowie Obst in reichen Mengen! Kürbisse kosten jetzt ein großes Stück 60 bis 70 Heller; es ist deshalb ratsam, Kürbisse als Gemüse einzulegen, damit der Gemüsevorrat recht reichlich wird. Wir verdanken Frau Gisela Czako folgendes Rezept:

Kürbisseinbewahrung.

Die Kürbisse werden geschnitten und blanchiert. Nachdem man Essig mit etwas Lorbeerblatt und Pfeffer gekocht hat, läßt man sie erkalten, übergießt die geschnittenen Kürbisse damit, füllt die Gläser voll und läßt sie, nachdem sie verbunden worden, 10 bis 15 Minuten lang kochen.

Jetzt kommt auch die Zeit der Preiselbeeren und Zwetschken. Da man heuer mit der Butter sparen muß, wird es sich empfehlen, viel Marmeladen zu bereiten, damit trotzdem das 10 Uhr-Brot der Kinder nahrhaft bleibt. Zwetschken kosten allerdings noch 50 bis 60 Heller. — Rezepte von Marianne Stern:

Zwetschkenmarmelade. Die Zwetschken werden einen Augenblick in kochendes Wasser, in welches man eine Spur Essig gegeben hat, gelegt, dann geschält, wieder einmal in Wasser aufkochen gelassen, dann passiert. Man nimmt zu 1 Kilogramm passierten Zwetschken 1/4 Kilogramm passierte Aepfel, 3 Eßlöffel Rum und bei Vorhandensein etwas passierte Himbeeren und 60 Dekagramm Zucker, etwas Zitronenschale, ein Stückchen Zimmt und 2 bis 3 Nelken, 2 bis 3 Gewürzkörner. Sehr vorteilhaft ist es, wenn man alle diese Gewürzkörner einschließlich der Zitronenschale in ein Stückchen Leinwand einwickelt, dieses nur eine Stunde mitkochen läßt. Diese Marmelade wird zu Marmeladendicke eingekocht und in Gläser gefüllt.

Zwetschken auf verschiedene Art.

Zwetschkenröster. Die Zwetschken werden gewischt, entkernt, mit etwas Wasser übergossen und in irdenem Geschirr ein paar Stunden gekocht. Dann setzt man 1 Kilogramm Frucht 30 Dekagramm Zucker, 2 Löffel guten Rum, etwas Gewürznelken, etwas Zimmt dazu, und kocht dies miteinander recht gut ein, füllt es in Gläser und verbindet sie luftdicht. Während des Kochens gießt man zu je 5 Kilogramm Frucht ein Päckchen Dr. Oetkers Einmachpulver.

Essigzwetschken. Auf 5 Kilogramm Zwetschken rechnet man 1 1/2 Kilogramm Zucker und 3/4 Liter nicht zu scharfen Essig. Die Pflaumen wäscht man, läßt sie am Sieb abtropfen, wischt sie und gibt sie in den Zucker, der mit Essig aufkochen muß. Man legt immer einen Teil der Zwetschken in diesen kochenden Zucker, in welchem auch ein Stück Zimmt und einige Nelken, in einem Tuch eingebunden, sich befinden, läßt sie einmal aufwallen und füllt dann die Zwetschken in Gläser. Den Zucker läßt man mit Essig spinnen und gießt ihn erkaltet in die Gläser; diese verbindet man luftdicht und kocht sie 20 Minuten im Dunst.

Gedörrte Zwetschken. Die Zwetschken werden einmal mit Zuckerwasser aufgekocht, auf ein Sieb gelegt und abtropfen gelassen, kommen dann in die vollständig ausgekühlte Röhre, worin sie, auf Hürden liegend, zu trocknen beginnen. Wenn es möglich ist, stellt man dann diese Hürden in die Sonne und läßt sie dort. Es geht aber auch auf dem Herd, wenn man keinen Platz zur Verfügung hat.

Eingemachte, gedörrte Zwetschken auf andere Art. Die Zwetschken werden ein bis zwei Tage in gewässerten Weißwein gelegt, dann werden sie auf ein Sieb gegeben und vollständig ablaufen gelassen. In ein großes Gurkenglas kommen diese Zwetschken mit etwas gebrochenem Zimmt und ein paar Gewürznelken. Lagenweise legt man halb soviel Zucker als Frucht darauf. Dann begießt man die Frucht mit Rum — zu 5 Kilogramm Frucht 1/4 Liter besten Rum. Das Glas wird mit Pergament verbunden, an die Sonne gestellt und bleibt 2 bis 5 Tage stehen. Dieses Obst hält sich sehr gut und schmeckt vorzüglich.

Powidl. Das Obst wird gewaschen, gewischt, entkernt, in eine irdene Kasserolle gegeben, mit Zusatz eines Stückchens Zimmt, 2 bis 3 Gewürznelken 2 bis 3 Stunden unter jeweiligem Umrühren kochen lassen. Dann gibt man zu einem Kilogramm roh gewogener Frucht 20 Dekagramm in Wasser getauchten Stückzucker und kocht den Powidl, bis er eine vollständig dicke Masse bildet. Powidl braucht nicht auf einmal gekocht zu werden, man kann ihn immer wieder kochen, wenn man Feuer hat.

Preiselbeeren mit Zucker.

Auf ein Kilogramm gewaschene Beeren rechnet man 1/4 Kilogramm Zucker, 1/8 Liter Rotwein. Dies alles zusammen gibt man in ein irdenes Geschirr, stellt es in die Röhre und läßt es so lange in der Röhre, bis die Frucht dick eingekocht ist. Dann füllt man sie in Steintöpfe und bewahrt sie an einem kühlen Ort auf. Das Kochen muß nicht in einem Tag geschehen; die Beeren können an verschiedenen Tagen gargekocht werden.

Preiselbeeren auf andere Art. Die Beeren werden gut gewaschen und vorsichtig ausgeklaubt, zu einem Kilogramm Frucht gibt man 20 Dekagramm Zucker und etwas Wasser und läßt sie unter jeweiligem Rühren zu Marmeladedicke einkochen, füllt sie in Stein- oder Glasflaschen und bewahrt sie an kühlen Orten auf.

Reichspost
5./IX. 1915

Die Märkte in dieser Woche. Die dieswöchigen Rindermärkte waren besser beschickt; es waren um 310 Stücke mehr aufgetrieben, doch hielten sich die Käufer sehr reserviert und es wurde bei schleppendem Geschäftsverkehr zu fest behaupteten Vorwochenpreisen abverkauft. Zu bemerken waren 366 Stück Auslandtiere von vorzüglicher Qualität. Der Stiermarkt war schwächer beschickt und es erhöhten sich die Preise um 4 bis 6 Kronen, doch da der Bedarf ein geringer war und die Nachfrage verflaute, wurde im späteren Geschäftsverkehre zu Vorwochenpreisen gehandelt. Für Konservenfabriken wurden 1300 bis 1500 Stück Rinder angekauft und bei einem Auftriebe von 4799 Stück blieben 360 unverkauft. Der Borstenviehmarkt war in Fleischschweinen dieser Woche um 584 Stück besser beschickt, dagegen ist ein Ausfall von 821 Fettschweinen zu verzeichnen; dies benützten einige Händler, um die Preise zu erhöhen. Da sich die Käufer weigerten, die hohen Preise zu bezahlen, kam es zu erregten Szenen, bis sich die Marktorgane der Sache annahmen und auf die Verkäufer einwirkten, die Preise zu ermäßigen. Als dies nach kurzer Zeit gelang, wurde der Verkehr sehr lebhaft, doch mußten bei besseren Sorten von Fettschweinen 12 Heller und bei allen übrigen Sorten 10 Heller per 1 Kilogramm mehr bezahlt werden. Nur Fleischschweine blieben fest vorwöchentlich. Es waren im ganzen 8254 Stück aufgetrieben und 170 Stück blieben unverkauft. Auf dem Jung- und Stechviehmarkte waren die Zufuhren bedeutend größer als in der Vorwoche. In Anbetracht des kommenden Feiertages und bei einer größeren Anzahl Käufer aus Budapest war der Geschäftsverkehr ein sehr lebhafter, doch nur in einzelnen Fällen wurden 6 bis 8 Heller per 1 Kilogramm höhere Preise bezahlt. In Weidner Fettschweine trat eine Preiserhöhung von 20 Hellern in Fleischschweinen eine solche von 10 Hellern per 1 Kilogramm ein. Auf den besser beschickten Schafmärkten ist der Geschäftsverkehr nicht nennenswert. Die Nachfrage nach Innereien ist an fleischlosen Tagen besonders lebhaft. Doch sind die Preise noch unverändert. Kalbsbeuschel kostet Kronen 4.—, Leber Kronen 4.80, Kalbsgekröse Krone 1.60 per 1 Kilogramm, Hirn das Stück Kronen 2.—, Schweinsbeuschel Kronen 3.80, Leber Kronen 4.—, Nieren Kronen 4.— bis 4.40 per 1 Kilogramm und Hirn 60 Heller per 1 Stück. In der Großmarkthalle waren die Zufuhren etwas kleiner und es wurden Rindfleisch um 10 Heller, Kalbfleisch um 12 bis 16 Heller, Schweinefleisch bis 30 Heller per 1 Kilogramm teurer, desgleichen zogen Speck und Filz um 10 bis 20 Heller per 1 Kilogramm im Preise an. Nur Auslandsschaffleisch wurde nm 10 bis 20 Heller per 1 Kilogramm billiger. Geflügel zeigte nur bei Gänsen einen Preisrückgang von 10 Hellern, alles andere Geflügel blieb vorwöchentlich. Fische wduren diese Woche um 1504 Kilogramm weniger zugeführt, bei Süßwasserfischen war eine Minderzufuhr von 197 Kilogramm, in Meerfischen eine solche von 3307 Kilogramm zu verzeichnen, doch blieben die Preise trotz lebhafter Nachfrage unverändert. Butter wurde nur in dänischen Sorten um 20 Heller billiger gehandelt, während Eier sich etwas verteuerten. Man zählt nur 13 bis 16 Stück von frischer Ware und von Kalk zirka 18 Stück um Kronen 2.—. In Gemüsen waren die Märkte reichlich beschickt. Kartoffeln waren bei einzelnen Händlern schon um 15 bis 21 Heller, Kraut von 19 bis 22 Heller, Paradeiser von 20 bis 34 Heller, Fisolen von 28 bis 36 Heller per 1 Kilogramm. In Schwämmen (Pilzen) ließen die Zufuhren bedeutend nach, und Halimaschschwämme sind auch noch teuer. dem 54 bis 78 Heller für 1 Kilogramm ist doch zu viel. In Obst sind die Zufuhren mehr wie reichlich und doch kosten Zwetschken noch immer 60 bis 68 Heller per 1 Kilogramm, auch Weintrauben sind noch immer zu 104 bis 200 Heller per 1 Kilogramm. Birnen und Aepfeln gibt es doch schon von 18 bis 124 Heller die besten Sorten.

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Das schlechte Wetter hat den heutigen Wiener Marktverkehr eigentlich mehr im Besuch beeinflußt denn in der Beschickung. Zu Marktbeginn, um 4 Uhr früh, waren zwar auf dem Zentralgemüsemarkt höchstens ein Zehntel der Waren des sonstigen Tagesbedarfes angeliefert, doch in den späteren Früh- und Vormittagsstunden langte so viel an Grünwaren, Kartoffeln und Obst ein, daß der Tagesbedarf zureichend gedeckt war. Sehr zur Enttäuschung der Eigner und unter stellenweise sehr lauten Protesten der Produzenten und Händler, ließ das Marktamt trotz der gespannten Marktsituation keinerlei Preiserhöhung zu. Im Gegenteil, für Zwiebel, die sehr stark angeliefert wurden, verfügte die Marktbehörde eine Preisherabsetzung von 2 Kronen pro Meterzentner. Im Verlauf des Großmarktes langten slowakische Gurken in derart beträchtlichen Mengen ein, daß der Preis von 18 Heller auf 10 Heller pro Kilogramm herabgedrückt wurde. Neben der holländischen Zwiebel, die bereits in ziemlich beträchtlichen Quantitäten Eingang auf den Wiener Lebensmittelmarkt gefunden hat, welcher Umstand zum Vorteil der Konsumenten preisregulierend auf die heimische und slowakische Ware einwirkte, treten jetzt verschüchterte Versuche auf, auch holländisches Kraut hereinzubringen. In Anbetracht dessen aber, daß die slowakische Krautsperre noch nicht fühlbar geworden ist, und auch die Krautvorräte der niederösterreichischen Gärtner und Produzenten noch in ziemlicher Höhe anhalten, ist es fraglich, ob das holländische Kraut, was den Preis anlangt, mit dem inländischer Provenienz wird konkurrieren können.

Heute hat sich so recht der Wert der Marktamtsinstitution sowie die Marktorganisation und die amtliche Preisermittlung bewiesen. Würde das Marktleben ohne den behördlichen Preisdruck unbeeinflußt vor sich gegangen sein, so hätte der Wiener Konsum heute Grünwaren- und Obstpreise erlebt, die schwerlich ruhig hingenommen worden wären. So aber sorgte die Marktbehörde dafür, daß der Markt eine normale Entwicklung annahm und die Vortagspreise nicht überschritten wurden.

Weißkraut stellt sich pro Kilogramm auf 21 bis 22 Heller, wird aber von den Slowaken stellenweise auch um 16 bis 18 Heller abgegeben. Zwiebel stellt sich nach der eingetretenen Verbilligung, und zwar pro Kilogramm: Gärtner- und slowakische Zwiebel 42 bis 44 Heller, hier und da aber auch 45 Heller, Makoer Zwiebel, bezüglich deren die Spekulation versucht hatte, ähnlich wie beim Knoblauch die Preise ins Ungebührliche hinaufzutreiben, auf 50 bis 54 Heller — ältere Bestände sind noch mit 56 Heller pro Kilogramm angeschrieben — und holländische Zwiebel 42 bis 48 Heller pro Kilogramm. Ein Makoer „Zwiebelring" scheint also nicht gelungen zu sein, dafür aber ist der Makoer „Knoblauchring" sehr stark an der Arbeit, die Knoblauchpreise, die seit ungefähr zwei Wochen auf K. 2.48 pro Kilogramm hinaufgeschnellt sind, weiter hinaufzutreiben. Die slowakischen und heimischen Knoblauchproduzenten halten nach wie vor mit der Ware zurück. Vielleicht hilft bei den heimischen Produzenten das Beschlagnahmerecht.

Die Kartoffelpreise halten sich in der vorwöchigen Höhe. In der Großmarkthalle sind bei der Oesterreichischen Verkaufsgesellschaft rote Sorten noch immer um 14 Heller pro Kilo erhältlich. Gelbe Sorten erreichen auf den Märkten den Höchstpreis von 23 und weiße den von 22 Heller pro Kilogramm, während Kipfler schon von 24 bis 30 Heller erhältlich sind. Grüne Bohnen notieren mit 33 bis 35, stellenweise 36, Spargelbohnen mit 37 bis 39, ab und zu 40 Heller pro Kilogramm. Heute gab es auch sehr schönen, vorzüglichen Spinat mit 44 bis 48 Heller pro Kilogramm. Ungarische Gurken notieren mit 20 bis 24, niederösterreichische mit 24 bis 26, Gärtnergurken bis 28 Heller, sind aber bei den Slowaken, wie angeführt, weit billiger zu erstehen. Paradeiser haben heute leicht angezogen. Es stellten sich ungarische im Durchschnitt auf 26 bis 34 Heller, Gärtnerparadeiser auf 32 bis 38 und niederösterreichische und slowakische Ware auf 30 bis 36 Heller, schöne Paradeiser auf 38 Heller pro Kilogramm. Auf dem Transport beschädigte Ware fand zu billigeren Preisen Absatz. Bezüglich der übrigen Grünwaren herrscht eine unveränderte Markt- und Preislage.

In Schwämmen war die heutige Marktbeschickung eine gute. Herrenpilze waren von K. 2.— bis 2.96, Rötlinge (Eierschwämme) von 60 bis 88 und Hallimaschsorten von 40 bis 60 Heller pro Kilogramm erhältlich. In diesen beliebten Waldgewächsen kommt erst die Hauptsaison. Die feuchte Zeit dürfte, sollte die Temperatur zunehmen, dem Wachstum der Schwämme sehr förderlich sein. Die haltbaren Herbstpilze werden für die nächste Zeit auf dem Markt erwartet. In Eierschwämmen ist noch bis Ende September eine Zufuhr zu erwarten, während die Hallimaschschwämme bis in den November hinein zugeliefert werden können. In Eiern ist die Marktlage unverändert. Bezüglich der Butterpreise ist abermals eine leichte Entspannung zu erwarten. Die dänische Salzbutter (Preis K. 4.92 pro Kilogramm) bürgert sich langsam ein.

Auf dem Obstmarkt sind die Preise unverändert geblieben. In Birnen, Aepfeln und Zwetschken, sowie Weintrauben war die heutige Zufuhr normal, in Preiselbeeren und Brombeeren, sowie schwarzem Holler steigend. Preiselbeeren kosten pro Kilogramm durchschnittlich K. 1.20, pro Liter 70 bis 80 Heller; Brombeeren pro Liter durchschnittlich 56 bis 60 Heller und der gerebelte schwarze Holler 32 bis 36 Heller pro Kilogramm. In der beliebten Würzefrucht Majoran herrscht seit einiger Zeit Knappheit. Der Preis ist bei den Produzenten auf K. 4.60 pro Kilogramm angestiegen. Da in der letzten Zeit in Oesterreich hauptsächlich französischer Majoran konsumiert wurde, hat die heimische Produktion mit dem Anbau dieser Würzefrucht ausgesetzt. Heimischer Majoran, der viel aromatischer als der französische ist, wird nur spärlich in Ungarn und Mähren angebaut.

Die heutigen Fleischzufuhren in der Großmarkthalle beliefen sich auf acht Waggons mit 49·9 Tonnen, darunter fünf Waggons mit 36 Tonnen Auslandsfleisch. Im Groß- und Kleinhandel wickelte sich bei ziemlich unveränderten Preisen ein mäßiger Verkehr ab. Die Fettstoffe ziehen weiter an. Schweineschmalz hat bereits den Preis von K. 5.20 pro Kilogramm erreicht. Für den morgigen Tag gelten folgende Innereipreise, und zwar pro Kilogramm: Kalbsinnereien: Beuschel K. 4.—, Leber K. 4.80, Hirn pro Stück K. 2.—, Kalbsgekröse pro Kilogramm K. 1.60. Schweinsinnereien: Beuschel K. 3.80, Leber K. 4.—, Nieren K. 4.— bis 4.40 und Hirn pro Stück 60 Heller. Die Preise für Rindsinnereien dürften gegen die Vorwoche gleich bleiben, doch erfolgt deren definitive Festsetzung erst heute abends.

Der heutige Schlachtviehmarkt.

Größere Preissteigerungen.

Der Auftrieb auf dem heutigen Schlachtviehmarkt belief sich auf 2291 Stück Mast- und 773 Stück Beinlvieh, zusammen 3064 Stück, war also um zirka 100 Stück schwächer als in der Vorwoche. Die direkten Bezüge der Fleischhauer waren 926 Stück, also um 184 Stück weniger als vorige Woche. Der Markt verkehrte in fester Haltung. Primaqualitäten waren um 4 bis 6 Kronen, die besten Mittelqualitäten um 6 bis 8 Kronen teurer als in der Vorwoche. Da in den übrigen Qualitäten für den Bedarf der Konservenfabriken zirka 500 Stück angekauft wurden, sind auch diese um 5 bis 8 Kronen in die Höhe gegangen. In den schwächer als in der Vorwoche aufgetriebenen Kühen sind die Preise sowohl in Fleischhauerkühen als auch in Konservenkühen um 6 bis 8 Kronen gestiegen. Auf dem ebenfalls schwächer als in der Vorwoche beschickten Stiermarkt sind die Preise bei sehr fester Tendenz und lebhafter Nachfrage um 10 bis 15 Kronen gestiegen. Auch Beinlvieh hat infolge des verminderten Angebots 8 bis 10 Kronen angezogen.

Reichspost
6. IX. 1915

* **Vertreter der Konsumenteninteressen beim Minister des Innern.** Gestern erschien das Präsidium der Kriegskommission für Konsumenteninteressen (Obmann Regierungsrat Fritz, Gräfin Walterskirchen für die Kath. Frauenorganisation, Frau Granitsch für die Reichsorganisation der Hausfrauen und Schriftführer Professor Kobatsch) beim Minister des Innern Baron Heinold, um eine Reihe von wichtigen ernährungspolitischen Fragen zur Sprache zu bringen. Zunächst wurde die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne erörtert, zu welcher Beratung auch der Obmann der Sektion Wien des Bundes österr. Industrieller, Kommerzienrat R. Koffmahn, erschienen war, um den Standpunkt der Wiener Industrie zu vertreten. Die geplanten Frachterhöhungen würden per Meterzentner 40 bis 50 Heller ausmachen und sind zum großen Teile auf die außerordentlich gestiegenen Futtermittelpreise und Zufuhrlöhne zurückzuführen. Es wurde gefordert, daß die seitens der Futtermittelzentrale zu beschlagnahmenden Futtermittel, beziehungsweise Ersatz- und Kraftfuttermittel nicht teurer als zu den Höchstpreisen verkauft werden, während gegenwärtig diese Höchstpreise seitens der Futtermittellieferanten um das Zwei- und Dreifache überschritten werden (z. B. für Hafer statt 26 Kr. 70, 80 Kr. und mehr, für Kleie statt 17 Kr. 45 und 50 Kr.) Der Minister anerkannte die dringende Notwendigkeit einer Regelung des Futtermittelbezuges, verwies allerdings auf die schwache Ernte wichtiger Futtermittel; doch stehe zu erwarten, daß binnen kurzem die amtliche Zuweisen durch die Zentrale zu den Höchstpreisen erfolgen werde. Ferner wurde die Schaffung von Preisermittlungs- und Ueberwachungskommissionen, welche schon vor zwei Jahren in der handelspolitischen Kommission beschlossen und seither in Deutschland durchgeführt wurden, gewünscht. Der Minister erklärte die Durchführung dieser Maßnahmen für sehr ersprießlich. Ferner wurde über die Konsumentenberatungsstellen der Kommission berichtet, welche einerseits gegen ungerechtfertigte und mutwillige Anzeigen wegen Preistreiberei wirken, andererseits aber bei berechtigten Klagen über zu hohe Preise die volle Anwendung der kaiserlichen Verordnung gegen Preistreiberei verbürgen sollen. Auch über die Tätigkeit dieser im öffentlichen Wohle wirkenden Beratungsstellen äußerte sich der Minister in günstigem Sinne. Zur besseren Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Brot wurde vorgeschlagen, daß für Surrogatmehle, welche jetzt außerhalb der Brotkarte verkauft werden sollen, ferner

---

für Gries, Graupen u. ä. auch entsprechende mäßige Höchstpreise festgesetzt werden und daß die Freimachung dieser Produkte nicht früher erfolge, als diese Höchstpreise festgesetzt werden, um eine ungerechtfertigte Preissteigerung zu verhindern. Auch diese Anregungen nahm der Minister mit größtem Interesse entgegen und versprach sie einer genauen Prüfung zu unterziehen. Schließlich wurden bestimmte Forderungen erörtert, welche sich auf die bessere Versorgung mit Wildbret und Fischen beziehen. Neben anderen Maßnahmen wurde von der Kommission gewünscht, daß das so lange in den Lagerhäusern zurückgehaltene gekühlte Wildbret, das nunmehr zu den höchsten Preisen losgeschlagen werden soll, zu niedrigeren Preisen unter Deklarationszwang verkauft werde.

Arbeiterzeitung
6/IX. 1915

Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung.

Schon mit dem Beginn des europäischen Krieges hatte in ganz Italien eine empfindliche Lebensmittelteuerung eingesetzt, bei der seelische Elemente, nämlich Furcht und Spekulation, eine nicht unbeträchtliche Rolle spielten. Einige Regierungsmaßnahmen, so vor allem der Aufkauf von Weizen durch Staat und Gemeinde, um die Preise niederzuhalten, besserten die Lage etwas. Der Eintritt Italiens in den Krieg machte sich nicht sofort fühlbar; nach einigen Wochen machte sich aber eine beängstigende Fleischteuerung geltend, die sich aus dem Mehrkonsum der Truppen erklären läßt. Im Detail kostet heute in Rom Rindfleisch mit Knochen 2·70 Lire das Kilogramm, ohne Knochen 4·50 und darüber. En gros hat man bei Rindvieh Lebendgewichtpreise von 130 bis 170 Lire für den Doppelzentner. Die durch die Fleischteuerung bedingte erhöhte Nachfrage nach Eiern bringt es mit sich, daß auch diese trotz des Ausfuhrverbots nicht billig werden, sondern in der Stadt 10 bis 12 Centesimi das Stück kosten. Auch die Gemüse, die in der italienischen Volksernährung eine so große Rolle spielen, sind in diesem Jahre durch die Ungunst der Witterung — sehr feuchten Frühling und sehr trockenen Sommer — spärlich produziert worden; das gleiche gilt von den meisten Obstsorten, mit Ausnahme der Aepfel. Die Weinernte verspricht so wenig, daß schon einige besonders durstige Kehlen im römischen „Messaggero" den Vorschlag gemacht haben, den Verkauf von zur Weinbereitung geeigneten Trauben zum Rohkonsum zu verbieten, ein Vorschlag, der natürlich bei keinem vernünftigen Menschen Anklang findet. Zu günstigen Voraussichten berechtigt in einigen Gegenden die Olivenernte, weshalb sich das Tafelöl auf 2 Lire das Kilogramm hält, während die gewöhnlichen Oele, die aus dem Ausland kommen, im Preise steigen und ein wichtiges Produkt des Tagesverbrauches, die Seife, nach sich ziehen. Seit dem Dekret über das Kriegsbrot hatten die Brotpreise eine Verminderung erfahren, so daß man in Rom für ein Kilogramm reines Weizenbrot etwa 55 Centesimi bezahlt, wobei das von der Stadtverwaltung gelieferte Mehl die Preise tief hielt. Jetzt macht sich aber die Tendenz zur Steigerung sehr stark fühlbar, auch in den Teigwaren, die von 65 und 70 Centesimi (im Frühjahr) auf 80 und 90 Centesimi zu steigen drohen. Die Weizenernte hat nicht gehalten, was sie im Frühjahr versprach: damals glaubte man, auf ein außerordentlich gutes Jahr rechnen zu dürfen, während der Ertrag nur um etwa eine Million Meterzentner den Durchschnitt des letzten Jahrfünfts übertrifft. Bedenkt man aber, daß die Regierung Bestände von schätzungsweise zehn Millionen Meterzentner aus Amerika bezogen hat, so scheint die heutige Preissteigerung nicht berechtigt. Am 14. August schwankten die Weizenpreise auf den verschiedenen italienischen Märkten einem Mailänder Handelsblatt zufolge zwischen 37 und 43 Lire, während sie auf den französischen Märkten 30 bis 32 Lire betrugen! Wie der Abgeordnete Colaianni berichtet, bezahlt man heute in Sizilien bis zu 50 Lire für den Doppelzentner, trotz ausreichender Lokalproduktion, die die Latifundisten teils aufstapeln, teils nach Norditalien verfrachten. Hier ist also zweifellos Spekulation am Werke. Ein am 26. August veröffentlichtes Dekret des Statthalters richtet sich aber noch nicht gegen diese, sondern lediglich gegen die immer offener zu Tage tretenden Uebertretungen des Dekrets über das Kriegsbrot. Sogar in Rom, wo man dieses Dekret am strengsten gehandhabt hat, konnte jeder nach Belieben weißes Brot kaufen, wann und wo er wollte. Jetzt werden Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis und bis zu 2000 Lire Buße für Uebertretungen angedroht. Weiter wird den Mühlen verboten, Mehl zu verkaufen, das nicht mindestens bis zu 80 Prozent ausgemahlen ist. Jeder Sack muß versiegelt sein und den Namen der Mühle tragen und den Prozentsatz der ausgeschiedenen Kleie. Einer Preissteigerung werden diese Bestimmungen nur dann entgegenwirken, wenn nunmehr eine genaue Feststellung des Bestandes ergibt, daß der Bedarf bis zur nächsten Ernte gedeckt ist; im anderen Falle dürften sie der Spekulation nur zur Verstärkung der zur Panik neigenden Stimmung des Marktes dienen. Bei den heutigen Preissteigerungen ist übrigens der tatsächlich vorhandene Stock zumeist nicht ausschlaggebend. Vielfach sucht sich der Detailhandel für die allgemeine Unsicherheit der Lage, für den erschwerten Kredit und den verminderten Umsatz durch Preisaufschläge schadlos zu halten. Dieses Verfahren trifft gerade die „kleinen Leute", die für wenige Soldi einkaufen, am schwersten. Hier kann eine energische Haltung der Presse und der öffentlichen Meinung tatsächlich einen Gegendruck ausüben, wie sie dies erfolgreich gegenüber dem Versuch des Zuckerkapitals getan haben, die Kriegspreise auch auf ihr vom Kriege gar nicht berührtes Produkt auszudehnen. Wo aber wirklich das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt, wird man radikaler vorgehen müssen; so ist bei der Fleischteuerung eine Aenderung der Ernährung der Zuhausebleibenden der einzige Ausweg. Sehr drückend wird auch der Preisaufschlag der Medizinalien empfunden, die bisher aus Deutschland bezogen wurden; die jetzt aus England angebotenen Produkte kosten das Doppelte, ja selbst das Zehn- und Zwanzigfache des vorigen Preises. Auf diesem Gebiet werden Versuche gemacht, die Landesproduktion zu erhöhen und zu schaffen, wo sie bisher ganz fehlte.

Gegen die Mißbräuche im Submissionswesen.

Bei den gewaltigen Lieferungen, die die Heeresverwaltung in diesen Zeiten zu vergeben hat, scheint es nicht ohne fühlbare Mißstände abzugehen. Jedenfalls gibt das Ministerium bekannt, daß von nun an die Namen der Firmen, die wegen Unwürdigkeit von ferneren öffentlichen Wettbewerben ausgeschlossen werden, in den Tagesblättern und nicht mehr wie bisher nur in der Wochenschrift des Ministeriums für öffentliche Arbeiten veröffentlicht werden sollen. Außerdem sind in der Presse wiederholt Klagen über schlechte Bezahlung der an Heimarbeiter ausgegebenen Stückarbeit und über Ausbeutung durch Zwischenmeister laut geworden. Begreiflicherweise strebt die Regierung danach, durch das Ausgeben von Lieferungen die Unzufriedenheit zu mindern, anstatt sie zu erhöhen. In diesem Sinne bestimmt nun ein Dekret des Statthalters die Einsetzung von Kommissionen, die direkt vom Kriegsministerium Rohmaterial und Modelle empfangen sollen, um die Arbeit direkt an die Arbeiter auszugeben, unter Bevorzugung derer, die durch den Krieg arbeitslos geworden sind. Man muß abwarten, wie diese Kommissionen in der Praxis vorgehen werden. Mit einem Federzug läßt sich das Zwischenmeisterwesen in der Bekleidungsindustrie nun einmal nicht beseitigen. Am 25. August hat in Modena eine Zusammenkunft verschiedener Arbeiterorganisationen stattgefunden, die sich mit der Frage der Beseitigung der Mißstände im Lieferungswesen beschäftigt hat und beschloß, vom Kriegsministerium die Bewilligung großer Lieferungen an Arbeitskooperativen zu forderu, den Landesverband der Genossenschaften um sofortige Bildung eines Konsortiums von Arbeitsgenossenschaften sowie um die Gründung neuer Genossenschaften anzugehen und von der Regierung für die an Private vergebene Arbeit Maßnahmen gegen das Zwischenmeisterwesen zu verlangen. In diesen Tagen wird die Genossenschaft der Militärschneider und Schneiderinnen, die schon seit Jahren schwere gewerkschaftliche Kämpfe siegreich durchgeführt hat, ihre erste Betriebswerkstätte eröffnen, in der umschichtig arbeitslose Frauen zu tarifmäßigen Stundenlohn Beschäftigung finden werden. Die Werkstätte hat auch eine Abteilung für die technische Fortbildung der Arbeiterinnen.

Vossische Zeitung
7. IX. 1915

Der Nahrungsmittelvorrat der Stadt Potsdam umfaßt gegenwärtig die mannigfachsten Lebensmittel, die zu geeigneter Zeit an die Bevölkerung zum Einkaufspreise abgegeben werden. Mit Reis ist die Stadt vorläufig am meisten versehen, davon besitzt sie 1800 Zentner erster Qualität. Er wird zu 45 Pfg. pro Pfund abgegeben. Prima Viktoria-Erbsen stehen 100 Zentner zur Verfügung, Bohnen 200 Zentner, Graupen sind bis auf einen geringen Rest verkauft. Von den Fleischkonserven sind noch 22 000 Büchsen Rindsgulasch, 20 000 Büchsen Rindfleisch in Brühe, 230 Büchsen Schweinefleisch, 32 Zentner Schinken in Dosen und 50 Zentner Speck vorhanden. Die Stadt wird ihren Speckvorrat um weitere 200 Zentner vergrößern, außerdem hat sie sich mit 200 Zentner besten Schweineschmalzes versehen. Schließlich kommen noch 200 Fässer Vollheringe zum Bestande hinzu Schmalz wird für 1,85 M. pro Pfund, Erbsen und Bohnen für 40—50 Pfg. pro Pfund, und Heringe für 10 Pfg. pro Stück verkauft. Mit den Kartoffeleinkäufen kann die Stadt erst später beginnen, da sie größere Mengen billiger Speisekartoffeln beschaffen will — ca. 16 000 Zentner — die augenblicklich noch nicht greifbar sind.

Frankfurter Zeitung
7./IX.1915

Gegen den Wucher mit Lebensmitteln.

N Berlin, 6. Septbr. (Priv.-Tel., zenſ. Bln.) Die noch immer auf verſchiedenen Gebieten des Lebensmittelhandels zu Tage tretenden unberechtigten Preisſteigerungen haben die zuſtändigen Stellen veranlaßt, eine Verſchärfung der jetzt geltenden Strafbeſtimmungen ins Auge zu faſſen. In erſter Linie wird erwogen, durch Erlaß einer Bundesratsverordnung den Richter zu ermächtigen, unter beſtimmten Vorausſetzungen bei Zuwiderhandlungen gegen die getroffenen Anordnungen den Gewerbebetrieb für beſtimmte Zeit oder für die Dauer des Krieges zu unterſagen. Es wird weiter erwogen, ob nicht unter beſtimmten Vorausſetzungen bei Uebertretung der Beſtimmungen über Höchſtpreiſe und über Lebensmittelwucher neben den jetzt ſchon beſtimmten Strafen auf den Verluſt der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden ſoll. Die Erwägungen ſind noch nicht abgeſchloſſen. Sie ſind verurſacht durch die Erfahrung, daß auch die letzte Bundesratsverordnung vom 23. Juli d. Js. gegen übermäßige Preisſteigerung beim Handel mit Gegenſtänden täglichen Bedarfs, insbeſondere mit Nahrungs- und Futtermitteln noch keinen durchgreifenden Erfolg gehabt hat. Dies iſt vor allem auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die einer Feſtſtellung des Tatbeſtandes des Nahrungsmittelwuchers entgegenſtehen.

Arbeiterzeitung
7./IX. 1915

Preissteigerung der ungarischen Salami und der Käsesorten. Der Engrospreis der ungarischen Salami ab Fabrik hat die Höhe von 9·5 bis 10 Kronen per Kilo erreicht. Die Fabrikanten behaupten, teilweise ausverkauft zu sein. Auch der Preis, den die „echte" Krakauerwurst erreicht hat, 6 Kronen bis 6·50 Kronen das Kilo im großen, wird nachgerade unerschwinglich. Auch „Braunschweiger", „Dürre Wurst" kostet schon 4 Kronen bis 4·80 Kronen im Engrosverkehr. Tatsache ist, daß zur Zeit der Erzeugung der gegenwärtig verkauften Salami (November 1914 bis März 1915) die Fleischpreise so hoch waren als heute, weshalb die enorme Verteuerung gerade der Salami auffallend erscheint. Auch „Wiener Wurst" (früher „Pariser" genannt) sowie feine Extrawurst, Frankfurter und Knackwürste stellen sich im Engrosverkehr ab Selcherei für Wiederverkäufer auf 4·40 bis 4·80 Kronen per Kilo, ein Umstand, der gleichfalls auf die Salamipreise mittelbar zurückgewirkt haben könnte, ebenso wie die notorische Preiserhöhung von „Kaiserfleisch" und „Schopfbraten". Auch „Speckwurst" ist im großen um 30 bis 40 Heller per Kilo verteuert. Die Käsesorten sind bedeutend teurer geworden. Echter Emmentaler ist im Fässerverkauf, das heißt per Laib, auf 4·40 Kronen bis 4·50 Kronen per Kilo gestiegen. Noch im Jänner dieses Jahres hatte der Preis der 80 bis 90 Kilo schweren Laibe, die aus der Schweiz bezogen werden, nur 2·70 Kronen bis 3 Kronen per Kilo betragen. Echter Tiroler oder Vorarlberger Halbemmentaler kostet in Laiben im großen für Wiederverkäufer 4·10 Kronen bis 4·20 Kronen, echte Theebutter im großen 5·50 Kronen für Wiederverkäufer.

Neue Freie Presse Abendbl.
7/IX. 1915

Der heutige Kartoffel-, Gemüse- und Obstmarkt.

Wien, 7. September.

Die heutigen Zufuhren auf dem Großmarkte, auf dem Naschmarkte, waren, wenn auch geringer als an den vorangehenden Markttagen, doch zureichend. Die Verminderung der Zufuhren ist eine Folge der ungünstigen Witterung. Verschiedentlich wurden Versuche gemacht, die Preise in mehreren Artikeln, in denen sich eine besondere Verringerung der Zufuhr zeigte, in die Höhe zu treiben, doch das Marktamt ließ nicht locker und setzte gleiche Preise wie in den Vortagen durch. Runde Erdäpfel, niederösterreichische und ungarische Ware, gelb, stellten sich auf 22 bis 23 H., weiß und rot auf 21 bis 22 H., Kipfler auf 31 bis 32 H. Paradeiser waren wenig auf dem Markte, ungarische kosteten 26 bis 34 H., niederösterreichische und slowakische 30 bis 36 H., Gärtnerware 32 bis 38 H Zwiebel waren preishaltend, Gärtner und Slowaken verkauften ihre Ware um 42 bis 44 H., Makoer wurde um 50 bis 55 H., ausländischer um 42 bis 48 H. abgegeben. Knoblauch war sehr teuer. Es war faßt nur Makoer Ware auf dem Markte. Die Händler ließen sich per Kilogramm 2 K. 48 H. zahlen. Makoer Ware vom Ende Juli oder Anfang August mußte um 20 H. billiger verkauft werden. Weißkraut war sowohl aus Niederösterreich als auch von den Slowaken in ziemlich großen Quantitäten auf den Markt gebracht worden und kostete 20 bis 22 H. Spinat wurde per Kilogramm mit 44 bis 48 H. berechnet, grüner Kohl, klein mit 4 bis 7 H. per Stück, mittel 8 bis 11 H., groß 12 bis 14 H. Gurken waren etwas billiger. Ungarische stellten sich auf 20 bis 24 H., niederösterreichische auf 24 bis 26 H., Gärtnerware bis 28 H. Grüne Bohnen waren mit 33 bis 36 H., gelbe Bohnen mit 37 bis 40 H., grüne Erbsen in Schoten mit 90 H. bis 1 K. per Kilogramm notiert.

Pilze waren verhältnismäßig wenig auf dem Markte, weil die Witterung das Suchen der Pilze erschwert hat. Herrenpilze kosteten naß bei den Wieserleuten bis zu 2 K., trocken bis 3 K. 8 H., Rötlinge naß 84 H., trocken 1 K., Halimasch 52 bis 56 H., Maiskolben klein 5 H., mittel 6 H., groß 7 Heller.

Eier waren preishaltend, eher etwas billiger. Per Stück wurden sie mit 16 H. abgegeben.

Die Beschickung des Obstmarktes war auch nur zureichend. Die Preise hielten sich in der Höhe der Vorwoche. Niederösterreichische Birnen in den verschiedenen Qualitäten und Arten kosteten 34 bis 64 H. das Kilogramm, Aepfel von 20 bis 48 H., niederösterreichischer ungerebelter schwarzer Holler 26 H., ungarische Zwetschken bis 60 H. Weintrauben von 1 K. 4 H. bis 1 K. 44 H., ungarische gewöhnliche Aepfel bis 60, größere und bessere bis 72 Heller.

Die Zeit
7/11. 1915

Die Markt- und Preiskontrolle.

Seit Erlassung der jüngsten Verordnung gegen die Preistreiberei wird die Marktüberwachung durch die städtischen Organe und auch durch die Wachmannschaft sehr energisch durchgeführt. Mehrmals des Tages unternehmen die mit der Aufsicht betrauten Kommissäre Rundgänge durch die Marktplätze. Die verschiedenartigsten Verstöße gegen die Vorschriften werden hierbei entdeckt und unnachsichtlich abgestellt. In einem Falle wurde eine Obsthändlerin mit einer — Dezimalwage entdeckt. Der Kommissär gab ihr in strenger Weise die Frist bis zum nächsten Tage, sich mit einer brauchbaren Balancewage zu versehen. In einem anderen Falle fehlten auf den Obstsorten in den „Butten" die Preisangaben. Auch hier wurde eingeschritten, die Ware nach den Preisen qualifiziert und einstweilen „provisorische" Preiszettel angeheftet. In Selcherladen auf den Märkten wurden die vorgeschriebenen vollständigen Preistarife energisch reklamiert. Auf dem Tisch eines Brotstandes waren auf einem Marktplatz zahlreiche Wecken und Brotlaibe aufgestapelt. Da auch die Kontrolle des Brotbezuges vorgeschrieben ist, so fragte ein Amtsorgan die Verkäuferin, woher das Brot stamme. Sie meinte, daß täglich ein Brotwagen am Markte „vorbeifahre", von dessen Kutscher sie das Brot beziehe. Auch dieser Verkäuferin wurde bedeutet, daß sie unbedingt sich um die Herkunft des von ihr verkauften Brotes zu kümmern habe, da anderenfalls die Möglichkeit der Brotkartenkontrolle fehlen würde. Eine wichtige Tätigkeit der Marktbeamten, die sehr eifrig geübt wird, besteht auch in der Ueberprüfung der Preisansätze in den Geschäften. Hie und da zeigt sich die Tendenz, für gleichwertige Qualitäten verschiedene Preise anzuschreiben. Auch hier wird eingeschritten, um möglichst einheitliche Detailpreise sicherzustellen. Leider aber ist die Zahl dieser für die jetzige Zeit so wichtigen Beamten und Marktaufsehern viel zu gering, so daß es dem Stabe der mit Arbeit überlasteten Marktamtsorgane physisch nicht immer möglich ist, allen ins Fleisch der Konsumenten einschneidenden Uebelständen des Markt- und Geschäftsbetriebes sofort beizukommen. Die Unterstützung der Sicherheitswache in der Markt- und Preiskontrolle ist daher doppelt und dreifach anzuschlagen.

Die Zeit Abendbl.
7./IX. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Auch heute hätte das schlechte Wetter die Marktkonjunktur beeinträchtigt, wäre nicht dem Marktamt durch die kaiserliche Verordnung die Handhabe geboten gewesen, jedweden Ansatz zur Preistreiberei im Keime zu ersticken. Wie gestern langten die Zufuhren nach dem Zentralgemüsemarkt auch heute verzettelt ein, wodurch sich der Markt nur langsam entwickeln konnte. Infolgedessen überwog bei Händlern wie Produzenten nervöse Stimmung. Heute trat besonders fühlbar die mangelnde Kartoffelzufuhr in Erscheinung. Infolge des schlechten Wetters in den letzten Wochen sind viele Kartoffeln versault, so daß die Marktbehörden gezwungen sind, oft 20 bis 25 Prozent der zugeführten Ware vom Markt zu verweisen. Infolge dieses Umstandes ist an ein Sinken der Kartoffelpreise vorläufig nicht zu denken. Aber auch die übrige Gemüseproduktion hat durch das schlechte Wetter sehr gelitten; nur die heutigen Obstzufuhren waren befriedigend. Es kamen auch schon niederösterreichische Weintrauben, die bei den Landleuten um 80 Heller bis 1 Krone, bei den Händlern um 88 Heller bis K. 1.28 pro Kilo zu haben sind. Ungarische Weintrauben kosten K. 1.04 bis K. 1.44. Zwetschken, von denen die niederösterreichischen mit 32 bis 44 Heller und die ungarischen bis zu 60 Heller pro Kilo im Preise stehen, lassen fast vollständig aus; dafür langt wieder mehr Tiroler Obst und steirisches Landobst ein. Die Obstpreise weisen keine Veränderung auf.

Heute gingen die niederösterreichischen Paradeiser um 2 Heller pro Kilo im Preise zurück. Sie notierten mit 30 bis 36 Heller, während ungarische mit 26 bis 34 Heller angeschlagen sind und für Gärtnerparadeiser Preise von 32 bis 38 Heller begehrt werden. Erstklassige Ware ist in Paradeisern nur selten anzutreffen, was auf den Märkten liegt, sind der Mehrheit nach nicht ausgereifte Paradeisäpfel. Die Beschickung der Märkte mit Schwämmen hat heute fast gänzlich ausgesetzt. Die Folge davon ist eine geringe Preiserhöhung. Es kosten Herrenpilze naß von K. 1.60 bis K. 2.— pro Kilo, trocken von K. 2.60 bis K. 3.08, Rötlinge (Eierschwämme) naß 66 bis 94 Heller, trocken 78 Heller bis 1 Krone, Hallimasch 40 bis 56 Heller. Spinat notierte mit 44 bis 48 Heller pro Kilo. Kraut ist mit 20 bis 22 Heller pro Kilo unverändert. In Gurken ist heute eine annehmbare Zufuhr gewesen. Es kosten ungarische, die aber auch in einzelnen Fällen billiger zu haben sind, in der Regel 20 bis 24 Heller, niederösterreichische 24 bis 26 Heller und Gärtnergurken 28 Heller pro Kilo. In grünen und gelben Bohnen war heute fast gar nichts auf den Märkten zu sehen. Wer ein Freund von frischen Nüssen ist, konnte sich solche heute von 80 Heller pro Kilo an bis K. 1.40 erstehen. Im allgemeinen unterscheidet sich der heutige Markttag von dem gestrigen nicht, nur daß heute infolge des fleischlosen Tages auch ein Nachmittagsmarkt auf dem Naschmarkt vor sich geht.

Die heutigen Fleischzufuhren nach der Großmarkthalle betrugen 11 Waggons mit 44·4 Tonnen, darunter 5 Waggons mit 28·2 Tonnen Auslandsfleisch, größtenteils Schafe und gesalzenes Schweinefleisch. Im Großhandel sind sämtliche Fleischgattungen inländischer Provenienz um 20 Heller im Preise gestiegen. Während des Marktes, der mit unveränderten Preisen für das Auslandfleisch einsetzte, nahm ausländisches Schaffleisch um 10 Heller im Preise zu. Die Zufuhr an Innereiprodukten war eine minimale, ebenso wie auch die Nachfrage. Auf dem Wildbretmarkt waren vorhanden: Rebhühner von K. 1.20 bis K. 2.—, Fasane von K. 1.60 bis K. 4.50, Hirschfleisch von K. 2.— bis K. 4.80. Hasen fehlten heute gänzlich. An Geflügel waren erhältlich: Backhühner bis zu K. 3.—, Bratbühner von K. 3.40 bis K. 4.26, Poulards von K. 5.— bis K. 6.— pro Stück, böhmische und ungarische Gänse pro Kilo von K. 3.40 bis K. 3.90 (um 10 Heller gegen die Vorwoche billiger), Enten von K. 3.80 bis K. 4.— pro Kilo, Tauben von K. 1.— bis K. 1.20 pro Stück. Beim Geflügel war heute die Zufuhr eine mittelmäßige, die Nachfrage eine sehr lebhafte. Fische wurden ebenfalls lebhafter gehandelt, und zwar Karpfen pro Kilo K. 3.— bis K. 4.— (um 20 Heller billiger), Hechte von K. 3.— bis K. 4.—, Schille von K. 4.— bis K. 7.—, Forellen mit K. 11.— pro Kilo, und Weißfische zu billigeren Preisen. Die Preise für Seefische sind unverändert geblieben.

In Butter- und Eierpreisen brachte der heutige Marktverkehr kaum wesentliche Veränderung. Auf dem Naschmarkt verkauften Landleute Eier 16 Stück für 2 Kronen, die Händler gaben 13 bis 15 Stück für 2 Kronen, während in der Großmarkthalle ein größerer Posten galizische Eier zum Preise von 15 Stück für 2 Kronen feilgeboten wurde.

Die Zeit
7./IX. 1915

Teuerung ohne Grenzen.

Vom Kriegsschauplatz laufen jetzt Tag für Tag die herzerfreuendsten Berichte ein, und wenn die Leute auf der Straße davon sprechen, sieht man nur leuchtende Blicke und vergnügte Mienen. Schade nur, daß die Berichte vom Lebensmittelmarkt nicht ebenso wohltuend wirken. Wenn derlei kleine Dinge uns auch nicht die große Siegesfreude verderben können, so weiß doch jeder, der materielle Sorgen kennt, daß täglich wiederkehrende Gleichgewichtsstörungen im hauswirtschaftlichen Budget zuletzt einen sehr peinlichen Druck auf das Gemüt üben. Wie soll aber unser Haushalt ins Gleichgewicht kommen, wenn die Ausgabenziffern, mit denen wir rechnen müssen, keinerlei Beständigkeit haben, sondern die Tendenz zu fortgesetzter Steigerung aufweisen? Eben heute wird uns wieder eine neuerliche Verteuerung wichtiger Lebensmittel — Eier und Butter — angekündigt, wobei zu bemerken ist, daß jede Preissteigerung der Butter erfahrungsgemäß auch die anderen Nährfettstoffe mitzuziehen pflegt. Es bleibt ja auf diesem Gebiete nichts vereinzelt, alles greift ineinander wie ein ungeheures Räderwerk, und schraubt sich der Preis irgendeines Artikels in die Höhe, kommt gleich die ganze Warennachbarschaft in Bewegung. Es ist beängstigend, dieses Treiben mitanzusehen, das ganze große Volksschichten, deren wirtschaftliche Existenz auf feste Einkommenziffern gestellt ist, vor unlösbare Aufgaben stellt. Wie soll man mit einer Einnahme, die sich gleich bleibt, Ausgaben bestreiten, die sich verdoppeln, verdreifachen, verfachen?

Als der Krieg begann und die Preise gleich in den ersten Tagen emporschnellten, war man beunruhigt, aber man sagte sich: nun ja, das ist eben im Krieg nicht anders, das war zu allen Kriegszeiten so, aber es kann ja nicht lange dauern, ein Krieg von so ungeheueren Dimensionen muß bald zu Ende sein. So richtete man sich, seelisch und wirtschaftlich, auf die Teuerung als eine vorübergehende Erscheinung ein. Doch der Krieg entwickelte sich nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich zu einem Riesenmaß, das weit über alle anfänglichen Voraussetzungen hinausging. Jetzt, nach einjähriger Kriegsdauer, stehen die Dinge zwar für uns und unsere Verbündeten glänzend, und wir dürfen wohl hoffen, daß die Gegner in Bälde zur Erkenntnis ihrer aussichtslosen Lage kommen und Friedensgeneigtheit zeigen werden. Aber eine Sicherheit darüber besteht nicht, und kein ernsthafter Politiker wird auch nur schätzungsweise einen Termin nennen wollen, zu dem etwa der Krieg zu Ende gehen müßte. Die selbstverständliche Vorsicht gebietet jedenfalls, sich auf alle Möglichkeiten einzurichten. Und dazu kommt noch, daß auch das Ende des Krieges, wenn es einmal glücklich erreicht sein wird, noch keineswegs das Ende der wirtschaftlichen Kriegsmisere bedeuten wird. Dann werden erst die voraussichtlich langwierigen Friedensverhandlungen, die allmähliche Demobilisierung der Riesenheere, die langsame und schwierige Rückversetzung in den Normalstand des europäischen Wirtschaftslebens folgen. Welche Zeit das alles in Anspruch nehmen wird, ist gar nicht abzusehen. Mit dem Trostsprüchlein, das wir uns zu Beginn des Krieges für die Teuerung zurechtgelegt haben, ist es also nichts. Wir haben nicht mit einer rasch vorübergehenden, sondern mit einer langwährenden Teuerung zu rechnen. Aber auch diese schwere Sorgenlast wäre noch zu ertragen, wenn nur endlich der fixe Höhepunkt erreicht wäre, bis zu dem die Preissteigerung aller Artikel der Lebensnotdurft anschwellen darf. Wenn nur die hohe Ziffer wenigstens auch eine feste Ziffer wäre! Aber selbst der bescheidene Anspruch auf ein zwar schlechtes, doch irgendwie rechnungsmäßig zu fixierendes Auskommen bleibt uns versagt. Das ist eine Situation, in der wir uns nicht mehr helfen können und die Staatsgewalt um Beistand anrufen müssen. Mit allen Verordnungen, mit allen fallweise eingreifenden behördlichen Verfügungen und gerichtlichen Urteilen — so schätzenswerte Wirkungen damit auch in begrenzten Kreisen und auf einzelnen Marktgebieten erzielt wurden — ist doch eine allgemeine Hemmung der unausgesetzt fortschreitenden Preissteigerungen nicht erreicht worden. Das beweist, daß diese Aufgabe einer neuen Lösungsmethode bedarf, daß hier nur durch eine neuartige, umfassende, großzügige Marktorganisation Abhilfe geschaffen werden kann. Ein schwieriges Werk — aber wer es in Angriff nimmt und ausführt, wird sich ein Verdienst um die Bevölkerung erwerben, das den Leistungen der größten Staatsmänner und Generale gleichkommt.

Die Zeit
7./IX. 1915

Die Lebensmittelversorgung.

Die Verteuerung der holländischen Butter.

Aus dem Haag ist unter dem 4. d. gemeldet worden, daß Holland für die Woche vom 5. d. bis 12. d. die Butterausfuhr mit 60 Prozent seiner Gesamtproduktion kontingentiert hat. Die bloße Nachricht hat bereits eine Verteuerung in den Engros-Abschlüssen des gestrigen Tages herbeigeführt, mit der Begründung, daß damit die Butterzufuhr aus Holland eine Einschränkung erfährt, da der holländische Export in diesem Artikel bisher unbeschränkt war. Während bis zum Schluß der vorigen Woche holländische Butter im Engros-Handel franko Wien mit 5 Kronen 20 Heller bezahlt wurde, sind für neue Abschlüsse gestern bereits 5 Kronen 30 Heller berechnet worden. Der Engrospreis der holländischen Butter erreicht damit die Höhe ihrer dänischen Konkurrentin, die bisher im Preise wegen ihrer größeren Haltbarkeit immer etwas höher gehalten war. Wie sich die Preisverhältnisse der Auslandbutter nach diesem Aufschlag im Detailhandel gestalten werden, bleibt noch abzuwarten. Der Höchstpreis für dänische Butter betrug 5 Kronen 92 Heller für das Kilogramm. Die holländische Butter wurde bisher im Detailverkehr um 5 Kronen 70 Heller und auch um 5 Kronen 60 Heller verkauft.

Steigerung der Eierpreise.

Auf dem gestrigen Engrosmarkt für Eier sind die Preise gestiegen. Die Händler bezahlten für 14 Stück Eier 2 Kronen, während um denselben Preis bis zum Schluß der vorigen Woche 15 und auch 16 Stück geliefert wurden. Die Ursache der Verteuerung ist die sinkende Zufuhr aus Ungarn. In einigen ungarischen Komitaten sind wieder Eierausfuhrverbote erlassen worden, nachdem ein gleiches vor einigen Monaten erlassenes Verbot im Auftrag der ungarischen Regierung zurückgenommen worden war. Die Lokalbehörden der in Frage kommenden Komitate wollen durch ihr Einschreiten ein Steigen der Eierpreise in den in ihrem Amtsbereich liegenden Städten verhindern, doch versichern Fachkreise, daß die Ausfuhrverbote nicht bloß ein Sinken der Preise, sondern sogar das Zugrundegehen einer ansehnlichen Warenmenge zur Folge hätten, weil die betreffenden Bezirke nicht imstande seien, ihre Eierproduktion selbst zu konsumieren. Neben dieser Kalamität haben in der letzten Zeit auch die Eierzufuhren aus Galizien und Russisch-Polen sehr stark nachgelassen. Die dortigen Zivil- nd Militärbehörden haben zwar dem Eierhandel im Interesse der Approvisionierung der Bevölkerung das größte Entgegenkommen bezeigt, doch steht der Ausfuhr aus Galizien und Russisch-Polen derzeit der Mangel an Kisten und Holzwolle im Wege. Die Provenienzen aus Galizien und Russisch-Polen stellten sich bisher für den Großhandel im Preis auf 165 Kronen für eine Kiste mit einem Inhalt von 1440 Stück.

Untergewichtiges Brot.

Der Wiener Magistrat hat an die Genossenschaften der Bäcker, der Fragner, der Gastwirte, der Kaffeesieder, Kaffeeschenker, Hoteliers, Handelsgremien usw. eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt: In jüngster Zeit laufen beim Marktamt zahlreiche Beschwerden ein, daß beim Verkauf von Brot in Stücken, insbesondere in Gast- und Schankgewerbebetrieben, öfter Brot unter 70 Gramm verabreicht wird. Es sind auch schon bezügliche Anzeigen wegen Preistreiberei bei der Verabreichung von Brot in den genannten Betrieben erstattet worden. Hiervon wird die Genossenschaft mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß die Marktamtsorgane ebenfalls neuerlich angewiesen werden, darauf strenge zu dringen, daß Brot nur gegen die vorgeschriebenen Brotkartenabschnitte im vorgeschriebenen Gewicht und um den Preis von fünf Heller pro 70 Gramm, ab 16. d. aber um den Preis von 4 Heller pro 70 Gramm abgegeben werde, widrigenfalls sie die Anzeige wegen Uebertretung der bestehenden Vorschriften über den Vertrieb von Brot und Gebäck, beziehungsweise wegen Preistreiberei zu erstatten haben.

Österr. Volkszeitung
8/IX. 1915

Die Lebensmittelversorgung.

Verkauf von dänischer Butter.

Dem Verein der Butterhändler in Wien wurde, wie berichtet, dänische gesalzene Butter aus den Vorräten der Gemeinde Wien zum Preise von 4 Kronen 50 Heller das Kilogramm ausgefolgt, mit der Bestimmung, diese Butter zum Preise von 4 Kronen 92 Heller das Kilogramm ans Publikum abzugeben. Der Marktamtsdirektor hat die Marktamtsabteilungen in den Bezirken beauftragt, den Verkehr mit dieser Butter zu überwachen. Nach den gemachten Wahrnehmungen hat sich die gesalzene Butter im allgemeinen gut eingeführt.

Stürmische Preissteigerungen auf dem Borstenviehmarkte.

Der Auftrieb auf dem gestrigen Borstenviehmarkte war abermals bedeutend schwächer als in der Vorwoche. Die Gesamtzufuhr belief sich auf 6701 Stück, also um ungefähr 1300 weniger als vorige Woche. Die Zufuhren von Fettschweinen betrugen 4810 Stück, zirka um 800 Stück weniger als das letztemal. Der Auftrieb von Fettschweinen ist auf eine Ziffer gesunken, bei der von einer vollständigen Deckung des normalen Bedarfes nicht mehr gesprochen werden kann; infolgedessen entwickelte sich auf dem heutigen Markt eine außerordentlich lebhafte Nachfrage, wobei es zu bedeutenden und stürmischen Preissteigerungen kam.

Sofort nach Eröffnung des Marktes sahen die Käufer sich der Unmöglichkeit gegenüber, aus den vorhandenen Beständen den lokalen Bedarf zu decken, so daß infolge dieser überaus stürmischen Nachfrage sämtliche Sorten von Fettschweinen um 35 bis 40 Kronen höher bezahlt wurden als in der Vorwoche. Der heute für besonders schöne Fettschweine bezahlte Höchstpreis beträgt 440 Kronen per 100 Kilogramm. In Fleischschweinen belief sich der Auftrieb auf 1885 Stück, also um zirka 500 Stück weniger als vorige Woche. Auch auf diesem Gebiete reichte der Auftrieb zur Deckung des Bedarfes nicht aus, und trotzdem die Käufer ihren Bedarf aufs äußerste eingeschränkt hatten, sind die Preise in allen Qualitäten dennoch um 10 bis 20 Kronen in die Höhe gegangen.

Kleinhändler als Marktsachverständige.

Die Vorstehung der Lebensmittelhändler hat an maßgebender Stelle vorgesprochen, damit bei der Begutachtung der zulässigen Preisaufschläge Sachverständige aus Kleinhandelskreisen zugezogen werden. Noch vor Erhebung von Anklagen mögen Gutachten aus Händlerkreisen eingeholt werden. Wie wir erfahren, werden nunmehr über Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu den täglichen Preiserhebungen auf den Wiener Märkten auch die Vertreter der Kleinhändler zugezogen.

Kinder als Gemüsegärtner.

Bürgerschuldirektor Fr. Schöberle hat, wie man uns mitteilt, dem Bürgermeister Doktor Weiskirchner einen eingehenden Bericht über die Bebauung des Kriegsgemüsefeldes der Volks- und Bürgerschule für Mädchen im 10. Bezirk, Knöllgasse 61, vorgelegt. Es wurde ein Feld im Ausmaße von nahezu 7000 Quadratmetern in der Troststraße gegenüber der Kaserne bebaut. Nach dem Minimalmarktpreis kann der Ertrag des Feldes mit weit mehr als 1200 Kronen berechnet werden. denen Auslagen von rund 120 Kronen gegenüberstehen. Um einige Ziffern zu nennen, sei erwähnt, daß auf 2400 Kilogramm Kartoffel, 2000 Kilogramm Paradeiser gerechnet wird, 96 Kilogramm Spinat abgepflückt wurden und bis halben August an die Kinder 1535 Häuptel Salat, 82 Kilogramm Bohnen, 54 Kilogramm Erbsen, 162 Kraut- und 44 Kohlköpfe und 40 Kilogramm Gurken verteilt wurden.

Im Bericht heißt es: „Vielleicht reifen durch diesen Bericht Beschlüsse für die Zukunft, die eine heilsame und fruchtbare Aenderung unseres Lehr- und Erziehungsplanes herbeiführen und so das moderne Bestreben fördern, Erziehung und Unterricht mehr als bisher auf die Natur aufzubauen. Es ist dies das einzige Mittel, bessere, sittliche, ethische, wissenschaftliche und hygienische Erfolge zu erzielen, als es bisher durch den einseitigen Buch- und Bankunterricht möglich war." — Der Bürgermeister hat an Direktor Schöberle ein Schreiben gerichtet, worin er ihm seinen Dank ausspricht.

Vom Abendgemüsemarkt.

Der gestrige Abendgemüsemarkt war der erste, der vor einem Feiertage abgehalten wurde und entsprach wegen der geringen Beschickung keineswegs den Erwartungen, die man an ihn knüpfte, woran zweifellos das anhaltende ungünstige Wetter schuldtragend war. An Käufern fehlte es nicht, doch bemerkte man allenthalben bei ihnen Enttäuschung, weil die Preise wegen der schwachen Beschickung fest blieben und nicht, wie es jetzt zumeist der Fall war, unter die Frühpreise heruntergingen. Viel besprochen wurde der hohe Preis von Rettichen, die vor dem Kriege 2 bis 4 H. das Stück kosteten und für die jetzt 10 bis 14 H. verlangt werden. Auf dem Obstmarkt, der reichlicher mit Ware beschickt war, war ein lebhafter Verkehr.

Die Approvisionierung Budapests.

Aus Budapest, 7. d., wird gemeldet: Die Stadt Budapest trifft Vorkehrungen, damit der Kohlenbedarf der Bevölkerung gedeckt werde. An Kohle selbst herrscht nach den Verfügungen der Staatsbahnen wohl kein Mangel, aber die Zufuhr bietet große Schwierigkeiten. Die Stadtverwaltung trifft nun Maßnahmen dahingehend, daß in der Stadt selbst genügend Kohlenvorräte vorhanden sein sollen.

Der Magistrat der Stadt Budapest beschloß, der Kriegsproduktengesellschaft einen Auftrag zum Ankauf von 500.000 Meterzentner Getreide für Rechnung der Stadt zu erteilen. Damit hat sich die Stadt ein Quantum von 1 Million Meterzentner Getreide gesichert, was beiläufig einer Menge von 820.000 Meterzentner Mehl entspricht, so daß bis Ende März der Mehlbedarf der Stadt gesichert erscheint.

Neues Wiener Tagblatt
8/IX. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Von den gestrigen Detailmärkten.

In den während der fleischlosen Tage für den Konsum in Betracht kommenden Artikeln herrschte gestern lebhafte Nachfrage und blieben die Preise, trotzdem noch ein Feiertagsbedarf zu decken war, gegen die Vorwoche unverändert. Zufuhr in Wildbret noch immer mäßig. Hasen mangeln. Von Geflügel, welches in genügenden Quantitäten auf den Markt gebracht wurde, stellten sich Gänse um 10 H. pro Kilogramm billiger im Preise. Auch in Fischen war die Zufuhr ausreichend. Mährische Teichkrebse wurden zu 40 bis 80 H. pro Stück verkauft. Auf dem Fleischmarkte beliefen sich die auswärtigen Zufuhren auf 12 Wagons mit 44·4 Tonnen. Ein großer Teil der importierten Ware bestand aus holländischen Schafen, diese erzielten eine Preisaufbesserung von 10 H. pro Kilogramm.

Preise in der Viktualienhalle (3. Bez.).

Gelbe Kartoffeln 20 bis 23 H., rote 14 bis 22 H., Kipfler 28 bis 32 H., Zwiebel 36 bis 42 H., Makoer 42 bis 56 H., grüne Fisolen 30 bis 36 H., ganze Erbsen K. 1.20 bis K. 1.60, gespaltene K. 1.40 bis K. 1.92, Bohnen K. —.90 bis K. 1.20, Reis (je nach Qualität) K. 1.80 bis K. 2.50, Mehl 70 bis 78 H., Maismehl, gelb, 56 H., Sauerkraut 40 H., Rotling 60 bis 88 H., Butter K. 4.40 bis K. 4.80, Margarine K. 4.20, alles pro Kilogramm, Kohl 6 bis 14 H., Kohlrüben 6 bis 10 H., Häuptelsalat 6 bis 12 H., Kochsalat 4 bis 10 H. pro Stück, Eier 14 bis 18 Stück für 2 K.

Verkauf von dänischer Butter.

Bekanntlich wurde dem Verein der Butterhändler in Wien dänische, gesalzene Butter aus den Vorräten der Gemeinde Wien zum Preise von 4 K. 50 H. pro Kilogramm ausgefolgt mit der Bestimmung diese Butter zum Preise von 4 K. 92 H. pro Kilogramm an das Publikum abzugeben. Der Marktamtsdirektor hat die Marktamtsabteilungen in den Bezirken beauftragt, den Verkehr mit dieser Butter zu überwachen. Nach den gemachten Wahrnehmungen hat sich die gesalzene Butter im allgemeinen gut eingeführt und wird vom Publikum schon gern gekauft. Beschwerden über die Qualität wurden bei keiner Marktamtsabteilung eingebracht, vielmehr konnte berichtet werden, daß die Konsumentenschaft zufrieden ist.

Kriegsgemüseanbau.

Bürgerschuldirektor Fr. Schöberle hat dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht über die Bebauung des Kriegsgemüsefeldes der Volks- und Bürgerschule für Mädchen im 10. Bezirk, Knöllgasse Nr. 61, vorgelegt. Es wurde ein Feld im Ausmaße von nahezu 7000 Quadratmeter in der Trostgasse, gegenüber der Kaserne, bebaut. Nach dem Minimalmarktpreis kann der Ertrag des Feldes mit weit über 1200 K. berechnet werden, denen Auslagen von rund 120 K. gegenüberstehen. Um einige Ziffern zu nennen, sei erwähnt, daß auf 2400 Kilogramm Kartoffeln, 2000 Kilogramm Herbstrüben, gerechnet wird, 96 Kilogramm Spinat abgepflückt wurden und bis halben August an die Kinder 1535 Häuptel Salat, 82 Kilogramm Bohnen, 54 Kilogramm Erbsen, 162 Kraut- und 44 Kohlköpfe und 40 Kilogramm Gurken verteilt wurden. In dem Bericht heißt es: Vielleicht reifen durch diesen Bericht Beschlüsse für die Zukunft, die eine heilsame und fruchtbare Aenderung unsres Lehr- und Erziehungsplanes herbeiführen und so das moderne Bestreben fördern, Erziehung und Unterricht mehr als bisher auf die Natur aufzubauen. Es ist dies das einzige Mittel, bessere sittliche, ethische, wissenschaftliche und hygienische Erfolge zu erzielen, als es bisher durch den einseitigen Buch- und Bankunterricht möglich war. Ferner heißt es am Ende des Berichtes: Bemerken wir schließlich, welchen Wert der Feldbau für die Kinder mit sich brachte, indem sie ihre ganze freie Zeit, namentlich jetzt in den Ferien, mit angenehmer und lehrreicher Arbeit unter Aufsicht fortwährend im Freien betätigt waren, aus den blassen Gesichtern blühende geworden sind, so sind das alles Motive, welche wohl empfehlen, diese Art der Kinderfürsorge auch in den folgenden Friedenszeiten nicht aus dem Auge zu verlieren. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Bürgerschuldirektor Schöberle ein Schreiben gerichtet, in welchem er über diesen Bericht seine Befriedigung ausdrückte und ihm seinen Dank aussprach.

* * *

Die Zeit
8/IX. 1915

Der gestrige Nachmittagsmarkt.

Flauer Verkehr.

Trotz des halbwegs anganglichen Wetters und des Feiertagsvorabends, der für einen regen Marktverkehr die Grundlage hätte abgeben können, blieb der gestrige Nachmittagsmarkt, was die Beschickung und seinen Besuch anlangte, hinter allen seinen Vorgängern zurück.

Beschickt war der Markt nur von 21 Slowaken, 5 Bulgaren, 28 Kleinhändlern, 18 Großhändlern sowie von einer Reihe Obsthändlern. Die ungarischen Weintraubenhändler beteiligten sich aber nicht an dem Nachmittagsmarkt, den die Gärtner und Produzenten auch gestern, wie bisher, immer vollständig verwaist ließen. Infolgedessen gab es auf dem Markt keinerlei frisches Gemüse. Man sah überhaupt nur Gurken, die infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit kaum mehr viel Anspruch auf Qualität erheben können, dann Paradeiser, die zum Preise von 30 bis 36 Heller pro Kilogramm feilgehalten wurden, während die Gurken von 14 Heller an pro Kilogramm käuflich waren, Kraut um 20 bis 22 Heller pro Kilogramm, Zwiebeln von 40 Heller aufwärts, Karotten um 20 bis 24 Heller für das Kilogramm und grüner Paprika 5 bis 6 Schoten um 20 Heller sowie vereinzelt Speisekürbisse von 30 bis 80 Heller für das Stück oder 10 Heller pro Kilogramm. Suppengrünes, Salat, Kohl, Kohlrabi waren nur in verschwindend kleinen Quantitäten vorrätig und daher schnell abverkauft.

Kartoffeln, nach denen allgemeiner Begehr herrschte, Fisolen, die sehr gefragt wurden, waren überhaupt nicht erhältlich. Infolge dieses Umstandes gab es sehr viele Hausfrauen, die den Markt unbefriedigt verließen. In der Hauptsache sah man gestern auf dem Markt sogenannte „Naschkunden", die sich an einem Viertelkilogramm Birnen oder einem halben Kilogramm Aepfel gütlich taten, oder aber in die Salzgurkenfässer langten, um sich eine „Saure" für 6 Heller herauszuholen. Obst wurde etwas lebhafter gekauft.

Das Marktgetriebe setzte erst gegen ½6 Uhr abends ein, ließ aber schon kurz nach 6 Uhr nach, da die meisten Hausfrauen nach der Orientierung über die Marktbeschickung der „Insel" den Rücken kehrten. Reißenden Absatz fanden von einer Händlerin um 24 Heller abgestoßene Landäpfel.

Im Verlaufe des Marktes kam es auch in mehreren Fällen zu marktpolizeilichen Beanstandungen. Ein krasser Fall von Verkaufsverweigerung ereignete sich bei einem Landesproduktenhändler, der sich nicht dazu entschließen wollte, Makoer Knoblauch auch unter einem Kilogramm abzugeben, und der infolge Vorstellungen der Käuferin dieser unter der gerechten Entrüstung der umstehenden Zeugen des Vorfalles im brüsken Ton zurief: „Geh'n S' nach Ungarn!" Ob er damit die Preistreiberei des Makoer Knoblauchringes beschönigen oder entschuldigen wollte, möge dahingestellt bleiben. Gegen den Mann wurde sofort die behördliche Amtshandlung eingeleitet.

Hoffentlich bessern sich die Verhältnisse bis zu dem am Freitag den 10. d. stattfindenden nächsten Nachmittagsmarkt wesentlich, denn bei enttäuschten Händlern und Käufern kann sich ein Markt, der eigentlich praktisch und zweckmäßig gemeint ist, auf die Dauer nicht halten.

Detailhändler als Marktsachverständige.

Die Vorstehung der Lebensmittelhändler ist maßgebenden Orts vorstellig geworden, daß bei der Begutachtung der zulässigen Preisaufschläge Sachverständige aus Detaillistenkreisen zugezogen werden mögen. Noch vor Erhebung von Anklagen mögen Gutachten aus Händlerkreisen eingeholt werden.

Wie wir erfahren, werden nunmehr auf Verfügung des Bürgermeisters zu den täglichen Preiserhebungen auf den Wiener Märkten jetzt auch die Vertreter der Detailhändler zugezogen.

Die Zeit
8./IX. 1915

Das „zitronenlose" Wiener Schnitzel.

Zu den Reformen, die die Kriegszeit im Gasthausleben der Großstadt gebracht hat, zählt auch das — zitronenlose Wiener Schnitzel. Seit jeher gehörte das kleine Scheibchen Zitrone zu den unentbehrlichen Zutaten, die beim Servieren des „panierten" Wiener Schnitzels nicht fehlen durften. Nun fehlt aber die Zitrone gänzlich. Als Grund wird die Teuerung der Zitronen geltend gemacht, die es nicht mehr erlaube, Zitronenscheiben als Gratisbeilage zu spenden. Inzwischen ist jedoch auch das Schnitzel ebenso wie die übrigen Speisegerichte namhaft im Preis gestiegen. Das Stückchen Zitrone wird, wenn ein Gast auf die gewohnte Schnitzelbeträufelung nicht verzichten will, wohl noch herbeigeholt, aber nur auf besondere Bestellung und mit — erstaunter Miene, als ob es nie zu den unbedingten Zutaten gehört hätte. Auch beim „Beuschel" müssen die Gäste jetzt die Zitronenscheibe missen. Der Preis für Zitronen stellt sich auf 10 bis 16 Heller pro Stück. Von einer Zitronennot kann vorläufig keine Rede sein.

Die Zeit
9/IX. 1915

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Allen Hausfrauen und Konsumenten ist die heutige Konjunktur auf dem Fleischmarkt ein Gegenstand unliebsamer Aufmerksamkeit geworden. Mit Rücksicht auf die steigende Preistendenz auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx trat heute im Engrosverkehr in der Großmarkthalle beim Rindfleisch, Kalbfleisch und Schweinefleisch hiesiger Provenienz eine Preissteigerung von 20 bis 30 Heller pro Kilogramm ein. Im Detailverkehr blieben die Rindfleischpreise heute noch unverändert, doch wird sich die Preiserhöhung, da morgen fleischloser Tag ist, am Samstag auch auf den Kleinverkehr überwälzen. Kalbfleisch hat sich heute schon um 20 Heller pro Kilo verteuert, Schweinefleisch gar um 30 bis 40 Heller, und die Preise für Fettstoffe sind sogar um 40 bis 60 Heller pro Kilo gestiegen. Wenn die Zufuhren in St. Marx, was leider zu erwarten steht, noch weiter rückgängig bleiben und die dänischen Fleischzufuhren weiter auslassen, so geht der Wiener Fleischmarkt sehr ernsten Zeiten entgegen. Bessern sich die Verhältnisse nicht, so sind für den Spätherbst und Winter Fleischpreise zu erwarten, die den Fleischgenuß zum Luxus stempeln und für die weitesten Kreise einfach in Frage stellen. Bisher hat die ausländische Fleischzufuhr, die aber in den letzten Tagen durch Ausfuhrverbote eingeschränkt und gefährdet wurde, den Ausfall der Zufuhr an heimischen Provenienzen paralysiert. Der Wiener Markt erhält jetzt Rinder nur mehr aus Mähren und Böhmen, in verschwindend geringen Mengen aus Nieder- und Oberösterreich. Die Alpenländer kommen schon seit Wochen nicht mehr für die Fleischversorgung der Hauptstadt in Betracht, und aus Ungarn kommen hauptsächlich Schweine und Fettstoffe, die wir mit exorbitant hohen Preisen bezahlen müssen.

Die heutigen Fleischzufuhren nach der Großmarkthalle beliefen sich auf sechs Waggons mit 9·6 Tonnen, darunter zwei Waggons mit 6·9 Tonnen Auslandsfleisch. Heute notierten folgende Detailpreise, und zwar Inlandssorten pro Kilogramm: Rindfleisch, vorderes mit Zuwage, K. 4.20 bis 5.—, ohne K. 4.40 bis 5.50, hinteres, mit Zuwage, K. 4.80 bis 5.80, ohne K. 5.40 bis 7.— (inklusive Lungenbraten). Jungschweinernes K. 5.— bis 6.40 (inklusive Koteletts), abgezogenes Schweinefleisch K. 4.80 bis 6.60. Selchfleisch K. 4.80 bis 6.60 (inklusive Schinken im Ganzen). Fettstoffe, und zwar: Bauchfilz K. 5.60 bis 5.80, frischer Speck K. 5.40 bis 5.60, geräuchter Speck K. 5.40 bis 5.60 und Rindsfett K. 3.20 bis 3.60 (ebenfalls um 40 Heller teurer als bisher). Kalbfleisch, vorderes, K. 3.60 bis 4.60, hinteres K. 3.80 bis 5.20 (K. 6.70 inklusive Schnitzel). Schaffleisch, vorderes K. 3.80 bis 4.20, hinteres K. 4.60 bis 4.80. Von den Auslandssorten notierten: Rindfleisch mit Zuwage K. 3.60 bis 4.30, ohne K. 3.90 bis 4.70, hinteres mit K. 4.— bis 5.20, ohne K. 4.30 bis 5.50, Schaffleisch, vorderes, K. 3.20 bis 4.—, hinteres K. 4.— bis 4.40. Das ausländische Kalbfleisch sowie das in den letzten Tagen zugeführte gesalzene Schweinefleisch ausländischer Provenienz hat durch die Großschlächterei A.-G. Abnahme gefunden.

Auch in bezug auf die Gemüseapprovisionierung gehen wir ernsten Zeiten entgegen. Die Zufuhren nach den Wiener Märkten werden täglich knapper, in Kartoffeln herrscht bereits ein fühlbarer Mangel, dem nicht anders beizukommen sein wird als durch eine reichliche Ausnützung der Einfuhr holländischer Kartoffeln. Diese würde auch genau so, wie es bei der Zwiebel der Fall war, von wohltätigem Einfluß auf die Preisbildung begleitet sein. Mit Rücksicht auf die reichliche Zufuhr ausländischer Zwiebel sind heute die Preise für heimische Zwiebelsorten abermals um 2 Heller gesunken, während bei der Makoer Zwiebel ein leichtes Anziehen der Preise zu verzeichnen ist. In Budapest, Mako, Kecskemet und Neusatz haben sich, wie untrügliche Beweise ergeben, einzelne ungarische Großhändler zusammengetan, die alle kleineren bodenständigen Händler auskaufen und auch bei den Produzenten selbst alle verfügbaren Vorräte zusammenraffen, um dann nicht nur in Ungarn preistreibend zu wirken, sondern auch die Preise der vom Wiener Markt begehrten und benötigten Waren unverschämt in die Höhe zu treiben. Unsere Marktbehörden sind gegen dieses wucherische Treiben machtlos, da die kaiserliche Verordnung gegen die Preistreiberei auf Ungarn naturgemäß keine Anwendung findet.

Zur Erhärtung des Vorgesagten möge folgende Preisgegenüberstellung dienen. Am 9. September 1914 stellten sich die Engrospreise für ungarische Paradeiser auf K. 12.— bis 16.— pro Zentner, heute auf K. 28.—; für ungarische Zwetschken, mindere Qualität, auf K. 8.—, bessere Qualität auf K. 20.— bis 26.—, heute auf K. 44.— bis 48.—; Makoer Zwiebel auf K. 17.— bis 18.—, heute auf K. 48.— bis 50.— und ungarischer Knoblauch auf K. 56.— bis 60.—, heute auf K. 230.—. Die Sprache dieser Ziffern ist eine mehr als deutliche.

Im übrigen waren auf den heutigen Grünwarenmärkten keine nennenswerten Aenderungen zu verzeichnen. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit haben sich die Preise für grüne und gelbe Bohnen um 2 Heller pro Kilogramm erhöht. Es notieren heute: grüne mit 35 bis 37 Heller und Spargelbohnen mit 39 bis 41 Heller. Slowakisches Kraut kommt sehr reichlich nach Wien, doch weichen die Krautpreise nicht, weil jetzt die heimischen Gärtner und Produzenten mit ihren Vorräten zurückhalten. Sie hoffen damit später höhere Preise zu erzielen. Auch mit Knoblauch halten die heimischen Produzenten zurück. Man wird aber Mittel und Wege finden, dieses preistreiberische Vorgehen zu bestrafen. Auslandszwiebel steht heute mit 42 bis 48 Heller, heimische mit 40 bis 44 Heller, Makoer mit 50 bis 55 Heller pro Kilogramm im Preise. Sauerkraut mit 38 bis 40 Heller. Gurken gingen von 20 bis 28 Heller pro Kilogramm ab; auch Znaimer Einlegegurken waren wieder da um 37 bis 47 Heller pro Kilogramm, je nach Größe. Ungarische Paradeiser notierten mit 28 bis 30, Gärtnerware mit 32 bis 40, niederösterreichische mit 30 bis 38 Heller. In Spinat, Kohl, Salat waren die Vorräte rasch vergriffen.

Beim Obst, das zu alten Preisen in genügender Menge da war, entwickelte sich ein ziemlich lebhafter Verkehr. Die kleinen Birnensorten, die Salzburger Birnen hören langsam auf, jetzt kommen die Herbstsorten. In Aepfeln vollzieht sich infolge der reichlichen Zufuhren steirischer guter Sorten, die im Engrosverkehr mit 28 bis 32 Heller abgegeben werden, während einheimische Sorten 32 und ungarische bessere sogar 44 Heller kosten, ein langsamer Preisrückgang. Ein solcher dürfte sich auch alsbald bei den Weintrauben einstellen, da außer den ungarischen auch schon ziemlich viel niederösterreichische Weintrauben auf den Wiener Markt kommen.

Die vom Marktamt ermittelten Höchstpreise werden von nun an auf eigens vorgedruckten Formularen verzeichnet, die folgende Schlußbemerkungen enthalten: Der bei italienischen Waren üblich gewesene „Sporko für Nettoverkauf" ist verboten. Ebenso ist es gemäß der allgemeinen Marktordnung untersagt, Waren büttelweise „überhaps" ohne Abwage oder Auszählung des Inhaltes zu verkaufen. — Wer höhere Preise, als hier angegeben, fordert, die Preise überbietet oder Waren aufkauft, wird gemäß den Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 7. August 1915 strafbar. — Kleinverschleißer, die direkt beim Produzenten oder waggonweise beim Großhändler einkaufen, haben entsprechend niedriger zu verkaufen. — Luxusware ist in dieser Verlautbarung nicht mitinbegriffen. Schließlich wird eingeschärft, daß aus dem Umstande, daß in diesem Verzeichnis nicht für alle marktgängigen Waren die Preise enthalten sind, kein Recht zur Forderung übermäßiger, ungerechtfertigter Preise abgeleitet werden kann und darf. Bei größeren Entfernungen (gerechnet ab Naschmarkt) erhöht sich der Kleinverschleißpreis um den entsprechenden, kleinen Teilbetrag der Zustreifkosten.

Reichspost Abendbl.
9/11. 1915

* **Ein wirksames Mittel, den Lebensmittelwucher zu bekämpfen,** hat die sächsische Gemeinde Brand-Erbisdorf gefunden. Da weder die Festsetzung von Höchstpreisen noch die Anordnung, daß die Preise von jedem Verkäufer in seinem Geschäfte anzuschlagen seien, der Bewucherung des Publikums Einhalt zu tun vermochten, verfiel die Gemeinde auf folgendes einfache, aber recht wirksame Mittel: Der Stadtgemeinderat schlägt wöchentlich die niedrigsten Preise der wichtigsten Nahrungsmittel und die Namen der Verkäufer dazu auf dem Rathause an. Nun wissen die Hausfrauen von Brand-Erbisdorf, wohin sie sich zu wenden haben. Natürlich läßt sich ein solches Verfahren, durch welches unter Umständen der Schmutzkonkurrenz einer gewissen Sorte von Spekulanten Vorschub geleistet werden könne, nicht ohne weiteres auf eine Großstadt oder auch nur auf eine Mittelstadt übertragen, aber es enthält einen sehr gesunden Gedanken, welcher der ernstesten Erwägungen wert wäre.

Fremdenblatt
10./IX. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Der Magistrat über den Wurstverkauf.

Der Magistrat hat an die Genossenschaften der Fleischselcher, Pferdefleischhauer, Fragner, nichthandelsgerichtlich protokollierten Handelsleute, ferner an das Gremium der Wiener Kaufmannschaft, an das Handelsgremium des 12., 13., 14. und 15. Bezirkes und an jenes in Hernals nachstehende Zuschrift gerichtet, in welcher er sich auf eine in der Oeffentlichkeit verbreitete Mitteilung bezieht, wonach der Verkauf von Wurstzeug nunmehr nur von 10 Deka erfolgen soll. Diese Mitteilung ist vollkommen unrichtig, es muß vielmehr nach wie vor jede begehrte Menge dieser Waren zum Verkaufe gebracht werden, widrigenfalls sich der Verkäufer der Gefahr einer gerichtlichen Abstrafung wegen Uebertretung der §§ 482—484 des St.-G. aussetzt. Weiters wird darauf aufmerksam gemacht, daß vom Verkäufer bei der Berechnung des Kaufschillings — um eine allfällige Beanständung wegen Preistreiberei zu vermeiden — in dem Falle, als sich bei der Preisnotierung von 10 Deka der Preis für 1 Deka in Bruchteilen von Hellern ergibt, nicht etwa der für 1 Deka nach oben abgerundete Preis angerechnet werden darf. Es darf daher z. B. bei einer Preisnotierung von 56 Hellern für 10 Deka nicht der Preis von 6 Hellern, sondern nur von 5,6 Hellern für 1 Deka in Anrechnung gebracht werden. Endlich wird in Erinnerung gebracht, daß der Preis für Stückwurst nach der vorerwähnten Kundmachung für 1 Deka und nicht für 10 Deka zu verzeichnen ist.

Abgabe von dänischer Butter.

Da die von der Gemeinde Wien versuchsweise abgegebene gesalzene dänische Butter rasch vergriffen wurde, wird die Gemeinde auf Einschreiten des Vereines der Butterhändler weitere Posten dieser Butter zur Abgabe bringen. Sie gelangt in den bisherigen Verkaufsstellen der Wiener Butterhändler sowie in sämtlichen Filialen der Vereinsmolkerei zum Verkaufe. Wegen Engrosbezuges erteilt der Vorstand des Vereines der Butterhändler Franz Schwengler, 18. Bezirk, Währingerstraße 79, Telephon 15342, Auskunft.

Gegen die „Vorratseinkäufe" von Weizenmehl.

Die Direktion der Ankerbrotwerke hat gestern folgende Kundmachung in ihren Verkaufsstellen plakatieren lassen: Es ist festgestellt worden, daß ein großer Teil des Publikums, welches sich täglich bei unseren Filialen anstellt, um Mehleinkäufe zu besorgen, dort Einkäufe immer wiederholt, um Vorräte anzusammeln. Mit Rücksicht darauf, daß infolge der guten Ernte genügend Getreidevorräte vorhanden sind und diese Getreidevorräte dem konsumierenden Publikum in Form von Mehl zur Verfügung stehen werden, ferner die Weißgebäckerzeugung nicht mehr gestattet ist, dürfte sich kaum ein Mangel an Weizenmehl einstellen. Wir möchten deshalb unsere geehrten Kunden ersuchen, derartige zwecklose Käufe zur Aufstapelung von Vorräten zu unterlassen. Außerdem liegt die Gefahr vor, daß dieses Mehl, welches derzeit frisch gemahlen zum Verkaufe gelangt, bei langem Lagern leicht dem Verderben unterliegt. Die Mehlquantitäten, welche derzeit in Verkehr gesetzt werden, genügen vollständig, um den laufenden Bedarf jedes einzelnen Kunden zu decken und möchten wir in dieser schweren Zeit an den Gemeinsinn Aller appellieren, nicht durch unnötiges Anhäufen von Vorräten die Versorgung der Allgemeinheit zu stören.

Neues Wiener Tagblatt
10/IX. 1915

* **(Herabsetzung von Lebensmittelpreisen in Sarajevo.)** Wie uns aus Sarajevo geschrieben wird, ist dort eine bedeutende Preisherabsetzung wichtiger Lebensmittel eingetreten. So kostet jetzt erstklassiges Rindfleisch 3 K., zweite Klasse 2 K. 60 H., dritte Klasse 2 K. 20 H., ungarisches Kalbfleisch 4 K., Schweinefleisch 3 K. 60 H., Schweinskarree, ohne Schlögel und Zuwage, 4 K. Zwiebel 40 H., Milch samt Zustellung 40 H. (Liter), ein Ei 10 H., das feinste (Nuller) Backmehl 1 K. usw. Allerdings plant man jetzt auch die Einführung von zwei fleischlosen Tagen in der Woche; dies scheint jedoch, da das Land jetzt im Notfall sogar Vieh exportieren könnte, eher eine versuchsweise Nachahmung dieser Einführung in der Monarchie als eine tatsächliche Notwendigkeit zu sein. — Ueberhaupt hat der Viehstand — wie jetzt festgestellt wurde — selbst in den Grenzgebieten nur wenig, die Kohlenproduktion hingegen gar nicht gelitten; 100 Kilogramm Kohle kosten in Sarajevo noch immer 2 K. 20 H.

Die Zeit Abendbl. +
10./IX. 1915

Die Approvisionierung Budapests.

Maßnahmen gegen die Zuckergroßhändler.

Z Budapest, 10. September. (Priv.-Tel.)

Gegen die Budapester Zuckergroßhändler herrscht eine kolossale Erbitterung; der Mangel an Zucker wird Tag für Tag größer, und es ist offenkundig, daß die Zuckergroßhändler, das heißt das Zuckerkartell zweifellos große Vorräte verheimlicht und den Konsumenten, respektive den Kleinhändlern nicht entsprechende Vorräte zuführt.

Auf verschiedene Anzeigen hin, die bei den kompetenten Stellen einliefen, scheint man sich nunmehr entschlossen zu haben, durch behördliche Maßnahmen die Zuckervorräte der Großhändler zu eruieren und gegen sie gerade so strafbar vorzugehen wie man es seinerzeit bei den Zwischenhändlern mit anderen Nahrungsmitteln getan hat.

Bei der Kommune erwägt man auch den Gedanken, durch ein Verbot der Zuckerausfuhr aus dem Bereiche der Stadt Budapest dem Kartell entgegenzutreten.

Klagen der Spezereiwarenhändler.

Die Spezereiwarenhändler, die bereits in der vorigen Woche beim Ministerpräsidenten Grafen Tisza und beim Minister des Innern deputativ vorsprachen, um die Herren auf die Misere aufmerksam zu machen, die den Spezereiwarenhändlern durch die Beschränkung im Zucker- und Mehlhandel erwachse, erschienen heute beim Ackerbauminister und beim Handelsminister, um diese um Abhilfe zu ersuchen.

Der Ackerbauminister Baron Chilanyi führte aus, daß der Stadtverwaltung von Budapest etwas mehr kaufmännischer Geist zugeführt werden müsse, denn die Stadt hätte bei entsprechender Vorsorge hinreichend Gelegenheit gehabt, ohne irgend welche Schwierigkeiten Maßnahmen zu treffen, daß große Mehlvorräte vorhanden seien. Auch der Handelsminister versprach Abhilfe.

Frankfurter Zeitung
10./IX. 1915

Frankfurt, 10. September.

„Vor aller Welt muß klargelegt werden, wie niederträchtig und verächtlich alle diejenigen Fälle sind, in denen der einzelne versucht, bei einer schweren Heimsuchung des Vaterlandes die Ernährung der Bevölkerung aus eigennützigen Gründen zu erschweren. Solche Leute, die sich in schwerer Zeit so vergehen wie diejenigen, die Lebensmittelwucher treiben, die müssen gebrandmarkt sein für den Rest ihres Lebens." So sprach am 21. August im Deutschen Reichstag der stellvertretende Reichskanzler. Er hat damit dem ganzen Volke aus der Seele gesprochen. Denn nichts erbittert heute mehr die Gemüter der Mütter daheim und auch schon die der Familienväter draußen im Felde, nichts erschwert seelisch und auch rein tatsächlich so sehr die Widerstandskraft im Inneren wie das Gefühl: daß wir zwar genug Lebensmittel haben, um zu reichen, aber es nicht fertig bringen, ihre Preise so zu regeln, daß diejenigen, die sie kaufen müssen, sie auch wirklich zu erwerben imstande sind — daß einzelne reich werden an der Not der vielen! Hiergegen mit allen, auch den schärfsten Mitteln vorzugehen, ist wirklich jetzt die drängendste Pflicht aller berufenen Instanzen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Gesunderhaltung des Volkes — körperlich und psychisch.

Die Aufgabe ist nur dadurch so ungeheuer erschwert, daß es sich — ganz abgesehen von der tatsächlichen Erhöhung vieler Produktions- und Vertriebskosten, die natürlich auch nicht außer acht bleiben darf — in der Hauptsache um ganz anderes handelt als um einfachen Wucher. Auch der wird vorkommen; und keine Strafe ist für ihn scharf genug. Aber der Kern des Uebels liegt doch schwerlich da. Der liegt viel tiefer. Er liegt in der Psychologie unseres Erwerbslebens, die darauf hinausläuft, daß man die Konjunktur benützen müsse — und die das auch im Kriege für das Richtige, für das Legitime, für das Nützliche hält. Hier ein sehr charakteristisches Beispiel: Das sächsische Ministerium des Inneren hatte eine Verordnung erlassen, in der es hieß, das Bewußtsein, ein jeder könne aus seinem Geschäft den durch die Marktlage zulässigen Nutzen ziehen, müsse durch strafrechtliche Verfolgungen und womöglich Verurteilungen gründlich erschüttert werden. Und dagegen wendet sich nun mit einem ersichtlich tiefen und ehrlichen Bewußtsein ihres Rechtes eine Organisation von Großhändlern der Nahrungsmittelbranche: So könne man den Kolonialwarenhandel unmöglich betreiben; die Preise werden sich immer nach der jeweiligen Marktlage richten müssen; man muß mit dem Markte gehen; durch das Steigen und Fallen der Preise regelt sich auf durchaus natürliche Weise das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Das ist die Meinung. Und es ist reineswegs eine besondere Berufsauffassung des Handels allein. Es ist die weit verbreitete Meinung in allen Erwerbskreisen. Man muß mit dem Markte gehen, sagt die Industrie: und sie läßt sich mit Wonne die Preissteigerungen auf ihre vor Kriegsausbruch billig eingekauften Rohstoffe und die hohen Preise für die Heereslieferungen gefallen. Man muß mit dem Markte gehen, sagt auch die Landwirtschaft, indem sie sich die Preissteigerungen ihrer Produkte gefallen läßt — und das vorgestern von uns veröffentlichte Rundschreiben des Kornhauses Torgau, das seinen angeschlossenen Großgrundbesitzern empfahl, die Gerste vorläufig noch nicht zu verkaufen und abzuliefern, sondern in der Scheune zu behalten, weil der Preis für das freie Quantum gegenüber dem Höchstpreis von 300 Mark wahrscheinlich auf 700 bis 800 Mark gehen würde, ist ein weiterer, sehr interessanter Beleg für diese Psychologie des Erwerbes.

Wären wir mit unserem wirtschaftlichen Denken auf den Krieg vorbereitet gewesen, so hätte das Reich unmittelbar bei Kriegsausbruch dieser Auffassung ein eisernes Nein entgegengestellt. Es hätte — wie genau wir das jetzt alles nachträglich gelernt haben! — seine Hand auf die Rohstofflager legen müssen, die nachher zur Verarbeitung für Heereszwecke notwendig wurden, um die ungeheuren Zwischengewinne unmöglich zu machen, die daran (man denke nur an Leder!) erzielt wurden. Es hätte dem Handel die Vorräte an Hülsenfrüchten und ähnlichem beschlagnahmt, in denen wegen der Unterbindung der Einfuhr sofort eine riesige Preissteigerung einsetzte. Es hätte die Ernte an Brotgetreide sofort beschlagnahmt, statt damit erst zu warten, bis Preissteigerungen dafür eingetreten waren, die den Verbrauch zum Nutzen der Produzenten und der frühzeitig kaufenden Händler mit einigen hundert Millionen belasteten. Es hätte auch durch bessere Organisation der Auftragsverteilung niedrigere Preise für Heereslieferungen gezahlt. Indem es das alles nicht tat, indem es die Kriegskonjunktur wachsen ließ und zum Teil selbst schuf, gab es der Auffassung, daß man mit dem Markte gehen müsse, auch jetzt für den Krieg die stärkste Bekräftigung. Daß diese Auffassung trotzdem falsch ist, das ist weiteren Kreisen erst allmählich stärker zum Bewußtsein gekommen. Und gerade die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise hat uns dazu verholfen.

Denn es ist eben einfach nicht richtig, daß sich durch das Steigen und Fallen der Preise das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf durchaus natürliche Weise regelt — jedenfalls nicht richtig, daß es sich auf befriedigende Weise regelte. Das tut es schon im Frieden nicht; denn es ist schon im Frieden nicht ohne weiteres „natürlich" — wenn es auch bei der heutigen Form unserer Wirtschaftsverfassung natürlich erscheint — daß einfach das Portemonnaie nicht nur über die Genüsse des Lebens, sondern auch über die primitivsten Mittel zur Fristung des Lebens selbst entscheide. Ganz gewiß aber ist es nicht natürlich und nicht befriedigend in dem Kriege, wie wir ihn führen. Der Markt, nämlich der wirklich regulierende und ausgleichende Markt des Weltverkehrs, ist uns nahezu gänzlich verschlossen. Wir sind in unserer belagerten Festung eingeschlossen mit dem Vorrat an Nahrungsmitteln, den wir haben und selbst erzeugen. Und worauf es jetzt ankommt, ist lediglich dies: diesen begrenzten Nahrungsmittelvorrat möglichst gleichmäßig so zu verteilen, daß alle Glieder des Volkes satt werden, daß alle gesund und bei Kräften bleiben. Daß dies auf dem Wege von Kauf und Verkauf, durch die Hin- und Hergabe von Geld geschieht, ist für die Sache völlig nebensächlich, das bezeichnet nur die äußerliche Methode des Transports und der Verteilung, man könnte es auch allenfalls ganz anders machen. Der Kern, das Wesenhafte liegt jetzt nicht im Gelde, sondern in den Sachen selbst. Und so ist es nicht nur mit den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern genau so mit den Rohstoffen und den sonstigen Hilfsmitteln für die Erzeugung des Heeresbedarfs: daß diese vorhanden sind, darauf kommt es an; ohne sie könnten wir, auch wenn wir noch so viel Geld hätten, verhungern und unterliegen! Das aber besagt: man darf jetzt nicht mit dem Markte gehen, so, daß die Marktgestaltung einfach die Sachverteilung bestimmt, sondern man muß es umgekehrt machen, man muß von den Sachen, von den vorhandenen Mengen ausgehen und danach den Markt so regulieren, daß er nicht mehr stört, daß seine Preise als richtige und angemessene Verteilungsmethode wirken.

Man muß nicht mit dem Markte gehen, man darf es in vielen Fällen sogar nicht. Ein Kenner hat hier einmal (in einem lesenswerten Artikel des I. Morgenblattes vom 7. v. M.) gerade auf Grund seiner Kriegserfahrungen geklagt, wie während der Jahrzehnte ungestörten wirtschaftlichen Aufschwunges den erwerbstätigen Kreisen unseres Volkes das Geldgewinnen so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß es für viele das eigentliche Lebensziel bildet und sie es für eine Versündigung am Geiste unserer Wirtschaftsordnung betrachten, einmal eine Gelegenheit zum Verdienen unbenutzt vorübergehen zu lassen. Daß die Kriegszeit ihnen die Aufgabe stellt, auf materielle Gewinne und Vorteile zu verzichten, wenn das Wohl des Ganzen es erfordert, das kommt eben doch sehr wenigen zum Bewußtsein. So muß eben die Organisation dafür sorgen. Für wichtige Gebiete ist es geschehen: für das Brot durch Höchstpreis und Reichsmonopol, für die Kohle, indem der Staat durch Androhung von Höchstpreisen das Syndikat an Preisheraufsetzungen über ein bestimmtes Maß hinaus hinderte, für viele Rohstoffe durch Beschlagnahmung usw. Für anderes aber fehlt es noch, und gerade die jetzt so lauten Klagen beweisen es. Manches könnte die Organisation der Konsumenten schaffen, wenn man sich nur, statt zu klagen und zu schelten, energisch zu Selbstorganisation und Selbsthilfe aufraffen wollte, was man ja leider so oft vergißt. Für anderes aber werden Reich, Staat und Gemeinden sorgen müssen. Daß dies geplant ist, hat der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstage mit mannigfachen Einzelheiten angekündigt. Hoffentlich läßt jetzt auch die Ausführung nicht mehr lange auf sich warten.

Vossische Zeitung
10. IX. 1915

Die Preiskontrolle in Groß-Berlin

Nachdem die vier Fachausschüsse, die der Berliner Magistrat zur Kontrolle der Preise und zum Schutz des Publikums gegen Ueberteuerung eingesetzt hat, ihre Arbeit bereits begonnen haben, trat gestern der Zentralausschuß, dem auch Vertreter der fünf Nachbarstädte angehören, zu seiner ersten Sitzung zusammen, um für den weiteren Ausbau der Einrichtung die Richtlinien aufzustellen.

Es herrschte Uebereinstimmung dahin, daß sich das Hauptbestreben auf die Erfassung der preisgestaltenden Ursache und die Bekämpfung unberechtigter Preise zu richten habe. Andererseits wurde aber auch betont, daß es den Organen einer einzelnen Gemeinde unmöglich sei, alle Faktoren der Preisbildung zu beherrschen und zu beeinflussen. Nur die zentrale Reichsstelle kann die Produktionsbedingungen übersehen und regeln. Für die einzelne Gemeinde liegt die Beschränkung darin, daß sie die Ware erst von dem Eintritt in ihr Gebiet an erfassen und die Preisbildung von da ab kontrollieren und beeinflussen kann. Der Zentralausschuß stellte die Grundsätze fest, nach denen die Fachausschüsse diese Kontrolle vorzunehmen hätten. Insbesondere bedarf es hierzu eines weiteren Ausbaues der Einrichtung durch Eingliederung örtlicher Organe, für die in Berlin — wie wiederholt mitgeteilt — die Brotkommissionen in Aussicht genommen sind. Es werden diese Organe in lebhafter Wechselwirkung mit den Zentralstellen das von ihnen gesammelte Material den Fachausschüssen zugänglich zu machen haben, während sie wieder von den Fachausschüssen laufende Mitteilungen über die von diesen für angemessen erkannten Preise erhalten, so daß die lokalen Organe an der Hand dieser Erhebungen eine wirksame Kontrolle der Kleinhandelspreise ausüben können.

Im Zentralausschuß trat auch der Wunsch hervor, daß die Gesetzgebung den beteiligten Ausschüssen die zuverlässige Feststellung der Preise in den verschiedenen Gewerbezweigen durch Einführung einer Deklarationspflicht ermögliche. Dagegen warnte man vor der Einführung lokaler Höchstpreise, die, wie auch die Erfahrung gelehrt habe, bedenkliche Folgen zeitigen, und die durch eine Kontrolltätigkeit viel wirksamer ersetzt werden könnten.

Neues Wiener Tagblatt
11./IX. 1915

Studienreise des Budapester Bürgermeisters.

Budapest, 10. September. (Privattelegramm.) Bürgermeister Dr. Barczy hat heute in Begleitung des Magistratsrates Folkushazy eine Reise ins Ausland angetreten, um dort in Angelegenheit der öffentlichen Verpflegung mit den einschlägigen Stellen Verhandlungen zu führen. Der Bürgermeister beabsichtigt, mit den ausländischen Produzenten direkt in Verbindung zu treten, um den schädlichen Zwischenhandel, wodurch die Waren so verteuert werden, vollständig auszuschalten.

Vossische Zeitung
15./VIII. 1915

eitung. 1915
15. August

Berliner Lebensmittelpreise.

Wir bringen nachstehend in gewohnter Weise eine vergleichende Uebersicht über Lebensmittelpreise in der Zeit vom 26. Juli bis zum 7. August 1915 (erste und zweite Zahlenreihe) und vom 3. bis zum 8. August 1914 (dritte Zahlenreihe). Sämtliche Preise sind Durchschnittspreise und in Mark angegeben.

Preise für 1 Zentner lebendes Vieh.

	31. 7.	7. 8.	8. 8.
Junge, fleischige Ochsen	65,50	65,00	—
Vollfleischige, jüngere Bullen	59,50	62,00	—
Vollfleischige, ausgemästete Kühe	60,50	63,50	—
Mittlere Mast- u. beste Saugkälber	71,50	71,50	—
Aeltere Masthammel usw.	65,50	65,50	—
Vollfleischige Schweine, 200/240 Pfd.	127,50	132,50	53,00

Großhandelspreise für 1 Zentner Fleisch.

	26./31.7.	2./7.8.	3./8.8.
Vollfleischige und gut genährte Ochsen	116,00	116,00	82,50
Geringer genährte Ochsen	102,50	102,50	75,50
Vollfleischige Bullen	105,00	105,00	79,00
Geringer genährte Bullen	92,50	92,50	70,00
Fette Kühe	92,50	92,50	53,50
Magere Kühe	81,50	81,50	42,50
Doppellender (Kalb)	155,00	155,00	117,50
Mastkälber 1. Qualität	117,50	121,25	100,00
Mastlämmer	134,00	134,00	91,85
Hammel 1. Qualität	127,00	127,00	84,00
Schweinefleisch	151,25	156,10	63,10

Kleinhandelspreise für 1 Pfund Fleisch.

	31. 7.	7. 8.	8. 8.
Rind: Keule, Oberschale, Schwanzstück	1.40	1,40	1,04
" Brust	1,20	1,23	0,86
Kalb: Keule und Rücken	1,39	1,47	1,10
" Brust	1,31	1,35	1,00
Hammel: Keule und Rücken	1,49	1,51	1,06
" Brust und Bauch	1,40	1,41	0,97
Schwein: Rücken und Rippespeer	1,83	1,88	1,02
" Schinken, frischer	1,60	1,64	0,80
Speck, geräuchert	1,87	1,94	0,95
Schinken, geräuchert, im Ausschnitt	2,63	2,66	1,73

Großhandelspreise für Gemüse.

Gemüseart	Verkaufseinheit	26./31. 7.	2./7. 8.	3./8. 8.
Spinat	1 Zentner	14,60	13,00	16,10
Grüne Bohnen	"	16,40	18,00	15,00
Schoten	"	37,90	37,50	22,10
Mohrrüben	"	10,00	8,65	4,35
Blumenkohl,	100 Köpfe	35,00	29,40	18,10
Rotkohl	1 Schock	12,00	12,00	7,15
Weißkohl	"	11,60	11,50	6,00
Wirsingkohl	"	9,00	9,00	6,50
Kohlrabi	"	1,40	1,15	0,80

Kleinhandelspreise für Butter, Schmalz usw.

Ware	Verkaufseinheit	31. 7.	7. 8.	8. 8.
Butter	1 Pfund	2,01	2,06	1,38
Schweineschmalz	"	1,80	1,94	0,86
Kartoffeln	"	0,10	0,09	0,07
Eier	1 Stück	0,15	0,08	0,09

Gegenüber der Vorwoche sind die Preise für Rinder und Schweine, für Mastkälber 1. Qualität und Schweinefleisch im Großhandel, für Rinderbrust Kalb- und Schweinefleisch im Klein-

Vossische Zeitung 17./VIII. 1915

Die wirtschaftlichen Maßnahmen in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute vormittag ihre Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht der von der Reichsregierung vorgelegte fünfte Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Die Beratung begann mit einer längeren Darstellung der seit der Frühjahrstagung des Reichstages verfügten Maßnahmen durch den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Delbrück. Er beründete den Entschluß, unter Beseitigung gewisser Mängel die Organisation der Brotversorgung auf das neue Erntejahr zu übertragen. Der Staatssekretär hob hervor, daß im künftigen Wirtschaftsjahr das ganze im Reiche angebaute Brotgetreide für denjenigen Kommunalverband beschlagnahmt werden soll, in dessen Bezirk es gewachsen ist; es soll aber nicht die Beschlagnahme zugunsten der Kriegsgetreidegesellschaft (Reichsgetreidestelle) erfolgen, da sonst die Geschäfte dieser einen Zentralstelle außerordentlich vermehrt und erschwert würden. In seinen weiteren Ausführungen erläuterte Dr. Delbrück die Maßnahmen über die Aenderung des Verhältnisses, in dem das Getreide zu Mehl ausgemahlen werden soll, über die Erhöhung der Brotrationen, über den Vorrat an Futtermitteln; er sprach eingehend darüber, daß Höchstpreise für Mehl vom Bundesrat nicht festgesetzt wurden, da die Gemeinden verpflichtet seien, das Mehl zum Selbstkostenpreise abzugeben. Bei der Beschlagnahme der Gerste und des Hafers muß zunächst der Bedarf des Heeres sichergestellt werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers besprach hierauf die bekannten Vorgänge auf dem

Gebiete der Kartoffelversorgung.

Man habe die wirklich vorhandenen Vorräte an Kartoffeln erheblich unterschätzt, in den Mieten hätten sich die Kartoffeln vorzüglich gehalten, und der Vorrat wurde noch dadurch erheblich vermehrt, daß nicht ganze, sonden zerschnittene Kartoffeln zur Aussaat verwendet wurden. Durch alle diese Ursachen erklären sich der unerwartete Ausgang der seinerzeit vom Bundesrat eingeleiteten Aktion. Der Ueberfluß an Kartoffeln, der sich im Mai herausstellte, führte dazu, daß die Bedarfskreise vom freien Handel mit billigen Kartoffelangeboten überschwemmt wurden, was die Zurückziehung ihrer Fehlbedarfsanzeigen nach sich zog. Immerhin wäre die Lage weit ungünstiger gewesen, wen ndie Märzstatistik richtig gewesen wäre; dann würde die Reichskartoffelstelle Mühe gehabt haben, den unerläßlichen Bedarf an diesem unentbehrlichen Nahrungsmittel zusammenzubringen. In Zukunft werde man darauf bedacht sein, die beobachteten Mängel zu verhüten. Vielleicht würde der Handel so organisiert werden können, daß die Beschlagnahme auch weiter überflüssig bleibe. Eine Erleichterung der Marktlage für Fleisch wird vielleicht dadurch herbeigeführt werden können, daß die minder wertvollen Fleischarten an bestimmten Tagesstunden der minderbemittelten Bevölkerung verkauft werden. Der Staatssekretär schloß mit dem Ersuchen, der Nahrungsmittelfrage gegenüber in der Presse etwas mehr Vorsicht und Freundlichkeit zu beweisen; das Publikum möge so einwandfreie Einrichtungen wie den Verkauf von Dauerwaren besser würdigen als es geschehen sei.

Die Kommission einigte sich dahin, zunächst die Lebensmittelfragen zu beraten, dagegen die Angelegenheit der Erneuerung des Kohlensyndikats erst am Schlusse in Verhandlung zu ziehen.

Ein konservativer Abgeordneter beklagte die Teuerung, erklärte die Vorwürfe gegen die Landwirte für ungerechtfertigt und führte aus, daß die Zwangseinrichtungen nicht ganz zum Ziel führten. Die Reichsregierung habe die Verpflichtung, die Oeffentlichkeit völlig über die Ursachen der Teuerung aufzuklären. Der Redner erklärte sich mit der öffentlichen Kennzeichnung des Lebensmittelwuchers einverstanden. Er begrüßte es, daß die Kommunalverbände eine größere Selbständigkeit erlangen sollen, hält auch die Teilung der Reichsgetreidestelle in eine Verwaltungs- und Geschäftsstelle für richtig. Die Heraufsetzung der Brotrationen sei noch nicht spruchreif, die Herabsetzung der Ausmahlverhältnisse dagegen begrüßenswert. Die Landwirte fänden sich mit den Getreidehöchstpreisen ab, obwohl sie ein Opfer für sie bedeuten, aber

eine weitere Herabsetzung der Mehlpreise

sei sehr wohl möglich. Bei 80 v. H. Ausmahlung betrage die Spannung zwischen dem Getreide- und Mehlpreis 55 Mark, während ein Mahllohn von 25 Mark als ausreichend erklärt werden müsse. Die Fleischfrage stelle sich als eine Futterfrage dar.

Ehe die Kartoffelernte nicht übersehen werden könne, sei es nicht möglich, im einzelnen Bestimmungen zu treffen. Es muß aber dafür gesorgt werden, die Vorräte rechtzeitig zu sichern. Die Kartoffelversorgung hat die Städte Geld gekostet, das Reich wird sich bei der Regelung und Kostentragung nicht ausschließen können. Auch auf dem Gebiet der Futtermittelversorgung wird das Reich eventuell ein Verluftgeschäft übernehmen müssen. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch sei außerordentlich schwierig und unter Umständen eine zweischneidige Maßnahme. Am ehesten ist noch durch Organisation des Handels ein Erfolg zu verzeichnen. Den Gemeinden ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die Versorgung der Kinder mit Milch sicherzustellen, eventuell muß das Reich den dabei entstehenden Verlust mit tragen helfen. Schließlich muß auch der Zuckermarkt geregelt werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers bemerkte, daß eine Bestrafung der einzelnen Wucherfälle leicht sein werde, zunächst müsse auf die abschreckende Wirkung der gegen den Wucher erlassenen Bestimmungen gerechnet werden.

Kölnische Zeitung
19./VIII. 1915

und verursachte auf ihm einen großen Brand. Bei Ari Burnu herrscht Ruhe. Bei Sidd ül Bachr versuchte der Feind nach einer heftigen Artillerievorbereitung einen Angriff mit Bomben gegen unsern linken Flügel; er wurde durch unsere Gegenangriffe in seine frühern Stellungen zurückgeworfen und ließ eine Anzahl Tote zurück. An den übrigen Fronten keine Veränderung.

Der Seekrieg.

Der Verlust des Royal Edward.

T **Von der holländischen Grenze,** 18. Aug. **(Telegr.)** Die Daily News schreibt in einem Leitartikel über den Verlust des Transportschiffes Royal Edward im Ägäischen Meer, die Nachricht sei allzu trüb, als daß man versuchen dürfte, die Bedeutung des Ereignisses durch Kundgebung eines falschen Optimismus zu verbergen. Gegenüber den Tapfern, deren Lebensfaden abgeschnitten wurde, bevor sie Gelegenheit hatten, einen Kampf für ihr Vaterland zu bestehen, wäre es unstatthaft, eine andere Empfindung als Trauer zu zeigen. Indes sei der Verlust von Transportschiffen eine unvermeidliche Beigabe des Seekrieges. Es sei nur ein Wunder, daß Royal Edward im 13. Kriegsmonat das erste Schlachtopfer seiner Art in dem Tauchbootkrieg geworden sei. Kanadier seien über den Atlantischen Ozean befördert worden, Australier hätten die weite Entfernung durch den Stillen Ozean zurückgelegt, Gurkhas und Sikhs seien durch den Indischen Ozean und darauf durch das Mittelmeer bis Marseille gefahren. Allen diesen Truppen hätte die Admiralität eine sichere Fahrt gewährleistet. Abgesehen von dem Verlust dieses einen Transportschiffes habe sie ihr Versprechen glänzend zu halten vermocht. Es spreche nicht für die angebliche Gefahr der Tauchboote, daß die Admiralität nicht eher als gestern den Verlust von Soldaten auf Transportschiffen habe zugeben müssen.

T **Von der holländischen Grenze,** 18. Aug. **(Telegr.)** In der Antwort auf die deutsche Note über die Versenkung von William P. Frye wird nach einer Reutermeldung nicht nur der Vorschlag auf Schadenabschätzung, sondern auch der andere Vorschlag auf Klärung der Schwierigkeit mit Bezug auf den preußisch-amerikanischen Vertrag von 1828 durch das Haager Schiedsgericht angenommen. [In dieser Hinsicht hat gestern das Reutersche Bureau selbst gemeldet, daß dieser Vorschlag abgelehnt worden sei.] Die Note fragt weiter, ob Deutschland unterdessen bereit sei, nach der deutschen oder nach der amerikanischen Auslegung dieses Vertrages zu handeln.

Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

Die Beratung in der Budgetkommission des Reichstags.

♆ **Berlin,** 18. Aug. **(Telegr.)** Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute vormittag die Beratung der Maßnahmen über die Lebensmittelversorgung fort.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter, der davon ausging, daß Kriegszeiten nun einmal teure Zeiten seien, erklärte, daß die ganze Kommission überzeugt sei von dem guten Willen des Staatssekretärs und der Regierung. Fehlschläge seien aber um so eher wahrscheinlich, als es an vorhergegangenen Beispielen für die Durchführung der jetzt gestellten Aufgaben fehle. Immerhin aber sei durch das Eingreifen der Reichsleitung eine noch weitergehende Teurung verhindert worden. Zu bedauern sei indes, daß der Handel von Anfang an in so weitgehendem Maße ausgeschaltet wurde. Nach dem Muster von Posen müßte

eine Organisation des Handels

mehr als bisher in den Dienst der Lebensmittelversorgung gestellt werden. Einverstanden erklärt sich der Redner damit, daß nicht bloß die Riesenmühlen für die Reichsgetreidestelle beschäftigt werden sollen. Über die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen werde zu reden sein, wenn die vom Unterstaatssekretär Michaelis in Aussicht gestellte Unterkommission ihre Arbeit beendigt haben werde. Die Höchstpreise seien leider erst sehr spät eingeführt worden, was zur Folge gehabt habe, daß sie hoch ausfallen mußten nach der inzwischen getriebenen spekulativen Preistreiberei. Die Höchstpreise bedeuteten aber, wie im Gegensatz zu einer gestern ausgesprochenen Behauptung festgestellt werden müsse, kein Opfer für die Landwirtschaft, sondern brächten ihr, besonders dem Großgrundbesitz, ganz erhebliche Gewinne. Die Opfer der Landwirtschaft sollten gar nicht bestritten werden; sie lägen ganz besonders auf dem Gebiet der hohen Futterpreise, die vor allem den Klein- und Mittelbesitz am härtesten träfen. Zur Verhütung einer Unterernährung müssen

die Brotrationen sobald als möglich erhöht

werden, zumal Fleisch und Fett so überaus verteuert würden. Rumänien müsse seine Ausfuhrzölle beseitigen, wenn eine Einfuhr

Vossische Zeitung
21. VIII. 1915

itung. 1915
21. August

Der Kampf gegen die Teuerung.

Der Berliner Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung olgenden Leitlinien für Einrichtungen zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise grundsätzlich zugestimmt:

Es empfiehlt sich, gemeindliche Einrichtungen zu schaffen, um Preisbildungen zu erkennen und ihnen zu begegnen. Es sollen Stellen geschaffen werden, die die Ware von der Erzeugung bis zum Verbrauch verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stellen beobachten und dabei prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese zu bekämpfen sind. Als Mittel der Verhütung kommt insbesondere in Betracht: gütliche Einwirkung, Anzeige zur Bestrafung, Veröffentlichung, Anregung von Maßnahmen beim Oberkommando und bei den Zentralbehörden. Diese Stellen werden weiterhin die Stadt bei eigenem Lebensmittelankauf und Lebensmittelverkauf, sowie bei Uebernahme böswillig zurückgehaltener Nahrungsmittel zu beraten haben. Statt oder neben gerichtlicher Bestrafung kann auch gemäß früherer Anordnung des Oberkommandos Schließung des Gewerbebetriebes in Betracht kommen.

Es sollen zentrale und lokale Organe gebildet werden. Die zentralen Organe haben die Produktions- und Großhandelspreise zu beobachten. Zur Ueberwachung des Kleinhandels müssen lokale Organe über die ganze Stadt ausgebreitet werden. Sie sollen Informationen von der Zentrale erhalten, den Kleinverkauf kontrollieren und das Revisionsergebnis der Zentrale mitteilen. So sollen Produzenten, Groß- und Kleinhändler sich unter ständiger Aufsicht fühlen.

Obwohl es sich um die wichtigsten Nahrungsmittel handelt, bedingt deren Vielfältigkeit doch für die Tätigkeit der Zentrale eine Einteilung in mehrere Gruppen. Als solche sind in Aussicht genommen: a) Gemüse, Kartoffeln, Obst; b) Fleisch, Fleischwaren, Fleischette, Fische (frisch, gesalzen und geräuchert); c) Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Oele; d) Hülsenfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren und Konserven.

Jede dieser Gruppen soll von einer Kommission bearbeitet werden. Die Kommissionen sollen durch Vorsitzende geleitet werden, denen volkswirtschaftlich vorgebildete, für diesen Zweck einzustellende Hilfskräfte beigegeben werden.

Innerhalb jeder Kommission müssen das Produktionsgewerbe, der Groß- und Kleinhandel sowie Verbraucher (letztere durch Mitglieder des Vereins für Konsumenteninteressen, der Konsumgenossenschaften, des Nationalen Frauendienstes, der Gewerkschaften) vertreten sein. Die Kommissionen haben sich an die vorhandenen städtischen Einrichtungen, insbesondere die Markthallen, den Schlacht- und Viehhof, die landwirtschaftliche Verwaltung und das Statistische Amt anzulehnen.

Die Einheitlichkeit des Geschäftsbetriebes bedingt, daß neben den vier Fachkommissionen eine fünfte Kommission für den zentralen Geschäftsbetrieb gebildet wird. Dieser Kommission würden insbesondere folgende Aufgaben zufallen: Ueberwachung der gesamten Einrichtung, Erledigung der generellen Aufgaben, Direktiven für die vier Fachkommissionen, Verkehr mit den

Hamburger Nachrichten
22./VIII. 1915
die Lebensmittelfrage im Reichstag.

5822

Die Lebensmittelfrage im Reichstag.

S. **Berlin**, den 21. August.

(Eigene Drahtmeldung.)

Der Abgeordnete Liebknecht fand es für notwendig, die komödienhafte Ausführung, die er sich in der gestrigen Reichstagssitzung geleistet hat, fortzusetzen, indem er vor Eintritt in die Tagesordnung feststellte, die Mitteilung des Präsidenten, die Kreditvorlage sei in dritter Lesung einstimmig angenommen worden, sei nicht zutreffend, weil — er, der große Abgeordnete Liebknecht — gegen die Vorlage gestimmt habe Diese welterschütternde Mitteilung wurde von dem Hause mit dem gebührenden schallenden Gelächter aufgenommen, und das Haus ging zur Tagesordnung über. Auf dieser standen Anträge und Resolutionen der Budgetkommission betreffend die wirtschaftlichen Fragen, in erster Linie die Lebensmittelversorgung. Daß dabei der Lebensmittelwucher von allen Seiten die schärfste Verurteilung fand, ist selbstverständlich. Allerdings gingen die Urteile der Redner der verschiedenen Parteien darüber auseinander, wo die Ursachen der Lebensmittelverteuerung zu suchen seien. Während auf der einen Seite Anschuldigungen gegen unsere Landwirte erhoben wurden, legte man die Verteuerung auf der anderen Seite hauptsächlich einem illegitimen Zwischenhandel zur Last. Der Staatssekretär Dr. Delbrück nahm unsere Landwirte recht energisch in Schutz. Er legte das Hauptgewicht auf die Schaffung einer ausreichenden und zweckentsprechenden Organisation. Daß eine solche ihre Schwierigkeiten hat, ging allerdings aus seinen Ausführungen sehr deutlich hervor. Immerhin darf man die Hoffnung hegen, daß die Lebensmittelversorgung unseres Volkes im zweiten Kriegsjahr noch besser organisiert sein wird, wie im ersten und daß, was die Hauptsache ist, die Mittel für eine ausreichende Ernährung unseres Volkes in jeder Hinsicht vorhanden sind. Von einer Aushungerung des deutschen Volkes kann heute unter keinen Umständen mehr die Rede sein. Das war das Fazit der heutigen Verhandlungen über die Lebensmittelfrage, die freilich noch nicht zu Ende geführt wurde, sondern am Montag ihren Fortgang finden soll.

*

15. Sitzung.

Berlin, den 21. August.

Abg. **Graf Westarp** (kons.) fährt als Berichterstatter der Budgetkommission fort:

Im Zusammenhang damit steht die Forderung nach Erhöhung der Brotration. Die Reichsgetreidestelle hat sich in der Lage gesehen, die Erhöhung in Aussicht zu nehmen. Die Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß die heutigen Getreidepreise nicht exorbitant hoch sind, daß sie nur mittelhoch festgesetzt sind, und daß die Preise mit den gestiegenen Produktionskosten in Verbindung stehen. Eine Erhöhung der Höchstpreise wurde auch von der Landwirtschaft nicht verlangt.

Auf der anderen Seite ist die Berechtigung für die Höhe der Preise bestritten, weil die Landwirtschaft sehr gute Geschäfte mache und bei der Landwirtschaft eine große Geldflüssigkeit vorhanden sei. Dagegen ist aber entgegnet, daß in der Industrie die Rente viel höher sei, als bei der Landwirtschaft, und daß die Flüssigkeit der Geldmittel nichts für die Rente beweise.

Angesichts der großen Spannung zwischen den Getreidehöchstpreisen und den Mehlpreisen wurde behauptet, daß die Festsetzung der Höchstpreise nicht den Konsumenten zugute komme, und die Größe der Spannung wurde der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben. Es wurde gewünscht, daß die fakultative Bestimmung, wonach die Gemeinden Höchstpreise für Mehl festsetzen können, obligatorisch gemacht werden solle, und daß überall Höchstpreise für Mehl festgesetzt werden.

Von der Kommission wurde eine Unterkommission eingesetzt, die sich eingehend mit der Spannungsfrage beschäftigte. Die Unterkommission stellte fest, daß in Friedenszeiten im Durchschnitt der letzten zehn Jahre die Spannung 45 oder 46 Mark betragen habe, während sie heute sich auf 110 Mark belaufe. Man kam zu dem Ergebnis, daß diese beiden Zahlen nicht ohne weiteres vergleichbar seien, daß die große Zahl vielmehr auf die Kriegsursachen zurückzuführen sei. Unwirtschaftliche Maßnahmen konnte die Kommission jedenfalls der Reichsgetreidestelle nicht vorwerfen.

Es lag auch ein Antrag vor, die verbündeten Regierungen möchten die Beschlagnahme der Gerste in Abänderung der Bundesratsverfügung vom 28. Juli 1915 in der Weise vornehmen, daß unter Freilassung der kleineren Betriebe entsprechend der Anbaufläche unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere des Viehstandes, ein gesteigerter Prozentsatz beschlagnahmt wird. Hier wurde hervorgehoben, daß diese Beschlagnahme ohne unnötige Behelligung der Betreffenden vorzunehmen ist. Besprochen wurde dann auch die Gersteverwertungsgesellschaft. Hier suchte die Regierung die Bedenken zu zerstreuen, als ob es sich um eine Gerste-Entwertungsgesellschaft handele. Im engen Zusammenhang damit steht der Antrag, unverzüglich Höchstpreise für Braugerste, Braumalz und Braukontingente festzusetzen.

Bezüglich der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Milch wurde auch jedenfalls Wert darauf gelegt, daß für die Kinder die nötige Milch beschafft werden müsse. Hier müßten erforderlichen Falles die Gemeinden eintreten. Die Milch-, Käse- und Butterfrage ist schließlich eine Futtermittelfrage. Für das Futter, das die Landwirte bisher aus eigenen Beständen nehmen konnten, müssen sie Ersatz schaffen und diesen zum Teil mit hundert und mehreren hundert Prozent teurer kaufen, als sie für die beschlagnahmten Mengen erhalten haben. Hier müßten Maßnahmen getroffen werden, die es den Landwirten ermöglichen, das Futter zu demselben Preise zu kaufen, zu dem sie ihre Erzeugnisse haben hergeben müssen.

Die Kartoffel ist ein sehr schwer zu handhabendes Objekt. Hier kommt alles auf die Behandlung durch die Landwirte an. Es wurde deshalb die Befürchtung ausgesprochen, daß bei Festsetzung von Höchstpreisen für Speisekartoffeln, falls diese zu niedrig sind, die Zufuhr zu den Märkten nicht genügend sein würde. Außerdem sei auch die Beschlagnahme von Kartoffeln eine schwer durchzuführende Maßnahme. Es wurde darauf hingewiesen, daß ähnlich wie im vergangenen Jahre und unter Ausnutzung der dabei gemachten Erfahrungen die Kommunen und Körperschaften sich rechtzeitig mit genügend Kartoffelvorräten versehen sollen, um sie später an die Verbraucher abgeben zu können.

Es wurde auch gesprochen über Höchstpreise für Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst und ebenso über die Frage des Wildschadens. Hier wurden ganz besonders energische Maßnahmen gefordert. Ausgeführt wurde dann ferner, daß infolge der starken Zunahme des Verbrauchs die Aussichten des Zuckerhandels nicht besonders rosig seien. Andererseits wurde auch darauf hingewiesen, daß den Süßstoffen jeder Nährwert fehlt.

Soviel ging jedoch aus den ganzen Kommissionsverhandlungen hervor, daß für unser Durchhalten auch für das kommende Jahr gesorgt ist, namentlich, wenn die vorhandenen Organisationen weiter halten und weiter ausgebaut werden. Diese Organisationen beruhen zu einem großen Teil auf einem Zwang, auf einem Eingriff in die private Wirtschaft der Erzeuger und Verbraucher, und zwar in einem Umfange, wie man es sich im Frieden nie hätte träumen lassen. Es hat sich gezeigt, daß mit Zwang allein der nötige Erfolg nicht erreicht werden kann, wenn nicht der gute Wille im Volke vorhanden ist. Dieser gute Wille ist im allgemeinen da und die Kommission hat bestätigt, daß auch in dieser Beziehung das deutsche Volk den besten Willen betätigt, auch unter großen Opfern die Lasten des Krieges auf sich zu nehmen, um auch in dieser Beziehung den Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen. (Beifall.)

Der Berichterstatter beantragte namens der Kommission, sämtliche in dieser Beziehung vorliegenden Anträge der Regierung als Material zu überweisen.

Von den Sozialdemokraten ist als Abänderungsantrag zu dem Kommissionsantrag a) die folgende Entschließung eingebracht:

Den Reichskanzler zu ersuchen: 1. zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überweisen; 2. den mit der Preisprüfung der Lebensmittel betrauten Kommunalverbänden die Befugnis zu erteilen, von den bei der Bildung der Preise beteiligten Produzenten, Groß- und Kleinhändlern über die der Preisbildung zugrunde liegenden Tatsachen, sowie von den Verbrauchern über ihre Vorräte Auskunft zu fordern. Verweigerung der Auskunft oder unrichtige Angaben sind unter Strafe zu stellen; 3. das im § 1 der Verordnung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 vorgesehene Verfahren der Übertragung des Eigentums von Gegenständen des täglichen Bedarfs neben den von der Landeszentralbehörde bezeichneten anderen Organen den Kommunalbehörden zu übertragen; 4. dafür zu sorgen, daß eine Herabsetzung der Getreidehöchstpreise und eine entsprechende Festsetzung von Mehlhöchstpreisen stattfindet; 5. daß für Kartoffeln eine ähnliche Verteilungsorganisation geschaffen wird wie für Brotgetreide und der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung unterstellt wird, wobei die Aufbewahrung der beschlagnahmten Mengen zum größten Teil den Verbrauchern überlassen werden kann; 6. daß Höchstpreise mit Anpassung an die Preise der letzten Jahre vor dem Kriege an die Produktionskosten, aber auch an die Zahlungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung wenigstens für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte und Obst festgesetzt und den Gemeinden die Schaffung einer Hilfsorganisation zum Verkauf erleichtert wird.

Abg. Dr. **Quark** (Soz.): Die bisherigen Maßnahmen der Regierung in Bezug auf die Ernährungsfrage lagen lediglich im Interesse der Landwirte und Produzenten. Sie hat ihnen hohe Getreide- und Kartoffelpreise verschafft, ihnen reichliche Einnahmen gesichert, ohne Rücksicht auf die Konsumenten zu nehmen. Der sächsische Landeskulturrat findet sogar die Getreidepreise noch zu niedrig. Für die Konsumenten heißt es: „Wehe dir, daß du nur Käufer bist!" Die Verordnungen des Bundesrats gegen den Wucher werden nur wenig praktische Wirkung haben. Der arbeitenden Bevölkerung nützen nur Taten. Da freiwillig nichts geschieht, so müssen zwangsweise Höchstpreise für alle unentbehrlichen Artikel eingeführt werden. Eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung hätte schon vor Jahr und Tag eingeführt werden müssen. Wenn Höchstpreise für Mehl — deren Herabsetzung wir fordern — möglich waren, so sehen wir nicht ein, weshalb nicht auch auf anderen Gebieten das möglich sein soll. Trotzdem auf höhere Anordnung hin jetzt mehr Gemüse angebaut wird als früher, sind doch die Preise hierfür um das Drei- und Vierfache gestiegen. Hier sollte eine von den Gemeinden zu schaffende Hilfsorganisation preisregulierend wirken. Für die Beschlagnahme der Kartoffelvorräte waren in der Kommission außer den Konservativen alle Parteien zu haben. Wenn die Regierung trotzdem hierauf nicht eingeht, so muß sie auch die volle Verantwortung für eine neue Teuerung übernehmen. Um eine Preissteigerung und damit eine Erbitterung der Bevölkerung zu vermeiden, müssen die bei der Preisregulierung mitwirkenden Organisationen weiter ausgebaut werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Giesberts** (Ztr.): In der Kommission waren sich die Parteien und Regierung einig in der Beurteilung der wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung. Das Volk trägt geduldig die schweren Lasten des Krieges, aber man sollte Maßnahmen treffen, gerade der ärmeren Bevölkerung Brot und Kartoffeln zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Das ist die Hauptsache, dann würde die Unzufriedenheit, die sich jetzt im Volke zeigt, verschwinden. Hierfür sollte auch die Landwirtschaft ein Opfer bringen. Notwendig sind Reformen im Wirtschaftsbetriebe. Es muß mehr Gemüse als Fleisch verabfolgt werden, und das Fleisch könnte für zwei Tage in der Woche verboten werden. Auch hinsichtlich der Obstverwertung bestehen große Mißstände, namentlich hinsichtlich des Exports. Das Volk ist sicherlich bereit, Entbehrungen auf sich zu nehmen, wie sie die Soldaten draußen in so großer Zahl ertragen, aber wir im Parlament müssen dafür sorgen, daß Mißstände auf diesem Gebiete beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Ministerialdirektor Müller: Das Gerücht, Obst werde vom Rhein nach Holland ausgeführt, beruht nicht auf Tatsachen. Irgend ein Beweis für die Behauptung ist nicht erbracht worden. Richtig ist nur, daß nach der Schweiz süße Kirschen, die einen langen Transport nicht aushalten, ausgeführt worden sind, und nach Holland Erdbeeren. Ein Schmuggel in größerem Maßstabe ist völlig ausgeschlossen. Sollten sich irgendwo Mißstände zeigen, so sollte das Reichsamt des Innern benachrichtigt werden, damit die erforderlichen Feststellungen getroffen werden können.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück:

Mein Kollege vom Reichsschatzamt hat gestern in seiner Einleitung einen eingehenden Überblick über die finanzpolitischen Transaktionen und ihre Erfolge gegeben und überaus hoffnungsfreudige, befriedigende Aussichten für das zweite Jahr gemacht. Es lag für mich die Versuchung nahe, ihre heutige Zusammenkunft einzuleiten durch einen Rechenschaftsbericht über den wirtschaftlichen Krieg, den zu leiten und zu führen mir obliegt. Ich muß aber dieser Versuchung widerstehen. Die Maßnahmen, die Organisationen, die Anordnungen, die wir zu treffen haben, sind so vielseitig, so kompliziert in ihrem Zusammenhange, daß ein erschöpfendes Bild im Rahmen einer Reichstagsrede nicht gegeben werden könnte, da sie den Zeitraum, den ich mit Rücksicht auf meine Zuhörer und auf mich selbst in Anspruch nehmen muß, überschritte. Es kommt hinzu, daß auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens eine Reihe von Vorgängen und Plänen vorliegt, über die ich im Plenum des Reichstages ebensowenig sprechen kann, wie über etwaige Pläne unserer obersten Heeresleitung.

Ich habe mich unter diesen Umständen entschlossen, über den Wirtschaftskrieg und was damit zusammenhängt, abschnittweise zu reden und dabei Ihren Debatten zu folgen. Ich wende mich zunächst der

Ernährungsfrage

zu. Dabei werde ich mich auf einige allgemeine Gesichtspunkte beschränken und die Einzelheiten, so weit das möglich ist, auf eine spätere Gelegenheit zurückstellen; denn obwohl die Ernährungsfrage nur einen kleinen Abschnitt dessen umfaßt, was wir als Wirtschaftskrieg bezeichnen, so ist doch die Materie eine so weitschichtige, daß man ihre Einzelheiten kaum in einer Rede erschöpfen kann. Trotzdem aber muß ich doch einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. Denn die Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungsfragen hängen mit zahlreichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wirtschaftskrieges so eng zusammen, daß sie ohne eine allgemeine Übersicht immer ein einseitiges und schiefes Bild ergeben müssen.

Es handelte sich nach dem Kriegsbeginn, der die Grenzen schloß und die Aus- und Einfuhr verhinderte, um eine vollständige Wiederbelebung unserer Wirtschaftsgebiete, um eine Wiederbelebung von Handel und Gewerbe, von Industrie und Landwirtschaft. Es handelt sich um die sachgemäße Regulierung des vollständig durcheinander geratenen Arbeitsmarktes, um die Feststellung der verfügbaren Betriebsmittel, um ihre sachgemäße Verteilung und Verwendung, und endlich auch für die Nahrungsmittel um eine sachgemäße Regulierung des Verbrauchs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Heeresverwaltung und der Zivilbevölkerung, und unter Berücksichtigung der vorhandenen Mengen. Hand in Hand damit mußte die Fürsorge für die Ernährung der Bevölkerung, die Sicherstellung der erforderlichen Nahrungsmittel für die breiten Massen zu erträglichen Preisen und in ausreichenden Mengen gehen.

Diese Aufgabe der Wiederbelebung der Produktion auf der einen Seite und die Ernährung des Volkes zu billigen Preisen auf der anderen Seite bildete einen gewissen Interessengegensatz. Diese Gegensätze zwischen Interessenten und Konsumenten und Produzenten, die weder im Frieden, noch unter den schwierigen Verhältnissen eines Krieges parallel gehen, vollständig miteinander zu vereinigen, war eine schwierige Aufgabe. Nun wissen wir längst, daß diese Schwierigkeiten bezüglich der Nahrungsmittel nicht auf der Beschaffung der erforderlichen Mengen beruhen, die sind da, die haben wir gehabt und werden sie haben; sondern sie liegen in der Preisbildung, in der Steigerung der Preise, die ja jeder wirtschaftlichen Komplikation zu folgen pflegt.

Wenn wir an eine Regelung der Preise von Reichswegen herantreten, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Preise, wie sie dieser Krieg für uns geschaffen hat, aus natürlichen Gründen höher sein müssen als im Frieden. Durch den Krieg wird die Produktion erschwert und verteuert. Mit diesem natürlichen Steigen der Preise muß bei allen solchen Maßnahmen gerechnet werden. Die Regierung, die das nicht tun wollte, würde ihre Aufgabe nicht verstehen oder ihre Pflicht verletzen. Daneben liegt nun allerdings das spekulative Moment, das seit Beginn des Krieges preistreibend gewirkt und — darüber sind wir alle einig — gewisse Artikel auf Preise getrieben hat, die beängstigend wirken müssen und für die wir eine Berechtigung nicht anerkennen. Dieses spekulative Moment hat uns von Anfang an zum Eingreifen genötigt. Mein erster Versuch, die Festsetzung der Höchstpreise entsprechend der Entwicklung des Krieges, hat bewiesen, daß Höchstpreise allein niemals ein hinreichendes Mittel sind, um die Bevölkerung nicht nur preiswert, sondern auch ausreichend zu ernähren. Wenn die beschlossenen Bestimmungen strikt durchgeführt werden, regulieren die Höchstpreise höchstens den Preis, nicht aber den Markt. Und das bitte ich immer im Auge zu behalten, sie deroutieren unter gewissen Umständen den Markt. Es ist sehr schwer, die richtige Mitte zu finden, solange man nicht die preisbildenden Momente in ihrer Gesamtheit kennt und berücksichtigt.

Beim Getreide, bei Gerste und Hafer, hat man die Beschlagnahme anwenden können. Aber bei einer ganzen Anzahl von Artikeln stellt die Beschaffung, die Schwierigkeit der Behandlung und Verarbeitung einer erfolgreichen Beschlagnahme unüberwindliche Schranken entgegen. Es muß also nach Mitteln gesucht werden, die, wenn sie schon die Beschlagnahme nicht ersetzen, doch in gewissen Grenzen zu denselben Resultaten führen. Bei einzelnen Artikeln ist es möglich gewesen, sogar ohne Höchstpreise auszukommen, weil wir es nur mit wenigen großen Organisationen zu tun hatten. Ich verweise auf Petroleum. Eventuell wird also, wo keine Syndikate usw. bestehen, von Staatswegen helfend einzugreifen versucht werden müssen. Ansätze zu einer solchen Organisation sind von uns schon im vergangenen Jahre wiederholt erwogen worden. Wir sind damit nicht zum Ziele gekommen. Ich hoffe aber, daß wir jetzt dem Ziel nahe sind. Ich habe es nie aus dem Auge verloren.

Da ist es nun begreiflich, daß man von Anfang an empfohlen hat, der ungerechtfertigten Preistreiberei, dem Wucher, durch kriminelle Maßnahmen entgegenzutreten, und Sie wären berechtigt, mich zu fragen, warum die Reichsleitung diesen Wünschen verhältnismäßig lange widerstanden hat. Von den Gepflogenheiten und Grundsätzen des Friedens muß man sich erst allmählich entwöhnen, ehe man so weit kommt, den veränderten Verhältnissen des Krieges gesetzgeberisch beizukommen. Auch die vorsichtige Formulierung der letzten Bundesratsverordnung würde im Frieden niemals die Billigung des Reichstages gefunden haben. Immerhin haben wir uns entschlossen, diesen Weg zu gehen. Ich bin auch bereit, ihn weiter zu gehen, soweit das möglich ist, nicht, weil ich glaube, daß tatsächlich der Erfolg ist, daß die Preise sinken, wohl aber, weil ich meine, daß die Bedrohung derartiger Vergehen nötig ist, um dem Rechtsgefühl des Volkes zu entsprechen, weil man Grundlagen schaffen muß, um vor aller Welt klarzulegen, wie niederträchtig und verächtlich alle diejenigen sind, die in einer schweren Notlage ihres Vaterlandes die Ernährung ihres Volkes erschweren. (Lebhafter Beifall.)

Es wird erwogen, ob man unter bestimmten Voraussetzungen neben den jetzt schon bestehenden Strafen auch auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen kann. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Leute, die sich in schwerer Zeit so vergangen haben, Lebensmittelwucher zu treiben, müssen gebrandmarkt sein für den Rest ihres Lebens, dürfen niemals wieder ein öffentliches Amt bekleiden. Das würde eventuell der Zweck weiterer legislatorischer Maßnahmen sein. Wir erwägen ferner, ob man nicht den Richter ermächtigen soll, unter gewissen Voraussetzungen für solche Zuwiderhandlungen auch die Fortführung des Gewerbebetriebes für die Dauer des Krieges oder für immer zu untersagen. Zweifellos würden aber alle diese Maßregeln uns dem von uns erstrebten Ziele nicht näher bringen.

Es bleibt also, darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben, als letztes Mittel nur die Festsetzung von Höchstpreisen. Aber es muß versucht werden, daß man dazu kommt, und wo die Beschlagnahme ausgeschlossen ist, durch organisatorische Maßnahmen die betreffenden Bestimmungen zu ergänzen. Dazu war eine Hauptvoraussetzung die Kenntnis der preisbildenden Faktoren, und deshalb ist es ein durchaus richtiger Gedanke, die Forderung zu erheben, von Reichswegen Maßnahmen zu treffen, um diese Faktoren klarzulegen. Natürlich ist eine solche Forderung leichter zu erheben als auszuführen. Wer in der Fleischenquete mitgewirkt hat, wird sich erinnern, wie wir trotz monatelanger sorgfältigster Arbeit doch nicht richtig feststellen konnten, wo das Geld sitzen bleibt, um das sich das Fleisch auf dem Wege vom Produzenten in die Hand des Konsumenten verteuert.

Es wird richtig sein, von unten in den Gemeinden anzufangen, um festzustellen, wie sich in einer Anzahl von Orten die Preisbildung vollzieht, obligatorisch in Gemeinden von einer gewissen Größe oder für weitere Kommunalverbände Preiskommissionen einzusetzen, zusammengesetzt aus Interessenten, Händlern, Produzenten, Kaufleuten, denen die Aufgabe obliegt, die Preisbildung zu verfolgen, die Fakturen und Bücher einzusehen, Niederlagen und Keller der Händler zu besichtigen das Recht haben und eventuell auch Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfen. Als Ergänzung dazu wird nun das Recht der Gemeinden gefordert zur sofortigen Beschlagnahme und eventuell das Recht der Gemeinden zur Festsetzung von Höchstpreisen. Durch die Festsetzung von Höchstpreisen seitens der Gemeinden und einzelner Gouverneure

Frankfurter Zeitung
25./VIII.1915

Die Lebensmittelversorgung.

Das Lob der Landwirtschaft. — Die Kartoffelversorgung. — Die Kriegsgetreide-Gesellschaft.

E Berlin, 24. Aug. (Priv.-Tel.) Auch heute konnte im Reichstage die Aussprache über die Lebensmittelversorgung noch nicht zu Ende geführt werden. Das Redebedürfnis ist etwas stark, und man konnte zeitweilig versucht sein zu glauben, man erlebe im tiefsten Frieden eine Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, wo es auch alte Gewohnheit ist, daß von drei und vier und noch mehr Rednern dasselbe gesagt wird. Zur Sache selbst wurde auch heute kaum noch etwas Neues vorgebracht. Alle Redner erklärten sich wieder mit den großen Zielen des Organisationsplanes der Regierung einverstanden. Niemand verlangte, daß an den Grundlagen der Regierungsmaßnahmen gerüttelt würde, die durch die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres geläutert worden sind. Wenn ein Meinungsstreit zu erkennen war, so bezog er sich nur auf Nebensächliches, Untergeordnetes, auf Fragen, die die Ernährung unseres Volkes nicht in Frage stellen, sondern an denen nur bestimmte Berufskreise ein verschiedenes Interesse haben. So konnte trotz der dreitägigen Debatte keine Einigung darüber erzielt werden, ob es richtiger gewesen wäre, auch die Braugerste und das Braumalz Höchstpreisen zu unterwerfen, und ob es richtiger sei, diese Qualitätsware aus der Höchstpreisfestsetzung herauszulassen und im Wege der Organisation zu versuchen, eine übermäßige Preistreiberei auszuschalten. Die norddeutschen Redner erklärten sich in Uebereinstimmung mit der Regierung für letzteren Weg, die süddeutschen dagegen sind der Ansicht, daß dieser Weg nicht zum Ziele führe und eine Schädigung der Gersteninteressenten bringen würde. Auch in der Ernteschätzung gehen die Ansichten auseinander. Der konservative Arnstadt hat gestern die Korn- und Weizenernte als eine gute Mittelernte bezeichnet, aber beim Hafer von einer völligen Mißernte gesprochen. Ihm traten heute zwei praktisch Landwirte entgegen. Der nationalliberale Abgeordnete Wamhoff und der Fortschrittler Koch, beide Besitzer großer Bauernhöfe, erklärten, die Roggen- und Weizenernte sei ausgezeichnet, und sie glauben auch, daß wir in Hafer eine Mittelernte haben werden, wenn man das Ergebnis des ganzen Reiches in Betracht ziehe.

Von allen Seiten wurde das Loblied der Landwirtschaft gesungen. Man erklärte ohne Vorbehalt, daß sie Vorzügliches geleistet hat und daß es ihr hauptsächlich mit zu danken ist, daß der Aushungerungsplan unserer Feinde zu schanden geworden ist, aber gegenüber den Bestrebungen einzelner Interessentengruppen, es so darzustellen, als ob die Landwirtschaft ein ganz besonderes Opfer während des Krieges gebracht habe, stellte der Fortschrittler Koch, ein unparteiischer Zeuge, mit Recht fest, daß die Landwirtschaft kein besonderes Lob verlange; sie habe ihre Pflicht getan wie jeder andere Beruf im großen Deutschen Reiche, und es wäre verfehlt, bei der Verteilung des Lobes einen Beruf vor dem anderen voraus zu nehmen. Der einmütige Opferwille habe das Wunder vollbracht. Daran solle man nicht rütteln. Beruhigend wirkte, daß die praktischen Landwirte heute sowohl wie gestern in Uebereinstimmung mit der Regierung erklärten, daß wir auf eine vorzügliche Kartoffelernte zu rechnen haben, und es bleibt deshalb nur zu wünschen, daß uns die traurigen Erfahrungen des Vorjahres erspart bleiben. Die Hoffnung dazu besteht, nachdem der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt hat, daß bei irgend welcher ungesunden Preistreiberei er mit Beschlagnahme und Höchstpreisen dazwischenfahren würde.

In der gestrigen Sitzung hatte der Abgeordnete Pfleger vom Zentrum davon gesprochen, daß die Kriegsgetreide-Gesellschaft eine Versicherungsgesellschaft gegen Schützengrabengefahr geworden sei. Es ist erfreulich, daß die heutige Sitzung diesen Verdacht von der Kriegsgetreide-Gesellschaft genommen hat. Der Unterstaatssekretär Michaelis, der Vorsitzende dieser öfter angegriffenen Organisation, der wir in der Hauptsache es zu danken haben, daß wir mit unserem Brotgetreide im vorigen Jahre durchgekommen sind, verwahrte sich entschieden gegen einen solchen Vorwurf. Er gab offen zu, daß Mißgriffe mit unterlaufen seien, daß sich Leute in die neu gegründete Organisation gedrängt hätten, die besser ferngeblieben wären. Aber er hätte eben in der ersten Zeit, in der übrigens die Anforderungen der Heeresverwaltung noch nicht so streng gewesen seien als zurzeit, die Leute nehmen müssen, wo er sie fand, und darin wird ihm jeder zustimmen müssen, der weiß, mit welcher Hast, mit welcher Ueberstürzung die ganze neue Organisation aus dem Boden gestampft werden mußte. Als die Maschine ins Laufen gebracht worden sei, habe sich die Leitung der Kriegsgetreide-Gesellschaft aus eigenem Antrieb mit der zuständigen Militärbehörde, dem Generalkommando des 3. Armeekorps, in Verbindung gesetzt und den Wunsch ausgesprochen, daß die Feldverwendungsfähigen gemustert würden. Die gestern von dem Abgeordneten Pfleger erwähnte Musterung des Kriegsministeriums sei erst später vorgenommen worden, als die Kriegsgetreide-Gesellschaft längst die nötigen Schritte getan hätte. Dann nannte der Unterstaatssekretär einige Zahlen, von denen er selbst zugab, daß sie der Korrektur bedurft hätten: Von 862 Angestellten waren 425 reklamiert. Davon wurden zunächst 132 eingezogen. Am 4. August waren noch 311 reklamiert, und die Musterung ergab, daß davon 172 kriegsverwendungsfähig waren, ferner 76 garnisondienstfähig, 47 als jeweils dienstunfähig und 17 als dauernd untauglich. Herr Michaelis benutzte auch die Gelegenheit, um noch zahlreiche andere unberechtigte Vorwürfe gegen die Kriegsgetreidegesellschaft zu zerstreuen, Vorwürfe, die sich daraus erklären, daß noch keine Organisation so tief in die Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse einzelner Berufe eingriff und dabei Mißstimmung erzeugen mußte, als die Kriegsgetreidegesellschaft, und er tat es geschickt und wirkungsvoll und nicht ohne starken Eindruck auf das Haus. Als der Abgeordnete Spahn seinen Parteifreund Pfleger deckte, trat der Staatssekretär Dr. Delbrück mit der größten Entschiedenheit für die angegriffenen Beamten ein und stellte gegenüber dem Abg. Spahn noch einmal ausdrücklich fest, daß längst vor der Untersuchung des Kriegsministeriums die Leiter der Kriegsgetreidegesellschaft eine Untersuchung bei der zuständigen Militärbehörde beantragt hätten. Von der Begünstigung der Drückebergerei könne also durchaus keine Rede sein. Das bestätigte ein Vertreter des Kriegsministeriums und so sah sich der Abgeordnete Pfleger schließlich veranlaßt, die gestern erhobenen Vorwürfe zurückzunehmen. Er verwahrte sich auch dagegen, daß seine Ausführungen von antisemitischen Tendenzen getragen gewesen seien. Er habe seine Angaben in gutem Glauben gemacht. Damit war diese peinliche Affäre, die besser nicht den Geegnstand der Erörterungen im Plenum gebildet hätte, erledigt und zwar in einer Weise erledigt, mit der das deutsche Volk zufrieden sein kann, und die nicht den Verdacht aufkommen läßt, als hätten wir ähnliche Zustände, wie sie bei einzelnen unserer Feinde vorhanden sein sollen. Es war gut, daß der Sozialdemokrat Molkenbuhr es gerade war, der ausdrücklich feststellte daß es Fälle gibt, wo der Daheimgebliebene, auch wenn er felddienstfähig sei, schließlich mehr zur Erhaltung des Vaterlandes leisten könne, als wenn er hinaus ins Feld gezogen wäre. Hinter der Front müsse auch gearbeitet werden, wenn die Truppen vornen Erfolge erzielen sollen.

(Schluß des Berichts.)

Bei der Beratung der Kommissionsresolutionen zur Ernährungsfrage ergriff nach Unterstaatssekretär Michaelis das Wort

Abg. Wamhoff (natl.): Er beklagt es, daß im abgelaufenen Jahr so spät die Beschlagnahme der Futtermittel eingetreten sei. Die Futterrationen, die Haferrationen sind viel zu niedrig, damit kann kein Pferd auskommen. Nachdem jetzt ein Teil der Ernte herein ist, können wir sagen, daß wir eine gute Mittelernte in Roggen und eine gute Mittelernte in Weizen haben. Etwas schlechter ist es bei Hafer, aber wir können nicht von einer Mißernte in Hafer sprechen, wie es gestern hier geschehen ist. Deshalb sollte man jetzt schon die Brotrationen erhöhen und ebenso auch die Haferrationen. Sehr bedauerlich waren die

Mißgriffe bei der Kartoffelversorgung

wo man viel zu sehr die Theoretiker gehört hat. Warum hört man immer auf die Professoren und nicht einmal auf den praktischen Bauern? Hätte man das getan, dann wären nicht solche Dinge vorgekommen, und es wäre nicht passiert, daß alle Schweine totgeschlagen worden wären. Wir haben manche Wünsche und Bedenken, und die müssen wir hier vertragen ohne Rücksicht auf das Ausland, da wir jetzt keine Sorgen mehr zu haben brauchen, daß wir ausgehungert werden können. Unser Viehstand hat sich gewiß wieder erhöht, aber das Vieh steht Mangel aus, und deshalb sollte man alles tun, um größere Futtermengen für die Landwirtschaft bereitzustellen. Die Theoretiker glauben über den Fleischmangel hinwegzukommen, indem sie fleischlose Tage einführen. Das hat ja alles keinen Sinn. Wer ist denn in der Lage, jeden Tag Fleisch zu essen? Das ist doch eine ganz kleine Schicht. Die Leute aus dem Arbeiterstand und Mittelstand essen in der Woche doch nur ein- oder zweimal Fleisch, und sonst behelfen sie sich mit Kartoffeln. Dem Arbeitermangel sollte man durch stärkeres Zurverfügungstellen von Gefangenen abhelfen. Und die Gefangenen gehen gerne zu den deutschen Landwirten, das hört man überall. Dort werden sie gut behandelt und sind in Gottes freier Natur bei einer Beschäftigung. Eine besondere Anerkennung verdienen die Frauen in der Landwirtschaft, die wirklich schwere Arbeit mit Opfermut tun und die einen Kriegsdienst hinter der Front in schwerster Weise leisten. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatssekretär Delbrück: Es hat keiner vermuten können, daß in der Kommission bei diesem Anlaß die vom Abgeordneten Pfleger berührte Frage angeschnitten werden würde. Die Kriegsgetreide-Gesellschaft wurde gegründet im Anfang des Winters zu einer Zeit, wo die Anforderungen der Heeresverwaltung geringer waren als heute und wo der Arbeitsmarkt durcheinander war. Es ist selbstverständlich, daß man bei der Riesenarbeit, die plötzlich an die Gesellschaft herantrat, genommen hat, was sich anbot. Nun werden diese Leute eingearbeitet. Eine Organisation, von der die Verpflegung des ganzen Volkes abhängt, kann nicht zu einem Termin sein ganzes Personal wechseln, das kann nur allmählich nachgeschoben werden. So erklärt es sich, daß in der Kriegsgetreide-Gesellschaft eine große Zahl militärpflichtiger oder dienstpflichtig Gewordener war, die nur allmählich nachgeschoben werden konnten. Täglich erscheint der Leiter eines großen industriellen Unternehmens bei mir und sagt: Im Interesse der Kriegführung muß der oder der befreit werden. Darin findet keiner etwas. Aber wenn die Kriegsgetreidegesellschaft vielleicht in der ersten Zeit etwas zu weit gegangen ist in der Besorgnis, daß sie ihre Aufgaben sonst nicht erfüllen könne, dann wagt man zu behaupten, daß sie eine Organisation gegen die Schützengrabengefahr sei. Dagegen muß ich die Beamten mit aller Entschiedenheit schützen. (Lebhafter Zustimmung.) Der Kriegsminister hat eine Untersuchung eingeleitet. Er konnte nicht wissen, daß die Sache schon vorher von der Leitung der Gesellschaft selbst beim stellvertretenden Generalkommando des 3. Armeekorps in Gang gebracht war. Von 624 Angestellten sind kriegsverwendungsfähig 171. Von diesen sind 120 ratenweise eingezogen worden, so daß also von den Felddienstfähigen nur 50 Prozent übrig blieben, die kriegsverwendungsfähig, die aber reklamiert sind, weil sie in leitender Stellung sind und gebraucht werden. Außerdem sind garnisondienstfähig 76. Von den 171 Felddienstfähigen, die jetzt zum großen Teil abgeschoben werden, sind übrigens nur drei gediente Leute, alle andern waren ungediente Landsturmleute. Die Untersuchung bei der Kriegs-Getreide-Gesellschaft ist erfolgt auf Wunsch der Geschäftsleitung hin, die sich zu diesem Zweck an das stellvertretende Generalkommando des 3. Armeekorps wandte. Von diesen Abmachungen konnte das Kriegsministerium nichts wissen. Das ist alles schon geschehen, ehe das Kriegsministerium seine Untersuchung einleitete. So liegen die Dinge. Ich habe oft gesagt, daß ich eine Kritik für nützlich halte und daß ich das Recht der Kritik dem Parlament nicht bestreiten will. Ich habe auch gesagt, daß ich dankbar wäre, wenn hier Beschwerden von nachgeordneten Stellen vorgetragen werden, damit ich sie untersuchen kann. Ich muß aber dagegen Verwahrung einlegen, daß man den leitenden Personen und verschiedenen Beamten dieser Stellen, die unter schwierigsten Verhältnissen im Kriege ihr Amt wahrzunehmen haben, solche Vorwürfe macht, wie sie gestern Herr Pfleger erhoben hat und wie sie heute von dem Abgeordneten Spahn gutgeheißen worden sind, und das in einem Augenblick, wo die Herren selbst wußten, daß der Herr Kriegsminister zwar eine Untersuchung anordnete, daß ihm aber das Ergebnis der Untersuchung noch nicht bekannt war. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Spahn (Z.): Ich habe dem Herrn Staatssekretär zu erklären, daß der Herr Kriegsminister bei seiner Mitteilung uns nichts davon gesagt hat, daß außer der von ihm angeordneten Untersuchung noch eine andere stattgefunden hat. (Staatssekretär **Delbrück** ruft: Das konnte er nicht wissen!) Etwas weiteres habe ich nicht gesagt. Die Zahlen hat uns der Herr Unterstaatssekretär heute selbst mitgeteilt. Er hat uns gesagt, daß von 600 Reklamierten 17 untauglich sind. Etwas weiteres habe ich nicht zu sagen. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Koch (Fortschr. Volkspartei): Die deutsche Landwirtschaft hat Gewaltiges während des Krieges geleistet. Ihr ist es zu danken, daß die Aushungerungspläne zu schanden geworden sind. Was der Herr Staatssekretär hier gesagt hat über das, was die kleinen Bauernfrauen geleistet haben, das ist mir sehr nahe gegangen, weil ich es aus persönlichen Verhältnissen kenne. Aber wir wollen nicht vergessen, daß ihr

Opfermut durch alle Stände

hindurch im Deutschen Reiche vorhanden ist. Die kleinen Handwerker und die kleinen Gewerbetreibenden, die kleinen Kaufleute haben es ebenso schwer gehabt, und wir wollen die Anerkennung auch auf sie übertragen. (Lebhafte Zustimmung.) Von der diesjährigen Ernte ist die Haferernte am schlechtesten geraten. Im übrigen aber kann die Landwirtschaft sehr zufrieden sein. Das verfrühte Abschlachten der Schweine zeigt jetzt seine unangenehmen Folgen in den hohen Fleischpreisen; dabei hat es sich nur um einen Monat gehandelt, den man die Schweine noch hätte durchhalten müssen. Dieses Jahr haben wir eine Kartoffelernte zu erwarten, wie sie seit Jahren nicht da war, das muß seine Wirkung ausüben.

Ein Beamter des Kriegsministeriums bestätigt, daß der Kriegsminister, als er seine Erklärungen in der Kommission abgab, nicht gewußt habe, daß die Kriegsgetreide-Gesellschaft schon von sich aus mit dem Generalkommando in Verbindung getreten war, um eine systematische Bereitstellung von Heerespflichtigen herbeizuführen.

Abg. Weilnböck (Bauernbund) weist die Behauptung zurück, daß die Landwirtschaft in der Kriegszeit großen Gewinn gemacht habe. Das möge in einzelnen Fällen vorgekommen sein, aber nicht in der Allgemeinheit. In der rigorosesten Weise ist man in der Landwirtschaft vorgegangen. Darüber wird sich der bayerische Landtag sicher noch unterhalten. Wie sind nicht die Preise für Kraftfutter gestiegen! Nur die stille aufopfernde Arbeit der Frauen zu Hause hat die großen Leistungen der Landwirtschaft in kritischer Zeit möglich gemacht. Jetzt sollte man ihnen die Arbeit durch weitgehende Beurlaubungen der älteren Landsturmjahrgänge erleichtern.

Unterstaatssekretär Michaelis gibt eine Uebersicht der Dividendenergebnisse der Aktien-Mühlen. Der Preis des Mehles stieg außerordentlich, und die Mühlen haben in dieser Zeit vor dem Eingreifen der Kriegsgetreide-Gesellschaft ihre Geschäfte gemacht; das drückt sich auch in den Dividenden aus. Es ist aber falsch, anzunehmen, daß durch den hohen Mahllohn die Dividende erzielt worden sei. Die Mahllöhne, die die Kriegsgetreide-Gesellschaft geben muß, sind durchaus nicht unwirtschaftlich hoch. Naturgemäß ist die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen höher als im Frieden, das liegt in der Natur der Sache.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vereinigung) verlangt mehr Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse und tritt für die kleinen Viehbesitzer ein. Jedenfalls müsse alles geschehen, damit die tapferen Feldgrauen draußen im Felde ohne Sorge für die zu Hause gebliebenen Frauen und Kinder ihre Pflicht tun können.

Abg. Pfleger (Zentr.): Die Ausführungen über die Kriegsgetreide-Gesellschaft veranlassen mich, mit einigen Worten darauf zurückzukommen. Ich stelle fest, daß ich in der Reichshaushaltskommission eine Information vorgebracht habe, die mir vertraulich zugegangen war, und daß der Kriegsminister daraufhin die Behauptung als im wesentlichen richtig bezeichnet hat, wobei er selbstverständlich keine Kenntnis davon hatte, was von der Leitung der Kriegsgetreide-Gesellschaft in die Wege geleitet worden war. Mit Rücksicht darauf, daß der Kriegsminister nicht richtig informiert war, konnte auch ich nicht richtig informiert sein. So weit demnach in meinen Ausführungen von gestern Vorwürfe enthalten sein könnten, daß die Leitung der Kriegsgetreide-Gesellschaft absichtlich Wehrpflichtige zurückgehalten habe, um sie der Heerespflicht zu entziehen, kann ich diese Vorwürfe nicht aufrecht erhalten. Nach dem Material, was hier vorgebracht ist, nehme ich diesen Vorwurf zurück. Im übrigen muß ich mich dagegen wenden, daß meine Ausführungen antisemitische Tendenzen enthalten hätten. Das kann niemand aus dem Wortlaut meiner Rede herauslesen, und wenn die Berichte in der Presse darüber falsch sind, so kann ich nichts dafür. Das ist heute in der Kommission auch anerkannt worden. Wenn ich also auch die Vorwürfe gegen die Kriegsgetreide-Gesellschaft nicht aufrecht erhalten kann, so muß doch anerkannt werden, daß ich im guten Glauben gehandelt habe, — nach meinem Empfinden sogar im besten Glauben — und daß zu der Form der Kritik, die der Herr Staatssekretär gewählt hat, keine Veranlassung vorlag.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Es handelte sich darum, als die Kriegsgetreide-Gesellschaft gegründet wurde, eine neue Organisation zu schaffen, um den englischen Aushungerungsplan zu schanden zu machen. Das ist, Gott sei Dank, gelungen, und das ist die Hauptsache! Wenn eine neue Organisation geschaffen wird, so tauchen gewiß Leute auf, die nicht hinein gehören. Aber man darf auch nicht vergessen, daß seinerzeit von der Heeresverwaltung noch nicht zu so weitgehenden Einziehungen geschritten worden war, und schließlich haben die Leute in der Kriegsgetreide-Gesellschaft auch eine Kriegspflicht geleistet. In Munitionsfabriken gibt es doch auch viel Reklamierte, und das ist recht so, denn wenn sie alle im Felde stehen würden, so würde es keine Granaten geben. So soll man von Fall zu Fall entscheiden, wer reklamiert und wer eingezogen werden muß. Im weiteren Verlauf bespricht der Redner die Preissteigerungen, die in den wichtigsten Lebensmitteln eingetreten sind, und weist darauf hin, wie schwer es unter diesen Umständen den geringer besoldeten Schichten sein müßte, auszukommen. Wenn auch die Löhne bei vielen gestiegen seien, so dürfe man doch nicht vergessen, daß es Arbeiterschichten gibt, die von dem Kriege nichts profitieren, so z. B. die sächsischen Weber, die schon in Friedenszeiten unterernährt seien Auch hier muß nach Möglichkeit geholfen werden.

Darauf tritt Vertagung ein. Mittwoch 2 Uhr Fortsetzung. Schluß 6¾ Uhr.

Frankfurter Zeitung
26./VIII. 1915

Ernährungsfragen.

Demagogie eines bündlerischen Redners. — Die Resolutionen. — Die Kalifrage. — Das Kohlen-Zwangssyndikat. — Die Kriegsbesoldung.

E Berlin, 25. Aug. (Priv.-Tel.) Die Erörterung über die Ernährungsfrage wurde heute im Reichstage beendet, und es war höchste Zeit, denn je länger die Debatte dauerte, desto mehr verloren sich die Redner in Wiederholungen, und schließlich artete die Debatte in eine kleinliche Parteipolemik aus. Es wäre besser gewesen, wenn man gestern schon aufgehört hätte, dann wäre dem deutschen Volk es erspart geblieben, daß heute der Abg. Hestermann, der mancherlei politische Wandlungen durchgemacht und sich auf dem Umweg über den nationalliberalen Bauernbund wieder zum Bunde der Landwirte zurückgefunden hat, in geradezu unerträglicher Weise die Reichstagstribüne benutzte, eine Demagogie zu treiben, wie man sie kaum im Frieden erlebt hat. Es war einfach ungehörig, vor dem eigenen Volk und vor dem Auslande, daß der fanatische Herr Hestermann eine Bemerkung des fortschrittlichen Abg. Fegter, es wäre im Interesse des Burgfriedens nicht gut, wenn die zum Großgrundbesitz gehörenden Landwirte aus Unmut über die nicht erreichte Erhöhung der Brotgetreidepreise allzuhäufig davon sprächen, daß die Landwirtschaft besonders hohe Opfer brächte, während doch die Opferbereitschaft im ganzen deutschen Volke bei allen Schichten ohne Unterschied gleich groß sei, zum Anlaß nahm, alle die schrecklichen, abgedroschenen Friedenstiraden über die Bedeutung der Landwirtschaft wieder einmal in dem öligen Tone des gebrillten Wanderredners vorzubringen. Kein Mensch hat das bestritten, am allerwenigsten die fortschrittlichen Redner, gegen die er polemisierte, und die als praktische Landwirte genau so wie jeder andere wissen, wie sehr wir es der deutschen Landwirtschaft verdanken, daß der englische Aushungerungsplan zu schanden geworden ist. Darum waren seine Ausführungen weiter nichts als eine zu durchsichtigen Zwecken inszenierte Donquichoterie, über die man mit Nichtachtung hätte hinweggehen können, wenn sie nicht dazu geeignet gewesen wäre, die verschiedenen Berufsstände gegen einander auszuspielen, und deshalb bedauern wir es, daß ihm ein Teil der Rechten, um dessen Anerkennung Herr Hestermann sichtlich buhlte, auch noch Beifall spendete.

Die Ernährungsdebatte schloß mit der Annahme zahlreicher Resolutionen, in denen die Wünsche der Budgetkommission und des größten Teiles des deutschen Volkes zusammengefaßt sind. Die meisten dieser Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Gegen einige, wie zum Beispiel gegen die Forderung, jede ungerechtfertigte, auf Bereicherungssucht beruhende Steigerung der Lebens- und Futtermittelpreise zu bekämpfen, die Getreide- und Mehlhöchstpreise weiter herabzusetzen, Höchstpreise mit Anpassung an die Preise der letzten Jahre vor dem Krieg, an die Produktionskosten, aber auch an die Zahlungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung mindestens für Fleisch, Obst, Milch, Fette, Hülsenfrüchte und Gemüse festzusetzen und für deren Vertrieb mit Hilfe der Gemeinden zu sorgen, und gegen die Forderung auf Schaffung einer Verteilungsorganisation für Kartoffeln, ähnlich der für Brotgetreide, wobei die Aufbewahrung der beschlagnahmten Mengen zum größeren Teile den Verbrauchern überlassen werden soll, stimmten die Konservativen. Die wichtigste der angenommenen Resolutionen verlangt die Schaffung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat unter Hinzuziehung eines aus Reichstagsmitgliedern bestehenden Beirates. Sie wurde in der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Fassung angenommen, die der Zentralstelle das Recht gibt, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. In einigen anderen Resolutionen wurden die Befugnisse der Kommunalverbände erweitert, und zwar in dem Sinne, wie es von den Kommunen selbst verlangt worden ist. Es wurde eine Verkürzung der Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis gefordert. Die Kommunalverbände und Verteilungsorganisationen sollen bei der Lebensmittelversorgung keinen Gewinn machen. Für Braugerste, Braumalz und Braukontingente sollen unverzüglich Höchstpreise eingeführt, und den Hopfenbauern soll geholfen werden. Auch für Saatgetreide wünscht der Reichstag Höchstpreise. Und schließlich wurde auch noch, um nur die wichtigsten Beschlüsse anzuführen, gewünscht, daß vom Reich genügend große Rücklagen in Kartoffeln zur Versorgung der Verbraucherbezirke bei etwaiger Knappheit gemacht werden. Dann wurde nach empfehlenden Worten des Abg. Böttger eine Resolution angenommen, in der u. a. durch Gewährung eines billigen Kredites und durch andere Maßnahmen eine Unterstützung der selbständigen Gewerbetreibenden gefordert wird. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Lisco, erklärte im Anschluß an eine andere Resolution, daß Erwägungen über die Erweiterung des Güte-Verfahrens schwebten. Hierzu verlangte der fortschrittliche Abg. Gothein noch eine besondere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter, bei denen es vorgekommen sei, daß Gutsherren die zurückgebliebenen Arbeiterfamilien exmittiert hätten.

Nachdem der Reichstag, hoffentlich zu allgemeiner Zufriedenheit, in mehrtägiger Redeschlacht die Ernährungsfrage geordnet hatte, ging die Arbeit etwas flotter von statten. Da war zunächst die Kalifrage, ein böses Kapitel, über das man im Reichstag allerdings alle Veranlassung hat, wenig zu sprechen. Denn wenn der Kalibergbau durch den Krieg, der ein Verbot der Ausfuhr nach dem Auslande mit sich gebracht hat, in besonders schwierige Lage gebracht worden ist, so trägt die protektionistische Gesetzgebung des Reichstags daran im wesentlichen die Schuld. Tatsächlich stehen einige Werke vor dem Ruin, und da der Reichstag selbstverständlich kein Interesse daran hat, diesen Ruin herbeizuführen, zumal da das Kali eines der Rohprodukte ist, deren Ausfuhr uns nach dem Kriege große Werte ins Land bringen wird, so hat man sich kurzerhand entschlossen, durch eine Preiserhöhung für die Dauer des Krieges dem Kalibergbau zu helfen, und man hat sich dazu um so lieber entschlossen, als von dieser eine Preiserhöhung für Getreide nicht zu erwarten ist. Man erwartet auch, daß die Preiserhöhung von 60 Pfennig auf den Doppelzentner Düngesalz den Bergwerken die Möglichkeit geben wird, ihren Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren. Ein Vorschlag der Sozialdemokraten, diese Frage gesetzlich zu regeln, fand keine Gegenliebe.

Die Verordnung des preußischen Handelsministers betr. die zeitweilige Errichtung eines Zwangssyndikats im Kohlenbergbau hat die Zustimmung des Reichstags gefunden. Aber man hat vorsichtigerweise die Wirksamkeit der Verordnung gleich auf zwei Jahre nach Friedensschluß beschränkt und erwartet, daß nach dem Kriege das Kartell- und Syndikatswesen reichsgesetzlich geordnet und die nötige Aufsichtsinstanz im Reichsamt des Innern geschaffen wird.

Etwas länger verweilte der Reichstag bei der Erörterung der Kriegsbesoldungsordnung. Hier handelt es sich um die staatsrechtliche Seite und um den materiellen Inhalt. Die für den Krieg geltende Kriegsbesoldung ist auf dem Wege der kaiserlichen Verordnung geregelt. Die Abgg. Stücklen von der sozialdemokratischen Partei und Müller-Meiningen vertraten ganz entschieden die Anschauung, der ja auch die Budgetkommission beigetreten ist, indem sie auch eine endliche Regelung dieser Materie verlangt, daß hier das Budgetrecht des Reichstags in Frage kommt, und daß es falsch ist, anzunehmen, daß der Reichstag den jetzigen Zustand für befriedigend erachtet, weil er im Glauben, ein Krieg sei ein Ding der Unmöglichkeit, nicht daran gedacht hat, auf eine gesetzliche Regelung zu dringen. Die lange Dauer des Krieges hat die Mißstände der bestehenden Besoldungsordnung ganz besonders grell beleuchtet, und der Staatssekretär des Reichsschatzamts und der stellvertretende Kriegsminister haben auch anerkannt, daß sie Ungerechtigkeiten und Härten enthält. Es handelt sich weniger um die hohen Bezüge, die die in der Front stehenden Offiziere erhalten, als um die, die die zu Hause tätigen Beamten auch dann erhalten, wenn von irgend einer durch den Krieg hervorgerufenen Mehrleistung schlechterdings nicht gesprochen werden kann. Das Kriegsministerium hat bereits in einigen Punkten die bestehende Verordnung geändert und dadurch Millionen gespart. Eine Neuregelung soll aber erst nach dem Kriege erfolgen, weil es jetzt an dem dafür geschulten Beamtenpersonal fehlt. Das hat der Reichstag anerkannt, indem er auf dem Wege der Resolution seine Wünsche zur Geltung brachte.

Morgen gehen die Verhandlungen weiter.

*

(Schluß des Sitzungsberichts.)

N Berlin, 25. Aug. (Priv.-Tel.) Im weiteren Verlauf der Sitzung erörtert Abg. Böttger (natl.) Mittelstandsfragen, insbesondere die Lage des Handwerks, des Kleingrundbesitzes und des Kleinhandels. Die Resolution auf Erlaß von Maßnahmen zu Gunsten der unter dem Kriege leidenden selbständigen Gewerbetreibenden, insbesondere dahin, daß diesen nach dem Kriege billiger Kredit eröffnet wird, wird angenommen, ebenso eine Resolution, die den Kriegsteilnehmern die Abtragung ihrer während des Krieges erwachsenen und gestundeten Schulden erleichtern soll.

Eine Resolution auf Erlaß einer Verordnung über das Güteverfahren in den Rechtsstreitigkeiten, die vor die Amtsgerichte gehören, wird nach kurzer Debatte, worin der Staatssekretär des Reichsjustizamts seine Zustimmung ausspricht, angenommen. Eine Resolution wünscht einen Gesetzentwurf, durch welchen das Gesetz betreffend den Schutz der infolge des Krieges in der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen dahin abgeändert wird, daß in P 2 Ziffer 1 die Worte „mobile oder gegen den Feind verwendete" gestrichen werden. Die Resolution wird angenommen.

Ueber die

Kalifrage

berichtet der Abg. Herold (Z.).

Abg. Sachse (Soz.): Unsere Anträge sind in der Kommission abgelehnt worden. Wir erkennen die schwierige Lage der Kaliindustrie an, können aber nicht Maßnahmen zustimmen, die dazu beitragen, die landwirtschaftlichen Produkte zu verteuern. Wir haben auch die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, verzichten aber auf eine Wiederholung unserer Anträge, weil sie aussichtslos sind. Wir erwarten aber, daß den Arbeitern nach Annahme der Kommissionsanträge eine Lohnerhöhung zuteil wird.

Abg. Gothein (Fortschr. Vpt.): Der Vorredner unterschätzt die Größe der Ausfälle, die den Kaliwerken durch den Wegfall der Ausfuhr erwachsen. Viele Werke können ohne die Erhöhung der Preise nicht bestehen. Andererseits ist die Preiserhöhung, welche von der Kommission beschlossen ist, so gering, daß sie für die Tonne Getreide nur einige Pfennige ausmacht. Gerade für die Zeit nach dem Kriege, wo wir aus dem Auslande Rohstoffe in Menge einzuführen haben, wird es wertvoll sein, daß wir im Kali ein Produkt haben, das wir im Lande selbst gewinnen. Auch wir erwarten, daß die Preiserhöhung den Werken die Möglichkeit geben wird, ihren Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren. Aber es scheint uns nicht richtig, einen dahingehenden Zwang im Gesetz auszusprechen. Nach dem Kaligesetz muß alle fünf Jahre eine Neukontingentierung stattfinden, die nächste am 31. Dezember 1916. Diese Maßnahme erfordert aber zu ihrer Vorbereitung viel Arbeit, die in der Kriegszeit besonders schwierig ist. Deshalb erscheint es zweckmäßig, den Termin um ein Jahr zu verschieben.

Unterstaatssekretär Richter erklärt die Zustimmung der Regierung zu diesem Antrage.

Abg. v. Brockhausen (kons.) beschwert sich, daß das Kalisyndikat vielfach Schwierigkeiten bei der Lieferung nach Süddeutschland mache, insbesondere nach Elsaß-Lothringen.

Unterstaatssekretär Richter stellt diese Beschwerden richtig. Die Beschlüsse der Kommission, welche die Form eines Gesetzentwurfes haben, werden mit dem Antrag Gothein gleich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Erörterung der Bundesratsverordnung betreffend die Errichtung eines Zwangskohlensyndikats.

Abg. Junck (natl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission betreffend die

Versorgung der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

Abg. Stücklen (Soz.): Die bestehende Kriegsbesoldungsordnung stammt aus den achtziger Jahren, und sie hätte sehr wohl rechtzeitig dem Reichstage vorgelegt werden können. Der Reichstag hat wohl gewußt, daß eine solche Verordnung besteht, aber keiner hat annehmen können, daß über kurz oder lang ein Krieg entstehen würde. Es hat schwer gehalten, ein Exemplar der Verordnung überhaupt zu erhalten. Hätte man sie gekannt, so hätte der Reichstag auf eine Nachprüfung gewiß nicht verzichtet. Die in der Besoldungsordnung enthaltenen Sätze gehen über das erlaubte Maß weit hinaus. Wir wollen keineswegs an den Bezügen der höheren Offiziere nörgeln. Keiner von ihnen kämpft draußen um der höheren Bezüge willen. Wir erwähnen die Sache aber hier, weil man erstens den Reichstag seinerzeit nicht gefragt hat und weil hier wirklich eine Gelegenheit ist, zu sparen. Ein junger Assessor, der als Kriegsgerichtsrat eingezogen wird, bezieht mit den Nebenbezügen 10 000 Mark. Dagegen sollte doch eingeschritten werden. Sogar Leute, die nicht ins Feld kommen, beziehen Kriegszulagen. So bekommt der Bibliothekar des Kriegsarchivs einfach 50 Mark mehr, weil Krieg ist. Die Professoren erhalten eine Zulage von 90 Mark. So geht es herab bis zum Totengräber in Metz, der monatlich 20 Mark Zulage erhält. Gewiß soll jeder, der im Kriege mehr zu leisten hat, auch höher entschädigt werden. Wir haben also zum Beispiel nichts gegen die Zulagen, die die Herren im Kriegsministerium erhalten, denn wir wissen, welche gewaltige Mehrarbeit sie zu bewältigen haben. Aber der Reichstag hätte die bestehende Besoldungsordnung nicht genehmigt, wenn er sie gekannt hätte. Weil der Reichstag gewußt hat, daß eine solche Ordnung besteht, hat er sie noch nicht bewilligt. Der Reichstag ist tatsächlich ausgeschaltet worden, und deshalb ist eine sofortige Revision der bestehenden Besoldungsordnung zu verlangen. Die Arbeit mag ja sehr schwierig sein, aber sie muß gemacht werden. Es ist auch eine allgemeine Ordnung des Kriegsbesoldungswesens verlangt worden. Man soll nicht vergessen, daß in der jetzigen Zeit alle Kreise der Bevölkerung Opfer zu bringen haben. Das gilt auch von denen, die bei der Besoldungsordnung in Frage kommen.

Abg. Bassermann (natl.): Auch ich halte die Revision der Besoldungsordnung für notwendig. Es bezieht sich das weniger auf die Offiziersgehälter als auf die Beamtengehälter. Eine sofortige Durchführung der Revision ist aber unmöglich, weil es an den nötigen Arbeitskräften fehlt.

Schatzsekretär Helfferich: Die Angelegenheit ist in der Kommission ausführlich erörtert worden. Ich kann nicht zugeben, daß durch Erlaß der Besoldungsordnung das Budgetrecht des Reichstages verletzt worden sei. Es handelt sich hier um Rechte des allerhöchsten Kriegsherrn, die historisch erwachsen sind. Genau so wie jetzt ist auch im Jahre 1866 in Preußen und im Jahre 1870 im Reiche verfahren worden. Kein Mensch hat das Recht des Kontingentsherrn, eine Kriegsbesoldungsordnung zu erlassen, bestritten. Eine Aenderung des Rechtszustandes hat höchstens durch Erlaß des Besoldungsgesetzes von 1909 erfolgen können. Die Frage ist damals eingehend geprüft, aber verneint worden. Die Besoldungsordnung betrifft nur die Friedenszeit, aber nicht die Kriegszeit. Es ist ja auch das Recht des Kriegsherrn, neue Formationen aufzustellen. Der Reichstag hat nur das Recht, die Kriegsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit bewilligen. Materiell ist zuzugeben, daß die Kriegsbesoldungsordnung reformbedürftig ist. Es ist im Kriegsministerium verhandelt worden, ob im einzelnen Aenderungen vorgenommen werden sollen, und diese Verhandlungen haben auch schon zu positiven Ergebnissen geführt. Weiter zu gehen und ein neues Gesetz während des Krieges aufzustellen, ist beim besten Willen nicht möglich. Wir bedürfen dazu eines eingearbeiteten Personals, und bevor das eingearbeitet ist, ist der Krieg längst herum. Vorläufig müssen wir alles daran setzen, zu siegen.

Abg. Müller-Meiningen (Fortschrittl. Volkspartei): Ich kann nicht einsehen, was einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie im Wege stünde. Die Besoldung muß nach Gerechtigkeit und Leistungen eingerichtet werden, und der Schatzsekretär hat selbst anerkannt, daß manches geändert werden sollte. Damit geschieht den Männern kein Unrecht, die an der Front stehen. Es muß aber gerade bitter empfunden werden, wenn die Leute, die weit vom Schuß sind, besser gestellt sind als die, welche vor dem Feinde stehen. Wir sind auch der Meinung, daß die Kriegsbesoldungfrage zur Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung gehört. Das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages wäre ja ohne Bedeutung, wenn der Kontingentsherr die Möglichkeit hätte, die Bezüge nach Belieben festzusetzen. Kein Mensch hat in den letzten Jahrzehnten mit einem Kriege gerechnet, sonst würden wir wahrhaftig an eine rechtzeitige Ordnung auch dieser Materie gedacht haben. Gerade diese Unterlassung ist auch ein Beweis dafür, wie friedfertig das deutsche Volk und seine Regierung von jeher gewesen sind, im Gegensatz zu dem Kriegslärm der ausländischen Presse.

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel: Ich gebe zu, daß die Besoldungsordnung große Mängel enthält, und wir sind bemüht, sie zu beseitigen. Wir haben auch bereits Erfolge erzielt und viele Millionen dadurch erspart. Wir haben auch nach oben und unten ausgeglichen. Es handelt sich vor allem um zu hohe Bewilligungen für Verwaltungsstellen, die erst neu geschaffen sind, weil man ihre Notwendigkeit nicht voraussehen konnte. Man sagt, daß man die Besoldungsordnung nicht gekannt habe. Sie ist aber auch während des südwestafrikanischen Feldzuges angewandt worden, ohne daß jemand Einspruch erhoben hätte. Wir sind aber, wie gesagt, mit einer Revision der Besoldungsordnung beschäftigt.

Abg. Nebel (kons.) schließt sich den Auffassungen des Staatssekretärs und des Kriegsministers an.

Damit schließt die Tagung. Die Resolution der Kommission wird angenommen.

Donnerstag 3 Uhr Fortsetzung.

Vossische Zeitung
30./VIII. 1915

ng. 1915
30. August

Berliner Lebensmittelpreise.

Nachstehend bringen wir wieder in gewohnter Weise eine vergleichende Uebersicht über Lebensmittelpreise, und zwar vom 16. bis zum 21. August (erste Zahlenreihe), vom 9. bis zum 14. August dieses Jahres (zweite Zeilenreihe) sowie vom 17. bis zum 22. August vorigen Jahres. Sämtliche Preise sind Durchschnittspreise und in Mark angegeben.

Preise für 1 Zentner lebendes Vieh.

	21. 8.	14. 8.	22. 8.
Junge, fleischige Ochsen	63,50	63,50	44,00
Vollfleischige, jüngere Bullen	60,50	61,00	42,00
Vollfleischige, ausgemästete Kühe	63,50	63,50	41,00
Mittlere Mast- u. beste Saugkälber	78,50	72,50	32,50
Aeltere Masthammel usw.	63,50	67,00	37,00
Vollfleischige Schweine, 200/240 Pfd.	139,00	131,00	42,00

Großhandelspreise für 1 Zentner Fleisch.

	16./21. 8.	9./14. 8.	17./22. 8.
Vollfleischige und gut genährte Ochsen	116,00	116,00	81,90
Geringer genährte Ochsen	102,50	102,50	73,90
Vollfleischige Bullen	105,50	105,00	77,40
Geringer genährte Bullen	96,25	93,75	69,25
Fette Kühe	92,50	92,50	55,65
Magere Kühe	81,50	81,50	43,65
Doppellender (Kalb)	155,00	155,00	117,90
Mastkälber 1. Qualität	127,10	130,00	96,15
Mastlämmer	135,00	134,00	95,15
Hammel 1. Qualität	125,35	127,00	86,65
Schweinefleisch	161,00	158,75	57,50

Kleinhandelspreise für 1 Pfund Fleisch.

	21. 8.	14. 8.	22. 8.
Rind: Keule, Oberschale, Schwanzstück	1,39	1,41	1,05
" Brust	1,22	1,22	0,87
Kalb: Keule und Rücken	1,44	1,44	1,07
" Brust	1,33	1,32	0,98
Hammel: Keule und Rücken	1,49	1,47	1,12
" Brust und Bauch	1,40	1,39	1,02
Schwein: Rücken und Rippespeer	1,92	1,88	1,04
" Schinken, frischer	1,68	1,61	0,80
Speck, geräuchert	1,95	1,95	0,99
Schinken, geräuchert, im Ausschnitt	2,69	2,67	1,72

Großhandelspreise für Gemüse.

Gemüseart	Verkaufseinheit	16./21. 8.	9./14. 8.	17./22. 8.
Spinat	1 Zentner	11,85	12,25	10,85
Grüne Bohnen	"	14,50	12,25	7,50
Schoten	"	18,35	35,40	23,50
Mohrrüben	"	8,60	8,50	2,50
Blumenkohl,	100 Köpfe	27,50	26,85	—
Rotkohl	1 Zentner	8,15	8,50	?
Weißkohl	"	6,50	6,00	?
Wirsingkohl	1 Schock	8,60	9,00	5,00
Kohlrabi	"	1,15	1,15	0,85

Kleinhandelspreise für Butter usw.

Ware	Verkaufseinheit	21. 8.	14. 8.	22. 8.
Butter	1 Pfund	2,04	2,03	1,33
Schweineschmalz	"	1,97	1,91	0,86
Kartoffeln	"	0,07	0,08	0,05
Eier	1 Stück	0,16	0,15	0,10

Gegenüber der Vorwoche sind die Preise für ältere Masthammel, für Mastkälber und Hammel erster Qualität etwas zurückgegangen, die für Kälber und Schweine, für geringer genährte Bullen sowie für Schweinefleisch im Groß- und Kleinhandel etwas gestiegen, am meisten (um 8 v. H.) bei den Kälbern, während sie sich bei den übrigen Vieh- und Fleischsorten wenig oder

Amtsblatt der Stadt Wien
31/VIII. 1915

8.

Maßnahmen gegen Preistreiberei.

Rund-Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. August 1915, Z. W-1849/6 (M. Abt. IX, 5451):

Das am 8. August 1915 ausgegebene Reichsgesetzblatt enthält unter Nr. 228 eine kaiserliche Verordnung, mit welcher Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen getroffen werden. Diese kaiserliche Verordnung tritt an Stelle der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 194, deren Bestimmungen auf Grund der seit Kriegsbeginn gemachten Wahrnehmungen nunmehr eine zeitgemäße Ausgestaltung erfahren.

Zufolge Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 7. August 1915, Z. 42627, verfolgen die Änderungen gegenüber dem geltenden Rechtszustande einerseits den Zweck, einen ausgiebigen Gebrauch von dem durch die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 bisher nur den Gemeinden eingeräumten Enteignungsrechte bezüglich der Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen im Interesse der Konsumentenkreise zu sichern und andererseits den politischen Behörden und Gerichten eine systematische und erfolgreiche Bekämpfung der Preistreiberei und der allgemeinen Teuerung zu ermöglichen.

Die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 hat in der Absicht, den Gemeinden die pflichtgemäße Einleitung von Approvisionierungsmaßnahmen zu erleichtern und hiedurch die Ausbeutung der breiten Schichten der Bevölkerung durch Produzenten und gewissenlose Zwischenhändler hintanzuhalten, den Erzeugern, Händlern und Verkehrsunternehmungen unter anderem die Verpflichtung auferlegt, über Anforderung der politischen Landesbehörde ihre Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, falls deren anderweitige Beschaffung nicht tunlich erscheint, gegen eine vorläufige, im administrativen Wege festzusetzende Vergütung der Gemeinde, die darum ansucht, für die Zwecke der Approvisionierung zu überlassen.

Die vorläufige Vergütung war von Sachverständigen nach dem gemeinen Werte festzustellen; wer sich mit dieser Vergütung nicht zufrieden gab, konnte binnen 60 Tagen vom Tage der Übergabe der Ware seinen Anspruch vor Gericht mittels Klage geltend machen.

Diese Bestimmung, welche die Gemeinden in die Lage versetzen sollte, preisregulierend zu wirken und wenigstens die Auswüchse der Preistreiberei zu verhindern, ist in der Praxis bedauerlicherweise nur in den seltensten Fällen zur Anwendung gelangt.

Um dem Anforderungsrechte der politischen Landesbehörde ein größeres Anwendungsgebiet zu sichern, wird nun der Anspruch auf die zwangsweise Heranziehung der zum Verkaufe bestimmten, von den Besitzern aber zurückbehaltenen Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen für den Konsum auch — den Bezirken und Ländern zugestanden.

Überdies hat sich der Herr Minister des Innern vorbehalten, die Ausübung des Anforderungsrechtes auch zugunsten der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt sowie anderer Unternehmungen und Anstalten, die Versorgungsmaßnahmen im öffentlichen Interesse durchführen, zu verfügen.

Die Enteignung der Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen war bisher an die Bedingung geknüpft, daß die Waren anderweitig zu einem angemessenen Preise nicht beschafft werden können.

Durch die Änderung, die nach der neuen kaiserlichen Verordnung eintritt und die darin besteht, daß die Erzeuger oder Händler zur Abgabe ihrer Vorräte verpflichtet werden können, wenn sonst nach dem Ermessen der gemäß § 4 zur Anforderung berechtigten Behörden die Versorgung der Bevölkerung mit solchen Bedarfsgegenständen gefährdet wäre, soll die Handhabung dieser Vorschrift ohne weitgehende Erhebungen ermöglicht werden. Daß die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen gefährdet ist, wird insbesondere auch dann ohneweiters anzunehmen sein, wenn dieser oder jener Gegenstand in der Gemeinde oder im Bezirke zu einem angemessenen Preise nicht zu haben ist.

Zur Vereinfachung des Verfahrens kann die politische Landesbehörde die Ausübung des Anforderungsrechtes an die politische Bezirksbehörde übertragen.

Ich behalte mir vor, über begründeten Antrag in dringlichen Fällen von diesem Ermächtigungsrechte jeweils Gebrauch zu machen. Behufs Beschleunigung der definitiven Festsetzung der Vergütung für die angeforderten Waren entfällt nun die vorläufige Bestimmung dieser Vergütung im administrativen Wege. Die Vergütung wird gleich definitiv, und zwar vom Bezirksgerichte im außerordentlichen Verfahren festgesetzt, der dagegen eingeräumte Rekurs ist an eine achttägige Frist gebunden; ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung der zweiten Instanz ist unzulässig.

Ist die Lieferung der angeforderten Waren für die Zwecke der Versorgung der Bevölkerung äußerst dringend oder handelt es sich um Waren, die dem Verderben unterliegen, kann auch verfügt werden, daß durch das gerichtliche Verfahren wegen Festsetzung der Vergütung die Lieferung nicht aufgeschoben wird.

Um jede unbefugte Machenschaft mit den unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, deren zwangsweise Überleitung in den Konsum in Aussicht genommen ist, zu verhindern, kann die politische Behörde (§ 4, Absatz I) schon vor der Entscheidung über die Lieferungspflicht entsprechende Vorkehrungen zur Sicherung der Ware treffen.

Hiezu sind die in den §§ 8 bis 11 getroffenen Bestimmungen über die Ersichtlichmachung und Festsetzung der Preise sowie über die Sicherung des Marktverkehres.

Da die Vorschrift des § 52 der Gewerbeordnung über die Ersichtlichmachung der Preise für den Kleinverkauf von Artikeln zur allgemeinen Durchführung noch immer nicht gelangt ist und über die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf den Marktverkehr immerhin Bedenken bestehen, ordnet nun der § 8 an, daß jedermann, der gewerbsmäßig oder auf einem Markte Lebensmittel feilhält oder verkauft, an einer deutlich sichtbaren Stelle und in gut lesbaren Schriftzeichen die Preise für einzelne Lebensmittel mit Rücksicht auf ihre Qualität und Quantität ersichtlich zu machen hat. Selbstverständlich bezieht sich diese Vorschrift nicht auf Vieh, da dieses auch kein Lebensmittel ist.

Gleichzeitig wird mit Rücksicht auf die zunehmenden Beschwerden darüber, daß sich die Verkäufer von Lebensmitteln, soferne diese nach Gewicht verkauft werden, beim Abwiegen der Ware verschiedener unlauterer Machenschaften bedienen und den Käufer im Gewichte verkürzen, den Verkäufern die Verpflichtung auferlegt, die unentgeltliche Benützung ihrer Wagen zum Nachwiegen der verkauften Sachen durch den Käufer zu gestatten, um diesen — oft gewiß unstichhältigen — Klagen schon im Interesse der Verkäufer selbst für die Hinkunft nach Möglichkeit vorzubeugen. Dem Verkäufer bleibt es selbstverständlich überlassen, zur Benützung durch die Kunden eine besondere Wage samt erforderlichen ordnungsmäßig geeichten Gewichten aufzustellen oder den Kunden auf Verlangen die Benützung der von ihm selbst beim Abwiegen benützten Wage zu gestatten. Die Kunden werden an dem Nachwiegen gewiß kein Interesse haben, wenn der Verkäufer das Abwiegen der Ware an einer für den Käufer leicht zugänglichen Stelle besorgen und es sonach diesem ermöglichen wird, das Gewicht der Ware zu verfolgen.

Da die kaiserliche Verordnung am dritten Tage nach ihrer Kundmachung in Kraft tritt, muß die Ersichtlichmachung der Preise beim Verkaufe von Lebensmitteln bereits am 11. August 1915 überall durchgeführt sein und von diesem Tage an den Kunden auf ihr Verlangen auch das Nachwiegen der gekauften Ware gestattet werden. Das Verfahren in Übertretungsfällen steht den politischen Behörden zu. (§ 21.)

Soferne für den Kleinverkauf von Artikeln, die zu den notwendigen Bedürfnissen des täglichen Unterhaltes gehören, die Gewerbebehörde die Ersichtlichmachung der Preise bereits angeordnet hat, wird bei Nichtbefolgung dieser Anordnung in der Regel eine Konkurrenz mit der Übertretung des § 8 der kaiserlichen Verordnung vorliegen. Da die Strafsanktion dieser kaiserlichen Verordnung wirksamer ist und neben der Strafe auch auf den Verfall der Ware und den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden kann (§ 18), werden solche Übertretungen nicht auf Grund der Gewerbeordnung, sondern auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung zu verfolgen sein.

Bei Handhabung des § 8, Absatz 2, betreffend die unentgeltliche Überlassung einer Wage zum Nachwiegen der Ware durch die Kunden, wird jede überflüssige Schikanierung des Verkäufers durch das Publikum unbedingt zu vermeiden sein.

Die Bestimmung des § 9 entbindet die politische Landesbehörde formell von der Einhaltung des im § 52 der Gewerbeordnung für die Festsetzung der Maximaltarife vorgeschriebenen Verfahrens und legalisiert somit nur die bereits zu Kriegsbeginn vom Handelsministerium ergangenen Weisungen.

Um die Regelung des Ein- und Verkaufes auf Märkten den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen anzupassen, wird die politische Landesbehörde im § 10 ermächtigt, die Marktordnungen entsprechend zu ändern und vor allem Einrichtungen, die den unmittelbaren Verkehr der Konsumenten mit den Produzenten oder Großhändlern erschweren, wie zum Beispiel die Einrichtung, wonach die ersten Stunden des Marktes für die Zwischenhändler vorbehalten werden, nach Bedarf aufzuheben, damit die Konsumenten in die Lage kommen, die Vorteile des Marktverkehres auszunützen und ihren Bedarf direkt beim Produzenten oder Großhändler zu decken.

Über in dieser Beziehung wahrgenommene Übelstände wird antragstellend zu berichten sein.

*) Wurde am 10. August 1915 verlautbart.

Westungarischer-Grenzbote
5/IX. 1915

121

* **Theater- und Vortragsabend im Festsaale des Militärkasinos.** Vor einem vollbesetzten Auditorium wurde gestern zugunsten des hiesigen Invalidenheimes im Festsaale des Militärkasinos ein Theater- und Vortragsabend abgehalten, an dem hervorragende Gäste mitwirkten und zwar Frau Ilka Palmay, die unverwüstliche Sängerin, die uns noch immer mit ihren Liedern, wie in den jungen Jahren, begeistert. Frau Wünsch-Schneider, ein liebreizendes Wesen, bezauberte mit ihrem heiteren Wesen das Publikum, desgleichen Herr Dr. Beno Wünsch, ein **liebenswürdiger und amusanter Komiker.** Herr Leo Valberg ist ein guter Bekannter und erfreute das Auditorium mit seinem immer frischen Humor. Die Damen Luzie König, Eleonore Reicher und Gertrude Werner boten erstklassiges und auch Herr Fritz Blum hat künstlerisch gutes geleistet. Eine vorzügliche Violinvirtuosin lernten wir in Gertrude Popper-Janowitzer kennen. Am Klavier war vortrefflich, anstatt des erkrankten Kapellmeisters Breiter-Szelessy Herr Kapellmeister Karl Donath. Wie schon erwähnt, war der herrliche Kasinosaal bis aufs letzte Plätzchen besetzt.

* **Aufstellung von vier Gebirgsartillerieregimentern.** Wie Streffleurs Militärblatt berichtet, werden folgende bei der Armee im Felde bereits formierten Gebirgsartillerieregimenter auch im Frieden weiterbestehen: GAR. 1, ergänzt sich aus dem Militärterritorialbereich Krakau, vorläufiger Standort der Ersatzbatterie Nowytarg; GAR. 2, Militärterritorialbereich Wien, Ersatzbatterie Payerbach; GAR. 5, Militärterritorialbereich Pozsony, Ersatzbatterie Nagy-Kanizsa; GAR. 9, Militärterritorialbereich Leitmeritz, Ersatzbatterie Trautenau.

* **Die Dussill-Stiftung.** Die Interessen der Emerich und Christine Dussill'schen Unterstützungsstiftung vom Jahre 1914 im Betrage von 9397 Kronen gelangen demnächst zur Aufteilung. Laut Stiftungsbrief können aus dieser Stiftung eine Unterstützung nur solche nach Pozsony heimatszuständige, verarmte Familien röm.-kath. Religion, ohne Unterschied ihres Standes, teilhaftig werden, welche glaubenswürdig nachweisen, daß sie: 1. ein unbescholtenes Vorleben haben, 2. ohne eigenes Verschulden verunglückten, beziehungsweise verarmten, 3. mit Kindern gesegnet sind, 4. daß ihnen durch die Erlangung der Unterstützung in ihrem Erwerbe und Fortkommen ein für allemal gründlich aufgeholfen werden könnte. Bei Vorhandensein gleicher sonstiger Bedingungen haben diejenigen den Vorzug, die mehr Kinder zu erhalten haben. Es werden demnach die Oberhäupter jener verarmten Familien, die laut obigen auf die Stiftungsunterstützungen Anspruch haben, aufgefordert, ihre an den Magistrat der kgl. Freistadt Pozsony zu richtenden und mit den nötigen Dokumenten über den Nachweis ihrer Heimatszuständigkeit, röm.-kath. Religion und der obigen sub 1—4 angeführten Bedingnisse, sowie über die Anzahl, Namen, Alter, Religion und Stand ihrer Kinder gehörig instruierten diesbezüglichen Gesuche bis 30. September l. J. im Einreichungsprotokolle des Stadtmagistrates einzureichen. Im Gesuche ist auch detailliert und begründet anzuführen die Höhe der benötigten Unterstützung, sowie der Zweck, die Art und Weise, wie Gesuchssteller die Unterstützung verwenden will, damit ihm gründlich aufgeholfen werde. Bemerkt wird unter einem, daß später eingereichte oder nicht gehörig instruierte Gesuche nicht berücksichtigt werden. — Der Magistrat.

* **Militärkonzert im Aukafé.** Heute Sonntag, den 5. September l. J. findet im Aukafé ein Konzert der Musikkapelle des Ersatzbataillons des k. u. k. Infanterie-Regiments Nr. 72 statt. Beginn 4 Uhr nachmittags. Eintrittsgebühr 50 Heller. Das Reinerträgnis wird Kriegsfürsorgezwekken zugeführt. Das nächste Konzert findet Mittwoch, den 8. d. M. statt.

* **Knaben- und Mädchenwäsche,** ebenso ganze Ausstattungen für Institute, fertig oder laut Anschaffung kauft man gut und billig im Spezial-Wäsche- und Leinenhause Weiß & Heimler, Pozsony, Deakgasse 9. Wegen rechtzeitiger Lieferung werden die p. t. Kunden gebeten ihre Einkäufe resp. Bestellungen schon jetzt zu besorgen.

* **Gehörleidende,** welche an Schwerhörigkeit, Ohrenfluß, Ohrensausen und temporärer Taubheit leiden, machen wir auf die heilsamen Wirkungen des Oberstabsarztes und Physikus Dr. G. Schmidt'schen Gehör-Oels besonders aufmerksam, welches bereits seit 30 Jahren mit gutem Erfolge angewendet wird und sich als ein sehr gutes Mittel gegen Ohrenleiden bewährt hat. dasselbe ist in den meisten Apotheken und wie im Inseratenteil unserer heutigen Ausgabe ersichtlich in der Salvator-Apotheke in Preßburg am Domplatz erhältlich.

* **Die Ausbildung kriegsinvalider Soldaten.** Die im Kriege lahm und zu Krüppeln gewordenen Soldaten können, ins bürgerliche Leben zurückgekehrt, sehr nützliche Mitglieder der Gesellschaft werden und die kompetenten Faktoren sind unter der Leitung der ungarischen Regierung bemüht, diese unsere Mitbürger ihren Fähigkeiten entsprechend in erster Reihe ihrer bisherigen Laufbahn zurückzugeben, wenn dies jedoch nicht möglich ist, sie zu einem anderen Berufe auszubilden. Die Pozsonyer Handels- und Gewerbekammer befaßte sich schon im Frühjahr mit der Frage, wie sich die lahmen und zu Krüppel gewordenen Soldaten auf dem Gebiete des Gewerbes und des Handels betätigen könnten. denn es steht außer Zweifel, daß diese wackeren Mitbürger in den wirtschaftlichen Berufen zu einem ihnen gebührenden Lebensberuf und Verdienst gelangen können. Die Kammer hat schon damals den Plan gefaßt, daß sie auch ihrerseits zur Verwirklichung dieser edlen Aufgabe beiträgt und sie macht jetzt Vorbereitungen, dahingehend, daß sie für invalide Soldaten einen kaufmännischen Fachkurs veranstaltet, und zwar ganz kostenlos an der von der Kammer erhaltenen Pozsonyer höheren Handelsschule, bezw. durch deren Professoren und mit Anwendung der Lehrmittel der Schule. Der Fachkurs würde sich auf den Unterricht in der Buchführung, Korrespondenz, Kalkulation und Bankrechnungsführung, sowie Maschinschrift erstrecken. Die Unterrichtssprache ist die ungarische, falls sich aber Teilnehmer in genügender Anzahl melden, können die Fachkurse auch in deutscher Sprache abgehalten werden. Bemerkt sei, daß unsere Handels- und Gewerbekammer diese Ausbildung in wirtschaftlicher Richtung auf zweierlei Arten zu verwirklichen wünscht, und zwar einerseits möchte sie die krüppelhaften Soldaten mit entsprechender Vorbildung in kürzerer Zeit für ihre Laufbahn tauglich machen, die anderen in einer entsprechend längerer Zeit ausbilden. Wie wir erfahren, will die Kammer die diesbezüglichen Schritte schon jetzt bei der Regierung einleiten.

* **Das Definitivum des Lazarettverwalters.** Leopold Gloß, der Verwalter des Lazaretts, suchte um das Definitivum an. Er wurde vor 16 Jahren auf diese Stelle gewählt mit der Bedingung, daß er binnen eines Jahres die Staatsrechnungsprüfung abzulegen hat. Während dieser Zeit zeigte es sich, daß in dieser Stelle die Staatsrechnungsprüfung nicht notwendig sei und deshalb wird jetzt der montägigen Generalversammlung beantragt, von dieser Bedingung abzusehen und dem Verwalter das Definitivum zu erteilen. Die Fachkommissionen und der Magistrat beantragen, dem Gesuchsteller, dem bereits nach 16jähriger Dienstzeit 4 Quadrennien gebühren würden, 2 Quadrennien sofort flüssig zu machen. Der Repräsentantenklub und der Bürgerverein beschlossen, ihm vom 1. September l. J. alle vier Quadrennien auszufolgen. In Anbetracht dessen, daß Leopold Gloß während der 16 Jahre immer mit der größten Gewissenhaftigkeit, Fleiß und Ausdauer seines Amtes waltete und der Stadt viel Nutzen brachte, wird ihm die morgige Generalversammlung gewiß alle 4 Quadrennien bewilligen.

* **Militär-Veteranenverein „Dr. Fürst Ladislaus Batthyany" in Pozsony.** Heute, Sonntag, den 5. September, vormittags von 9—12 Uhr findet die monatliche Einzahlung im Vereinslokale, Hummelgasse 23 (Pahrs Restauration), statt. Das Präsidium.

* **Radiumkuren** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Tabes im „Physikalischen Heilinstitut", Pozsony, Barosgut 6/B.

* **Dem Reservespital des Roten Kreuzes** sind gespendet worden vom 16. Mai 1915 bis 1. September: Bela Inday 8 Paar Strümpfe, Sophie Jurenak 3 Paar Strümpfe, Johann Thek Tuchflecke, Karl Zsakovits Tuchflecke, Samuel Schwarcz 3 Hemden, 3 Hosen, Frau Paul von Burian 8 Polsterüberzüge, 2 Handtücher, Taschentücher, Frau Viktor Jozsa 1 Krankenschüssel, 1 Suppenschale, 1 Glasschüssel, Kirschen, Antonie von Bitto 24 Taschentücher, 200 Zigaretten, Ilona v. Diossy 12 Taschentücher, Wanitschek 3 Paar Strümpfe, Hedwig Kromer 4 Paar Strümpfe, Irma Philipp-Kossow 36 Taschentücher, Frau M. Linzboth 3 Paar Strümpfe, Luise von Petöcz 3 Paar Strümpfe, N. N. 24 Halsschützer, N. N. 12 Paar Strümpfe, J. Duschnitz 200 Papiersohlen, Barosshaza 2 große Polster, 1 Paket Scharpie, Albertine Hanno 1 Kunstbein, August Fülöp 8 Paar Strümpfe, Fr. Oedön Polner 6 Paar Strümpfe, Frau Viktor Jozsa 1 Lederpolster, 10 Gläser Paradeis, Scharpie, Sanatogen, 1 Schüssel, Ilka Harmath 3 Paar Strümpfe, Else Hardtmuth 3 Paar Strümpfe, Witwe Fink Scharpie, Frau Heinrich Pröhle 4 Paar Strümpfe, K. Bercsa, Bazin 28 Paar Strümpfe, 4 Hemden, 4 Hosen, 1 Anzug, 1 Oberrock, 1 Mütze, 3 Hüte, Witwe Remsey 2 Krankengläser, N. N. Zigaretten, 2 Paar Strümpfe, Mizzi Babiy 1 Paar Pantoffel, 1 Paar Strümpfe, Armin Döry 6 gestrickte Binden, Frau Oskar Stromßky 2 Meter Tuch für Pantoffel, Wilhelm Roth 8 Hemden, 7 Hosen, Luise von Petöcz 5 Paar Strümpfe, H. Prüger 12 alte Leintücher, 12 Pölster., Fr. M. Linzboth 3 Paar Strümpfe, Karl Grüneberg 250 Zahnbürsten, Dora von Weiß 1 Sack Häcksel, Mizzi Babiy 3 Paar Strümpfe; Frau A. Feigler 6 Hemden. Herzlichen Dank sagt und für weitere Spenden bittet: Die Direktion.

* **2. Ausweis von Spenden zu Veranstaltungen von Jausen für verwundete Soldaten.** Ihre kaiserl. und königl. Hoheit Frau Erzherzogin Isabelle 1000 St. Zigarettendosen, 10.000 Stück Zigaretten, Se. k. und k. Hoheit Erzherzog Albrecht 100 K., Exz. Graf Pongracz und Familie 50 K., kgl. Rat Bürgermeister Brolly 20 K., Oberstadthauptmann v. Peterdy 10 K., Regimentsarzt Dr. Schlesinger 18 K., Staatsbahninspektor L. Eysner und Frau 10 K., Frau Oberstl. G. von Graf-Khittel 20 K., Garnisonsspital Nr. 19 Pozsony 50 K., Frl. Hilda v. Krusina 13 K., Marie Stabwasser 20 K., Rittm. Graf Andor Palffy Ueberzahlung 7 K., Gräfin Szapary 4 K., Exz. Frau v. Kornhaber 5 K., Frau Hörnes 8 K., Oberst Neubacher 5 K., Oberst Jemric 4 K., Baronin Döry 4 K., Hauptmann Ilsler 9 K., Baronin Rolwiesy 6 K., zweites Reinerträgnis vom Konzert der 72er Regimentsmusik 125 K., Kaiserfemmel-Reingewinn vom Hotel Berlin 29 K. 72 H. Außerdem bereits ausgewiesen: 271 K. 20 H. Diverse kleine Geldspenden 35 K., Gräfin Karl Apponyi 5000 Ansichtskarten, Rozsika Mittelmann 100 Zigaretten.

Bericht des Bürgermeisters.

Hochwohlgeborener Herr Obergespan und Regierungskommissär!

Löblicher Munizipalausschuß!

Mit althergebrachtem Glanze und der ganzen Wärme der tief in unserem Herzen wurzelnden Liebe feierten wir am 18. August das fünfundachtzigste Geburtsfest Seiner Majestät unseres Herrn und Königs. Unsere grenzenlose Freude, daß uns der Allmächtige unseren gütigen König erhielt, steigerten noch die die Welt in Staunen versetzenden glänzenden kriegerischen Taten und Erfolge unserer seit einem Jahre im Kampfe stehenden tapferen Heere und die Tag für Tag vom Kampfplatze einlangenden Siegesnachrichten. Unsere Freude erhöhte der Umstand, daß die schweren Prüfungen, die uns der Weltkrieg auferlegte, und wie ähnliche die Nation noch niemals durchkämpfte, König und Nation nur aufs Neue und untrennbar verknüpften. Ein heißer Wunsch stieg aus unser aller Herzen zum Herrn des Himmels, ein Gebet stammelten unsere Lippen: Erhalte uns, o Gott, unseren gütigen König und unsere Nation und führe unsere glorreichen Heere je eher zum endgiltigen Siege!

Aus Anlaß des fünfundachtzigjährigen Geburstages Sr. Majestät verteilten wir entsprechend den Verfügungen der im Jahre 1910 zum ewigen Andenken dieses Tages gemachten Stiftung, wie seither jährlich, auch diesesmal die Interessen dieser Stiftung und beteiligten zwölf nach Pozsony zuständige arme und würdige Personen, die ihr achtzigstes Lebensjahr erreicht hatten, mit einer Spende von je 27 Kronen 92 Heller.

Mit begeisterter Freude und Flaggenschmuck feierten wir die stets erneuerten, glänzenden kriegerischen Erfolge der verbündeten deutschen, österreichischen und ungarischen Heere, deren bewundernswertes, siegreiches Vordringen und die Einnahme von Warschau, Iwangorod, Nowogeorgiewsk, Brest-Litowsk und der übrigen feindlichen Stützpunkte. Unsere Hausregimenter füllten bei diesem siegreichen Vordringen wie bisher tapfer ihren Platz aus. Dank und Anerkennung sei ihnen, den Helden, dafür gezollt.

Mit schmerzlicher Ergriffenheit gedenke ich des Polizeibeamten Rudolf Baara, der am 18.

Neues Wiener

Wiener Angelegenheiten.

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Konsumenten beim Minister des Innern.

Gestern erschien das Präsidium der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, und zwar Obmann Regierungsrat Fritz, Gräfin Walterskirchen für die katholische Frauenorganisation, Frau Granitsch für die Reichsorganisation der Hausfrauen und Schriftführer Professor Kobatsch, beim Minister des Innern Baron Heinold, um eine Reihe von wichtigen und dringenden ernährungspolitischen Fragen zur Sprache zu bringen.

Zunächst wurde die geplante Erhöhung der Kohlen- und Koksfuhrlöhne erörtert, zu welcher Beratung auch der Obmann der Sektion Wien des Bundes österreichischer Industrieller Kommerzialrat Koffmahn erschienen war, um den Standpunkt der Wiener Industrie nachdrücklichst zu vertreten. Die geplanten Frachterhöhungen würden pro Meterzentner Kohle 40 bis 50 H. ausmachen und sind zum großen Teil auf die außerordentlich gestiegenen Futtermittelpreise zurückzuführen. Es wurde gefordert, daß die seitens der Futtermittelentrale zu beschlagnehmenden Futtermittel, beziehungsweise Ersatz- und Kraftfuttermittel nicht teurer als zu den Höchstpreisen verkauft werden, während gegenwärtig diese Höchstpreise seitens der Futtermittellieferanten um das zwei- bis dreifache überschritten werden (zum Beispiel für Hafer statt 26 K. 70, 80 und mehr Kronen, für Kleie statt 17 K. 45 und 50 K.). Der Minister anerkannte die dringende Notwendigkeit einer Regelung des Futtermittelbezuges, verwies allerdings auf die schwache Ernte wichtiger Futtermittel, doch steht zu erwarten, daß binnen kurzem die amtliche Zuweisung durch die Zentrale zu den Höchstpreisen erfolgen werde.

Ferner wurde die Schaffung von Preisermittlungs- und Ueberwachungskommissionen, welche schon vor zwei Jahren in der handelspolitischen Kommission beschlossen und seither in Deutschland durchgeführt wurden, gewünscht. Sie hätten für die größeren Städte, und zwar für die wichtigsten Zweige der Lebensmittelversorgung, bestellt zu werden, und zwar aus Vertretern der beteiligten Amtsstellen, der Produzenten, des Groß- und Kleinhandels sowie der Konsumenten, um die Preisbildung aufmerksam zu verfolgen sowie angemessene Preise öffentlich bekanntzumachen, bei ungerechtfertigter Ueberschreitung dieser Preise jedoch die behördliche Intervention in Anspruch zu nehmen. Der Minister anerkannte die Richtigkeit dieser Vorschläge und erklärte die Durchführung dieser Maßnahmen für sehr ersprießlich.

Ferner wurde über die Konsumentenberatungsstellen der Kommission berichtet, welche einerseits gegen ungerechtfertigte und mutwillige Anzeigen wegen Preistreiberei wirken, anderseits aber bei berechtigten Klagen über zu hohe Preise die volle Anwendung der kaiserlichen Verordnung gegen Preistreiberei verbürgen sollen. Auch über die Tätigkeit dieser im öffentlichen Wohle wirkenden Beratungsstellen äußerte sich der Minister in günstigstem Sinne.

Zur besseren Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Brot wurde vorgeschlagen, daß für Surrogatmehle, welche jetzt außerhalb der Brotkarte verkauft werden sollen, ferner für Grieß, Graupen u. ä. auch entsprechende mäßige Höchstpreise festgesetzt werden, und daß die Freimachung dieser Produkte nicht früher erfolge, als diese Höchstpreise festgesetzt werden, um eine ungerechtfertige Preissteigerung zu verhindern. Auch diese Anregungen nahm der Minister mit größtem Interesse entgegen und versprach, sie einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Schließlich wurden bestimmte Forderungen erörtert, welche sich auf die bessere Versorgung mit Wildbret und Fischen beziehen. Die Preise der wichtigsten Wildbretarten sind außerordentlich gestiegen. Neben andern Maßnahmen wurde von der Kommission gewünscht, daß das so lange in den Lagerhäusern zurückgehaltene gekühlte Wildbret, das nunmehr zu den höheren Preisen losgeschlagen werden soll, zu niedrigeren Preisen unter Deklarationszwang verkauft werde.

Futtermittelbeirat.

Bei der gestern im Ackerbauministerium stattgefundenen Sitzung des Beirates für Futtermittelversorgung wurden die Direktiven für den Verteilungsschlüssel der Futtermittel vorläufig nur für Kleie gegeben.

Es wurde auch gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen, daß die Futtermittelerzeugung von melassiertem Kraftfutter vereinheitlicht und unter staatliche Kontrolle gestellt werde, um im Interesse der Konsumenten einerseits eine Gewähr für die richtige Zusammensetzung und anderseits eine Gewähr gegen die Preistreiberei zu erhalten.

Die dieswöchige Fleischapprovisionierung und die Fleischpreise.

Der Import in ausländischem Rindfleisch hat während der abgelaufenen Woche einen merklichen Ausfall erfahren. Auch Schweinefleisch langte in verminderten Quantitäten ein. Gegen Wochenschluß gelangte eine festere Stimmung zum Vorschein, nachdem der gesteigerte Konsum bei Monatsbeginn stimulierend auf die Kauflust einwirkte. Bei lebhaftem Verkehre verfolgten die Preise auf sämtlichen Gebieten die haussierende Richtung.

Rindfleisch. Da in der kommenden Woche ein großer Teil der Sommerfrischler bereits nach Wien zurückkehren und dementsprechend der lokale Bedarf eine Zunahme erfahren dürfte, wickelte sich der Verkehr gegen Wochenschluß in animierter Stimmung ab und resultierte für sämtliche Qualitäten ein Preisaufschlag von 10 H. pro Kilogramm.

Kälber und Kalbfleisch. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Feiertag (Mittwoch den 8. d.) war die Nachfrage eine intensivere, und stellten sich die Preise bei flottem Absatz um 12 bis 16 H. höher.

Schweine und Schweinefleisch. Entsprechend der neuerlichen Aufwärtsbewegung auf dem